

BAND 10

Gefährliche Liebschaften 2011

«Rechtsextremismus» im kleinen Grenzverkehr

2., erweiterte und überarbeitete Auflage

Dr. Harald Lamprecht Nächstenliebe verlangt Klarheit **Dr. Peter Morée** Kirchen und Menschenrechte **Miroslav Bohdálék** und **Michael Nattke** Die Wirkmächtigkeit der Extremismusformel in Deutschland und Tschechien **Dr. Miroslav Mareš** Geschichte des organisierten Rechtsextremismus in Tschechien **Maria Grjasnow** Geschichte des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland **Dr. Miroslav Mareš** Die ideologische Verankerung des tschechischen Rechtsextremismus **Friedemann Bringt** und **David Begrich** Transformationsprozesse des (ost-)deutschen Neonazismus **Frank Carstens** Wenn aus Feinden Freunde werden **Carsten Enders** Vernetzung der europäischen Nazi-Szene **Jan Raabe** Grenzüberschreitende Bruderschaft: Rechtsrock und Musikhandel **Klára Kalibová** und **Ondřej Cakl** Rechtsextreme Aktionsformen in Tschechien **Petra Schickert** und **Markus Kemper** Rechtsextreme Aktionsformen und Strategien in Sachsen **Hendrik Lasch** «Verboten? Ist kein

Problem **Klára Kalibová** Betroffene von Hassgewalt in der Tschechischen Republik **Markus Pape** Fallbeispiel: Interview mit Marek Polák jr. **André Löscher** «Wir reden immer noch über das gesellschaftliche Klima.» **Juliane Wetendorf** Herr J. - Ein Fallbeispiel **Andrea Hübler** Konfrontation, Hass, Gewalt **Sander Schulze** Fallbeispiel: Gespräch mit einem Jugendlichen aus einer Kleinstadt an der tschechischen Grenze **Dr. Miroslav Mareš** Staatliche Reaktionen auf den Rechtsextremismus in Tschechien **Volker Lange** Polizeiliche Reaktionen auf rechtsextreme Aktivitäten in Sachsen **Jan Raabe** und **David Begrich** Wir werden es schon richten **Carsten Enders** «Bei uns gibt's keine Nazis» **Kateřina Čopjaková** und **Miroslav Bohdálék** «Tschechen sind keine Rassistin, sie sind nur romafindlich» **Grit Hanneforth** und **Friedemann Bringt** Einschätzungen, Ausblick, Handlungsmöglichkeiten



GEFÄHRLICHE LIEBSCHAFTEN 2011
«RECHTSEXTREMISMUS» IM KLEINEN GRENZVERKEHR

*Wendet euch
nicht ab
sondern schaut
ihr braven Bürger
den jungen Neonazis
die in eurem Staat
von neuem den Glauben
an den alten Irrsinn
gelernt haben
tief in die Augen*

*Ihr schaut nicht
genau genug hin
wenn ihr in diesen blauen
oder braunen
oder auch grauen Augen
nicht
einen Augenblick lang
euer eigenes
Spiegelbild seht*

Erich Fried, Ärgernis (© Wagenbach Verlag)

Gefährliche Liebschaften. «Rechtsextremismus» im kleinen Grenzverkehr (D-CZ)

Band 10 der Reihe Demokratie

1. Auflage 2009

2., überarbeitete und erweiterte Auflage in deutscher Sprache

Herausgegeben vom Kulturbüro Sachsen, von der Heinrich-Böll-Stiftung und
Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen

Die Broschüre entstand aus einem gemeinsamen Projekt des Kulturbüro Sachsen in Dresden und
Tolerance a občanská společnost o.s. in Prag in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung und
mit Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen und mit finanzieller Unterstützung durch den
Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds.

Kulturbüro Sachsen, Bautznerstraße 45, 01099 Dresden

Tel.: 0049 351 272 1490, Fax: 0049 351 563 40 898, www.kulturbuero-sachsen.de

Übersetzung: Petra Polesná, Slavomír Čapek, Paola Poláková, Filip Bláha

Fotos: Kulturbüro Sachsen e.V., art archiv, bohuš, recherche ost, kot, maquis, mayen,
recherche nord, šle

© Heinrich-Böll-Stiftung, Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen und Kulturbüro Sachsen

Redaktionsschluss 2. Auflage : April 2011

Das Gedicht von Erich Fried, entnommen dem Band *Es ist was es ist* aus dem Jahr 1983, erscheint mit
freundlicher Genehmigung des Verlags Klaus Wagenbach.

Druck: Druckhaus Dresden

Gestaltung: 1. Auflage graphic syndicat, Michael Pickardt

ISBN 978-3-927760-99-8

Bestelladresse in Deutschland:

Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen | www.weiterdenken.de

Diese Publikation kann unter www.gefaehrliche-liebschaften.info kostenfrei heruntergeladen werden.
Dort findet sich auch die 1. Auflage in tschechischer Sprache.

Gefährliche Liebschaften

«Rechtsextremismus» im kleinen Grenzverkehr
Überarbeitete und erweiterte 2. Auflage 2011

Herausgegeben vom Kulturbüro Sachsen,
von der Heinrich-Böll-Stiftung und
Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen

INHALT

Vorwort zur 2. Auflage	7
Vorwort Kulturbüro Sachsen	9
Vorwort der Heinrich-Böll-Stiftung	13
Kapitel 0	
Ergänzende Texte zur 2. Auflage	
Dr. Harald Lamprecht Nächstenliebe verlangt Klarheit <i>Wie sich Kirchengemeinden gegen Rechtsextremismus engagieren können</i>	16
Dr. Peter Morée Kirchen und Menschenrechte <i>Eine Geschichte von Ambivalenz am Beispiel Tschechiens</i>	23
Miroslav Bohdálék und Michael Nattke Die Wirkmächtigkeit der Extremismusformel in Deutschland und Tschechien	28
Kapitel 1	
Kurzer historischer Abriss zum organisierten «Rechtsextremismus» in Tschechien und Deutschland	
Dr. Miroslav Mareš Geschichte des organisierten Rechtsextremismus in Tschechien	42
Maria Grjasnow Geschichte des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland	50
Kapitel 2	
Ideologischer Rahmen des Neonazismus in Tschechien und Deutschland	
Dr. Miroslav Mareš Die ideologische Verankerung des tschechischen Rechtsextremismus	64
Friedemann Bringt und David Begrich Transformationsprozesse des (ost-)deutschen Neonazismus (2008) <i>Wirkungen für die extreme Rechte in der BRD</i>	72
Frank Carstens Wenn aus Feinden Freunde werden (2008) <i>Konfliktlinien bei den grenzüberschreitenden Kontakten deutscher und tschechischer Neonazis</i>	89
Kapitel 3	
Aktionsformen, Strategien und aktuelle Tendenzen des Neonazismus	
Carsten Enders Vernetzung der europäischen Nazi-Szene	96
Jan Raabe Grenzüberschreitende Bruderschaft: Rechtsrock und Musikhandel (2008)	115
Klára Kalibová und Ondřej Čákl Rechtsextreme Aktionsformen in Tschechien: Themen, Szenen, Personen (2008)	125
Petra Schickert und Markus Kemper Rechtsextreme Aktionsformen und Strategien in Sachsen	153

Hendrik Lasch

«Verboten? Ist kein Problem.» (2008)

164

Auf deutsch-tschechischen Grenzmärkten werden Rechtsextreme weiter fündig

Kapitel 4

Situation von Opfern von Hassgewalt

Klára Kalibová

Betroffene von Hassgewalt in der Tschechischen Republik

170

- aktuelle Situation und legislativer Rahmen

Markus Pape

Fallbeispiel: Interview mit Marek Polák jr. (2008)

182

André Löscher

«Wir reden immer noch über das gesellschaftliche Klima.»

186

Unterstützung für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt in Sachsen.

Eine Situationsbeschreibung.

Juliane Wetendorf

Herr J. - Ein Fallbeispiel

189

Andrea Hübler

Konfrontation, Hass, Gewalt

198

Ergebnisse einer Studie im Auftrag des BKA zur «politisch motivierten Kriminalität»

Sander Schulze

Fallbeispiel: Gespräch mit einem Jugendlichen aus einer Kleinstadt
an der tschechischen Grenze (2008)

203

Kapitel 5

Reaktionen von Legislative und Strafverfolgung

Dr. Miroslav Mareš

Staatliche Reaktionen auf den Rechtsextremismus in Tschechien

206

Volker Lange

Polizeiliche Reaktionen auf rechtsextreme Aktivitäten in Sachsen

212

Jan Raabe und David Begrich

Wir werden es schon richten? (2008)

216

Staatlicher Umgang mit Rechtsextremismus - eine kritische Auseinandersetzung

Carsten Enders

«Bei uns gibt's keine Nazis»

221

Umgang mit Neonazismus in der deutschen Gesellschaft

Kateřina Čopjaková und Miroslav Bohdálék

«Tschechen sind keine Rassisten, sie sind nur romafeindlich»

229

Umgang mit «Rechtsextremismus» in der tschechischen Gesellschaft

Grit Hanneforth und Friedemann Bringt

Einschätzungen, Ausblick, Handlungsmöglichkeiten

234

Nachwort

Autorinnen und Autoren

241

VORWORT ZUR 2. AUFLAGE 2011

Die erste Auflage der «Gefährlichen Liebschaften» stieß erfreuerlicherweise in Deutschland und in der Tschechischen Republik auf großes Interesse und war in kurzer Zeit vergriffen. Besonders in Tschechien entstanden nach der Publikation neue Initiativen und Debatten zur Situation um Rassismus und Diskriminierung, Hassgewalt und zivilgesellschaftliche und staatliche Gegenstrategien.

Seit Juni 2009 koordiniert das Kulturbüro Sachsen e.V. das Projekt *Hate crime vergessene Opfer*, welches sich mit der Situationsbeschreibung und den Möglichkeiten der Unterstützung von Betroffenen rassistischer und rechtsextremer Gewalt beschäftigt.

In Deutschland wurde vor allem die Debatte um den Extremismusbegriff und die Extremismusformel intensiv weitergeführt, wobei sich die Initiativen und Vereine, die in der Arbeit für eine demokratische Kultur engagiert sind, weitgehend von diesem Begriff lösen. Sie versuchen Erscheinungsformen und ideologische Begründungen antidemokratischer und menschenfeindlicher Ideologien und Handlungen präziser und praxisnäher zu beschreiben, der Instrumentalisierung des Begriffes zu entgehen und adäquater zu argumentieren und zu arbeiten.

In Sachsen gab es mit dem 33. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Dresden im Juni 2011 einen Anlass, die Publikation zu überarbeiten und neu zu verlegen. Deshalb haben wir die Publikation um neue Texte zur Rolle der Kirchen in Deutschland und Tschechien in unserem Themenfeld und einen Text zur Extremismusformel ergänzt und die Autorinnen und Autoren gebeten, ihre Texte der ersten Auflage zu überarbeiten. Texte, die von den Autorinnen und Autoren nicht aktualisiert werden konnten, haben wir im Titel mit «(2008)» gekennzeichnet.

Sowohl in der ersten als auch in dieser zweiten Auflage liegen Terminologie und geschlechtsneutrale Formulierung der Texte in der Verantwortung der Autorinnen und Autoren. Daher ist in den Texten der Umgang mit der Extremismus-Begrifflichkeit unterschiedlich und schildert die tatsächliche Situation, nämlich die erst beginnende Auseinandersetzung mit der Extremismusformel bzw. die fehlende allgemein akzeptierte Alternative zum Extremismusbegriff und eine fluide Berücksichtigung von Gender-Fragen in der Sprache. Die Unterschiedlichkeit unserer Texte sagt auch etwas über den Stand und Bandbreite der Diskurse aus.

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern eine interessante und folgenreiche Lektüre.

Miroslav Bohdálék
Kulturbüro Sachsen e.V.

Stefan Schönfelder
Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen



Demonstration des Národní odpor in Prag am 1. Mai 2006

VORWORT KULTURBÜRO SACHSEN

«Seht mal, was ihr uns da exportiert», schrieb eine tschechische Freundin, Mitglied der jüdischen Gemeinde in Prag, als sie uns im Oktober 2007 die Ankündigung tschechischer Neonazis zukommen ließ, am 10. November 2007 in der Prager Josefstadt, dem jüdischen Viertel, zu demonstrieren – unmittelbar nach dem Jahrestag der Reichspogromnacht. Im neonazistischen Aufruf hieß es: «... willkommen (sind) besonders auch Transparente unserer Kameraden aus Deutschland. Der Marsch verläuft direkt unter den Fenstern der Prager Judengemeinde, so können die Rabbiner nach langen 60 Jahren wieder SWR-Flaggen¹ genießen». ² Diese Einladung fand in der sächsischen bzw. bundesdeutschen Neonaziszene regen Widerhall. Schließlich sei «das Thema ja grundsätzlich auch zu unterstützen – überall ...», schrieb beispielsweise der Thüringer Neonazi-Kader Thomas Gerlach im Internet. ³ Rund 200 deutsche Neonazis wurden von unseren tschechischen Partnern am Demonstrationstag in Prag gezählt, mehrere Reisebusse kamen aufgrund von Polizeikontrollen auf der Autobahn nicht mehr rechtzeitig zur Demo.

Diese provokante Aktion brachte das Thema Rechtsextremismus und die Zusammenarbeit tschechischer und deutscher Neonazis in der tschechischen Öffentlichkeit mit einem Mal ganz nach vorn. Jetzt wurden Interviewpartner mit Themenkenntnis dringend gesucht. Allerdings verebbte die mediale Aufwallung in Tschechien ebenso schnell wieder im Rinnsal täglicher Nachrichten.

Ganz ähnlich sind die Erfahrungen zivilgesellschaftlicher Organisationen für Demokratieentwicklung und gegen Rechtsextremismus, wie dem Kulturbüro Sachsen e.V., auf bundesdeutscher Seite: Obwohl der moderne Rechtsextremismus⁴ aktuelle gesellschaftliche Diskurse der Mehrheitsgesellschaft adaptiert⁵, in unübersichtlichen Zeiten einfache Antworten liefert und verunsicherte Menschen durch das Angebot klarer Feindbilder eint⁶, befasst sich die Öffentlichkeit mit ihm nur sporadisch.

- 1 Der Begriff SWR-Flagge steht für die schwarz-weiß-rote deutsche Reichskriegsflagge von vor 1933, ein aufgrund seiner Straffreiheit von Rechtsextremen häufig verwendetes Symbol. «Die Flagge [gilt] als Symbol für neonazistische Anschauungen und Ausländerfeindlichkeit. Sie symbolisiert von der Vergangenheit bis in die Gegenwart das Deutsche Reich als Gegensatz zum demokratisch verfassten deutschen Staat.» Quelle: Innenministerium NRW: Musik-Mode-Markenzeichen. Rechtsextremismus bei Jugendlichen.
- 2 Aufruf der tschechischen Neonaziorganisation Národní odpor, in einer E-Mail der Jüdischen Gemeinde Prag vom 26. Oktober 2007.
- 3 Zitat entnommen dem rechtsextremen Thiazi-Forum, aufgefunden am 14. Oktober 2007.
- 4 Vgl. Staudt (2005): Moderne Nazis.
- 5 Hartz IV und die begleitenden Debatten haben den Zulauf zu rechtsextremen Strukturen auf der einen Seite und andererseits die Delegitimierung der etablierten Politik und des Gesellschafts-systems bei den Menschen enorm befördert; Roth (2006), S. 10.
- 6 Das rechtsextreme Milieu greift Globalisierungsängste und Negativerfahrungen auf und bietet darauf als Antwort die nationale Abschottung; Volksgemeinschaft als Verteidigungsgemeinschaft. Vgl. Roth (2006), S. 10.

Obwohl er virtuos auf der Klaviatur der soziokulturellen Machterlangung über diverse Milieus spielt und dabei neurechte Ideologieversatzstücke sowie attraktive soziale und kulturelle Angebote⁷ verwendet, wird der Rechtsextremismus noch immer nicht als DIE umfassende GEFÄHRDUNG UNSERES GEMEINWESENS begriffen, die er in Wirklichkeit darstellt. Ein Hauptproblem der sich globalisierenden Gesellschaft, der Rückgriff von irritierten, von den Entwicklungen der (Post-)Moderne überforderten Menschen auf archaische bzw. tradierte kulturelle Werte und Feindbilder, wird zum Randphänomen der gesellschaftlichen Agenda uminterpretiert. Stattdessen wird den warnenden Stimmen Panikmache unterstellt⁸ und ihre nachhaltige und langfristige Arbeit erschwert.⁹

«Gefährliche Liebschaften. Rechtsextremismus im kleinen Grenzverkehr» will nun statt kurzfristiger Erschütterung bzw. reflexartiger Verantwortungszuweisungen einen Betrag zur langfristigen Aufklärung und Information über rechtsextreme Strukturen, ihre Akteure und deren ideologische Hintergründe beiderseits der deutsch-tschechischen Grenze leisten. Dabei stellt die Broschüre eine Sammlung von Texten dar, mit der vornehmlich Spezialistinnen und Spezialisten aus nichtstaatlichen Organisationen und einige Beraterinnen und Berater staatlicher Verfolgungsbehörden für rechtsextreme Gewalt- und Propagandadelikte ihre Analyse der derzeitigen grenzüberschreitenden Kontakte und Aktivitäten rechtsextremer Gruppierungen vorlegen.

Aufgrund der unterschiedlichen Zugänge und Erfahrungen der Autorinnen und Autoren beiderseits der Grenze finden sich in der Broschüre unterschiedliche Begrifflichkeiten und Einschätzungen. Insgesamt sind sich die Autoren jedoch darin einig, dass die grenzüberschreitenden Kontakte der rechtsextremen Szene spürbar zunehmen und gerade die nationalsozialistischen Strömungen in Deutschland und Tschechien immer stärker zusammenarbeiten. Dabei ist es augenscheinlich, dass die tschechische rechtsextreme Szene – wie es unsere tschechische Freundin im Eingangszitat richtig erfüllte – von den Entwicklungen und Strategien der bundesdeutschen Rechtsextremen lernt. Diese und viele andere Erkenntnisse in unserer Broschüre «Gefährliche Liebschaften» sind – dessen sind wir uns sicher – von hohem Interesse für solche Berufsgruppen in Tschechien und Deutschland, welche sich mit Prävention und Strafverfolgung rechtsextremer Aktivitäten befassen.

Die Autorinnen und Autoren dieser Textsammlung wollen mit vielfältigen Sichtweisen und bildhaften Schilderungen zum sich modernisierenden Rechtsextremismus dazu beitragen, dass sich Multiplikatoren der politischen Bildung, Professionelle in sozialen und erzieherischen Berufen, Lehrerinnen und Lehrer sowie Polizei- und Justizbeamte ein möglichst umfassendes Bild der Situation machen können.

7 Soziale Angebote sind bspw. nationale Jugendarbeit und Gruppenangebote wie Klettern in der Sächsischen Schweiz, «nationale Fußballturniere» oder pseudogermanische Wettkämpfe; kulturelle Angebote sind bspw. Rechtsrock-Konzerte, (inter-)nationale Meetings wie der Sachsentag der JN, das Fest der Völker in Jena oder das Pressefest der *Deutsche Stimme*, etc.

8 Roth (2006) S. 6.

9 «Es stellt sich angesichts des Wahlergebnisses der NPD tatsächlich die Frage, ob die unter Rot-Grün eingeführten Programme überhaupt die gewünschte Wirkung hatten. Alles, was Rot-Grün lieb war, muss noch lange nicht effektiv im Kampf gegen Extremismus sein.» (CDU-Generalsekretär Pofalla zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern In: www.dradio.de/dlf/sendungen/hintergrundpolitik/567359/ vom 25. November 2006.

Dabei beleuchten wir eingangs praxisnah die ideologischen Hintergründe für rechtsextreme Erscheinungen beiderseits der tschechisch-deutschen Grenze, zeichnen danach ausführlich und vielgestaltig aktuelle Aktionsformen und Strategien eines sich modernisierenden Rechtsextremismus nach und widmen hierbei der bildhaften Schilderung kultureller, propagandistischer und gewaltförmiger Aktivitäten rechtsextremer Gruppen beiderseits der tschechisch-deutschen Grenze und darüber hinweg großen Raum. Wichtig ist uns hierbei, auf die Situation von Opfern solcher rechtsextremen Aktivitäten aufmerksam zu machen. Die Autorinnen und Autoren des Sammelbandes sind sich nämlich darüber einig, dass die Solidarität und Anteilnahme mit den Opfern rechtsextremer Gewalt und Diskriminierung Ausgangspunkt jeder Interventions- bzw. Präventionsarbeit sein müssen. Wir können nicht analytische Texte schreiben, ohne den Opfern rassistischer und antisemitischer Gewalt praktisch beizustehen. Schließlich widmet sich «Gefährliche Liebschaften» auch einer kritischen Darstellung legislativer und exekutiver Möglichkeiten¹⁰ zur Begrenzung rechtsextremer Aktivitäten, wie sie insbesondere staatsanwaltschaftliche Verfahren und polizeiliche Kontroll- und Strafverfolgungsmaßnahmen darstellen, ehe wir unsere Einschätzung der derzeitigen Situation im «kleinen rechtsextremen Grenzverkehr» zur Diskussion stellen.

Die Broschüre stellt also keine Erweiterung der wissenschaftlichen Auseinandersetzung über Rechtsextremismus dar, sondern ein praxisnahes Hand- und Lesebuch für interessierte Zeitgenossinnen und -genossen und einen Vorschlag zur weiteren Diskussion.

«Gefährliche Liebschaften» ist Ergebnis eines eineinhalbjährigen grenzüberschreitenden Rechercheprojektes des Kulturbüros Sachsen, welches wir dankenswerter Weise mit Hilfe des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds und der Heinrich-Böll-Stiftung publizieren können. Unsere Recherche widmete sich der Vertiefung unserer Kenntnisse über grenzüberschreitende rechtsextreme Strukturen, vor allem im sächsisch-böhmischen Grenzland. Hauptziel des Projektes war jedoch die Suche nach Partnern für die Arbeit des Kulturbüros Sachsen auf tschechischer Seite. Das Kulturbüro Sachsen arbeitet seit nunmehr acht Jahren als gemeinnütziger Verein. Wir begreifen das Thema Demokratieentwicklung als Kernelement der Arbeit gegen zunehmende rechtsextreme Gewalt- und Straftaten und entwickeln unsere Arbeitsansätze aus der Sicht engagierter Bürgerinnen und Bürger. Dieser Zugang zur Thematik ist in Europa nicht so einzigartig, wie wir zu Beginn unseres Rechercheprojektes annahmen. Mit Tolerance a občanská společnost (Toleranz und Bürgergesellschaft e.V.) haben wir in Tschechien einen Partner gefunden, der sich dem Phänomen Rechtsextremismus aus ähnlicher Perspektive und mit ähnlichen Arbeitsansätzen nähert. Dieser Ansatz, der mit der Feststellung: «Die besten Verfassungsschützer sind engagierte Demokratinnen und Demokraten»¹¹, gut beschrieben ist, soll in den kommenden Monaten unserer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Tolerance a občanská společnost weiterentwickelt werden. Dazu bedarf es allerdings auf beiden Seiten der sächsisch-böhmischen Grenze einer nachhaltigen öffentlichen Auseinandersetzung mit rechtsextremen Akteuren und Strukturen, sowie Methoden

¹⁰ Siehe Website des Kulturbüros.

¹¹ Dr. Rainer Stock, ehem. Präsident des sächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz, auf der 1. Sächsischen Präventionstagung am 6. November 2003.

der politischen Bildung zur Förderung demokratischer Alltagskultur. Notwendige Voraussetzung dafür, besonders auf tschechischer Seite, wäre eine langfristige Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen, wie Tolerance a občanská společnost. Wenn die hier vorgelegte Broschüre die notwendige öffentliche Auseinandersetzung befördern helfen könnte, wäre dies ein Erfolg.

Im Namen des Kulturbüros Sachsen danke ich allen, die an der Entstehung dieser Broschüre und der Entwicklung unseres grenzüberschreitenden Arbeitsbereiches beteiligt waren und sind. Besonderer Dank gilt allen Autorinnen und Autoren des Sammelbandes, die uns ihre unterschiedlichen Sichtweisen und viele spannende Hinweise zur Verfügung stellten.

Dresden, im Sommer 2008

Friedemann Bringt
Kulturbüro Sachsen e.V.

VORWORT DER STIFTUNG

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Tschechien und Deutschland bezieht sich nicht nur auf die Bereiche Wirtschaft, Tourismus, Kultur und Bildung. Derzeit beginnen beide Länder, ihre Kooperation um die Beobachtung und Eingrenzung rechtsextremistischer Szenen zu erweitern. Noch sind die zivilgesellschaftlichen Akteure auf beiden Seiten im Kampf gegen Rechtsextremismus und für Demokratie nicht ausreichend vernetzt. Das gilt auch für die Strafverfolgungsbehörden.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit des Kulturbüros Sachsen e.V. (Dresden) und Tolerance a občanská společnost o.s. (Prag) fand in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung statt. Ermöglicht wurde sie dank der finanziellen Unterstützung des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds. Für die Realisierung des Drucks in tschechischer Sprache danken wir der Stiftung Erinnerung Verantwortung Zukunft. In der vorliegenden Publikation *Gefährliche Liebschaften. Rechtsextremismus im kleinen Grenzverkehr* werden die Erkenntnisse des Erfahrungsaustausches zusammengefasst. Das Projekt selbst hat die partnerschaftlichen Kontakte zwischen NGOs und zivilgesellschaftlichen Akteuren bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus gefördert.

Die folgenden Beiträge beinhalten eine deutsch-tschechische Recherche zu den rechtsextremen Aktivitäten im Grenzland und ihren ideologischen Hintergründen. Denn die tschechische wie die deutsche Szene kooperieren trotz völkisch-rassistischer Ideologien zunehmend miteinander. Die Texte lenken den Blick auch auf Details im Alltag, z.B. den Verkauf rechtsextremistischer Musik, Bekleidung und «Devotionalien». Darüber hinaus wird die Situation von Opfern rechtsextremer Gewalt aufgezeigt. Wie reagieren politische Entscheidungsträger und Justizbehörden auf die anwachsende rechte Szene?

Die öffentliche Aufmerksamkeit für den grenzüberschreitenden (internationalen) Rechtsextremismus in der Tschechischen Republik und in der Bundesrepublik muss erhöht werden. *Gefährliche Liebschaften* ist ein praxisnahes Handbuch, das Zivilcourage und Engagement gegen den alltäglichen Rechtsextremismus befördern will.

Das Buch bekräftigt das langjährige Engagement der Heinrich-Böll-Stiftung und ihrer Landesstiftungen, die zivilgesellschaftlichen Akteure in ihrem Kampf für eine demokratische politische Kultur zu stärken.

Berlin, im Dezember 2008

Ralf Fücks

Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Ergänzende Texte zur 2. Auflage

Nächstenliebe verlangt Klarheit

Wie sich Kirchengemeinden gegen Rechtsextremismus engagieren können¹

Rechtsextremismus ist eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft. Christen sind Teil der Gesellschaft und deshalb mit in der Verantwortung, wirksame Strategien gegen zunehmende Fremdenfeindlichkeit und Menschenhass zu entwickeln. Sie sind darüber hinaus aber auch durch ihren Glauben in ganz besonderer Weise veranlasst, das Problem des Rechtsextremismus nicht zu ignorieren.

Als Jesus in einem Streitgespräch gefragt wurde, welches das höchste Gebot sei, war seine Antwort zunächst ein Zitat aus dem Alten Testament mit der Aufforderung der Liebe zu Gott. Dem fügt er hinzu: «Das andere aber ist dem gleich: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.» (Mt 22,39). Die Liebe zu Gott erweist sich in dem Dienst am Nächsten – das ist einer der Kernpunkte in der Botschaft von Jesus. Das Schicksal der Mitmenschen, und insbesondere derer, die keinen Schutz haben und verfolgt werden, darf Christen nicht gleichgültig sein. Nach dem Bericht des Lukasevangeliums hat Jesus dieses höchste Gebot mit der Erzählung vom barmherzigen Samariter illustriert. Gottes Gebot erfüllen in dieser Gleichniserzählung nicht diejenigen, welche den Gottesdienst in der vorgeschriebenen Form abhalten, sondern der Samariter, welcher einen Menschen versorgte, der von Räubern geschlagen und beraubt wurde (LK 10,25-73).

Rechtsextreme Gewalt richtet sich in erster Linie gegen die Schwachen in der Gesellschaft, gegen diejenigen, die keine Lobby und keinen starken Polizeischutz haben: gegen Ausländer, gegen Obdachlose, gegen alternativ gekleidete Jugendliche und sonstige Personen, die nicht in das begrenzte Weltbild der Schläger passen. Christen, die sich an den Worten von Jesus orientieren, können die Opfer und die Ursachen rechtsextremer Gewalt nicht gleichgültig sein.

Die christliche Motivation zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus kennt noch weitere Gründe. Bereits in der Schöpfung hat sich Gott allen Menschen

¹ Wesentliche Elemente dieses Textes entstammen der Materialmappe «Nächstenliebe verlangt Klarheit» der Föderation Evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland (2007) sowie der gleichnamigen Broschüre der Ev.-Luth.-Landeskirche Sachsens (2008) und wurden für diesen Beitrag überarbeitet.

zugewandt. Alle Menschen sind nach seinem Bild geschaffen und daher kommt ihnen ihre unteilbare Würde zu. Eine Ideologie der Ungleichwertigkeit mit oft auch rassistisch geformter Abstufung in höhere und minderwertige Menschen widerspricht dem christlichen Glauben grundlegend. Weiterhin gilt: Die Kirche Jesu Christi ist universell. «Hier ist nicht Jude noch Grieche...» schrieb Paulus im Galaterbrief (4,28). Nationalistische Engführungen und chauvinistische Überhöhungen bestimmter Nationen vertragen sich nicht mit dem universalen Charakter des christlichen Glaubens.

Im Übrigen ist zu beobachten, dass sich Rechtsextremismus in starker Weise mit neuheidnischer Ideologie verbindet. Unter Verweis auf angeblich dem deutschen Volk bzw. der nordischen Rasse «artgemäße» Glaubensformen werden alte germanische Gottheiten reaktiviert und mit einem starken antichristlichen Affekt inszeniert. Rechtsextreme Versandhandelsunternehmen verkaufen T-Shirts und Anstecker mit Sprüchen wie «Odin statt Jesus». Der Thorshammer avanciert zum Mode-Schmuckstück der Szene. Rechtsextremismus verbindet sich auch aus diesen Gründen zunehmend mit einer tiefen Gegnerschaft zum Christentum.

Theologisch sollte das Verhältnis klar sein: Christlicher Glaube und Rechtsextremismus sind nicht miteinander vereinbar. Dennoch findet man Elemente rechtsextremen Denkens leider auch innerhalb von Kirchgemeinden. Auch dort gibt es mitunter Ressentiments gegen Fremde, Angst vor sozialem Abstieg, Hoffnungen auf einfache Lösungen und den Ruf nach dem starken Mann in einer kompliziert gewordenen Welt. Auch Mitglieder von Kirchgemeinden haben in Sachsen die NPD auf ihrem Wahlzettel angekreuzt. Dieser Befund sollte Verantwortliche in Kirchen und Gemeinden wachrütteln. Es ist wichtig dass im Gottesdienst mehr dafür gebetet wird, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu überwinden. Genauso wichtig ist es, erkennbare Schritte zu tun und mit großer Klarheit darauf hinzuwirken, dass aus den theologischen Überzeugungen auch Konsequenzen folgen. Das erfordert manchmal Mut und fängt schon im Kleinen an. Die nachfolgenden Ausführungen wollen dafür Anregungen geben.

Hinweise zur Prävention

Freizeitangebote

In ländlichen Regionen gibt es oft nur wenige Freizeitangebote für Jugendliche. Dies macht es der rechtsextremen Szene einfach, mit eigenen Angeboten eine Verankerung in der örtlichen Alltagskultur zu erreichen. Dazu zählen Fußballturniere, Konzerte, Aufmärsche und sogenannte Kameradschaftsabende. Dem ist nur sinnvoll entgegenzutreten, wenn Kommune, freie Träger und Kirche selbst attraktive Angebote unterbreiten. Jegliche Form inhaltlicher und verbandlicher Jugendarbeit hat eine wichtige präventive Funktion und sollte daher unbedingt erhalten oder aufgebaut werden. Auch Angebote der offenen und sozialdiakonischen Arbeit auf hohem fachlichem Niveau sind bedeutsam und unverzichtbar. Vorsicht ist bei Anfragen nach Fußballturnieren o.ä. geboten, die nicht durch einen eingetragenen Verein, sondern durch eine «Jugendinitiative», Schülergruppe etc. beim Gemeinderat nachgesucht werden. Hier sollten gründliche Erkundigungen eingeholt werden.

Mitarbeit in Bürgerbündnissen

Bürgerbündnisse, Runde Tische und andere Formen der kommunalen Selbstorganisation sind hilfreiche Mittel in der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Tendenzen und Ereignissen. Dort können Vereinbarungen getroffen und Veranstaltungen organisiert werden, die von einer breiten demokratischen Basis mitgetragen werden. Allerdings gibt es auch mögliche Probleme zu beachten, die eine Beteiligung der Kirchgemeinde im Einzelfall als nicht sinnvoll erscheinen lassen können. Als hinderlich erweist es sich, wenn es zu starke Partikularinteressen einzelner Gruppen gibt, wenn statt des gemeinsamen Zieles Parteipolitik betrieben wird, wenn eine Fixierung auf den Teilaspekt «Gewalt» erfolgt oder wenn die Arbeit in ideologischen Streitigkeiten stecken bleibt. Eine weitere Bruchstelle ist die Frage nach der äquivalenten Behandlung von Links- und Rechtsextremismus.

Wichtig: Ein solches Gremium ist nur arbeitsfähig, wenn es das Gemeinsame benennt und nicht andauernd das Trennende diskutiert. Runde Tische und Bündnisse sind nicht der Ort, andere politische Auseinandersetzungen zu führen.

Verhalten bei Problemen und Konflikten

Gemeindeglied tritt öffentlich als Rechtsextremist auf

Wenn ein Mitglied einer Kirchgemeinde in der Öffentlichkeit wiederholt mit fremdenfeindlichen oder rassistischen Äußerungen auftritt, sollte deutlich gemacht werden, dass diese Person damit außerhalb von Lehre und Praxis dieser Kirche steht. Zuerst ist das direkte Gespräch zu suchen. Dabei sollte versucht werden, die betreffende Person auf ihren christlichen Glauben anzusprechen und den biblischen Prinzipien von der Liebe zum Nächsten ohne Herkunftsschranken Geltung zu verschaffen. Die Unvereinbarkeit fremdenfeindlicher oder rassistischer Ideologien mit dem christlichen Zeugnis muss unmissverständlich ausgesprochen werden. Dem betreffenden Gemeindeglied muss klar werden, dass ein rechtsextremistisches Engagement als Missachtung der Botschaft von Jesus und folglich als Sünde angesehen werden muss.

Rechte Kader im Kirchenvorstand

Sollte sich herausstellen, dass ein Mitglied des Kirchenvorstandes als Rechtsextremist agiert, z.B. durch Mitgliedschaft in einer rechtsextremistischen Partei,² so gilt zunächst das oben gesagte. Erschwerend kommt hinzu, dass es sich beim Kirchenvorstand um ein kirchliches Leitungsamt handelt, das eine besondere Verpflichtung und eine Vorbildfunktion beinhaltet. Bei der Wahl oder Berufung legen die Kirchvorsteherinnen und Kirchvorsteher ein Gelöbnis ab, in dem sie ihre Absicht zum Gehorsam gegenüber dem Evangelium von Jesus Christus sowie zu einem christlichen Lebenswandel bekunden. Rechtsextremes Engagement muss als Bruch dieser Selbstverpflichtung gewertet werden. Ein Verbleib im Kirchenvorstand kann unter diesen Umständen der Gemeinde nicht zugemutet werden.

2 Für die kirchliche Beurteilung ist nicht entscheidend, ob die betreffende Partei erlaubt oder verboten ist, sondern welche Ideologie sie in ihrem Programm und in ihren Handlungen vertritt.

Schmierereien und Sachbeschädigungen

Kommt es zu Schmierereien oder Sachbeschädigungen an kirchlichen oder öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen, so sind diese zuerst sorgfältig zu dokumentieren (Fotos anfertigen) und bei der Polizei anzuzeigen (politische Straftat). Sofern keine polizeiliche Spurensicherung erforderlich ist, sind sie danach möglichst schnell zu beseitigen. Auch wenn die Ermittlungserfolge begrenzt sind, ist die Anzeige für die Statistik und die Öffentlichkeit wichtig. Darüber hinaus erhöht eine Strafanzeige die Erfolgsaussichten, auf dem Wege einer Zivilklage Entschädigung zu erhalten. Je nach Art der Sachbeschädigung ist zu erwägen, in welcher Weise die Öffentlichkeit über diesen Vorfall informiert werden soll. Auf der einen Seite ist es sinnvoll, Verbrechen bekannt zu machen, damit sich niemand Illusionen über eine vermeintliche Harmlosigkeit der Täter hingeben kann. Auf der anderen Seite gilt es, Provokationen nicht zu bestätigen und nicht Nachahmungstäter anzulocken.

Symbolische Handlungen

Symbolische Handlungen sind für die Identität der rechtsextremen Szene von zentraler Bedeutung. Sie dienen der Stärkung der Binnenidentität der Szene. Ihre Bezugsgrößen sind nicht nur der Nationalsozialismus, sondern auch die germanische Mythologie und neuheidnische Inhalte. Es ist entscheidend, die hinter scheinbar harmlosen Ritualen stehenden Inhalte sichtbar zu machen. Neonazis geht es in diesen symbolischen Handlungen darum, Deutungshoheit über historische Orte, Gegenstände und Symbole zu gewinnen. Diese gilt es seitens der demokratischen Gesellschaft zu verteidigen.

Rechte Konzerte und Feiern haben ebenso eine hohe Bedeutung für den inneren Zusammenhalt der Szene. Sie werden in der Regel nicht vorher bekannt gegeben und nur intern, z.B. per SMS, dazu eingeladen. Das macht das Reagieren schwierig. Eine besondere Häufung ist zu bestimmten Daten wie dem 20.4. (Geburtsdatum Adolf Hitlers) zu erwarten. Bei dem Verdacht auf Straftaten sollte die Polizei informiert und ggf. Anzeige erstattet werden (z.B. wegen Zeigen verfassungsfeindlicher Symbole). In kleineren Orten sind rechtsextreme Parteien und Gruppierungen bei Konzertveranstaltungen auf lokale Vermieter angewiesen. Sind diese bekannt, so ist das Gespräch mit ihnen zu suchen, um sie für die Problematik solcher Veranstaltungen zu sensibilisieren.

Kriegerdenkmale stehen in vielen ländlichen Gemeinden, zum Teil wurden sie mit gemeindlichem Engagement wieder ordentlich hergerichtet. Neonazis versuchen oft, diese Denkmale zum Gedächtnis für «unsere Helden» für ihre Ideologie zu instrumentalisieren. An bestimmten Tagen (vor allem am Volkstrauertag oder am 8. Mai) können Kranzniederlegungen von Kameradschaften u.a. Aktivitäten der rechten Szene erfolgen. Sinnvoll ist es, bereits im Vorfeld zu versuchen, einen demokratischen Konsens über die Bedeutung des eigenen Denkmals als Mahnmal gegen Krieg und Gewalt herzustellen. Das Bürgerbündnis (s.o.) könnte dafür ein guter Ort sein. Gegebenenfalls lässt sich diese Sinnggebung durch eine entsprechende Beschilderung unmissverständlich ausdrücken, die auf die ungezählten Leiden eines jeden Krieges verweist und darum die Lebenden zum Frieden mahnt.

Kranzniederlegungen durch rechtsextreme Gruppen sind juristisch nicht zu

verhindern. Umso wichtiger ist es, in eigenen Veranstaltungen klare Worte zu finden. Eine kurze aber deutliche Rede ist wichtig, um auf das Problem hinzuweisen und ein reines Heldengedenken abzuwehren. Stilles Gedenken funktioniert auf jeden Fall nicht, wenn Neonazis versuchen, Erinnerungskultur zu übernehmen. Falls auch deren Kränze abgelegt wurden, sollten am Ende der Veranstaltung die Schleifen auf möglichen strafrechtlichen Gehalt überprüft und die Kränze sortiert werden.

Sonnenwendfeiern sind wichtige symbolische Handlungen, die bis zu mehreren hundert Anhänger versammeln können. Mitunter kommt es dabei zur (strafbaren) Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen. Diese Feiern zeigen die starke Durchdringung der Szene mit neuheidnisch-religiösen Elementen. Kirchgemeinden können dem aktiv begegnen, indem das Johannisfest (24.6.) gemeinsam mit dem ganzen Ort als Sommerfest begangen wird. Solange die Junge Gemeinde am Lagerfeuer christliche Lieder zur Gitarre singt, kann die Kameradschaft keine rechten Lieder anstimmen. Wenn sich die Bürger einig sind, dass alles Holz für das Johannisfeuer gebraucht wird, kann es nicht zwei Tage vorher zur Sonnenwendfeier verbrannt werden. Falls eine bestehende und lebendige Ortstradition nicht auf das Johannisfest gelenkt werden kann, erscheint auch eine Beteiligung der Kirchgemeinde beim örtlichen Sommerfest mit Lagerfeuer sinnvoll, wenn damit Sinngebung und Gehalt der Feier beeinflusst werden kann. An rein neuheidnischen Sonnenwendfeiern sollten sich Kirchgemeinden jedoch nicht beteiligen.

Gedenkmärsche finden zu besonderen, in der rechten Szene bedeutsamen Daten statt. In der Regel sollen sie an Ereignisse aus der Zeit des Nationalsozialismus erinnern und diese verklären. Noch stärker als die Demonstrationen haben diese vor allem eine Funktion nach innen: sie stärken das Gemeinschaftsgefühl und schaffen Erlebnisse. Wichtiger sind daher klare Abgrenzungen der demokratischen Öffentlichkeit und friedliche Formen eines öffentlichen Gegenbekenntnisses für Demokratie und Toleranz, welche den rechtsextremen Demonstranten entgegengesetzt werden.

Möglichkeiten zur Anregung

Bei den zivilgesellschaftlichen Protesten gegen den im September 2008 geplanten rechtsextremen Anti-Islamisierungskongress in Köln gingen als Clowns verkleidete Personen mit großen Besen durch die Stadt, und kehrten den «rechten Mief» weg.

In Colditz und in Kamenz³ gibt es mittlerweile gute Erfahrungen mit Friedensgebeten in der Kirche, die viele Bürger des demokratischen Spektrums verbinden.

Auch ein gut gestalteter Kirchenaushang und Transparente können deutlich machen, dass die Mehrheit woanders steht und nicht bereit ist, rechtsnationalistischen, fremdenfeindlichen und geschichtsrevisionistischen Deutungen den öffentlichen Raum zu überlassen.

In Leipzig, Dresden, Chemnitz und Plauen wurden 2010 und 2011 anlässlich von rechtsextremen Demonstrationen Mahnwachen vor vielen Kirchen abgehalten. Damit wurden sowohl diese Plätze besetzt als auch deutliche Zeichen für Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe gesetzt.⁴

Für zeitlich passende begleitende Unternehmungen ist es natürlich notwendig,

³ Vgl. dazu das Praxisbeispiel aus Kamenz in Kapitel IV dieser Handreichung.

⁴ Materialien dazu können auf www.kirche-fuer-demokratie.de abgerufen werden.

möglichst rechtzeitig zu erfahren, was geplant ist. Daher sollte der Kontakt zu den zuständigen Behörden und der politischen Gemeinde von Seiten der Kirchgemeinde intensiv gehalten werden.

Bedrohungen von Personen oder Veranstaltungen

Die Bedrohung von Personen löst ein Gefühl der subjektiven Angst und Verunsicherung aus, welches vom sozialen Umfeld nicht immer geteilt wird. Genau dies ist jedoch das Ziel von Drohungen: sie sollen individuell einschüchtern. Deshalb sind betroffene Personen ernst zu nehmen und brauchen Unterstützung. Ein Gespräch mit Mitarbeitern der Mobilen Beratungsteams des Kulturbüro Sachsen e.V. bzw. der Opferberatungsstellen kann helfen, das Vorgehen im konkreten Fall zu klären. Bei persönlichen Bedrohungen sollte möglichst alles damit zusammenhängende Material gesammelt werden: Notizen, Mitschnitte, Zeugenaussagen, Briefe, Texte, E-Mails. Auch die Polizei berät in solchen Fällen, handelt aber nur bei konkreten Hinweisen. Für die Betroffenen ist eine starke Solidarität des Umfeldes extrem wichtig. Daher ist die Information einer begrenzten Öffentlichkeit im persönlichen und befreundeten Rahmen, z.B. innerhalb der Kirchgemeinde, meist hilfreich, während eine breite journalistische Vermarktung hingegen öfter als zusätzlich belastend erlebt wird. Bei Veranstaltungen kann es sinnvoll sein, eine Sicherheitspartnerschaft mit der Polizei zu verabreden. Beachten Sie dazu die Checkliste für Veranstaltungen in diesem Kapitel.

Gewalttätige Übergriffe

Kommt es zu gewalttätigen Übergriffen, so steht die Unterstützung für die Opfer an erster Stelle. Sie müssen konkrete Hilfe und moralische Unterstützung erfahren. Handelt es sich bei den Opfern um Ausländer oder Bürger mit Migrationshintergrund, so ist eine deutliche Solidarisierung besonders wichtig, um eine Desintegration zu vermeiden.

In einem überschaubaren Sozialraum wie einem Dorf oder einer Verwaltungsgemeinschaft ist eine deutlich parteiische Stellungnahme auch für Pfarrerrinnen und Pfarrer manchmal nicht leicht. Der große Medienansturm nach gewaltsamen Übergriffen lässt unter den Bürgern schnell ein Schweigekartell als Reaktion entstehen. Im Interesse der Wahrheit und der Opfer sollte das nicht gestützt werden. Eine solide Aufklärung des Vorfalles ist in jedem Fall unerlässlich. Vorsicht ist gegenüber einer voreiligen Pauschalzuschreibung angebracht. Nicht jede Gewalttat hat einen rechtsextremistischen Hintergrund. Falsche Vorverurteilungen, besonders wenn sie zu einer Medienkampagne wie in Sebnitz⁵ ausgebaut werden, können der rechten Szene mehr nützen als schaden, weil sie auch echte Verbrechen als mögli-

5 Der Tod des sechsjährigen Deutsch-Iraker Joseph K.-A. im Schwimmbad von Sebnitz war im November 2000 von einigen Medien zu einem rechtsextremistischen Gewaltakt stilisiert worden. Die Gerichtsverfahren ergaben, dass alle drei Angeklagten keine Kontakte zur rechten Szene hatten. Der Fall Sebnitz gilt seitdem als drastisches Beispiel für eine Vorverurteilung durch Medien.

cherweise angedichtet in Zweifel ziehen. Steht der Sachverhalt fest, so ist andererseits darauf zu achten, dass nicht die Schuld «der netten Jungs aus dem Ort» durch psychologisierende Erklärungen wegerklärt wird.

Gebet als aktive Unterstützung

Für christliche Gruppen ist es sehr zu empfehlen, die Situation von Asylsuchenden sowie von Opfern rechtsextremer Gewalt so konkret wie möglich in die Fürbitten mit einzubeziehen. Wo Gruppen zu regelmäßiger Gebetsgemeinschaft zusammenkommen, kann ihnen das spezielle Schicksal bestimmter Familien als Gebetsanliegen mitgegeben werden. In bestimmten Fällen können auch die Opferberatungen eine Vermittlerrolle einnehmen. Sie können den Betroffenen das Angebot des Fürbittgebetes einer Gemeindegruppe unterbreiten. Wenn dies gewünscht wird, dann kann der Gebetsgruppe die Namen bzw. das erlittene Schicksal der Opfer mitgeteilt werden. Für Gewaltopfer kann es eine große seelische Unterstützung darstellen, wenn sie wissen, dass für sie gebetet wird. Gebet schafft auch Empathie. Wenn sich aus dem Gebet das Interesse am persönlichen Kennenlernen ergibt und das Gebet darüber hinaus von weiteren Schritten konkreter Unterstützung begleitet wird, bekommt die Zuwendung auch eine für die Betroffenen unmittelbar erfahrbare Komponente. Gemeindekreise, die regelmäßig für die Situation von Ausländern in ihrer Mitte beten und sich für deren Befinden interessieren, sind weitaus weniger geneigt, in allgemeine ausländerfeindliche Parolen mit einzustimmen.

Kirchen und Menschenrechte

Eine Geschichte von Ambivalenz
am Beispiel Tschechiens

Obwohl biblische Texte Christen und Kirchen klar zur Solidarität mit dem Nächsten, mit Diskriminierten oder Verfolgten, zur Ablehnung von Rassismus und Menschenrechtsverletzungen auffordern, haben das Christentum und die Kirchen ein mühsames Verhältnis zu den Menschenrechten.

Biblische Aussagen

Die Bibel spricht eher deutlich in diesem Bereich. Alle Menschen sind Schöpfungen Gottes und sind deshalb gleichwertig. Gott hat keine Kategorien geschaffen, keine höhere und niedrigere, sondern Adams und Evas. Unterdrückung einer Gruppe im Namen einer angeblicher Überlegenheit der anderen Gruppe ist deshalb eine schwere Sünde: eine Verletzung der Schöpfungsordnung Gottes.

Auch andere biblischen Texte z.B. aus dem Neuen Testament bestätigen diese Grundannahme. «Hier ist kein Jude noch Grieche, hier ist kein Knecht noch Freier, hier ist kein Mann noch Weib; denn ihr seid allzumal einer in Christo Jesu», heißt es im Brief des Apostel Paulus an die Christen in Galatien (Gal. 3,27). Diese Untergrabung einer Gesellschaftsordnung, die auf Ungleichheit, Patriarchalismus oder sogar Rassenlehre gegründet ist, hat auch sein Weg in die Liederbücher der Kirchen gefunden: «In Christus gilt nicht Ost noch West / in ihm nicht Süd noch Nord / wo er wirkt, wird Gemeinschaft sein / gehalten durch sein Wort», so lautet die deutsche Übersetzung eines Lieds von John Oxenham aus 1924 (z. B. als Nr. 658 im Evangelischen Gesangbuch).

Weitere Gründe zu einer aktiven Beteiligung am Ringen um Menschenrechte und gegen Rassismus können wir in Jesu Seligsprechungen (Matt. 5) finden: «Selig sind, die da hungert und dürstet nach der Gerechtigkeit; denn sie sollen satt werden», oder «Selig sind die Friedfertigen; denn sie werden Gottes Kinder heißen», oder «Selig sind, die um Gerechtigkeit willen verfolgt werden; denn das Himmelreich ist ihr.» In der Geschichte hat die sogenannte Bergpredigt viele Leute zu Widerstand gegen Unrecht und Unterdrückung inspiriert. In Lateinamerika spielte sie eine zentrale Rolle in der Befreiungstheologie und in den Vereinigten Staaten in der Bürgerrechtsbewegung von u.a. Martin Luther King. Auf dem europäischen Kontinent war es Dietrich Bonhoeffer, der in seinem Buch *Nachfolge* ausführlich aus der Bergpredigt schöpfte, gerade im Kontext des Nationalsozialismus und dessen Rassenlehre.

Christlicher Rassismus

Das Christentum selbst hat allerdings überhaupt keine unkomplizierte Geschichte in Bezug auf die Menschenrechte. Vor dem Hintergrund der Kolonisierung ab dem 17. Jahrhundert entstand die theologische Vorstellung einer Überlegenheit des Westens und der weißen Rasse, die von Gott berufen ist, die Welt zu führen und die nicht-weißen Völker zu Christus zu bringen. Der Gedanke der Mission der (europäischen) Kirche hatte also ursprünglich eine deutliche rassistische Komponente. Zu ihrer Begründung wurde die biblische Geschichte von Noah und seinen drei Söhnen herangeführt (1. Mose 9,18ff). Sem, Japheth und Ham standen in dieser Vorstellung für das jüdische Volk und die europäischen und sonstigen Völker. Gerade Noahs Fluch über Ham (da er seinen Vater Schande machte) sollte die zweitrangige Stelle der nicht-weißen Völker legitimieren. Diese kolonialistische Theologie, die vor allem in den Niederlanden breite Anhängerschaft gefunden hatte, wurde bis in das späte 20. Jahrhundert von einigen Kirchen und Theologen in Süd-Afrika benutzt, um das Apartheidssystem und die gewaltsame Trennung von Menschen in «Rassen» in Süd-Afrika zu rechtfertigen.

UNO-Menschenrechtserklärung

Auch die Beziehung der Kirchen zu den Menschenrechtserklärungen des 20. Jahrhunderts war nicht eindeutig. Die Beteiligung von (amerikanischen protestantischen) Theologen am Zustandekommen der Menschenrechtserklärung der UNO aus 1948 steht zwar außer Zweifel. Allerdings wurde das Konzept von Anfang an von traditionellen Kirchen kritisiert. Für sie war die Grundannahme der Menschenrechte als Gleichheit aller Menschen unvereinbar mit der sündigen Natur des Menschen. Daneben sollte man nicht einseitig über Rechte des Menschen sprechen, sondern viel mehr über seine Verpflichtungen. Theologisch waren in der Sicht dieser Kirchen die Menschenrechte eine Verneinung der Verdorbenheit des Menschen.

Es hat eine lange Zeit gedauert, ehe in den Kirchen die Einsicht allgemein akzeptiert wurde, dass Religionsfreiheit eng mit Gewissensfreiheit, Pressefreiheit und anderen Grundfreiheiten zusammenhängt. Auf römisch-katholischer Seite wurde befürchtet, dass damit die Andersgläubigen auf gleicher Ebene mit der eigenen Religionsgemeinschaft gesetzt wurden. Damit könnte der Anspruch auf die Wahrheit der Kirche in Zweifel gezogen werden. Erst das zweite Vatikanische Konzil hatte den Mut anzuerkennen, dass Religionsfreiheit eine notwendige Voraussetzung für die öffentliche Existenz der Kirche und für die Aufrichtigkeit des glaubenden Menschen ist.

Nationalismus und Antisemitismus

Das zwanzigste Jahrhundert hat die Religionsgemeinschaften in Europa zweimal vor eine konkrete Herausforderung in Bezug auf Menschenrechte, Diskriminierung und Rassismus gestellt. Das erste Mal, in der ersten Hälfte des Jahrhunderts, ging es um eine enge Verbindung zwischen Volk und Gott, das zweite Mal um die Solidarität mit den Unterdrückten. In beiden Fällen waren die Kirchen in der Frage zur richtigen, christlichen Stellungnahme geteilt.

Die mächtige Welle des Nationalismus schon im 19. Jahrhundert, die die politische Karte Europas mit der Entstehung des Nationalstaates spätestens 1918 definitiv änderte, stellte die Kirchen Europas vor die Frage, ob ihre Botschaft nur für eine nationale Gruppe gültig war, oder ob das Evangelium eine universale Bedeutung hat. Die neuen Kirchen, die in dieser Zeit z.B. in der Tschechoslowakei entstanden, verstanden sich selbst als ethnische Gemeinschaften, die im Rahmen des Volkes eine besondere Aufgabe für die Nation zu erfüllen haben. In fast allen Kirchen Europas entstanden Strömungen, die eine besondere Beziehung zwischen Gott und der eigenen Nation auf Grund der Geschichte und Konfession konstruierten. Damit wurden andere Gruppen in theologischer Sicht ausradiert. Nicht selten war Antisemitismus Teil solcher Selbstbehauptungen. So schrieb eine wichtige Persönlichkeit der tschechischen evangelischen Kirche anfangs der 20er Jahren im Wochenblatt der Kirche, dass Juden in der neuen Tschechoslowakei zwar sehr willkommen sind, sie allerdings ihre Religion aufgeben müssen, um in die Mehrheitsgesellschaft integriert werden zu können. Sonst wäre es besser, sie dazu zu bewegen in den Nahen Osten auszuwandern.

In Ungarn wurde in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen die Unzufriedenheit mit den Friedensverträgen von Versailles und Trianon immer größer (das Land gehörte zu den Verlierern des ersten Weltkrieges). In der Suche nach Schuld und Verantwortlichkeit für die Verluste umfangreicher Teile des ungarischen Gebietes machten Kirchenführer der protestantischen und der römisch-katholischen Gemeinschaften in einer seltsamen Übereinstimmung die ungarischen Juden als Sündenbock aus.

Was in Hitler-Deutschland in dieser Zeit passierte, war also auf dieser Ebene in Europa keine Ausnahme. Das Ausmaß und die systematische Durchführung der Judenverfolgung der darauf folgenden Jahre, die aus einem ähnlichen Rassismus stammte, hatte allerdings keine Parallele in Europa. Das Besondere in Deutschland 1934 im Vergleich mit anderen europäischen Kirchen war aber die Bekennende Kirche, die in ihrer Erklärung aus Barmen 1934 eindeutig die Idee eines Nationalchristentums ablehnte. Barmen sagte Nein zu einem Rassismus im Namen des Glaubens, und wurde erst nach dem Krieg Vorbild für andere europäische kirchliche Gemeinschaften.

Kommunismus

In der Zeit des Kommunismus in den Ländern Zentraleuropas sahen die Kirchen sich mit einem Regime konfrontiert, das versuchte, die Religion aus dem öffentlichen Leben zurückzudrängen. Die Kirchen sollten keinen Anteil am politischen, gesellschaftlichen oder sozialen Leben haben und sollten nur eine Funktion im Privatbereich «zur Befriedigung der religiösen Bedürfnissen» von den Wenigen haben, die sich nicht an die neue Gesellschaft gewöhnen konnten. Politische Aussagen, öffentliche Kritik an der Macht oder Solidarität mit Bedürftigen waren nicht erwünscht und wurden unmöglich gemacht. Menschenrechte gehörten zum gesellschaftlichen Sperrgebiet für die Kirchen.

In der Tschechoslowakei hatten zur Zeit der stalinistischen Unterdrückung der fünfziger Jahre nur Einzelne in den Kirchen den Mut, sich mit den aus politischen Gründen Verfolgten zu solidarisieren. Die Mehrheit in den Kirchen zog sich in die

relative Sicherheit einer apolitischen Verkündigung zurück. Im Bewusstsein der Gläubigen blieb allerdings bewahrt, dass Christen eine Verantwortung für Menschenrechte haben. Sobald es in den sechziger Jahren möglich war, appellierte die Kirchen an das Regime Grundfreiheiten zu respektieren. Ein wichtiges Thema wurde dabei die Amnestie für politische Gefangene.

Die schwierigste Zeit für die tschechoslowakischen Kirchen in Bezug auf die Menschenrechte brach nach der Niederschlagung des Prager Frühlings an. So ließ sich die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder unter Druck des kommunistischen Regimes aufs Neue aus der Gesellschaft zurückdrängen. Sie verteidigte diese Entscheidung mit der Begründung, dass die Kirche keine politische Lobby-Organisation sei.

In dieser Zeit entstand aber auch die Menschenrechtsbewegung Charta 77, die systematisch die Lage der Menschenrechte und ihre Verletzung in der Tschechoslowakei verfolgte und dokumentierte. Die Charta 77 publizierte regelmäßig Berichte über einzelne Aspekte im Bereich der Menschenrechte (einer der ersten Berichte behandelte Rassismus und die Diskriminierung der Roma-Minderheit). Eine Reihe von Pfarrern der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder unterzeichneten die Charta 77 und fand sich in Opposition zur Kirchenleitung. In ihrer Auffassung hatte die Kirche die evangelische Aufgabe sich für Gewissensverfolgte einzusetzen und den Machtmissbrauch des kommunistischen Regimes zu kritisieren. In den Kreisen der evangelischen Dissidenten, die sich bald innerhalb der Kirche und Gesellschaft in großer Isolierung befanden, waren Bonhoeffers Schriften (namentlich *Widerstand und Ergebung*) sehr beliebt.

Nach dem Fall des Kommunismus schätzen die tschechischen Evangelischen das Verhalten der offiziellen Kirche im totalitären System als ein Versagen in einer der zentralen Aufgaben der Kirche ein. Sie war nicht solidarisch mit den Erschütterten, Verfolgten und Diskriminierten. In der Folge dieser Einschätzung hat die Evangelische Kirche heute eine große Sensibilität für das Verhältnisökumenischer Organisationen und Kirchen zu Menschenrechtsfragen. Auf Grund der Geschichte der siebziger und achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts hat sie heute eine sehr kritische Haltung gegenüber z.B. dem Ökumenischen Rat der Kirchen, der nach ihrer Meinung die Menschenrechtsverletzungen z.B. auf Kuba ignoriert.

Neonazis

In der Tschechischen Republik ist die Position der Roma-Minderheit ein heißes Thema. Die Bevölkerungsgruppe erleidet eine latente Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, in Schulen und in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Das ist nichts Neues, die Lage hat sich in den letzten Jahren eher deutlich verschlechtert. Lokale und regionale Politiker verschiedener politischer Farben versuchen durch eine deutliche Segregationspolitik ihre Popularität auszubauen. Es ist in der heutigen Debatte in Tschechien normal, den Terminus der «Unangepassten» zu benutzen, um direkt oder indirekt die Roma-Bevölkerung zu bezeichnen. Regelmäßig organisieren Neonazi-Gruppen Märsche durch Plattenbaugebiete in Nord-Böhmen, wo viele Roma wohnen, um dort ihre «Nichts außer dem Volk»-Ideologie zu verkünden.

Menschenrechtsorganisationen und kirchliche Gruppen suchen schon längere Zeit nach einer sinnvollen und erfolgreichen Strategie gegen Neonazis. Während

zweier Naziaufmärsche im März 2011 in Nový Bydžov und Krupka wurde eine neue Rolle der Kirchen sichtbar. Das hängt mit der besonderen Position von Kirchen in der tschechischen Gesetzgebung zusammen. Kirchen haben nämlich die Möglichkeit, religiöse Veranstaltungen wie Gottesdienste oder Prozessionen ohne vorherige Genehmigung der Autoritäten im öffentlichen Raum abzuhalten.

Bis jetzt war es den Menschenrechtsorganisationen nie gelungen, Märsche der Neonazis zu stoppen. Immer verweigerten die Behörden eine Genehmigung für Gegendemonstrationen. In den beiden nordböhmischen Kleinstädten wurde deshalb ein Teil der Gegendemonstration als Gottesdienst abgehalten, die auf Grund des Gesetzes nicht von der Polizei verboten werden konnte. Die Kirche wollte also die Menschenrechtsaktivisten in ihrem Kampf gegen Rassismus schützen.

Erfolgreich war es auch diesmal nicht. Obwohl Geistliche die Versammlung eines deutlich liturgischen Charakters leiteten, respektierte die Polizei dies nicht und trieb die Teilnehmer auseinander. Diese Ereignisse haben in kirchlichen Kreisen große Aufregung verursacht. Auf der einen Seite gibt es Stimmen die meinen, dass die Kirchen auf dieser Weise missbraucht werden. Religion soll kein Teil einer politischen Auseinandersetzung werden, so die Kritik. Von der Seite der Kirchenleitung und der Führung des Tschechischen Ökumenischen Rates gibt es aber eindeutige Unterstützung¹ für diese Rolle der lokalen Kirche. Die Kirche erfülle hier ihre besondere Rolle indem sie sich für Menschenrechte und gegen Rassismus mit geeigneten Mitteln einsetzt: mit einem Gottesdienst.

Damit haben Kirchen in diesem Fall ihre theologisch oder pragmatisch fundierte Distanz gegenüber den allgemeinen Menschenrechten abgelegt. Sie identifizieren sich mit dem Ringen gegen Rassismus, was nach der langen ambivalenten Geschichte in dieser Sache überhaupt nicht selbstverständlich ist.

1 Siehe die Erklärung des Synodialsenioren der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder und des Vorsitzenden des Ökumenischen Rates der Kirchen in der Tschechischen Republik Joel Ruml vom 11.04.2011 – <http://www.ekumenickarada.cz/index.php?setlang=1&ID=2086>.

Die Wirkmächtigkeit der Extremismusformel in Deutschland und Tschechien

Einleitung

Bei der Verleihung des Sächsischen Förderpreises für Demokratie kam es im November 2010 in der Dresdner Frauenkirche zu einem Eklat. Der für den Hauptpreis nominierte Verein, das Alternative Kultur- und Bildungszentrum Pirna e.V. (Akubiz) lehnte die Annahme der mit 10.000 Euro dotierten Trophäe ab. In einer Presseerklärung des Vereins hieß es dazu: *«Als Nominierte für den Sächsischen Demokratiepreis sollten wir eine «antiextremistische» Grundsatzerklärung unterschreiben, deren Inhalt zweifelhaft und kritikwürdig ist. So wurden wir beispielsweise aufgefordert alle unsere Partner_innen auf «Extremismus» zu prüfen.»*¹ Die Akzeptanz einer solchen Erklärung, so der Verein weiter, erinnert eher an Methoden der Stasi und nicht an die Grundlagen einer Demokratie.² Die Ablehnung des Demokratiepreises durch das Akubiz löste hitzige Diskussionen aus, die auf unterschiedlichen Ebenen geführt wurden und werden. Der Freistaat Sachsen und die Bundesregierung erklärten im Zuge dieser Debatten, dass es zukünftig eine Voraussetzung für alle zivilgesellschaftlichen Projekte werden solle, eine solche Erklärung zu unterschreiben, wenn sie staatliche Unterstützung erhalten möchten. Obwohl namhafte Wissenschaftler_innen und nahezu alle wichtigen zivilgesellschaftlichen Vereine die so genannte Extremismus-Klausel vehement ablehnen und ein Rechtsgutachten sie als *«verfassungsrechtlich bedenklich»* einstuft³, ist die Klausel vorerst zum grundlegenden Bestandteil staatlicher Förderprogramme geworden. Auf juristischem Wege wird wohl in den nächsten Jahren eine endgültige Klärung dieser Extremismus-Frage stattfinden. Der Manifestierung der Extremismusformel in die staatlichen Förderprogramme in Deutschland ging eine langjährige Erfolgsgeschichte des Extremismusansatzes in Wissenschaft und staatlicher Ordnungspolitik voraus. In Tschechien scheinen sich derzeit zahlreiche Fehler, die durch die unreflektierte Übernahme des Modells in die politische Praxis in Deutschland stattgefunden haben, zu wiederholen. Aus diesem Grund sollen im nachfolgenden Artikel die Kritikpunkte am Extremismusmodell zusammen getragen und in die politischen Kontexte tschechischer Realitäten gesetzt werden.

1 Presseerklärung des Akubiz vom 09.11.2010.

2 Ebd.

3 Thierse, Wolfgang. (2010). Wem der Staat misstraut. [Online]. <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/wolfgang-thierse-zur-extremismusklausel-0074>. Gefunden am 22.03.2011.

Die Erfolgsgeschichte des Extremismusansatzes

Der Begriff des Politischen Extremismus wurde 1974 durch den Verfassungsschutz eingeführt und löste den des «Radikalismus» in den jährlichen Berichten der Behörde ab. Seit den 1980er Jahren entwickelte sich im Umfeld von konservativen politikwissenschaftlichen Kreisen in der Bundesrepublik eine so genannte Extremismusforschung. Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten gewann dieser Zweig in der deutschen Politikwissenschaft zunehmend an Bedeutung. Grundlage für die so genannte Theorie des Politischen Extremismus sind vor allem, dass von Uwe Backes 1989 veröffentlichte Buch «Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie» und insbesondere das von Uwe Backes und Eckhard Jesse im Jahr 1996 erschienene Grundlagenwerk «Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland». Backes kritisierte die «mangelnde begriffliche Klarheit»⁴, sowie die «Diskontinuität (...) und Hyperspezialisierung»⁵ der Extremismusforschung. Aus seiner Kritik heraus entwirft Backes eine normative Rahmentheorie des politischen Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Ziel ist «ein eigenständiger Extremismusbegriff (...), der es auch erlaubt, den demokratischen Verfassungsstaat aus der neu eröffneten Perspektive zu beleuchten.»⁶ Als Kern von Extremismus wird von Backes und Jesse die «*Ebene des politischen Denkens*» bestimmt. Die Ebenen der politischen Doktrinen bilden den grundlegenden Ansatzpunkt für die von Backes entwickelte «*definitio ex positivo*» des politischen Extremismus. Deren Bestandteile sind die daraus abgeleiteten Kennzeichen des Extremismus, die sich neben der Ablehnung der Demokratie und ihrer Spielregeln aus Absolutheitsanspruch, Dogmatismus, Freund-Feind-Denken, Utopismus oder kategorischem Utopieverzicht und dem Anhängen an Verschwörungstheorien speisen.⁷ Die Unterscheidung von Links- und Rechtsextremismus wird von den Autoren am Egalitätsprinzip festgemacht: auf der einen Seite machen Backes/Jesse einen rabiaten Antiegalitarismus ethnozentristischer und rassistischer Orientierung aus, der die Antithese zu einem extremen Egalitarismus linker Ideologien darstellt. Eine Besonderheit ihres Modells sind die oben benannten gemeinsamen Kennzeichen des Extremismus, welches nach Ansicht der Autoren die linken mit den rechten Extremisten teilen. Durch die Rückkopplung der Extremismusforschung an das Handeln staatlicher Ordnungsbehörden und die vielfache Rezeption der Begrifflichkeiten in der deutschen Medienlandschaft ist der Extremismusansatz heute ein sehr wirkmächtiges Modell.

In der 2. Hälfte der 1990er Jahre erscheinen die ersten Publikationen, die den Begriff Extremismus in die tschechischen wissenschaftlichen und ordnungspolitischen Diskurse einführen. Zu nennen ist vor allem Petr Fiala als Herausgeber des

4 Backes, Uwe. (1989). Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie. Opladen. S. 77.

5 Ebd.

6 Ebd. S. 17.

7 Vgl. u.a.: ebd. S. 298 ff.; Backes, Uwe./Jesse, Eckhard. (1996). Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn. S. 252 ff.

Werkes «Politischer Extremismus und Radikalismus in der Tschechischen Republik».⁸ Bis heute blieb der Extremismus-Ansatz und der aus ihm abgeleitete Begriff für die alltägliche Arbeit der Strafverfolgungsbehörden, Nachrichtendienste, des Innenministeriums und der Medien als passendes Vokabular unangefochten.

2003 veröffentlichte Miroslav Mareš mit dem Buch «Rechtsextremismus und -radikalismus in der Tschechischen Republik»⁹ das Grundlagenwerk der tschechischen Politikwissenschaft auf diesem Feld. Obwohl er in der Einleitung alternative Ansätze ausführlich aufzählt und beschreibt, erklärt er den Extremismus-Ansatz mit seinen wichtigsten aktuellen Vertretern Uwe Backes und Eckhard Jesse für den theoretischen Rahmen seiner Forschungsarbeit. Miroslav Mareš, Dozent an der Masaryk-Universität in Brno, ist zurzeit die bedeutendste Autorität in der (politik-)wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in Tschechien, bzw. mit Phänomenen wie Neonazismus, Nationalismus und Autonomer Nationalismus. Lange Jahre war er als Gerichtsgutachter tätig und wird immer wieder als Experte zu Konferenzen und Seminaren, auch europaweit, eingeladen. Gleichzeitig ist er auch offen für zivilgesellschaftliche Projekte zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Die Zahl der Wissenschaftler_innen, die sich in Tschechien direkt dem Themenbereich politischer Extremismus widmen, ist sehr begrenzt. Um das Internet-Magazin Rexter (www.rexter.cz) bildete sich an der Masaryk-Universität Brno eine Art «wissenschaftliche Schule», die dem Extremismusansatz eng verbunden ist.¹⁰ Jan Charvát, Dozent an den Unis in Prag und Ústí nad Labem, publizierte 2007 das Buch «Aktueller politischer Extremismus und Radikalismus»¹¹. In seinen Ausführungen geht er auf großen Abstand zu dem Extremismusansatz und weist auf seine unpräzise Verwendung und seinen Missbrauch in Medien und seitens staatlicher Behörden hin. Wegen der starken Verbreitung des Begriffes bleibt aber auch er bei dieser Terminologie. Andere Politikwissenschaftler_innen, die sich allgemeiner mit der Analyse politischer Parteien und Parteiensysteme beschäftigen, verzichten oft auf den Extremismusansatz zu Gunsten der Begriffe «rechter/linker Rand» (*krajní pravice/levice*), die zwar auch die Dichotomie links/rechts bedienen, in der tschechischen Politikwissenschaft jedoch als neutraler wahrgenommen werden.¹²

8 *Politický extremismus a radikalismus v České republice*. Masaryk-Universität, Brno 1998. Die Publikation erschien als Ergebnis des wissenschaftlichen Projektes Politischer Extremismus in der Tschechischen Republik, welches vom tschechischen Innenministerium im Jahr 1996 in Auftrag gegeben wurde. Das Werk stellt eine Art Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex dar und beinhaltet auch Aufsätze, die dem Extremismus-Begriff kritisch gegenüber stehen.

9 *Pravicový extremismus a radikalismus v ČR*. Barrister & Principal, Brno 2003. 655 S.

10 Auch einige hier publizierende Autor_innen preferieren die Begriffe «rechter/linker Rand». Vgl. u.a. Kupka, Petr - Laryš, Martin - Smolík, Josef. *Krajní pravice ve vybraných zemích střední a východní Evropy*. Slovensko, Polsko, Ukrajina, Bělorusko, Rusko. Brno : Masaryk-Universität, 2009. 268 S.

11 Jan Charvát: *Současný politický extremismus a radikalismus*. Portál, Prag 2007, 183 S. Es handelt sich dabei um ein Lehrbuch für Studierende.

12 Vgl. u.a. Strmiska, Maxmilián - Hloušek, Vít - Kopeček, Lubomír - Chytilík, Roman. *Politické strany moderní Evropy. Analýza stranicko-politických systémů*. Praha: Portál, 2005. 727 S.; Hloušek, Vít - Kopeček, Lubomír: *Politické strany*, Grada, Praha, 2010.

Kalibová¹³ sieht im tschechischen Nachrichtendienst BIS das Organ, welches für die Verbreitung und Durchsetzung des Extremismus-Begriffes in Tschechien verantwortlich ist. Schon im Jahresbericht der Organisation für die Jahren 1996-1997 steht: *«Für auf die Spitze getriebene, dem demokratischen System feindliche Einstellungen, Meinungen, Ideologien, die sich hinter destruktiven Aktivitäten zeigen, bürgerte sich der Begriff Extremismus ein.»*¹⁴ Das Innenministerium veröffentlicht jedes Jahr einen Bericht mit dem Titel «Information zur Problematik des Extremismus in Tschechien»¹⁵. Im ersten Bericht für das Jahr 1997 steht eine sehr konfuse Definition des Begriffes Extremismus. Laut des Berichts¹⁶ gibt es keine einheitliche Definition. Darüber hinaus ist man damit konfrontiert, dass politologische Definitionen keine ausreichende Justiziabilität für die Arbeit von Strafverfolgungsbehörden liefern. Extremismus wird in diesem Bericht in Zusammenhang mit anderen Phänomenen gebracht, vor allem mit Intoleranz und ihren wichtigsten praktischen Formen – Rassismus, Ultrationalismus, Antisemitismus und Xenophobie. Paradoxe Weise wird im Kapitel «Begriffsklärung» kein Wort zum Linksextremismus geschrieben, was die Autor_innen des Berichtes aber nicht daran hindert, bei der Beschreibung der tschechischen extremistischen Szene diese in zwei wichtigsten Strömungen einzuteilen – Rechts- und Linksextremismus.

Sozialwissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Kritik am Extremismusansatz

Wolfgang Wippermann meint, dass der Extremismus einzig und allein ein Begriff der staatlichen Ordnungsbehörden, insbesondere des Verfassungsschutz sei. Die Extremismusforschung ist laut Wippermann nur ins Leben gerufen worden, um die Arbeit des Verfassungsschutzes wissenschaftlich zu legitimieren.¹⁷ Richard Stöss und Christoph Butterwege führen ins Feld, dass die Gefahr einer inhaltlichen Gleichstellung von Rechts- und Linksextremismus besteht und der Rechtsextremismus zu einem Randphänomen erklärt wird, wodurch seiner Bagatellisierung Vorschub geleistet werden könnte.¹⁸ Gero Neugebauer kritisiert, dass das Extremismuskonzept wegen seiner Eindimensionalität und Konzentration auf den demokratischen Rechtsstaat nicht der Komplexität der gesellschaftlichen und politischen Realität entspricht. Darüber hinaus sei jede wissenschaftliche Auseinandersetzung darüber,

13 Kalibová, Klára: *Násilí z nenávisti v koncepčních materiálech státu*. In Autorenkollektiv: *Zapomenuté oběti. Násilí z nenávisti a poradenství pro jeho oběti v ČR*. Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft, Kulturbüro Sachsen e. V., In IUSTITIA, Prag, 2010, S. 105-116.

14 <http://www.bis.cz/n/1998-06-01-zprava-o-cinnosti-za-rok-1996-a-1997.html#8>, aufgefunden am 13.02.2011.

15 In den letzten Jahren wurde der Titel mehrmals geändert.

16 *Zpráva o postupu státních orgánů při postihu trestných činů motivovaných rasismem a xenofobií* (1997): <http://aplikace.mvcr.cz/archiv2008/extremis/zprava/zprava.html>. Aufgefunden am 16.02.2011.

17 Wippermann, Wolfgang (2009): *Dämonisierung durch Vergleich: DDR und Drittes Reich*, Berlin, S. 27 ff.

18 Vgl. Butterwege, Christoph. (2002): *Rechtsextremismus*. Freiburg im Breisgau.; Stöss, Richard. (2005). *Rechtsextremismus im Wandel*. Berlin.

was gut oder schlecht für die Demokratie ist, stets durch Werturteile geprägt.¹⁹ Die Annahme einer Links- Rechts-Achse und einer Mitte, die in jedem Fall demokratisch ist, täuscht über den Sachverhalt hinweg, dass antidemokratische Tendenzen in allen politischen Lagern, also auch in der Mitte, möglich sind²⁰. Hans-Gerd Jaschke erkennt eine Vernachlässigung der gesellschaftlichen Ursachen des Phänomens in der konventionellen Extremismustheorie. Den verfassungsrechtlichen Paradigmen wird durch die bipolare Bestimmung unkritisch gefolgt. Ein solcher Extremismusbegriff sei «angelegt auf die Ausgrenzung politischer Positionen aus dem Demokratiebegriff des Grundgesetzes»²¹ und werde somit zum «Kampfbegriff». Jaschkes Ausführungen zufolge muss politischer Extremismus immer auch als eine Etikettierung angesehen werden; zu seiner Struktur gehört damit nicht nur das Phänomen an sich, sondern auch diejenigen, welche die Definitionsmacht darüber haben. «Demokratie und Extremismus sind nicht als unvermittelte Gegensätze aufzufassen, sondern als abhängige Variablen. An die Stelle politischer, moralischer und wissenschaftlicher Ausgrenzung tritt die Frage nach denjenigen Mechanismen in der Demokratie, die Extremismus ermöglichen und fördern, als Frage nach der Realität der >streitbaren Demokratie<»²². Eine sozialwissenschaftliche Perspektive sollte sich von einer «normative[n] Einengung des Demokratiebegriffs»²³ und der «Dogmatisierung des >Streitbarkeits<-Prinzips»²⁴ befreien. Um das Extremismuskonstrukt um jeden Preis und aus normativen Gründen aufrecht zu erhalten, wird zu Behelfskonstruktionen gegriffen, deren ideologischer Charakter sich nur mit großer Mühe übersehen lässt: Damit die Partei Die Linke in das Extremismusschema aufgenommen werden kann erfindet Jesse 2008 den »weichen Extremismus«, auch »smarter Extremismus«.²⁵ Die Kriterien des Extremismusansatzes werden hier aufgeweicht, um das Ziel – die Partei Die Linke als linksextrem einzustufen – zu erreichen. Mit einem wissenschaftlichen Anspruch hat der Ansatz an dieser Stelle nur noch wenig zu tun.

Die wissenschaftliche und teilweise auch zivilgesellschaftliche Kritik am Extremismusansatz und dessen Auswirkungen in der Praxis in Tschechien sind schwieriger zu fassen. Die wichtigsten Autoren_innen in der akademischen Sphäre beziehen sich auf die schon erwähnten Grundlagenwerke oder arbeiten, zwar differenzierter, aber dennoch mit der rechts/links Dichotomie. Die politische Bildung, initiiert durch Akteure der Zivilgesellschaft, ist in ihren Anfängen. In den letzten Jahren wurden

19 Neugebauer, Gero. (2010). «Der Fächer des Bösen: Was wir mit Extremismus alles zu meinen meinen» Eine kurze Befassung mit Begriffen und Thesen. In: Stiftung Weiterdenken/Kulturbüro Sachsen e.V. (2010). Gibt es Extremismus? Extremismusansatz und Extremismusbegriff in der Auseinandersetzung mit (anti-)demokratischen Einstellungen. Dresden. S. 11-16.

20 Neugebauer, Gero. (2000). Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen. In: Schubarth, Wilfried/ Stöss, Richard. (Hrsg.). Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn. S. 13 ff.

21 Jaschke, Hans-Gerd. (1991). Streitbare Demokratie und Innere Sicherheit. Grundlagen, Praxis und Kritik. Opladen. S. 46.

22 Ebd. S. 56.

23 Ebd. S. 57.

24 Ebd.

25 Vgl. u.a.: Jesse, Eckhard: Die NPD und die Linke. Ein Vergleich zwischen einer harten und einer weichen Form des Extremismus., In: Backes, Uwe/Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 2009, Baden-Baden, 2010, S. 13-31.

mehrere Handreichungen veröffentlicht, die auf die aktuellen Entwicklungen und Bestrebungen in den subkulturellen Milieus, die als rechtsextrem bezeichnet werden, reagieren. Anhand von drei solchen Publikationen, alle 2009 herausgegeben, sei die ambivalente Beziehung der tschechischen Politikwissenschaft und Zivilgesellschaft zum Extremismusansatz näher dargestellt. Den Herausgeber_innen dieser Publikationen ist es gelungen fast alle relevanten Autor_innen für eine Mitarbeit zu gewinnen, was auch daran liegt, dass die Auswahl sehr begrenzt ist.

In der ersten Auflage der Publikation (mit Redaktionsschluss Juni 2008), die sie grade lesen, stellen Klára Kalibová und Ondej Čákl (damals beide noch im Verein Tolerance a občanská společnost, der neben Antifa-Gruppen das einzige Monitoring neonazistischer Aktivitäten durchführte) ihrem Text «Rechtsextreme Aktionsformen in Tschechien: Themen, Szenen, Personen» noch die klassische Extremismus-Definition als Grundlage, gleichzeitig äußern sie ihre Bedenken gegenüber dieser Definition. In den darauf folgenden Jahren wird dieser Abstand noch deutlicher.

Hrozby neonacismu – příležitosti demokracie (Gefahren des Neonazismus – Chancen der Demokratie) ist eine begrüßenswerte Handreichung für Pädagog_innen zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten und ihren Aktivitäten in Schulen. Das Festhalten am Extremismusansatz und der Dichotomie Rechts- und Linksextremismus zeigt sich in dem Eingangskapitel «Ideologie des Rechtsextremismus». Dieses Kapitel beschäftigt sich sehr ausführlich und auf fachlich hohem Niveau mit einzelnen Ideologien und Facetten des Rechtsextremismus (Neonazismus, Nationalismus, Faschismus, Rassismus etc.). Der Logik des Extremismusansatzes folgend, werden diesem Kapitel aber zwei Seiten angehängt, die kurz den Linksextremismus (Kommunismus und Anarchismus) erklären.

Die letzte Handreichung *Nezvaní hosté* (Nicht eingeladene Gäste) wurde von der Organisation Člověk v tísni in Zusammenarbeit mit den Vereinen In IUSTITIA, ROMEA und Tolerance a občanská společnost herausgegeben. Das Hauptziel der Handreichung ist «*die Sicherheit der Mitarbeiter der kommunalen Verwaltungen zu unterstützen, bei der Abwägung, öffentliche hassmotivierte Veranstaltungen zu verbieten*». In dieser Handreichung ist der Weg, den einige Autor_innen in der Auseinandersetzung mit dem Extremismusansatz gegangen sind am deutlichsten zu sehen. In der Einleitung befindet sich die für deutsche Leser_innen eher unverständliche Formulierung «hassmotivierte Veranstaltungen» (akce nenávistného charakteru), die dort stellvertretend für die übliche Bezeichnung «extremistische Veranstaltungen» steht. Obwohl Texte der meisten Autor_innen sich trotzdem im Rahmen des Extremismusansatzes bewegen, gibt es bemerkenswerte Abweichungen. Einige distanzieren sich ausdrücklich von der Verwendung der Formulierung «Extremisten» oder «Radikale» und entscheiden sich für die präzisere Bezeichnung «Neonazis». (Bro, S. 75). Andere versuchen deutlich zu machen, dass Engagement gegen Neonazismus nicht als Extremismus verunglimpft werden darf, sondern sogar wünschenswert ist und natürlich werden soll (u.a. Mazel, Kalibová). Kalibová²⁶ bietet in ihrem Beitrag sogar eine sehr differenzierte Kritik des revolutionären Antifaschismus in Form der nicht registrierten Organisation Antifaschistische Aktion (AFA). Sie distanziert sich deutlich von Gewalt, welche die AFA im Umgang mit Neonazis als

26 Schon als Geschäftsführerin der ersten Opferberatungsstelle für Opfer von rassistischer Gewalt in Tschechien In IUSTITIA.

legitim ansieht, im Hinblick auf Engagement gegen neonazistische Aktivitäten macht sie jedoch klar, dass: *«es nicht dazu kommen darf, dass prodemokratische Aktivitäten durch die Verwaltungen als nicht akzeptabel und problematisch abgestempelt werden, oder sie werden mit dem Argument der öffentlichen Sicherheit sogar aktiv behindert. Eine Ablehnung des Rassismus und seiner Gewalt zu äußern, ist eine natürliche und positive Reaktion eines jeden demokratisch denkenden Menschen.»*

Probleme des Extremismusansatzes in der politischen Praxis in Deutschland und Tschechien

Politischer Protest, der sich nicht ausschließlich an der Forderung von Reformen oder Gesetzesänderungen orientiert, sondern Institutionen des Staates in Frage stellt, bestimmte Machtmechanismen des Staates nicht akzeptieren möchte oder für sich selbst Räume beansprucht, wird von den politischen Verantwortungsträgern in der Regel als extremistisch bezeichnet. Dabei muss in einem demokratischen System gerade auch die Kritik am Bestehenden - ob es einem nun passt oder nicht - als eine Meinungsäußerung akzeptiert werden. Im deutschen Grundgesetz gibt es lediglich zwei unveränderbare Artikel - alle anderen sind durchaus kritisierbar und veränderbar. Durch die Brandmarkung als extremistisch ist man automatisch mit seiner Kritik deklassiert. Es wird nicht mehr über die eigentlichen Inhalte des Kritikers gesprochen, der als extremistisch bezeichnet wird, sondern darüber, wie er denn zum demokratischen Verfassungsstaat stehe, wann er denn Gewalt anwenden würde oder ob er seine Meinung noch öffentlich sagen dürfe oder nicht. Es sind zahlreiche Beispiele bekannt, in denen Initiativen oder Vereine als extremistisch bezeichnet wurden und in den Berichten des Verfassungsschutzes aufgetaucht sind, die sich später als Fehler oder gar politisches Kalkül herausgestellt haben. Auf Grundlage einer Einschätzung des bayrischen Landesamtes für Verfassungsschutz wurde z.B. das Informations- und Dokumentationszentrum Aida in München im April 2009 aus dem Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus ausgeschlossen. Durch die öffentliche Diffamierung als «linksextrem» wurde die Initiative von Fördermitteln ausgeschlossen und in der Medienlandschaft zum Teil diskreditiert. Eine lange juristische Auseinandersetzung brachte im September 2010 ein rechtskräftiges Urteil, dass die Einschätzung des Verfassungsschutzes falsch war²⁷. Die Folgen der Diffamierung hatte Aida selbstredend trotzdem zu tragen und wurde somit in seinem zivilgesellschaftlichen Engagement massiv behindert. Der bayrische Verfassungsschutz ließ sich nicht vom Gerichtsurteil beeindrucken und erwähnte Aida weiterhin in ihrem Bericht. Die Oppositionsparteien im sächsischen Landtag sprachen daraufhin öffentlich davon, dass der Verfassungsschutzbericht «tendenziös» sei und man die Behörde als Mittel im politischen Meinungskampf missbrauche²⁸. Auch der Journalist Friedrich Burschel²⁹ oder die Zeitschrift Lotta³⁰ klagten in den vergangenen Jahren erfolgreich gegen ihre Erwähnung in den Berichten des Verfassungsschutzes auf Bundes-

²⁷ Vgl. u.a. Pressemitteilung von aida vom 24.09.2010.

²⁸ Vgl. u.a. Süddeutsche Zeitung vom 16.03.2011.

²⁹ Vgl.: u.a. Pleite für den Verfassungsschutz. Journalist stoppt Überwachung. In: taz. Die Tageszeitung. Vom 22.12.2010.

³⁰ Vgl. u.a.: <http://npd-blog.info/2009/06/12/urteil-antifaschistisches-magazin-lotta-nicht-mehr-im-verfassungsschutzbericht/>. Aufgefunden am 10.02.2011.

und Landesebene. Prekär ist die Situation beispielsweise auch für kleine Initiativen im ländlichen Raum, die keine Möglichkeiten zum Klagen haben. Im sächsischen Limbach-Oberfrohna wurde der Jugendverein «Schwarzer Peter» von den Funktionsträger_innen der Stadt als «extremistisch» bezeichnet. Der Verein versucht seit 2008 einen alternativen Jugendtreff zu etablieren und Bildungsveranstaltungen zu den Themen Rassismus und Antisemitismus im Ort zu organisieren. Dazu wurden Räume angemietet und später ein Haus gekauft. Seit 2008 wurde der Verein, seine Räumlichkeiten und Mitglieder immer wieder massiv von regionalen Neonazis angegriffen. Die offensive und öffentliche Thematisierung des Neonazi-Problems in der Region fiel dann wieder negativ auf den Verein zurück. Im Ort wurde der Verein von den Verantwortungsträger_innen ausgegrenzt und diffamiert. Von einem Neonazi-Problem wollte man nichts hören. Man kann vermuten, dass die öffentliche Stigmatisierung solcher Initiativen als «extremistisch» die Neonazi-Gewalt zusätzlich anheizt. Die Neonazis führen dann praktisch aus, was die Autoritäten vorzugeben scheinen. In Mügeln versucht der Verein «Vive le Courage» seit einem alltagsrassistisch motivierten Übergriff auf indische Bürger beim Stadtfest 2007 die Themen (Alltags)Rassismus anzusprechen, darüber aufzuklären und für die Situation von Opfern zu sensibilisieren. Im Sommer 2009 traf sich regelmäßig ein gewaltbereiter Mob vor dem Vereinshaus. Ein Anschlag mit verbotenen Feuerwerkskörpern wurde verübt. Die Polizei sprach von bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Und sie machte deutlich, dass die Täter vor, nicht in dem Haus stünden. Die Gewalt im öffentlichen Raum wurde und wird im Ort jedoch mehrheitlich dem Verein zugeschrieben. Würde dieser nicht so provozieren, gäbe es auch keine Angriffe. Das weit verbreitete Denken ist, dass diejenigen, die sich gegen die verschiedenen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit organisieren, dass Gegenstück zu den Nazis seien. Das behindert die Entwicklung einer demokratischen und humanistischen Bürgergesellschaft. Das Denken, welches hinter dem Extremismusansatz steht, verstellt den Blick dafür, dass ein aktives Eintreten gegen Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus, Homophobie oder Sexismus keine «linken» Einstellung sind, sondern eine Verteidigung der Grundregeln unserer Gesellschaft darstellen, die sich auf die allgemeinen Menschenrechte beziehen.

Der wichtigste Versuch in Tschechien, den Extremismus-Begriff zu umgehen, liegt darin, die rassistischen, sexistischen, antisemitischen etc. Taten als hassmotivierte Gewalt zu bezeichnen. Es handelt sich um die Einführung des vor allem in USA und Großbritannien aktuell herrschenden Diskurses um hate crime/hate violence. Die Vertreter_innen³¹ dieses Ansatzes erhoffen sich davon, dass das andere Vokabular diese Art von Gewalt in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit der Täterschaft der «Rechtsextremisten» entzogen wird. Dadurch wird sichtbar, dass es keine «gute demokratische Mitte» der Gesellschaft gibt, vielmehr wird die Gewalt in allen ihren Ausprägungen (verbal, körperlich, Sachbeschädigung etc.) von großen Teilen der Gesellschaft ausgeübt.

Das der Umweg über Hassgewalt nicht das Allheilmittel ist, ist offensichtlich. In der Präzisierung der Definition des «Hasses», mit dem Ziel alle Taten unter

31 Zu erwähnen sind vor allem die Realisatoren der Studie Vergessene Opfer – Hassgewalt und Unterstützung für ihre Opfer in Tschechien, namentlich die Vereine In IUSTITIA, ROMEA und Tolerance a občanská společnost.

dem Begriff zu erfassen, kommen wir vom Hundertstel zum Tausendstel und das Ergebnis ist trotzdem nicht zufriedenstellend. Vor allem lösen wir aber nicht das Problem, welches sich auch in dem Extremismusansatz verbirgt – der Vergleich von bestimmten Phänomenen nur anhand von oberflächlichen Ähnlichkeiten. Nach wie vor kann Engagement gegen Rassismus und Neonazismus, oder konkret gegen Rassisten und Neonazis diskreditiert und sogar als Hassgewalt auf die gleiche Stufe gestellt werden. Und dies geschieht mit oder ohne nachfolgender Begründung.

«Obwohl sich unsere westliche Gesellschaft auf ihr antifaschistisches Erbe beruft und wir in den Nachbarländern manchmal große antifaschistische Demonstrationen angeführt durch Spitzenpolitiker sehen können, genauso wie lokale Aktionen angeführt durch Vertreter der kommunalen Politik, in Tschechien werden seit dem Anfang der 1990er Jahre antifaschistische Aktivitäten fast ausschließlich mit der anarchistischen Bewegung in Verbindung gebracht.»³² Deswegen können wir uns nicht wundern, wenn das öffentliche Auftreten gegen Neonazis immer ein Hauch von etwas linkem bis linksextremistischem zu haben scheint, wie wir schon in den Beispielen aus Sachsen aufgezeigt haben. Ähnliche Prozesse wirken auch in Tschechien. Menschen, die mit ihrem Lebensstil nicht der sog. «Normalität» entsprechen, werden oft als «alternativ», «anarchistisch» oder als «Antifa» bezeichnet, wobei diese Worte keine konkrete Bedeutung außer «anders» und daher verdächtigt haben. Die zum Teil massive Gewalt von Neonazis gegenüber diesen «alternativen Jugendlichen» wird dann als «Streitigkeiten unter Jugendlichen» verharmlost und die Betroffenen werden mit dem Problem alleine gelassen. In den Jahren 2005-2006 kam es in dem böhmischen Städtchen Světlá nad Sázavou zu zahlreichen Übergriffen seitens der Neonazis. «Die Polizisten (...) versuchten uns zu überzeugen, dass es da zwei Seiten gibt ... die Nazis und wir,» berichtet ein Zeuge. Im ländlichen Raum, wie in diesem Fall, kommt es noch dazu, dass die Täter in der Gemeinde bekannt sind, zu der Dorfgemeinschaft gehören und diese persönliche Bekanntschaften oft eine große Rolle spielen: «Ich kenne die Jungs, über die immer die Rede ist, persönlich und kann sagen, dass es gute Jungs sind. Wenn sie alleine sind, machen die nichts, wenn sie aber in einer Gruppe sind, spüren sie die Macht, trinken etwas Alkohol und prügeln sich ... Die Jungs sind ja intelligent, aus guten Familien...»³³ Dieses Zitat eines Polizisten macht die Verharmlosung des Problems deutlich. Wenn ein wissenschaftlicher Ansatz die Betroffenen als vermeintliche Linksextreme diffamiert, in der Praxis durch Medien, Polizei und Politik umgesetzt, fühlen sich Neonazis in ihrem Tun noch legitimiert und bestärkt.

In der praktischen zivilgesellschaftlichen, präventiven und/oder pädagogischen Arbeit gegen menschenfeindliche Einstellungen und für Demokratie ist der Extremismusansatz unbrauchbar. Um problemorientierte und erfolgversprechende Ansätze zu entwickeln, ist es notwendig die Dimension, welche wir bearbeiten möchten, genau zu definieren. Antirassismus-Arbeit unterscheidet sich grundlegend von Gedenkstättenpädagogik und ein Anti-Gewalttraining ebenso von einem

32 Charvát, Jan: *Akce!*, politicko-kulturní týdeník A2, Nr. 26, Jahr 2006. <http://www.advojka.cz/archiv/2006/26/akce>, aufgefunden am 16.02.2011.

33 Beide Zitate nach: Kuřík, Bob - Slačálek, Ondřej: Alternativní mládež a subkultury. In Autorenkollektiv: *Zapomenuté oběti. Násilí z nenávislosti a poradenství pro jeho oběti v ČR*. Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft, Kulturbüro Sachsen e. V., In IUSTITIA, Prag, 2010, S. 184-192.

Aufklärungsvortrag zu neonazistischen Ideen. Alle diese Ansätze wirken auf spezifische Facetten einer rechten oder demokratiefeindlichen Einstellung. Diese genau zu benennen hilft dabei auch die Wirksamkeit unterschiedlicher Maßnahmen abschätzen zu können.

Alternativen zum Extremismusansatz in Deutschland und Tschechien

Jaques Derrida hat darauf hingewiesen, dass es ein Geburtsfehler der Demokratie sei, dass sie sich selbst abschafft, sobald sie sich so weit stabilisiert hat, dass sie als ein Zustand begriffen wird. Gerade die unabschließbare und unbestimmbare Form, die einer Demokratie innewohnt, stellt der französische Philosoph auch als die eigentliche Stärke der Demokratie heraus, denn dadurch trägt Demokratie immer die Kraft zu Veränderungen, Neubestimmungen und Umordnungen in sich. Demokratie kann man demnach immer nur in Form eines dynamischen Prozesses verstehen. Eine gewaltsame Grenzziehung, z.B. Gesetze, die vorschreiben was noch demokratisch ist und was nicht mehr, kommt einem Selbstmord der Demokratie gleich³⁴. Eine unreflektierte Übernahme des Extremismusansatzes übernimmt jedoch genau jene Regeln, welche Demokratie als einen statistischen Zustand konservieren wollen. Daher ist es notwendig Alternativen zum Extremismusansatz zu entwickeln und auszuprobieren.

Die Alternativen laufen dabei weniger auf einen neuen Sammelbegriff für alle Phänomene hinaus, die bisher unter der Überschrift des «Extremismus» subsumiert worden sind, sondern müssen sinnvoller Weise eine bessere Differenzierung erlauben. Zahlreiche Autor_innen haben darauf hingewiesen, dass es vor allem auch ein Problem der Suche nach einem Sammelbegriff ist, der den Blick für die Benutzung von Alternativen verstellt.³⁵

Im Bereich der rassistischen, antisemitischen, homophoben oder anderer menschenfeindlicher Gewalt wurde in den letzten Jahren der Versuch unternommen mit dem Begriff der «Hassgewalt» bzw. dem «Hate Crime»-Ansatz zu arbeiten. Das Konzept stammt aus der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, wurde durch amerikanische Soziolog_innen operationalisiert und anschließend für das Strafrecht nutzbar gemacht.³⁶ Der Vorteil der Verwendung dieser Terminologie ergibt sich darin, dass die Motivation der Gewalttat im Vordergrund steht und nicht die Gruppenzugehörigkeit oder politische Gesinnung der/des Täter_in. Darüber hinaus bleibt rassistische Gewalt in der öffentlichen Wahrnehmung nicht auf einen kleinen Kreis von organisierten Neonazis beschränkt, sondern spiegelt die gesellschaftliche Realität wieder, dass solche Gewalttaten auch durch nicht-organisierte Menschen mit entsprechenden Einstellungsmustern begangen werden können.³⁷

Doris Liebscher schlägt einen Antidiskriminierungsansatz für die politische

34 Derrida, Jaques: Schurken. Zwei Essays über die Vernunft., Frankfurt a.M., 2005, S. 64ff.

35 Vgl. u.a. Teil III: Alternativen. In: Forum für Kritische Rechtsextremismusforschung. (2011). Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismusmodells. Wiesbaden. S. 263 ff.

36 Vgl. u.a. Hall, Nathan: Hate Crime., Portland, 2008.

37 Vgl. u.a. Bohdálék, Miroslav: Vergessene Opfer. Kurzfassung des Projektberichtes. Kulturbüro Sachsen, Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft. Dresden, 2010. Die Studie kann auf www.kulturbuero-sachsen.de heruntergeladen werden.

Praxis vor. Dadurch werden Einstellungen, Handlungen, wie auch Strukturen problematisiert, die auf Betroffene von Diskriminierung wirken. Der Vorteil des Ansatzes zeigt sich u.a. durch die Erweiterung über ein pures Gewaltproblem hinaus und bezieht auch die Betroffenen-Perspektive struktureller Diskriminierung, z.B. durch staatliche Gesetzgebung oder Handlungen in die Betrachtung ein.³⁸ Orientiert wird sich dabei an den Diskriminierungsdimensionen des Konzeptes der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF).

Das von Wilhelm Heitmeyer entwickelte Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) wurde ursprünglich als ein «Syndrom» aus den sechs Elementen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Heterophobie, Etabliertenvorrechte und Sexismus entwickelt und in repräsentativen Studien jährlich abgefragt.³⁹ Im Laufe der Jahre kam es zu einer Erweiterung des GMF-Syndrom auf insgesamt zehn Dimensionen.⁴⁰ Neben oben genannten Dimensionen umfasst das Konzept Islamfeindlichkeit, Abwertung von Obdachlosen, Abwertung von Menschen mit Behinderung und die Abwertung von Langzeitarbeitslosen. Die Gemeinsamkeit der GMF-Facetten besteht in einer dahinter liegenden Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen. Der Gewinn des Konzeptes besteht in der klaren Differenzierung einzelner Problembereiche gesellschaftlicher und individueller Ausgrenzungsmechanismen. Insbesondere für Einstellungsuntersuchungen, die Analyse zu den Ursachen von Menschenfeindlichkeit und die Entwicklung wirksamer Gegenstrategien ist eine solche Differenzierung dringend geboten. Das Modell der GMF erlaubt es darüber hinaus feindselige Einstellungen als gesamtgesellschaftliches Problem wahrzunehmen, in welches politische Eliten, staatliche Institutionen, Einzelpersonen und Gruppen ebenso involviert sind, wie organisierte Neonazis. Ein Wegschieben der Diskriminierungsproblematik auf die vermeintlichen rechten und/oder linken «Ränder» einer Gesellschaft wird dadurch erschwert.

In der politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Parteien oder Gruppen wird durch eine bessere Differenzierung ebenfalls eine genauere Beschreibung von Phänomenen erreicht. Dabei kann dort, wo es sinnvoll erscheint auf die Logik des Extremismus-Ansatzes mit seinem «rechts/links/Mitte»-Denken weitgehend verzichtet werden. Die NPD in Deutschland und «Národný odpor» in Tschechien knüpfen an die Ideen des Nationalsozialismus in modernisierten Formen an und können daher problemlos als «neonazistisch» bezeichnet werden. Gerade diese Bezeichnung als «Neonazis» macht sie unterscheidbar von anderen Parteien oder Gruppen, wie z.B. rechtspopulistischen Vereinigungen wie

38 Liebscher, Doris: Naziproblem und «Rechtsextremismus»-Dilemma. Der Antidiskriminierungsansatz als Ausweg., In: Bildungswerk Weiterdenken/Kulturbüro Sachsen e.V.: Gibt es Extremismus? Extremismusansatz und Extremismusbegriff in der Auseinandersetzung mit Neonazismus und (anti-)demokratischen Einstellungen., Dresden, 2010, S. 45-50.

39 Heitmeyer, Wilhelm: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die Konzeption und erste empirische Ergebnisse., In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 1., Frankfurt a.M., 2002, S. 15-34.

40 Heitmeyer, Wilhelm: Leben wir immer noch in zwei Gesellschaften? 20 Jahre Vereinigungsprozess und die Situation Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit., In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 7., Frankfurt a.M., 2009, S. 36 ff.

«Pro Deutschland». Ebenso kann man rassistische oder antisemitische Äußerungen und Positionen als das bezeichnen was sie sind und dabei auf die Verkaufslisierung und unzulässige Zusammenfassung als «rechtsextrem» verzichten. In den internationalen Debatten ist gegebenenfalls auch zu prüfen, ob faschistische Positionen von Parteien oder Gruppen vertreten werden, statt diese unter «right wing extremism» zu verschleiern. Wissenschaft sollte selbstredend auf Vereinfachungen und Ungenauigkeiten in seinen Beschreibungen weitgehend verzichten und es vermeiden sich staatlichem Ordnungsdenken unterzuordnen.

KAPITEL 1

Kurzer historischer Abriss zum organisierten «Rechtsextremismus» in Tschechien und Deutschland

Geschichte des organisierten Rechtsextremismus in Tschechien

Um die gegenwärtige Lage und die innere Fragmentierung des Rechtsextremismus in Tschechien zu verstehen, ist ein Blick in die Geschichte nötig. Die historische Entwicklung des organisierten Rechtsextremismus auf tschechischem Gebiet ist ein Spiegel der komplizierten Beziehungen zwischen verschiedenen Volksgruppen und der Grenzkonflikte in Mitteleuropa. Eine besondere Rolle spielt dabei das deutsch-tschechische Verhältnis.

1 Entwicklung bis 1939

Am 28. Oktober 1918 entstand die Tschechoslowakei als neuer unabhängiger Staat. Das demokratische politische System, das bis 1938 in dieser so genannten «ersten Republik» existierte, stellte eine Ausnahme in Mitteleuropa dar. Im Inneren wurde die multiethnische Tschechoslowakei jedoch durch Nationalitätenkonflikte vor fundamentale Probleme gestellt. Die neue tschechische Elite prägte das Konzept einer einheitlichen tschechoslowakischen Nation. So sollte die slawische Identität des Staates bestätigt werden. In der Slowakei wurde dieses Konzept aber nicht geteilt, was zu tschechisch-slowakischen Spannungen führte. Zusätzlich belastete die gegenseitigen Beziehungen auch ein religiöser Konflikt: Tschechien war laizistisch geprägt, die Slowakei katholisch. Auch bei weiteren Minderheiten, darunter neben der ungarischen und polnischen vor allem die deutsche¹, war die Loyalität zum neuen Staat schwach. Die Roma in der Tschechoslowakei wurden rassistisch behandelt und unterdrückt.

Schon in den Jahren 1918-1919 wollten einige extreme tschechische Nationalisten eine Diktatur mit anti-deutscher Orientierung erklären. Der damalige tschechoslowakische Präsident Tomáš G. Masaryk und andere demokratische Kräfte lehnten solche Versuche klar ab. In den 1930er Jahren waren auch bei manchen anderen tschechischen Parteien autoritäre Tendenzen erkennbar, so bei der *Agrární strana* (Agrarpartei) oder der *Československá strana lidová* (Tschechoslowakische Volkspartei). *Národní demokracie* (Nationaldemokratische Partei) entwickelte sich zu einer rechtsautoritären Partei mit panslawistischen Tendenzen,² die in Opposition zur «fortschrittlich-liberalen» etablierten Politik stand. 1935 bildete diese Partei den Kern der *Národní sjednocení* (Nationalen Vereinigung), in der sich die Nationalisten sammelten, die bei den Wahlen 1936 aber nur 5,6 Prozent der Stimmen auf sich verei-

1 Einer Volkszählung von 1930 zufolge waren die Deutschen mit rund 30 Prozent die größte nationale Minderheit. <http://www.czso.cz>, aufgefunden am 14.4.2008.

2 Siehe Glossar auf der Website des Kulturbüros.

nigen konnte.

Der tschechische Faschismus entstand Anfang der 1920er Jahre aus dem nationaldemokratischen Milieu. Vorbild war der Aufstieg Benito Mussolinis in Italien. 1926 wurde die *Národní obec fašistická* (NOF, Nationale Faschistische Gemeinde) gegründet, deren Führer Radola Gajda war. Gajda war General einer antibolschewistischen Armee in Sibirien gewesen und lag in der neuen Tschechoslowakischen Republik mit der etablierten Politik überkreuz. Die Wahlergebnisse der NOF waren aber schwach. 1929 kam sie in Koalition mit der *Národní liga* (Nationalen Liga) auf nur 0,3 Prozent, sechs Jahre später waren es 2,0 Prozent. Die tschechischen Faschisten waren antidemokratisch, antikommunistisch, antisemitisch und antideutsch orientiert. Zwar gab es in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre einzelne Kontakte zur deutschen NSDAP, doch wegen der panslawistischen Orientierung der NOF wurden diese abgebrochen.

Die deutschen Nationalisten in der Tschechoslowakei lehnten deren Existenz ab. Nachdem der Versuch, 1918 vier deutsche Provinzen auf tschechischem Gebiet als Teil Österreichs zu etablieren, militärisch vereitelt wurde, wirkten extremistische Gruppierungen der Sudetendeutschen³ subversiv gegen die Tschechoslowakei. In der Tschechoslowakei etablierte sich auch die *Německá národně socialistická dělnická strana* (DNSAP, Deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei), die enge Beziehungen zu Hitlers NSDAP in Deutschland pflegte (1933 wurde sie verboten). Gleichzeitig waren einzelne deutsche Parteien seit Mitte der 1920er Jahre sogar an der tschechoslowakischen Regierung beteiligt.

Seit 1933 geriet die extreme sudetendeutsche Bewegung zunehmend unter nationalsozialistischen Einfluss. Das gilt besonders für Konrád Henleins *Sudetendeutsche Partei* (SdP), die bei den Wahlen 1935 mit 15,2 Prozent zur stärksten Partei in der Tschechoslowakei wurde. Ein Jahr später bildete sich die illegale *Sudetendeutsche Freiwilligenarmee* (SdFA), die von Deutschland aus organisiert wurde. Im September 1938 wurde zudem ein *Sudetendeutsches Freikorps* (SdFK) unter Führung von deutschen SA gegründet, das während der Münchner Krise mit Guerilla- und terroristischen Methoden gegen tschechische Sicherheitskräfte, Zivilisten und auch gegen sudetendeutsche Antifaschisten, die in der paramilitärischen Republikanischen Wehr organisiert waren, kämpfte. In der Tschechoslowakei hatte zu dieser Zeit auch die deutsche Opposition gegen Hitler ihre Exilbasis. Neben demokratischen Organisationen zählte dazu die revolutionär-nazistische *Schwarze Front*.

Bewegungen, die den territorialen Anschluss an das jeweilige Mutterland anstrebten und starke rechtsautoritäre Tendenzen zeigten, gab es auch innerhalb der slowakischen, polnischen, ungarischen und karpato-ukrainischen Minderheiten. Eine Basis auf tschechischem Gebiet hatten zudem faschistische und rechtsautoritäre Organisationen der russischen und ukrainischen Emigration.

Nach dem Münchener Abkommen vom 29. September 1938 zwischen Deutschland, Italien, Großbritannien und Frankreich verlor die Tschechoslowakei dann die Grenzgebiete, die sie kampfflos an Deutschland, Ungarn und Polen abtreten musste. Im Sudetenland wurde der Sudetendeutsche Gau als Bestandteil des Großdeutschen Reiches gebildet. Die Strukturen der *Sudetendeutschen Partei* übernahm die NSDAP. Im Rest der Tschechoslowakei entstand die so genannte zweite Republik, die bis zum

3 Ebd.

15. März 1939 bestand. Trotz dieser kurzen Existenz nimmt sie einen wichtigen Platz in den Traditionen des tschechischen Rechtsextremismus ein, weil es sich faktisch um ein rechtsautoritäres Regime auf tschechischem Gebiet handelte. Die rechtsautoritären politischen Kräfte, die während der ersten Republik marginalisiert wurden, gelangten nach dem Zusammenbruch der außenpolitischen Orientierung der ersten Republik an die Macht.

2 Entwicklung 1939-1945

Am 15. März 1939 wurden die verbliebenen tschechischen Gebiete von Deutschland okkupiert. Bereits einen Tag zuvor hatte die Slowakei ihre Unabhängigkeit erklärt. Die deutschen Besatzer bildeten das Protektorat Böhmen und Mähren. Versuche der tschechischen Faschisten, unter den neuen Verhältnissen mit Hilfe des neu gegründeten *Český národní výbor svatováclavský* (Tschechischen Nationalausschuss Sankt Wenzel) unter Radola Gajda die Macht zu übernehmen, wurden von den Deutschen schnell gestoppt.

Im Protektorat entfaltete sich der komplette NS-Unterdrückungsapparat. An der Spitze des Protektorats stand der Reichsprotektor, dem die Okkupationsverwaltung sowie der quasi-autonome Apparat des Protektorats unterstand. Dazu gehörten Staatspräsident, Ministerpräsident und Regierung, die Gendarmerie, die *Národní souručenství* (NS, Nationale Gemeinschaft) als einzige politische Bewegung und eine kleine, schwach ausgerüstete Regierungsarmee. Im Protektorat wurden brutale Maßnahmen gegen die politische Opposition sowie gegen Juden, Roma, Kriegsgefangenen und die Zivilbevölkerung umgesetzt.

Die Deutschen waren an einer schlagkräftigen Protektoratsverwaltung interessiert. Eine starke Position der einheimischen faschistischen Gruppierungen, die sich während der ersten Republik oft antideutsch geäußert hatten, wurde deshalb abgelehnt. Das Vertrauen der Deutschen in den ersten Jahren des Protektorats genossen besonders ehemals führende Politiker der zweiten Republik wie Staatspräsident Emil Hácha. Nachdem es allerdings vereinzelt zur Zusammenarbeit von Protektoratspolitikern mit dem antifaschistischen Widerstand kam, setzten die Nazis nur noch auf loyale Kollaborateure wie den Minister Emanuel Moravec, der in der ersten Republik noch loyaler Armeeeoffizier gewesen war und nach dem Münchener Abkommen seine politische Orientierung vollständig änderte.

Die tschechischen Faschisten protestierten gegen diese Linie bei der Besetzung der Protektoratsverwaltung und bildeten bereits 1939 verschiedene Organisationen, mit deren Hilfe die Macht im Protektorat übernommen werden sollte. Die wichtigste war das *Český národněsocialistický tábor «Vlajka»* (ČNTS-V, Tschechisches Nationalsozialistisches Lager «Flagge») mit den paramilitärischen Svatoplukovy Gardy (SG, Svatopluk's Garden). Die Deutschen nutzten diese Organisationen, um eine Drohkulisse für die offiziellen Protektoratsorgane aufzubauen und um Spitzeldienste für Gestapo und Sicherheitsdienst zu leisten. Bestrebungen zur Bildung tschechischer Kampfeinheiten für das Deutsche Reich wurden aber lange Zeit abgelehnt. In den Jahren 1942 und 1943 wurden einige tschechische faschistische Organisationen von den Okkupanten aufgelöst.

Viele Mitglieder dieser Organisationen engagierten sich dann in neuen Protektoratsorganisationen, die mit dem Namen von Emanuel Moravec verbunden waren.

Die wichtigsten waren das *Kuratorium pro výchovu mládeže v Čechách a na Moravě* (Kuratorium für die Jugenderziehung in Böhmen und Mähren), die *Česká liga proti bolševismu* (Tschechische Antibolschewistische Liga) und der *Český svaz válečníků* (Tschechische Kriegsbund). Innerhalb des Kuratoriums wurden *Oddíly Zvláštního zasazení* (ZZ, Einheiten für spezielle Einsätze) formiert, die unter anderem für den Zivilschutz und Hilfen bei Luftangriffen zuständig waren. Schon die Abkürzung ZZ zeigt, dass diese Einheiten nach dem Vorbild der deutschen SS gebildet wurden.

Die Bildung einer tschechischen Militäreinheit erlaubten die Deutschen erst im Frühling 1945. Es handelte sich um die *Svatováclavská dobrovolnická rota* (Freiwilligenkompanie Sankt Wenzel), die von Wehrmacht und SS ausgebildet wurde. Im Mai 1945 wurde diese von den tschechischen antifaschistischen Aufständischen zerschlagen.

Ein kleines nationalsozialistisches Milieu mit separatistischen Tendenzen existierte während der Protektoratszeit auch in Mähren. Ein Teil der dortigen Faschisten strebte eine mährische Autonomie innerhalb der «Neuen Europäischen Ordnung» an. Andererseits wollten einzelne Teile der Bewegung im Jahr 1939 Teile Mährens an die Slowakei anschließen. Bemerkenswert ist, dass auch ein Teil der kleinen muslimischen Gemeinde in Böhmen und Mähren öffentlich mit den Deutschen kollaborierte. Auslöser war ihr Hass gegen Großbritannien, das aus ihrer Sicht arabische Länder unterdrückte.

Die deutschen Nationalsozialisten im Protektorat sowie im Sudetendeutschen Gau waren in der NSDAP und anderen nazistischen Organisationen engagiert. Für die Deutschen gab es, anders als für Tschechen, eine Wehrpflicht. Einzelnen Quellen zufolge wurde eine sudetendeutsche SS-Division Böhmen und Mähren gebildet, deren Existenz aber umstritten ist.

Auf tschechischem Gebiet wirkten besonders gegen Ende des Krieges auch verschiedene ausländische Kollaborateure. So wurde in Prag im Jahr 1944 eine Russische Regierung unter Führung von General Vlasov gebildet. Bei Kriegsende kapitulierten auf tschechischem Gebiet neben deutschen Militärkräften und SS-Einheiten auch militärische Einheiten der Verbündeten Nazideutschlands.

3 Entwicklung 1945-1948

Nach dem Ende der deutschen Okkupation wurde auf tschechoslowakischem Gebiet die so genannte dritte Republik mit begrenzter Demokratie und unter starkem Einfluss der Kommunisten gebildet. Die meisten Deutschen mit Ausnahme einiger Antifaschisten wurden bis 1947 ausgesiedelt. In der ersten Phase der Vertreibung kam es häufig zu nationalistischen Ausschreitungen gegen die deutsche Bevölkerung. Andererseits trieben in den sudetendeutschen Gebieten weiterhin nazistische *Werwolf-Einheiten* und ähnliche andere Gruppen ihr Unwesen.

Tschechische Kollaborateure aus der NS-Zeit wurden meist vor Gericht gestellt; einzelne begannen aber auch, für die Geheimdienste unter kommunistischer Kontrolle zu arbeiten. Kleine illegale Gruppen, anknüpfend an die Strukturen der Kollaboration, wirkten in Böhmen und Mähren noch in den ersten Nachkriegsjahren. Einigen von ihnen hatten wahrscheinlich auch Kontakte zu tschechischen rechtsextremen Exil-Organisationen in den westlichen Besatzungszonen, besonders zu den *Svobodní čeští křižáci* (SČK, Freie Tschechische Kreuzritter) mit Sitz in Laufen bei Salzburg.

Die *Vlajka*-Aktivisten unterhielten zudem enge Kontakte zur *Ukrainischen Aufständischen Armee* (UPA),⁴ deren Kämpfer 1946/47 über tschechoslowakisches Gebiet nach Westen entkamen und in Gefechte mit tschechischen Sicherheitskräften verwickelt wurden. Einzelne *Vlajka*-Mitglieder kämpften 1946 in der Slowakei im Rahmen der Guerilla-Gruppe *Vrchla* gemeinsam mit UPA-Kämpfern und slowakischen Klerikalfaschisten gegen die tschechoslowakische Armee und die Polizei. Diese Gruppe wurde aber schnell zerschlagen.

4 Entwicklung 1948-1989

Im Jahr 1948 übernahm die *Komunistická strana Československa* (Kommunistische Partei der Tschechoslowakei, KSČ) die Macht. Bis 1989 war die Tschechoslowakei Teil des Ostblocks. Ehemalige Faschisten und Kollaborateure wurden vom Geheimdienst *Státní bezpečnost* (StB, Staatssicherheit) beobachtet, doch sie stellten, im Unterschied zur demokratischen Opposition, keine Gefahr für das kommunistische Regime dar. Ihre wichtigsten «Organisationsformen» waren regelmäßige Treffen in Kneipen oder Cafés, wo sich die Altfaschisten an vergangene Zeiten erinnerten. In dieser Zeit wirkten im Untergrund auch kleine Kreise dogmatischer Katholiken mit antisemitischen Ansichten. Einzelne Quellen aus dem gegenwärtigen tschechischen Neonazismus sprechen zudem über militante Kleingruppen der sudetendeutschen Nazis, die unter Decknamen in der Tschechoslowakei blieben und mit tschechischen Helfern gegen das Regime kämpften. Die offizielle Geschichtsschreibung bestätigte diese Informationen bisher nicht.

Auch in der tschechischen Emigration⁵ gab es kaum einen organisierten Rechtsextremismus. Einzelne ehemalige Kollaborateure traten in die französische Fremdenlegion oder in den Arbeitsdienst der US-Armee in Deutschland ein, doch innerhalb dieser Strukturen bildeten sie keine eigenen spezifischen rechtsextremen Gruppierungen. Am Ende des kalten Krieges in den 1980er Jahren wurde lediglich die *Protižidovská liga v Exilu* (Antijüdische Liga in Exil) gebildet.

Etwa seit den 1960er Jahren wurden von Jugendlichen kleine Neonazigruppen in Tschechien gebildet. Die wahrscheinlich erste war die *Československá strana nacistická* (Tschechoslowakische Nazistische Partei) in Ostrava zu Beginn der 1960er Jahre. Es folgten Gruppierungen wie Totenkopf 1983 in Brno, die *Pravicová nacionálně socialistická strana* (PNSS, Rechte Nationalsozialistische Partei) 1987 in Prag, die *Nacionální fronta* (NAF, Nationale Front) im gleichen Jahr in Trutnov sowie *Werwolf*, die 1983 bis 1986 in Děčín bestand. Die Existenz solcher Gruppen wurde von Seiten der kommunistischen Propaganda zur Diskreditierung der demokratischen Opposition genutzt.

Seit Beginn der 1980er Jahre wurden tschechische Jugendliche von der subkulturellen Entwicklung in Westeuropa beeinflusst. 1983 beobachtete die Staatsicherheit die ersten Nazi-Punks in Prag, die Nazikleidung trugen und gewalttätig gegen Roma und Vietnamesen auftraten. Rassistische Elemente waren typisch für einige tschechische Punk-Musikgruppen der zweiten Hälfte der 1980er Jahre. In dieser Zeit traten auch die ersten Skinheadgruppen in Erscheinung, die nach Gründung der Oi-Band Orlík einen Höhepunkt erlebten.

⁴ Ebd.

⁵ Ebd.

5 Entwicklung nach 1989

Unter demokratischen Verhältnissen nach 1989 formierte sich der tschechische Rechtsextremismus neu. Die führende Rolle in der organisierten Szene spielte in den 1990er Jahren die *Sdružení pro Republiku – Republikánská strana Československa* (SPR-RSČ, Versammlung für die Republik – Republikanische Partei der Tschechoslowakei). Sie wurde im Dezember 1989 von Miroslav Sládek als eine von vielen Gruppierungen gegründet, die an Traditionen des tschechischen Republikanismus aus der ersten Republik anknüpften und gleichzeitig vom sehr großen Renommee des amerikanischen und französischen Republikanismus profitieren wollten. Wegen innerer Streitigkeiten gelang es aber nicht, eine einheitliche republikanische Partei zu bilden.

Ihre starke Stellung schuldete die SPR-RSČ nicht zuletzt Sládeks rhetorischen Fähigkeiten. Ihr Frontmann führte die Partei immer stärker zu einer rechtsextremen Identität. Das zeigte sich in Gewaltexzessen sowie in Äußerungen mit einem antidemokratischen, rassistischen sowie gegen Roma und Deutsche gerichteten Inhalt, wobei letztere erst aufkamen, seit 1991 Gespräche über eine Zusammenarbeit mit den deutschen *Republikanern* unter Franz Schönhuber scheiterten.

Eine feste Ideologie und historische Verwurzelung hatte die Partei nicht. Ihre programmatische Ausrichtung vereinte Kritik am neuen Establishment mit sozialem Populismus, Antisemitismus und Rassismus. Sie richtete sich gegen Deutschland wie gegen den Kommunismus und vertrat einen außenpolitischen Isolationismus, der sich gegen EU und NATO richtete. Bis 1993 lehnte sie auch die Teilung der Tschechoslowakei ab und plädierte für eine Rückkehr der 1945 abgetretenen Karpatenukraine. Innerhalb der Partei wirkten zeitweilig auch klar profilierte Gruppierungen, darunter Neofaschisten oder Christliche Antisemiten.

In Parlamenten war die SPR-RS von 1992 bis 1998 vertreten, nachdem sich ihre Wahlergebnisse von 1990 (1,0 Prozent) zwei Jahre später zunächst auf 5,98 Prozent und 1996 auf 8,01 Prozent gesteigert hatten. Zwei Jahre später erreichte sie nur noch 3,9 Prozent, womit es zum Fall und zu Finanzproblemen kam, in deren Folge die Partei in Konkurs ging. 2001 wurde die Nachfolgepartei *Republikáni Miroslava Sládka* (RMS, Miroslav Sládeks Republikaner) gegründet, die aber bei den Parlamentswahlen 2002 weniger als ein Prozent der Stimmen erhielt. 2002 spaltete sich *Nová síla* (NS, Neue Stärke) ab, die 2003 den Namen in *Dělnická strana* (DS, Arbeiterpartei) änderte. RMS und SPR-RS fielen in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts in Bedeutungslosigkeit.

Neben dem parteipolitischen Spektrum wirkt in Tschechien auch eine militante Szene, die ihre Ursprünge in der rassistischen Skinhead-Subkultur hat. In den 1990er Jahren verübten diese viele rassistische Überfälle und Morde, besonders an Roma. Auch hier zeigten sich ideologische Streitigkeiten, nach und nach akzeptierte der dominante Teil der Szene neonazistische Ideologie. In Tschechien wurden «Chapter» oder «Divisionen» bedeutenden internationalen Neonazi-Netzwerken gegründet – 1993 die *Bohemia Hammerskins* und 1995 *Blood&Honour Division Bohemia*. In den 1990er Jahren verloren diese an ihrer Bedeutung. 1999 bildete sich der *Národní odpor* (NO, Nationaler Widerstand), der nach den Prinzipien des freien Nationalismus und den Kameradschaften deutscher Art organisiert ist. NO erkämpfte sich schnell eine dominante Position in der militanten Szene (er übernahm auch die Kampagne Anti-

Antifa).

Es passierte in der Zeit, als auf der parteipolitischen Szene einige rechtsextreme Gruppierungen versuchten, den «frei gewordenen Platz» von SPR-RS zu besetzen. Dazu gehörten Splitterparteien, deren Gründer Sládeks Partei wegen dessen autoritären Führungsstils zuvor verlassen hatten. Schon in den 1990er Jahren war so schrittweise eine Opposition innerhalb des rechtsextremen Spektrums entstanden. Auf der Basis der Skinhead-Subkultur, die in der ersten Hälfte der 1990er Jahre eine Blüte in Tschechien erlebte, entstanden Vereine, die sich teilweise auch mit Altfaschisten und langjährigen Antisemiten verflochten. Die wichtigste Rolle spielte die 1993 gegründete *Vlastenecká fronta* (VF, Patriotische Front).

2001 traten Mitglieder der Neonazi-Vereinigung *Národní aliance* (die durch das Innenministerium verboten wurde) und des *Národní odpor* der *Vlastenecká republikánská strana* (VRS, Patriotische republikanische Partei) bei, die sich umbenannte in *Národně sociální blok* (NSB, National sozialistischer Block) und später in *Prává alternativa* (PA, rechte Alternative). Wegen innerer Streitigkeiten war sie allerdings bereits nach wenigen Monaten nicht mehr handlungsfähig.

Ein Jahr später entstanden die *Národní sjednocení* (NSJ, Nationale Vereinigung) und die *Národní strana* (NS, Nationalpartei). In Parlamentswahlen 2006 erreichte diese aber nur 0,17 Prozent der Wählerstimmen; die Partei *Právo a spravedlnost* (PaS, Recht und Gerechtigkeit), auf deren Liste die NSJ kandidierte, kam ebenfalls nur auf 0,23 Prozent. *Národní strana* startete mit einer Reihe von Aktivitäten, die ihr die Aufmerksamkeit der Medien sicherten (einschließlich islamophober Aktionen), jedoch keinen Anstieg an Mitgliedern oder Wählern. Große Aufmerksamkeit erzeugte vor allem die Gründung der paramilitärischen *Národní garda* (Nationale Garde) im Jahre 2007, offensichtlich inspiriert durch ähnliche Entwicklungen in Ungarn. Die Wahlergebnisse blieben verschwindend niedrig und Ende 2009 zerfiel die Partei von innen. Im nächsten Jahr stellte die Regierung einen Antrag auf Aussetzung ihrer Geschäftstätigkeit, weil die Partei ihre Finanzberichte nicht vorlegte. Ein Teil ihrer Mitglieder ging 2010 in die neo-hussitische *Českéhnutí za národní jednotu* (NHJ), diese ist jedoch bedeutungslos.

Deutlich imposanteren Aufstieg zeigte die *Dělnická strana*. In den ersten Jahren ihrer Existenz suchte sie ihren inhaltlichen Profil und Partner (2004 arbeitete sie mit der neo-hussitischen *Národní strana* und mit der neonazistischen *Prává alternativa* zusammen und partizipierte sogar an einer Aktion des *Klub českého pohraničí* (KP, Klub der tschechischen Grenzregion) mit den Kommunisten, wo sie eine Ablehnung der sudetendeutschen Forderungen äußerte). 2006 kandidierte ihre Mitglieder auf der Liste der *Právo a spravedlnost* zusammen mit einigen weiteren Parteien.

2007-2008 fing sie an, mit einem Teil der militanten Neonazi-Szene zusammenzuarbeiten. Dort verließen viele junge Aktivisten die Skinhead-Szene und und neben *Národní odpor* etablierten sich seit 2005 auch Autonome Nationalisten. Es wurden auch Frauenorganisationen wie *Women Resistance Unity* und *Resistance Women Side* gegründet. Wenn sich 2007 das Projekt des neonazistischen Vereins *Mladí národní demokraté* (MND, Junge Nationaldemokraten) als politisch nicht erfolgsversprechend zeigte, traten viele Mitglieder des NO und der AN der *Dělnická strana* bei. Diese gründete anfangs 2008 sogar eigene paramilitärische *Ochranné sbory Dělnické strany* (OS DS, Schutzkorps der Arbeiterpartei) und 2009 die Jugendorganisation *Dělnická mládež* (DM, Arbeiterjugend). Bei der Europawahl bekam die DS 1,07 % der

Stimmen und dadurch eine staatliche Finanzierung.

Dělnická strana begann, Demonstrationen zu organisieren, an denen auch militante Neonazis teilnahmen. Nach Beendigung der offiziellen Aktionen kam es zu Gewaltexzessen, die bekanntesten sind die sog. «Kämpfe um Janov» am 18. Oktober und 17. November 2008. Janov ist eine Wohnsiedlung im nordböhmischen Litvínov. Durch die Einsiedlung vieler Roma kam es dort zur interethnischen Spannungen, die von der Majorität kritisiert wurden. Vier Männer aus dem Umkreis der DS verübten im April 2009 einen Brandanschlag auf eine Roma-Familie in Vítkov, bei dem ein zweijähriges Mädchen schwere Brandverletzungen erlitt (eine direkte Beauftragung durch die Partei-Strukturen wurde nicht bewiesen). DS wurde 2010 aufgelöst (der erste, nicht erfolgreiche Versuch wurde schon 2009 unternommen). Ein dominanter Teil der Mitgliedschaft ging in die *Dělnická strana sociální spravedlnosti* (DSSS, Arbeiterpartei der sozialen Gerechtigkeit, sie wurde 2004 unter einem anderen Namen gegründet) über. Ein Teil der militanten Neonazi-Szene geriet in Konflikt mit der Führung der DSSS, die Mehrheit blieb jedoch der Partei treu. In den Parlamentswahlen 2010 erzielte die Partei 1,14 % der Stimmen. 2010 gründete die Partei auch die vigilantisches *Občanské hlídky DSSS* (OH DSSS, Bürgerwachen der DSSS).

Literatur:

- Čecháček, Jaroslav und kol. (1933): *Fašismus mezinárodní*. Praha: Jíří Pleskot.
- Kraft, David (2005): *Politická emigrace – sociální demokracie*. In Kraft, David (ed.): *Exil v Praze a v Československu 1918-1938*. Praha: Pražská edice, pp. 120-127.
- Mareš, Miroslav (2003): *Pravicový extremismus a radikalismus v R.* Brno: Barrister & Principal.
- Mareš, Miroslav (2005): *Terorismus v ČR*. Brno: Centrum strategických studií.
- Mareš, Miroslav (2006): *Czechoslovakia*. In Blamires, Cyprián (ed.): *World Fascism. A Historical Encyclopedia*. Santa Barbara: ABC-CLIO, pp. 161-163.
- Mareš, Miroslav (2010): *Gewalt und Ideologie. Rechtsextremismus in Tschechien*. Osteuropa, vol. 60, No. 10, pp. 33 -50.
- Mareš, Miroslav, Vejvodová, Petra (2010): *Dělnická strana: profil České pravicov extremistické strany*. Rexter - asopis pro výzkum radikalismu, extremismu a terorismu, Brno, CBSS. ISSN 1214 -7737, 2010, vol. 8, no. 2, s. 42 -74.
- Nakonený, Milan (2006): *Český fašismus*. Praha: Vodnář.
- Rataj, Jan (1997): *O autoritativní národní stát*. Praha: Karolinum.
- Sander, Rudolf (1993): *Vojensky organizovaná protistátní činnost sudetských Němců v pedmnichovském Československu*. Historie a vojenství, Jg. XLII, Nr. 2, pp. 68-90.
- Státník, Dalibor (2002): *Československé zpravodajské hry v Rakousku v počátcích studené války*. Exilové skupiny, západní výzvědné služby a jejich infiltrace československými agenty. Soudobé dějiny, Jr. X, Nr. 4, pp. 487-518.
- Šamberger, Zdeněk (2005): *K problematice vývoje česko-(sudeto)německých vztahů před rokem 1938*. In Radvanovský, Zdeněk (ed.): *Historie okupovaného pohraničí 1938-1945* 10, Ústí nad Labem: Univerzita Jana Evangelisty Purkyně, Albis International, pp. 7-99.

Geschichte des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland

Um die heutigen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus untersuchen und bewerten zu können, ist die Betrachtung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Entwicklungen in den beiden deutschen Staaten nach 1945 von grundlegender Bedeutung. Aus der jeweiligen politischen Kultur und deren historischen Genese lassen sich die Entfaltung und Verankerung rechtsextremistischer Strukturen im wiedervereinigten Deutschland erklären.

1 Entwicklung nach dem Ende des 2. Weltkrieges

Nach der Kapitulation Deutschlands legten die alliierten Siegermächte im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 umfangreiche Maßnahmen zur Entnazifizierung in allen Bereichen der Gesellschaft fest. Im Januar 1946 verfügte der Alliierte Kontrollrat, dass alle ehemaligen Nationalsozialisten und Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüber stünden, aus ihren Ämtern zu entlassen und durch demokratische Kräfte zu ersetzen seien.¹ Die NSDAP samt aller Unterorganisationen wurde verboten und Gerichtsprozesse gegen die Führung des NS-Regimes vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg eingeleitet.

Die auf der Potsdamer Konferenz beschlossene Entnazifizierung wurde in den Besatzungszonen mit unterschiedlichem Erfolg umgesetzt. Am schnellsten und konsequentesten wurde die Direktive in der sowjetischen Besatzungszone durchgeführt; sie war dort verbunden mit einer politischen und sozialen Neustrukturierung nach sozialistischem Vorbild. Allerdings wurden auch hier, ebenso wie in den westlichen Besatzungszonen, ehemalige NSDAP-Mitglieder bewusst in ihren Ämtern belassen, um beim Wiederaufbau auf das Fachwissen der Experten zurückgreifen zu können.

Die westlichen Alliierten sahen von einer konsequenten Entnazifizierung oftmals aus pragmatischen Gründen ab. So hatte der Wiederaufbau von Verwaltung und Wirtschaft Vorrang, Verantwortliche wurden vielfach nicht verurteilt und verblieben in ihren Posten. Dieser Umstand sollte später einer der wesentlichen Kritikpunkte der westdeutschen Studentenbewegung in den 1960er Jahren werden. Die Studierenden lehnten sich gegen die fehlende Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit während des Nationalsozialismus auf – nicht zuletzt gegen den Umstand, dass viele Unterstützer und Funktionäre des Dritten Reiches nach Kriegsende in ihren Machtpositionen verblieben waren.

¹ Kontrollratsdirektive Nr. 24 vom 12. Januar 1946, <http://www.verfassungen.de/de/de45-49/kr-direktive24.htm>, aufgefunden am 24.2.2011.

2 Die rechtsextreme Szene in der BRD

Unmittelbar nach dem Verbot der NSDAP strebten rechtsextreme Kräfte nach parlamentarischem Einfluss in der neugegründeten BRD. Strategisch hatte der Rechtsextremismus nach 1945 zwei Möglichkeiten: Er konnte dem Nationalsozialismus abschwören und einen neuen Nationalismus konzipieren, der die Wiederherstellung eines Deutschen Reichs gegen die Westintegrationspolitik der Alliierten und der mit ihnen kooperierenden Parteien propagiert. Er konnte sich aber auch in die historische Tradition des Nationalsozialismus stellen, seine Verbrechen bagatellisieren und ihn als notwendige Reaktion auf die Gefahr des Stalinismus rechtfertigen. Beide Anlagen finden sich im bundesdeutschen Rechtsextremismus der 1950er Jahre:² 1949 gelang es der drei Jahre zuvor gegründeten *Deutschen Konservativen Partei – Deutschen Rechtspartei* (DKP-DRP) mit einem Wahlprogramm, das die Wiederherstellung des Deutschen Reichs in den alten Grenzen forderte, fünf Abgeordnete in den ersten deutschen Bundestag zu entsenden.³ Im Herbst desselben Jahres formierte sich als Abspaltung der DKP-DRP die *Sozialistische Reichspartei Deutschlands* (SRP), die sich offen zum Nationalsozialismus bekannte und ihre Mitglieder vor allem unter ehemaligen NSDAP-Anhängern fand. Die Partei feierte vor allem mit dem Einzug in den niedersächsischen Landtag politische Erfolge⁴, bevor sie 1952 nach dreijährigem Bestehen für verfassungswidrig erklärt und verboten wurde. Viele der Mitglieder schlossen sich daraufhin der 1950 gegründeten *Deutschen Reichspartei* (DRP) an, die bei Landtags- und Bundestagswahlen allerdings weitgehend erfolglos blieb. Insgesamt erwies sich die Nähe zum historischen Nationalsozialismus als tonangebend, denn es bestand kein Grund zu einem Strategiewechsel. Große Teile der deutschen Bevölkerung empfanden die Besetzung des Landes und die enormen Gebietsverluste als Demütigung und Verlust der historischen und nationalen Identität. Von der US-Militäradministration durchgeführte Umfragen⁵ zeigen, wie groß die Sympathien für nationalsozialistische Ideen trotz Massenmord und Zerstörung waren.

Einen tatsächlichen Aufschwung erhielt der parteipolitische Rechtsextremismus in der BRD vor allem seit 1964 mit der Gründung der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands* (NPD), die zu Teilen aus der DRP hervorgegangen war. Diese bezog sich in ihrem politischen und ideologischen Selbstverständnis positiv auf die NS-Diktatur in Deutschland und bot zugleich eine rechtsextreme Plattform mit bürgerlich-nationalkonservativem Anstrich.

Neben der NPD konnten sich im parteipolitisch organisierten Rechtsextremismus vor allem die zunächst als Verein und ab 1987 als Partei bestehende *Deutsche Volksunion* (DVU) sowie die 1983 gegründeten *Republikaner* etablieren. Unter Federführung des Münchner Verlegers Gerhard Frey, der als Herausgeber der rechtsex-

2 Vgl. Stöss: Ideologie und Strategie des Rechtsextremismus, S. 4 ff.

3 Dies entspricht einem Ergebnis von 1,8 Prozent der abgegebenen Stimmen. <http://www.wahlrecht.de>, aufgefunden am 24.2.2011

4 Die SRP erreichte bei den Landtagswahlen in Niedersachsen im Jahr 1951 ein Wahlergebnis von 11 Prozent. <http://www.wahlrecht.de>, aufgefunden am 24.2.2011.

5 Vgl. Anna J. Merritt, Richard L. Merritt (Hrsg.): Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys 1945-1949, Urbana-Chicago-London 1970; dies. (Hrsg.): Public Opinion in Semisovereign Germany. The HICOG Surveys 1949-1955, Urbana-Chicago-London 1980, in: R. Stöss: Ideologie und Strategie des Rechtsextremismus, S. 5.

tremen «National-Zeitung» bis zum Jahr 2009 zugleich als DVU-Parteivorsitzender fungierte, schlossen sich der DVU vor allem enttäuschte NPD-Sympathisanten und Anhänger rechtskonservativer Kreise der CSU an. Die Partei wurde maßgeblich durch das Frey'sche Verlagswesen finanziert und galt als äußerst kapitalstark. Bereits kurz nach ihrer Umwandlung zur Partei schloss die DVU mit der NPD eine Vereinbarung, nach der Konkurrenzkandidaturen bei Wahlen vermieden werden sollten. Ihren ersten Wahlerfolg erzielte sie 1987, als sie einen Abgeordneten in das Bremer Landesparlament entsandte.⁶ Größere Wahlerfolge erzielte sie erst nach dem Gesellschaftsumbruch 1989/1990.

Infolge einer innerparteilichen Krise der CSU schlossen sich Anfang der 1980er Jahre mehrere ehemalige CSU-Mitglieder zu einer neuen Partei zusammen, den *Republikanern*. Unter ihrem Vorsitzenden Franz Schönhuber gewannen die *Republikaner* Wählerstimmen und zogen im Januar 1989 mit einem Ergebnis von 7,5 Prozent und elf Abgeordneten überraschend in das Abgeordnetenhaus von Berlin ein.⁷ Diesen Erfolg konnten sie im selben Jahr mit dem Einzug in das Europaparlament (7,1 Prozent) und guten Ergebnissen bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg wiederholen.⁸ Der Erfolg brachte zunächst ein Anwachsen der Mitgliederzahlen mit sich, dennoch konnten die *Republikaner* in den Folgejahren nicht an diese Entwicklung anschließen.

Aus ideologischer Sicht versuchte ab Ende der 1960er Jahre eine selbsternannte «Neue Rechte» den Rechtsextremismus in der BRD «intellektuell» zu untermauern. In Abgrenzung zur nationalsozialistischen «Alten Rechten» wandte sie sich neuen weltanschaulichen Grundlagen zu, die sich um die Themen Volk und nationale Identität gruppierten.⁹ Dies ermöglichte dem Rechtsextremismus das Anknüpfen an Themen und Debatten der gesellschaftlichen Mitte.

In der subkulturellen rechtsextremen Szene dominierte seit Ende der 1970er Jahre die Skinhead-Bewegung, die durch nationalsozialistische Tendenzen, eine aggressive Fremdenfeindlichkeit und einen überbetonten Männlichkeitskult geprägt war. Rechtsextreme Skinheadgruppen, so genannte Naziskins, bildeten ein wichtiges Rekrutierungsfeld für gewaltbereite neonazistische Zusammenschlüsse wie die *Aktionsfront Nationaler Sozialisten*, die sich 1977 unter Führung des früheren Bundeswehroffiziers Michael Kühnen gegründet hatte. Diese strikt nationalsozialistisch ausgerichtete Gruppierung ähnelte in ihrer Struktur den später in ganz Deutschland entstehenden «freien Kameradschaften», war in regionale Untergruppen aufgeteilt und umfasste bis zu ihrem Verbot im Jahr 1983 etwa 300 bis 400 aktive Mitglieder.¹⁰

3 Der Mythos der antifaschistischen DDR

In strikter Abgrenzung zum Nationalsozialismus bildete der Antifaschismus die

⁶ <http://www.wahlrecht.de>, aufgefunden am 24.2.2011.

⁷ Nach den Wahlen 1990 mussten die Republikaner das Berliner Abgeordnetenhaus wieder verlassen. Vgl. ebd.

⁸ Ebd.

⁹ Toralf Staud: *Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD*, Köln 2005.

¹⁰ Antifaschistisches Presserarchiv und Bildungszentrum Berlin e.V., <http://www.apabiz.de/archiv/material/Profile/ANSNA.htm>, aufgefunden am 24.2.2011.

zentrale Ideologie des DDR-Staats. Das antifaschistische Selbstverständnis der DDR wurde explizit in der Verfassung verankert: «Die Deutsche Demokratische Republik hat getreu den Interessen des deutschen Volkes und der internationalen Verpflichtung aller Deutschen auf ihrem Gebiet den deutschen Militarismus und Nazismus ausgerottet»¹¹. Der staatlich verordnete Antifaschismus war ökonomischer Lesart: Er deutete die Herrschaft der Nationalsozialisten als diktatorische Ausdrucksform von Kapitalismus und Klassenkampf. Nach dieser Auffassung gab es auf dem Gebiet der DDR per definitionem keine Nationalsozialisten, diese waren nach offizieller Agitation allesamt auf dem Gebiet des kapitalistischen, postfaschistischen Westdeutschlands verblieben.

Rechtsextremismus galt im eigenen Land somit auch nicht als Problem, selbst der Begriff Rechtsextremismus tauchte in der offiziellen DDR-Sprache nicht auf.¹² Eine Auseinandersetzung mit rechtsextremen Strukturen und Vorfällen fand somit nicht statt, ebenso wenig existierte eine systematische Erfassung rechtsextremer Straftaten seitens staatlicher Behörden. Die Problematik wurde ignoriert und vertuscht oder auf den ideologischen Einfluss des westlichen Klassenfeindes zurückgeführt. Zur Anzeige gebrachte Übergriffe und Gewalttaten von Rechtsextremisten galten als Ausdruck «dekadent-amoralischer Auffassungen» jugendlicher Randalierer.¹³

Mangels einer systematischen Dokumentation und Ahndung rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Aktivitäten sind die heutigen Erkenntnisse über rechtsextreme Umtriebe in der DDR eher anekdotischer Natur. Nichtsdestotrotz finden sich in Archivmaterialien, wie dem Zentralen Parteiarchiv der SED oder dem Archiv der FDJ¹⁴, zahlreiche Belege über neonazistische Aktivitäten in der DDR. Neben dem Zeigen des Hitlergrußes, Hakenkreuz-Schmierereien, Wehrmacht- und SS-verherrlichenden Liedern wurden auch Angriffe auf jüdische Friedhöfe, rassistische Pöbeleien und rechtsextreme Gewalttaten erfasst.¹⁵ Besonders im subkulturellen Bereich, vor allem innerhalb der Fußball- und Skinheadszone der 1970er und 1980er Jahre, fand das vorhandene rechtsextremistische Potenzial gewalttätige Ausdrucksformen. Ausgehend von anfänglich sehr losen Zusammenschlüssen in Cliquen gründeten sich im Verlauf der 1980er Jahre verstärkt rechtsextremistische Skinheadgruppen mit hohem Organisationsgrad, guter Vernetzung und klarer Gewaltorientierung

11 Verfassung der DDR vom 6. April 1968, <http://www.verfassungen.de/de/ddr/ddr68-i.htm>, aufgefunden am 24.2.2011.

12 Faschismus galt der materialistischen Geschichtsauffassung einer Definition des Generalsekretärs der Kommunistischen Internationale (Komintern) Georgi Dimitrov folgend als «offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals». Der Begriff Rechtsextremismus wurde in der DDR abgelehnt, weil er das «monopolkapitalistische Klassenwesen» des Faschismus verdeckte. Der völkische Rassismus unterschied den Nationalsozialismus allerdings deutlich von anderen Varianten europäischer Faschismen. Sein eliminatorischer Antisemitismus stellt die entscheidende Spezifität der NS-Bewegung dar. U.a. infolge dieses sozialwissenschaftlich nicht tragfähigen Faschismusbegriffs war die DDR blind gegenüber dem Rechtsextremismus im eigenen Lande.

13 Richard Stöss: *Rechtsextremismus im Wandel*, Berlin 2005.

14 Das Archivmaterial wird heute im Bundesarchiv in Berlin, Abteilung SAMPO – DDR, aufbewahrt.

15 Harry Waibel: *Rechtsextremismus in der DDR bis 1989*, Köln 1996; Christoph Butterwegge: *Rechtsextremismus*, Freiburg/Zürich/Wien 2002.

gegen Migranten, Homosexuelle und Punks.¹⁶ Bis auf wenige Ausnahmen wurden rechtsextreme Vorkommnisse in der Öffentlichkeit totgeschwiegen. Zu den bekannt gewordenen Vorfällen gehört der Übergriff von etwa 30 Skinheads auf Besucher eines Punkkonzertes in der Ostberliner Zionskirche am 17. Oktober 1987, der von «Sieg Heil»- und «Juden raus»-Rufen begleitet wurde. Die sozialistische Presse bagatellierte den Vorfall und schob die Verantwortlichkeit für den Angriff auf Westberliner Skinheads.¹⁷

Erst als rechtsextreme Umtriebe in der DDR immer offensichtlicher wurden, setzte nach und nach eine öffentliche und wissenschaftliche Beschäftigung mit dieser Thematik ein. So wurde erst im November 1989 die auf Untersuchungen der Humboldt-Universität Berlin basierende «Studie über Erkenntnisse der Kriminalpolizei zu neofaschistischen Aktivitäten in der DDR» veröffentlicht.¹⁸ Die Forscher analysierten darin Vernehmungen, Befragungen und Berichte aus 50 Prozessen, die wegen rechtsextremer Vergehen zwischen 1987 bis 1989 in sechs Bezirken der DDR und in Berlin geführt wurden. Die Ergebnisse zeigen, dass sich in den 1980er Jahren vermehrt Neonazi- und Skinheadgruppierungen bildeten, die überregionale Beziehungen zu anderen Gruppen pflegten und gezielt Gewalttaten an Menschen verübten, die als «undeutsch» und damit als «unwert» angesehen wurden. Dies betraf nicht nur Ausländerinnen und Ausländer, sondern auch Punks, Homosexuelle und Angehörige der Grufti-Szene. Aus den Befragungen geht hervor, dass sich die rechtsextremen Angreifer der schweigenden Unterstützung der DDR-Bevölkerung sicher waren.

Auch in staatlichen Einrichtungen waren rechtsextremistische Aktivitäten virulent. Nach einer Deliktkartei des Ministeriums für Staatssicherheit wurden in der Nationalen Volksarmee zwischen 1965 und 1980 mehr als 700 rechtsextremistische Straftaten erfasst.¹⁹ Bernd Wagner, damals Oberstleutnant der Kriminalpolizei der DDR, schätzte das Personenpotenzial im rechtsextremen Spektrum gegen Ende der 1980er Jahre auf etwa 5.000 militante Rechtsextremisten.²⁰

Entgegen der offiziellen DDR-Doktrin, nach der das Phänomen des Rechtsextremismus auf ostdeutschem Gebiet nicht existierte, konnte der Rechtsextremismus nach der Wende 1989/90 durchaus auf vorhandene Strukturen zurückgreifen. Auch in der DDR waren weite Teile der Bevölkerung antisemitisch und fremdenfeindlich eingestellt.²¹ Die Diskriminierung von Ausländern, zum Beispiel von Vertragsarbeitern aus Polen und Vietnam, wurde durch deren mangelnde soziale und sozialräumliche Integration zusätzlich staatlich verstärkt. Eine «Stunde Null» existierte in der DDR ebenso wenig wie in der BRD, da eine Aufarbeitung der historischen Verant-

¹⁶ Bernd Wagner: Handbuch Rechtsextremismus, Opladen 2002.

¹⁷ Tom Franke, Andreas Richter: Die Nationale Front – Neonazis in der DDR, Dokumentarfilm, Berlin 2006.

¹⁸ Die Studie wurde im November 1989 von einer Arbeitsgruppe im DDR-Innenministerium auf Grundlage von Untersuchungen der Humboldt-Universität zu Berlin erstellt. Der Studie lagen Akten von Strafverfahren aus den Bezirken Potsdam, Dresden, Erfurt, Magdeburg, Cottbus und Frankfurt/Oder sowie aus Berlin zugrunde.

¹⁹ Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. <http://www.bstu.bund.de>, aufgefunden am 24.2.2011.

²⁰ Frank Neubacher: Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland, Bonn 1994.

²¹ Thomas Haury: Antisemitismus von links, Hamburg 2002.

wortung und Unterstützung des Nationalsozialismus von der Bevölkerung zu großen Teilen verweigert wurde. Die häufig stattgefundenen Umdeutungen von Tätern und Mitläufern zu antifaschistischen Widerstandskämpfern und Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verhinderte die Auseinandersetzung mit tradierten Einstellungen. Darüber hinaus boten die antikapitalistische und antiamerikanische Agitation der DDR-Ideologie gute Anknüpfungspunkte für Rechtsextremisten.

4 Erstarkender Rechtsextremismus in Deutschland nach 1989/90

Nach dem Gesellschaftsumbruch 1989/90 konnten sich rechtsextremistische Strukturen auf beiden Seiten der ehemaligen Grenze unter neuen politischen Bedingungen weiter etablieren.

In der rechtsextremen Parteienlandschaft dominierte im Verlauf der 1990er Jahre klar die NPD. Sie konnte ihre Mitgliederzahl stetig steigern, gewann durch zielgerichtete Bündnispolitik neue Partner auch in der Neonaziszene und ist gegenwärtig in zwei Landtagen, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, vertreten. DVU und *Republikaner* blieben politisch vergleichsweise unbedeutend. Zwar gelang der DVU im Verlauf der 1990er Jahre der Einzug in vier verschiedene Landesparlamente²², darunter auch in Sachsen-Anhalt mit knapp 13 Prozent der abgegebenen Stimmen (1998), sie scheiterte jedoch rasch durch politische Passivität und interne Streitigkeiten. Die Wiederwahl gelang lediglich in Brandenburg (2004), bei der darauffolgenden Landtagswahl 2009 verpasste sie jedoch den nochmaligen Wiedereinzug. Öffentlich wahrnehmbare Aktivitäten der DVU in den einzelnen Bundesländern blieben zu großen Teilen aus.

Die *Republikaner* erzielten nach der Wende vor allem auf kommunaler Ebene Wahlerfolge, insbesondere in Baden-Württemberg und Bayern. In Baden-Württemberg waren sie darüber hinaus über zwei Legislaturperioden im Landtag vertreten (1992 bis 2001).²³ Insgesamt befinden sich die *Republikaner* mit rückläufigen Mitgliederzahlen, fehlenden öffentlichen Auftritten und innerparteilichen Flügelkämpfen seit einigen Jahren im Abwärtstrend.

Mit dem 2005 erneuerten «Deutschland-Pakt» beschlossen DVU und NPD, Konkurrenzmandate bei Wahlen zu unterbinden, um die Wirkungsmacht ihrer Partei durch regionale Aufteilung und Bündelung der Wählergruppen zu verstärken. Die *Republikaner* lehnten eine Beteiligung an dieser Vereinbarung strikt ab, was weite Teile ihrer Anhängerschaft scharf kritisierten. Viele versprachen sich von der Bündnisstrategie eine stärkere Einflussnahme der extremen Rechten und traten daraufhin der NPD bei. Der Pakt brach 2009, als die NPD entgegen der Vereinbarung in Konkurrenz zur DVU zur Landtagswahl in Brandenburg antrat.

Neue Organisationsformen des Rechtsextremismus entstanden ab Mitte der 1990er Jahre, nachdem infolge staatlicher Repressionen eine Reihe rechtsextremistischer Vereinigungen verboten worden waren. Mitglieder aufgelöster rechtsextre-

²² Außer in Sachsen-Anhalt war die DVU auch in den Parlamenten von Brandenburg, Bremen und Schleswig-Holstein vertreten. <http://www.wahlrecht.de>, aufgefunden am 24.2.2011.

²³ Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg 1992 erzielten die Republikaner mit 10,1 Prozent und 15 Mandaten das bislang beste Wahlergebnis einer rechtsextremen Partei in der BRD. <http://www.wahlrecht.de>, aufgefunden am 24.2.2011.

mistischer Parteien und Neonazi-Organisationen gründeten regional organisierte «freie Kameradschaften». Gemäß dem Prinzip «Organisierung ohne Organisation» treten sie nach außen als regionale, voneinander unabhängige Gruppierungen auf, hinter denen sich straff organisierte militante Strukturen verbergen. Kameradschaften berufen sich ideologisch auf die Weltanschauung der Nationalsozialisten. Einen bedeutenden Aktionsschwerpunkt bilden Aufmärsche und Kundgebungen. Innerhalb der Kameradschaftsszene existieren enge Verbindungen zur NPD, von Parteimitgliedschaften bis hin zu offener Unterstützung bei Wahlkämpfen und Veranstaltungen. So ist die Präsenz der Kameradschaften in der Öffentlichkeit auch im Zusammenhang mit dem «Kampf um die Straße» zu sehen, den die NPD als Teil ihres strategischen Konzepts versteht. Insbesondere in ländlichen Regionen gelang es ihnen vielfach, rechtsextreme Hegemonie zu erlangen und Angstzonen oder «no go areas» zu schaffen. Dort prägen rechtsextreme Aktivitäten das Alltagsbild in einem solchen Maße, dass Menschen, die nicht dem Weltbild von Neonazis entsprechen, diese Regionen aus Angst vor gewalttätigen Übergriffen meiden. Die Aggressionen richten sich dabei nicht nur gegen Migranten, sondern auch gegen Homosexuelle, Obdachlose, Menschen mit Behinderungen und als alternativ oder «undeutsch» geltende Jugendliche.

Kasten 1: Die Entwicklung der NPD zur Bewegungspartei neuen Typs

In den ersten Jahren nach ihrer Gründung im Jahr 1964 gewann die NPD Mandate in sieben Landesparlamenten.²⁴ Diesen Erfolg konnte sie auf Bundesebene nicht wiederholen: Nachdem sie 1969 mit einem Wahlergebnis von 4,3 Prozent den Einzug in den Bundestag nur knapp verpasste, geriet die Partei in innere Streitigkeiten und verlor ihre politische Bedeutung.

Auch in den Planungen militanter Neonazis während des deutsch-deutschen Einigungsprozesses spielte die NPD – auf Grund ihrer damals bestehenden Abgrenzung zu neonazistischen Organisationen – keine Rolle. Insgesamt blieb die Partei zu Beginn der 1990er Jahre für die Renaissance des Rechtsextremismus weitgehend unbedeutend, da sie es ebenso wenig vermochte, das mobilisierende Thema Fremdenfeindlichkeit zu besetzen wie andere rechtsextreme Parteien. Der damalige NPD-Vorsitzende Günther Deckert führte die Partei bis Mitte der 1990er Jahre an einen existentiellen Abgrund, was mit rapidem Mitgliederschwind und einer finanziellen Krise einherging. Schließlich machte Deckert in erster Linie durch seine Holocaustleugnungen auf sich aufmerksam, für welche er im Jahr 1995 rechtskräftig verurteilt wurde.

Eine wichtige Weichenstellung machte die NPD zu Beginn der 1990er Jahre, als sie einen gewichtigen Teil ihrer Parteinfrastruktur, das Verlagshaus der «Deutschen Stimme» mit dem ihm angeschlossenen Versandhandel, die JN-Bundesgeschäftsstelle und diverse Parteikader in Sachsen ansiedelte und Dresden zur «Hauptstadt der Bewegung» ausrief.

Auf dem NPD Bundesparteitag 1996 verlor Deckert in einer Kampfkandidatur den Vorsitz an Udo Voigt, dem die strategische Neuausrichtung der Partei gelang. Sein politisch-biographisches Profil wies gegenüber anderen Führungsfiguren der rechtsextremen Szene den Vorteil auf, dass es sich bei ihm nicht um einen politischen Hasardeur handelte. Voigt ist diplomierte Politikwissenschaftler. Mit 16 Jahren trat er in die NPD ein. Seine Erfolge nach der Übernahme des Parteivorsitzes waren evident. Die Partei

²⁴ Zwischen 1966 bis 1968 gewann die NPD insgesamt 61 Mandate bei den Landtagswahlen in Hessen, Bayern, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. <http://www.wahlrecht.de>, aufgefunden am 24.2.2011.



Bundesvorsitzender der NPD, Udo Voigt, beim Fest der Völker 2007 in Jena

ist in zwei Landtagen vertreten²⁵, hat die Zahl ihrer Mitglieder gegenüber 1996 beinahe verdoppelt²⁶ und ist vielerorts in den Kommunen der neuen Bundesländer verankert.²⁷

Seit der Wahl Udo Voigts zum Parteivorsitzenden kennzeichnen die inhaltliche Ausweitung auf sozialpolitische Themen, die Öffnung der Partei gegenüber neonazistischen Kräften sowie die Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Gruppierungen den neuen Kurs der NPD. Beispielhaft dafür stand die gemeinsam mit der *Deutschen Volksunion* (DVU) und den sogenannten Freien Kräften ins Leben gerufene Strategie einer «Volksfront von rechts»²⁸, die durch verstärkte Kooperationen eine höhere Einflussnahme von Rechtsextremisten erwirken soll. Seit 1997 orientiert sich das Agieren der NPD am Strategiekonzept der «drei Säulen». Dabei soll der «Kampf um die Straße» durch das Organisieren von Demonstrationen und öffentlichen Veranstaltungen eine stetige Präsenz sichern. Der «Kampf um die Parlamente» zielt auf die Erringung politischen Einflusses durch die Beteiligung an Wahlen auf allen Ebenen. Mit dem «Kampf um die Köpfe» strebt die NPD die Schulung ihrer Anhänger und die Erlangung der Deutungs-

- 25 In den Jahren 2004 und 2006 zog die NPD mit Wahlergebnissen von 9,2 und 7,3 Prozent in die Landesparlamente von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern ein. In Sachsen gelang ihr 2009 die Wiederwahl mit 5,6 Prozent der Stimmen.
- 26 1996 hatte die NPD nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz 3.500 Mitglieder, 2010 ca. 6.600.
- 27 Bei den sächsischen Kreistagswahlen im Juni 2008 erreichte die NPD im Landesdurchschnitt 5,1 % und zog damit in alle Kreistage Sachsens ein, davon in fünf Kreistage in Fraktionsstärke.
- 28 Siehe Glossar auf der Website des Kulturbüros.

macht über die öffentliche Meinung an. Ergänzt wurde 2004 eine vierte Säule: der »Kampf um den organisierten Willen« soll unter der Führung der NPD eine organisationsübergreifende Zusammenarbeit der extremen Rechten erreichen. Darüber hinaus bietet auch die »Wortergreifungsstrategie« ein Mittel zur Steigerung der öffentlichen Präsenz. Sie zielt darauf ab, öffentliche Veranstaltungen als Plattform für die Verbreitung rechtsextremer Propaganda zu nutzen. Die Entwicklung der NPD von einer Altnazi-Partei hin zu einer aktionistisch orientierten Organisation verschafft ihr zunehmend Zulauf. Innerhalb weniger Jahre konnte sie ihre Mitgliederzahl bundesweit verdoppeln.

Rückschläge erlitt die NPD seit 2009 insbesondere durch innerparteiliche Konflikte und Strafverfahren wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten. Nachdem die Partei bereits 2007 wegen mangelhafter Rechenschaftsberichte staatliche Zuschüsse in beträchtlicher Höhe zurückzahlen musste, stürzte eine im Mai 2009 verhängte Strafzahlung in Höhe von 1,27 Millionen Euro die NPD ins finanzielle Chaos. Dazu kam die Affäre um den damaligen NPD-Bundesschatzmeister Erwin Kemna, der wegen Veruntreuung von Parteigeldern 2008 zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Die schlechten Wahlergebnisse bei den Landtagswahlen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg sowie der Vorwurf, er trage eine Mitverantwortung am Finanzskandal, ließen Voigt innerparteilich in die Kritik geraten. Auf dem NPD-Parteitag im April 2009 kam es zur Kampfabstimmung zwischen Voigt und dem Fraktionschef der NPD in Mecklenburg-Vorpommern Udo Pastörs, in der Voigt als Parteivorsitzender bestätigt wurde.

Bei den Landtagswahlen 2009 in Brandenburg, Thüringen und Sachsen verfehlte die NPD ihr Ziel, die Fünfprozenthürde in allen drei Bundesländern erreichen zu wollen. Nur in Sachsen gelang ihr mit deutlichen Stimmverlusten der Wiedereinzug ins Landesparlament. Um größtmögliche Erfolge bei den Landtagswahlen 2011 zu erreichen, beschlossen die Parteiführungen der NPD und DVU die Fusionierung beider Parteien zum 1. Januar 2011. Der Parteizusammenschluss »NPD – Die Volksunion« ist jedoch wegen Mängeln bei der Urabstimmung unter den DVU-Mitgliedern vorerst rechtlich nicht wirksam. Obwohl die NPD in ihrer Parteisatzung betont, man stehe auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, ist sie keine demokratische Partei. Laut Artikel 21 des Grundgesetzes der BRD ist die Gründung einer Partei lediglich an formale Voraussetzungen geknüpft, eine Prüfung der tatsächlichen Inhalte erfolgt jedoch nicht.²⁹ Der Agitation der NPD lässt sich entnehmen, dass sie die Beseitigung der demokratischen rechtsstaatlichen Grundordnung und die Schaffung einer deutschen »Volksgemeinschaft« anstrebt. Aus diesem Grund wurde 2001 ein Verbot der NPD wegen Verfassungswidrigkeit beantragt. Es scheiterte aufgrund verfahrensrechtlicher Fehler, der NPD wurde jedoch keine Verfassungstreue bescheinigt. Seither ist die Forderung eines erneuten Verbotsverfahrens der NPD immer wieder Gegenstand öffentlicher Diskussionen.

Eine verstärkte Netzbildung fand nicht nur innerhalb der subkulturellen Rechtsextremismusszene statt. Vermehrt schlossen sich seit Mitte der 1990er Jahre

²⁹ Die Gründung einer Partei ist nach Art. 21 des Grundgesetzes der BRD unter folgenden Bedingungen möglich: Die innere Parteistruktur muss demokratisch gegliedert sein, die Partei muss öffentlich Rechenschaft über ihre Finanzen ablegen, die Partei darf die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die BRD nicht gefährden oder abschaffen wollen. http://www.bundestag.de/dokumente/rechtsgrundlagen/grundgesetz/gg_02.html, aufgefunden am 24.2.2011.

auch rechtsextreme Akteure verschiedener Strömungen zusammen und traten gemeinsam im Rahmen öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen auf. Beispielhaft dafür stehen die Aufmärsche in Wunsiedel anlässlich des Todestages von Rudolf Heß sowie die Demonstrationen zum Gedenken an die Bombardierung der Stadt Dresden am 13. Februar 1945, die als Plattform für geschichtsrevisionistische Propaganda missbraucht werden. An diesen Demonstrationen beteiligten sich Tausende Mitglieder rechtsextremer Parteien sowie Angehörige des Kameradschafts- und Neonazispektrums.

Mit der Entfaltung rechtsextremer Strukturen nach der politischen Wende 1989/90 ging eine rasante Steigerung rechtsextremer Gewalttaten einher, die sich in den frühen 1990er Jahren insbesondere gegen Migranten und Asylbewerber richteten. Diese wurden angesichts steigender Arbeitslosigkeit und sozialer Abstiegsängste von vielen für die Misere verantwortlich gemacht. Allein im Jahr 1991 erfasste der Verfassungsschutz 383 rechtsextrem motivierte Brand- und Sprengstoffanschläge auf Unterkünfte von Ausländern und Asylbewerbern.³⁰ Unter unmittelbarer Beteiligung von Anwohnern wurden unter anderem in Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen Asylbewerberheime und Wohnhäuser in Brand gesteckt, Dutzende Bewohner kamen ums Leben oder wurden schwer verletzt. Die Ausschreitungen wurden begleitet von ausländerfeindlichen Parolen der umstehenden Bevölkerung und Beifallsbekundungen Hunderter Schaulustiger. In der Öffentlichkeit wurde die Aufarbeitung der Anschläge mit der vorangegangenen monatelangen Diskussion um die Verschärfung der Asylgesetzgebung verknüpft, die angeblichem Asylmissbrauch entgegen wirken sollte. Gravierende organisatorische Mängel der Behörden hatten die wachsende Feindseligkeit von Anwohnern gegenüber den Flüchtlingen befördert, die gezwungen waren, wochenlang unter katastrophalen hygienischen Bedingungen in und vor den Aufnahmestellen auszuharren. Unterstützung zur Verbesserung der Lage blieb aus, Beschwerden der Anwohner wurden ignoriert. In dieser Situation entlud sich die Aggression aufgehetzter Anwohner, randalierender Jugendlicher und gewaltbereiter Neonazis in pogromartigen Anschlägen. Die Beteiligung der Bewohner an den Ausschreitungen und ihre offensichtlichen Sympathiebekundungen während der Anschläge verdeutlichen die breite Verankerung rechtsextremer Einstellungen in weiten Teilen der Bevölkerung.³¹

Die fremdenfeindlichen Übergriffe, die sich nach der Wende in Ost- und Westdeutschland ereigneten, endeten für viele Menschen tödlich. In Dresden wurde der mosambikanische Vertragsarbeiter Jorge Gomondai am 31. März 1991 von mehreren Neonazis schwer verletzt aus einer fahrenden Straßenbahn gestoßen, er erlag wenige Tage später seinen schweren Kopfverletzungen. Er war einer von 149 Menschen, die zwischen 1990 und 2009 an den Folgen rechtsextremer Gewalt starben.³²

30 Bundesamt für Verfassungsschutz: Verfassungsschutzbericht 1991.

31 Nur kurze Zeit nach den Anschlägen von Rostock-Lichtenhagen wurde die Asylgesetzgebung mit Einführung der Drittstaatenregelung derart verschärft, dass Asyl in Deutschland aufgrund politischer Verfolgung nur noch unter sehr eingeschränkten Bedingungen gewährt werden kann. Vgl. Art. 16a Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. http://www.bundestag.de/dokumente/rechtsgrundlagen/grundgesetz/gg_01.html, aufgefunden am 24.2.2011.

32 <http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/chronik-der-gewalt/149-todesopfer/>, aufgefunden am 24.2.2011.

Kasten 2:

Die «Neue Rechte» als Intellektualisierung der extremen Rechten?

Die «Neue Rechte» formierte sich Ende der 1960er Jahre, nachdem die NPD 1969 ihren Einzug in den Bundestag knapp verfehlt hatte. Als antithetisches Konzept zur «Neuen Linken» der 1968er-Bewegung und in expliziter Abgrenzung zu den als rückwärtsorientiert empfundenen nationalsozialistischen Inhalten der «alten» Rechten versuchte sie mit der Orientierung auf neue Themen ihren gesellschaftlichen Einfluss zu erhöhen. Zu ihren theoretischen Grundlagen gehörten die Schriften von Alain de Benoist, dem geistigen Vater der «Nouvelle Droite» in Frankreich. Benoist machte sich den Ansatz des italienischen Kommunisten Antonio Gramsci, politischen Erfolg durch die Erlangung der Deutungshoheit über gesellschaftliche Diskurse und damit kultureller Hegemonie zu erreichen, als strategisches Konzept für die rechtsextreme Szene zunutze.³³ Das Konzept sieht vor, durch die Konzentration der Aktivitäten im vopolitischen Raum die öffentliche Meinung gen rechts zu beeinflussen. Innerhalb der «Neuen Rechten» lassen sich zwei Strömungen gegeneinander abgrenzen. Die «Jungkonservativen» beziehen sich vor allem auf die Ideen der gegen die Weimarer Republik gerichteten «konservativen Revolutionäre» wie Carl Schmitt und Ernst Jünger und treten für einen deutsch-völkischen Nationalismus ein. Im Gegensatz dazu orientieren sich die «Nationalrevolutionäre» an den Forderungen des pseudolinken Flügels der NSDAP um Gregor und Otto Strasser und versuchen mit ursprünglich linken Themen wie Antikapitalismus und Antiimperialismus Einfluss auch in nicht originär rechten Kreisen zu gewinnen.

Die Grundlage der neurechten Ideologie bildet ein ethnisch-völkisch konzipiertes Nationenmodell, nach dem das «Volk» den Mittelpunkt des Staates darstellt. Anstelle einer politisch definierten Rechtsgemeinschaft wird der Staat somit als ethnisch homogene Einheit konstruiert. Nach dieser Logik soll die kulturelle Eigenheit der «Völker» bewahrt werden, um einer angeblichen Entfremdung der Menschen entgegenzuwirken. Migration von Menschen ist unerwünscht, da sie die «nationale Identität» der «Völker» beeinträchtigt. Hinter diesem neurechten Konzept des «Ethnopluralismus» verbergen sich dieselben rassistischen Ressentiments wie im übrigen rechtsextremen Spektrum. Eine tatsächlich pluralistische, multikulturelle Gesellschaft lehnt die «Neue Rechte» ab.

Die Ideen der «Neuen Rechten» wurden seit Mitte der 1990er Jahre maßgeblich durch den NPD-Chef Udo Voigt vorangetrieben. Die scheinbar intellektuelle Auseinandersetzung mit den Themen Volk und Nation sollte neue Sympathisanten auch in akademischen Kreisen erschließen. Bezeichnend dafür war die Herausbildung der sogenannten «Dresdner Schule» im Jahr 2005, die den Anspruch erhob, als Gegenentwurf zur «Frankfurter Schule» um Adorno und Horkheimer rechtsextreme Ideologien wissenschaftlich zu begründen. Ziel dieser selbsternannten «Denk- und Politikschule einer selbstbewussten Nation» war es, die Akzeptanz für neurechte Inhalte in der Mehrheitsgesellschaft zu steigern, was jedoch seit ihrem Bestehen kaum gelang. Die «Dresdner Schule» kann klar als gescheitert betrachtet werden.

33 Alain de Benoist: Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite, Krefeld 1985.



Kameradschaft Schlesien beim Heß-Aufmarsch 2004 in Wunsiedel

5 Sonderfall Ostdeutschland?

In Ostdeutschland konnte der sich entwickelnde Rechtsextremismus an die bestehenden, seitens der DDR-Regierung offiziell verleugneten rechtsextremen Strukturen anknüpfen und sich infolge gezielter Vorfelddarbeit beim Aufbau unterstützender Umfeldarbeit zunehmend etablieren. Mit der Ansiedlung rechtsextremer Verlage, Vertriebe und Musiklabels wurde eine finanzstarke Infrastruktur aufgebaut. Kader aus den alten wurden in den neuen Bundesländern konzentriert und vernetzten sich mit «einheimischen» Rechtsextremisten. Durch das Anknüpfen externer Kräfte an Kontakte vor Ort gelang die regionale und soziale Verankerung in den Gemeinden. Fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Äußerungen angesehener Bürger verhalfen rechtsextremer Ideologie zunehmend zu Akzeptanz. Die Verankerung rechtsextremer Strukturen in Ostdeutschland schlug sich nach der Jahrtausendwende mit dem Einzug der NPD in die Parlamente von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern deutlich in den Wahlergebnissen nieder. Diese Entwicklungen machen deutlich, dass Rechtsextremisten mit ihren Themen und Ideologien für einen großen Teil der Bevölkerung eine wählbare, akzeptable Alternative darstellen. Von einem vorübergehenden, krisenhaften Phänomen lässt sich in diesem Zusammenhang nicht sprechen.

Dass sich der organisierte Rechtsextremismus gerade in Ostdeutschland so stark verankern konnte, kann als Folge der unterschiedlichen Verfasstheit der Demokratie in beiden deutschen Staaten gedeutet werden. Hatten in der BRD der 1950er und 1960er Jahre das «Wirtschaftswunder» und gesellschaftspolitische Diskurse die Gestaltung einer partizipativen, aktiv gelebten Demokratie ermöglicht, war der

Aufbau der Demokratie nach der politischen Wende 1989/90 in den neuen Bundesländern oftmals nicht mit einem ökonomischen Aufstieg verbunden. Große Teile der Bevölkerung wurden durch Arbeitslosigkeit, Umstellung der Bildungssysteme und mangelhaft ausgeprägte zivilgesellschaftliche Strukturen aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Der rasche Strukturwandel und die daraus hervorgehenden Probleme führten zu anomischen Zuständen und enormer Verunsicherung. Im Gegensatz zu den Menschen in der BRD, die über jahrzehntelange Erfahrung mit dem System der Demokratie verfügten, wurde die Bevölkerung der DDR mit dem Beitritt zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 gewissermaßen über Nacht mit dem neuen Gesellschaftssystem konfrontiert. Die Erprobung des demokratischen Systems verlief in Ost- und Westdeutschland auf verschiedenen Zeitskalen. Vor diesem Hintergrund ist auch die unterschiedliche Haltung zur Demokratie als Wert und zum Umgang mit demokratischer Kultur zu betrachten.

Angesichts dieser Bedingungen konnte sich die extreme Rechte während der 1990er Jahre besonders in den neuen Bundesländern hervorragend entwickeln. Rechtsextreme Kameradschaften, Parteien und Gruppierungen knüpften dabei an DDR-geprägte Denkstrukturen an. Eine echte Aufarbeitung des Nationalsozialismus und damit auch eine Abkehr von totalitären Ideologien hatte in der Bevölkerung der DDR trotz eines antifaschistischen Selbstbildes nicht stattgefunden. Diese mangelnde Verankerung demokratischer Grundwerte, verbunden mit fehlender Debattenkultur, erleichterte der extremen Rechten die Verbreitung ihrer Ideologie.

KAPITEL 2

Ideologischer Rahmen des Neonazismus in Tschechien und Deutschland

Die ideologische Verankerung des tschechischen Rechtsextremismus

Innerhalb des tschechischen Rechtsextremismus findet man verschiedene ideologische Strömungen, die ihren Ursprung in unterschiedlichen Entwürfen und Interpretationen der tschechischen Identität und Geschichte haben. Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass solche Geschichtsentwürfe, die nicht der Hauptlinie der tschechischen Geschichtsschreibung entsprechen, von vielen Extremisten ausgenutzt werden. Das allerdings führt dazu, dass eine solche «extremistische» Interpretationen der tschechischen Geschichte in der breiten Öffentlichkeit auch eine breite Akzeptanz findet.

Aus historischer Sicht spielt für die innere Fragmentierung des tschechischen Rechtsextremismus eine sehr wichtige Rolle das Verhältnis zu Deutschland sowie – aus heutiger Sicht – zum Erbe des Nazismus. Als Grundlage für die Beschreibung der unterschiedlichen ideologischen Strömungen wird hier die Gegenüberstellung von «Nationalismus» und «Neonazismus» gewählt, die allerdings nicht schematisch und dogmatisch zu verstehen ist. Die nationalistische Strömung richtet sich gegen den deutschen Nazismus. Gleichzeitig verstehen sich freilich auch viele tschechische Neonazis als Nationalisten.

Nationalismus

Der moderne tschechische Nationalismus bildete sich im 19. Jahrhundert mit dem Ziel der Bewahrung tschechischer Sprache und Kultur angesichts der Germanisierung innerhalb der Habsburger Monarchie, deren Teil die tschechischen Länder seit 1620 waren. Dabei wurden verschiedene historische Quellen genutzt. Faktisch alle nationalistischen Konzeptionen, auch die neonazistische, beriefen sich auf die Tradition des Heiligen Wenzel, die freilich auf verschiedene Weise interpretiert wird. Der Heilige Wenzel war ein tschechischer Fürst des 10. Jahrhunderts. Er gilt als böhmischer¹ Patron und als starke Figur der Gründungsphase des tschechischen Staates.

«Neo-Hussitismus» (Calixtiner)

Schon im 19. Jahrhundert kam es innerhalb der tschechischen Nationalbewegung zu Streitigkeiten über die tschechische Identität. Auslöser waren religiöse Konflikte. Die Habsburger Monarchie war streng katholisch. Der liberale und nationalsozialistische

1 Das heutige Tschechien besteht aus drei historischen Gebieten – Böhmen, Mähren und einem kleinen Teil Schlesiens.

Teil der tschechischen Nationalbewegung stützte sich deshalb in seiner Propaganda auf antiklerikale und teilweise auch antikatholische Motive. Dabei berief man sich auf die Hussitenkriege der Jahre 1420 bis 1434. Die von Magister Jan Hus anfangs des 15. Jahrhunderts gegründete Hussitenbewegung kämpfte gegen die damaligen Verhältnisse in der Kirche. Hus selbst wurde vom Konstanzer Kirchenkonzil 1415 zum Tode verurteilt. Sein Märtyrertod löste kriegerische Erhebungen gegen Papst und Römischen Kaiser sowie Ausschreitungen gegen Katholiken aus. Diese Kriege sind in der tschechischen «Nationalmythologie» auch als ein Kampf der «guten Tschechen» gegen die fremden Bösen (Deutsche Kreuzritter) und gegen heimliche Verräter (Katholiken) verankert.

Ein kleinerer Teil der tschechischen Nationalbewegung, der aus dem katholischen Milieu stammte, schlossen sich dieser positive Interpretation der Hussitenkriege nicht an. Nationalbewusste Katholiken kritisierten vielmehr die verheerenden Folgen der Hussitenkriege für den Wohlstand in Tschechien. Sie lehnten eine spezifisch antiklerikale Identität des tschechischen Volkes ab. Zudem wurde die Hussitenbewegung von ihren Anhängern auch als revolutionäre Bewegung verstanden, was zu einer deutlichen Ablehnung dieser Tradition in konservativen Kreisen führte.

Nach der Gründung des tschechoslowakischen Staates setzte sich die fortschrittlich-liberale Deutung der tschechischen Geschichte als Hauptlinie durch. Dieser Konzeption sehr nahe stand auch die Ideologie des tschechischen Nationalsozialismus. Sie ist in der tschechischen Geschichte mit solchen politischen Kräften verbunden, die sich selbst als demokratisch, fortschrittlich und pro-westlich verstehen. Das unterscheidet sie von den nationalsozialistischen Konzeptionen in Deutschland und von den gegen das System gerichteten tschechischen Gruppierungen.

Oppositionelle Rechtsextreme in Tschechien berufen sich deshalb auf eine anti-hussitische Tradition. Zudem sind viele Nationalisten vom Panslawismus inspiriert. Das gilt besonders für die Nationaldemokraten unter ihrem Vorsitzenden Karel Kramá. Der Faschismus in der ersten Republik hat diese Streitigkeiten nur teilweise reflektiert. Tschechische Faschisten waren meistens antideutsch und panslawistisch orientiert. Innerhalb der NOF gab es daneben einen klerikalfaschistischen Flügel. Ein Teil der katholischen Dogmatiker pflegt bis heute die Überzeugung, es gebe eine jüdisch-deutsche, protestantische und/oder freimaurerische Verschwörung gegen die westslawischen Katholiken.²

Nach der kommunistischen Machtergreifung übernahm das tschechoslowakische Regime die Hussitentradition, den Anti-Klerikalismus und den Anti-Germanismus.³ Die Hussitenbewegung wurde wegen ihrer egalitären Grundlage dabei als Vorläufer des Kommunismus interpretiert.

Als Ende der 1980er Jahre die Band Orlík, damals die führende Musikgruppe der Skinhead-Subkultur, eine Ideologie zur Begründung extremistischer Exzesse suchte, fand sie diese wiederum in der Hussitentradition. Sie nannten sich Calixtiner nach

-
- 2 Gemäß dieser Vorstellung, die noch in den 1990er Jahren verbreitet wurde, war selbst Adolf Hitler ein jüdisch-deutschliberaler «Auserwählter» zur Vernichtung der Slawen. Die Strömung unterstützt daher den Holocaust-Revisionismus.
 - 3 Gleichzeitig wurde die Deutsche Demokratische Republik in der SSR positiv als Fortsetzer linker Traditionen der deutschen Geschichte dargestellt.

dem hussitischen Symbol Kelch (lat. Calix). Schon nach kurzer Zeit kritisierten indes viele Skinheads diese Orientierung. Neuere Skinhead-Strömungen fanden ihre Inspiration in den Traditionen des tschechischen Faschismus oder im Neonazismus.

Als in den 1990er Jahren Sládeks Republikaner ihre ersten Wahlerfolg erreichten, verfügten sie nicht über eine feste Ideologie. Gleiches gilt für die Nachfolgepartei RMS. Sládek und seine Anhänger adoptierten zweckgebunden sehr unterschiedliche, oft sogar gegensätzliche Traditionen. Innerhalb der Partei wirkten verschiedene Strömungen. Das führte zu teilweise grotesken Ergebnissen; so wurde in einer Demonstration der Republikaner der erste tschechoslowakische Präsident Masaryk gelobt, gleichzeitig wurde in der Parteizeitung Masaryks faschistischer Gegner Gajda positiv bewertet. In der *Republikánská mládež* (RM, Republikanischen Jugend) waren auch Neonazis tätig. Eine solche uneinheitliche ideologische Grundlage und die Mischung verschiedener geschichtlicher Traditionen findet sich auch bei der *Dlnická strana* (DS, Arbeiterpartei) und der *Dělnická strana sociální spravedlnosti* (DSSS, Arbeiterpartei der sozialen Gerechtigkeit).

Schrittweise formierten sich innerhalb der nationalistischen Szene allerdings klar profilierte Strömungen. Eine erste lässt sich als «Neo-Hussitismus» bezeichnen.⁴ Diese Strömung greift die anti-germanische und laizistische Tradition der tschechischen Geschichte auf. In vielen Fällen hat sie ein positives Verhältnis zur ersten tschechoslowakischen Republik und ihren Hauptpersönlichkeiten, besonders den beiden Präsidenten Masaryk und Beneš. Sie propagiert zudem die anti-deutschen Tendenzen der Beneš-Dekrete. Ihr extremer Nationalismus richtet sich gegen Roma sowie allgemein gegen Immigration, besonders eine befürchtete «Islamisierung». Der wichtigste Vertreter dieser Strömung war in den 1990er Jahren der Verein *Vlastenecká liga* (VL, Patriotische Liga), in der sich besonders die *kališničtí skini* oder *kališníci* (Kelch-Skinheads) sammelten.⁵ Die späteren Vertreter waren die *Národní strana* und *České hnutí za národní jednotu* (Tschechische Bewegung für nationale Einheit). Eine starke Stellung hatte diese Denkrichtung zudem in den Überresten der *Republikáni Miroslava Sládka*.

Ultrakonservatismus und Neofaschismus

Eine andere rechtsextreme Strömung findet ihre Identität in der Tradition autoritär-nationalistischer Politik. Sie beruft sich auf die konservative Wenzel-Verehrung. In letzter Zeit überlagerten sich ein Teil dieser nationalkonservativen und neofaschistischen Strömung sowie einer tschechisch-neonazistischen Richtung (siehe unten). Wichtigster Vertreter des säkularen Zweigs dieser Strömung war die sich vor einiger Zeit gründende *Národní demokracie* (Nationaldemokratie), der katholisch orientierte Zweig wurde von *Právo a spravedlnost* (Recht und Gerechtigkeit) repräsentiert (diese Partei verließ jedoch nach und nach die extremistische Szene). Zwischen diesen beiden Flügeln steht die *Národní sjednocení* (Nationale Vereinigung).

Verflochten mit den nationaldemokratischen Strömungen ist auch ein Teil des extrem rechten Spektrums, die Traditionen des tschechischen Faschismus aus der

⁴ Der Begriff ist eine Prägung des Autors dieses Beitrages, also weder eine Selbstbezeichnung der Szene noch ein allgemein genutzter Begriff.

⁵ Der Kelch war das Symbol der Hussiten.

Ersten und Zweiten Republik aufgreift. Solche neofaschistischen Tendenzen werden zwar oft nicht ausdrücklich öffentlich geäußert. Beliebt ist aber die Verherrlichung des Führers der NOF, Radola Gajda. Wichtigste Repräsentanten sind die Organisationen *Vlastenecká fronta* (VF, Patriotische Front), die auch für den Internetserver altermedia.cz verantwortlich ist, und *Národní čest – Klub přátel Generála Gajdy*. (N-KPGG, Nationale Ehre – Freundeskreis des Generals Gajda).

Vor dem Hintergrund der slawischen Orientierung, des Anti-Germanismus und Antiamerikanismus sowie der ablehnenden Haltung zur EU bei tschechischen Nationalisten ist anzumerken, dass solche Felder gelegentlich eine Grundlage für die Zusammenarbeit mit extrem linken Teilen des tschechischen politischen Spektrums bilden. Verschiedene linke Organisationen, oft aus dem Umfeld der Kommunistischen Partei (KSM), sind ebenfalls nationalistisch («hussitisch») orientiert und ließen sich unter dem Begriff «Linksnationalismus» fassen. An einigen Aktivitäten (z.B. bei der Unterstützung von Serbien) partizipiert dieser Teil der extrem Linken und auch der extrem Rechten.

Neonazismus

Nazismus und Kollaboration haben in Tschechien allgemein einen sehr schlechten Ruf. Für tschechische Neonazis war und ist es deshalb äußerst problematisch, Parteien zu formieren, die bei Wahlen einen nennenswerten Rückhalt finden. Andererseits fällt aber auf, dass der Rückhalt der neonazistischen Szene in Tschechien unter Jugendlichen relativ stark ist und dass die tschechischen Neonazis eine starke Position innerhalb des Euro-Nazismus einnehmen.

Der gegenwärtige Neonazismus in Tschechien hat seinen Ursprung vor allem in der fortschreitenden «Nazifizierung» der Skinhead-Subkultur in den 1990er Jahren, wobei die ersten Nazi-Skinheads schon am Ende der 1980er Jahren auftraten. Aus dieser Szene kommen auch die heutigen Leitfiguren der neonazistischen Bewegung in Tschechien. Gleichwohl wird diese Skinhead-Identität in nazistischen Elitekreisen oft herablassend betrachtet.⁶

Primär germanisch orientierter Neonazismus

Viele tschechische Nazis haben keine feste Begründung für ihre Überzeugung. Andere versuchen, an historische Traditionen anzuknüpfen. Anfangs der 1990er Jahre berief sich ein Teil der Skinhead-Szene, besonders in den Grenzgebieten Tschechiens, auf den sudetendeutschen Nazismus. Das galt besonders für Nazi-Skinheads mit deutschen Verwandten. Dieser Einfluss blieb für tschechische Neonazis aus den Sudetengebieten prägend. Gleichzeitig agierten rechtsextreme Teile der sudetendeutschen Bewegung in Tschechien. Derzeit orientiert sich ein kleiner Teil der Naziszene in Tschechien an der ursprünglichen nazistischen Konzeption der Deutschen als «Übermenschen» und propagiert eine Unterordnung der Tschechen gegenüber den Deutschen. Das gilt für einen Teil von *Národní odpor* oder für die *Rytíři slunečního kruhu* (Ritter des Sonnenrates) und die Organisation Ahnenerbe. Hauptideologe dieser Denkrichtung war Roman Skružný («Elmar», 1932-2004), einer der wenigen

⁶ Mehr zu diesem Thema bei Kalibová, Čákl.

älteren Vertreter in der Neonazi-Szene der postkommunistischen Ära. Die mit dogmatischen deutschen Nazis gut vernetzten Aktivisten unterstützen grundsätzlich oft auch den Anschluss des Sudetenlandes an Deutschland.

Primär tschechisch und pan-arisch orientierter Neonazismus

Ein anderer Teil der Neonazis sieht im tschechischen Volk eine Mischung slawischer, keltischer und germanischer Stämme auf historisch tschechischem Gebiet. Auf dieser Grundlage seien die Tschechen als Teil der Arier zu verstehen. Diese Ideologie war besonders für einen Teil der *Blood & Honour Division Bohemia* in Süd- und Westböhmen prägend.

Der wichtigste Teil der tschechischen Neonazis knüpft indes an diejenige Tradition der Kollaboration an, die einen selbständigen, nationalsozialistischen, tschechisch-mährischen Staat innerhalb der Neuen Europäischen Ordnung anstrebte. Für diese Strömung stellt die tschechisch-slawische Identität kein Problem dar. Der Heilige Wenzel wird als Mann angesehen, der Böhmen einem westlichen Einfluss im «Römischen Reich» zuführte.

Die Gleichberechtigung arischer Völker bildet für diese Strömung die Grundlage für eine enge Zusammenarbeit tschechischer und deutscher Nazis. Dabei werden viele Konzepte der deutschen Szene eifrig übernommen. Das gilt für den Národní odpor, der die wichtigste Struktur des sogenannten freien Nationalismus in Tschechien bildet, für die Anti-Antifa, die eng mit dem Národní odpor verbunden ist, sowie für verschiedene Gruppen der Autonomen Nationalisten. In einem Teil der Szene sind auch Ideen des deutschen «linken» Strasser-Nazismus populär.

In den letzten Jahren ist eine zunehmende Nähe von einzelnen Gruppen der Neonazis zu nationalistischen, neofaschistischen Gruppierungen zu beobachten; zwischen beiden ist auch eine Fluktuation von Mitgliedern zu registrieren. Als Brücke zwischen beiden Lagern dienen in manchen Regionen die Strukturen des Autonomen Nationalismus, der in Tschechien teilweise Traditionen des tschechischen Faschismus akzeptiert; andere autonome Nationalisten (meist in Nordböhmen) stehen unter dem «revolutionär-nationalsozialistischen» Einfluss der deutschen Autonomen Nationalisten. Die Präzisierung und Abgrenzung der Begriffe «Autonomer Nationalismus» und «Freier Nationalismus» ist in Tschechien zurzeit jedoch noch im Gang und nicht beendet. Meist werden die «Hussiten»-Nationalisten von Seiten der Neonazis aber als Gegner angesehen; häufig kommt es zu Rivalitäten und Auseinandersetzungen.

Die tschechischen Neonazis verstehen sich als Teil der internationalen «White Power»-Bewegung und des neu formierten Euro-Nazismus. Neben Kontakten zur deutschen, österreichischen, skandinavischen, englischen und flämischen Szene gibt es auch gute Beziehungen nach Russland, in die Ukraine oder nach Serbien. Einzelne tschechische Aktivisten reisen häufig in die Vereinigten Staaten oder leben sogar dort. Zudem häufen sich Partnerschaften mit Gleichgesinnten aus romanischen Ländern. Traditionell eng sind die Beziehungen in die Slowakei.

Rechtsextreme Tendenzen in separatistischen Bewegungen und Minderheiten

Nicht unbeachtet bleiben dürfen in Tschechien rechtsextremistische Tendenzen innerhalb separatistischer Bewegungen und Minderheiten. Einzelne mährische Separatisten, die derzeit freilich mehr oder weniger bedeutungslos sind, hegten in der Vergangenheit xenophobe Haltungen nicht nur gegen Roma auf mährischem Gebiet, sondern auch gegen die Tschechen. Ihre mährische Identität begründen sie meist aus slawischen, antideutschen Traditionen; zugleich gibt es aber einzelne nazistisch und pro-germanisch orientierte Mährer, die dieses Land als Teil des Deutschen Reiches sehen. Dabei handelt es sich um einzelne Vertreter, die aber in deutschen Nazi-Chats aktiv sind.

In Schlesien gibt es innerhalb der tschechisch-nationalistischen Szene einen starken Regionalpatriotismus, aber keine separatistischen Tendenzen. Ein Teil der dortigen Aktivisten pflegt Kontakte zu rechtsextremen Verbänden der deutschen Schlesier und unterstützt eine einheitliche germanische Identität Schlesiens.

Innerhalb der slowakischen Minderheit versuchen einzelne Rechtsextremisten zu agieren, allerdings weitgehend ohne Erfolg. Ähnliche Tendenzen gibt es unter Ukrainern, Russen und Serben in der Tschechischen Republik. Diese pflegen Kontakte zum tschechischen rechtsextremen Milieu. Zudem gibt es Hinweise auf einzelne Anhänger amerikanischer rassistischer Organisationen innerhalb der Prager US-amerikanischen Gemeinde, die in ihrer Mehrheit aber einer links-liberalen oder «Yuppie»-Orientierung anhängt.

Gemeinsamkeiten des rechtsextremen Spektrums

Wenn von einer inneren Zersplitterung des Rechtsextremismus in der Tschechischen Republik gesprochen wird, heißt das nicht, dass es keine gemeinsamen Interessen und eine ständige Zusammenarbeit gäbe. Im Folgenden werden die wichtigsten Themen aufgeführt, die die rechtsextreme Szene in Tschechien verbinden.

Antikommunismus: Alle rechtsextremistischen Strömungen profilieren sich als Gegner linker und liberaler Kräfte. Sie sind antianarchistisch und antikommunistisch.

Kritik am Establishment: Für alle Extremisten ist eine starke Kritik am Establishment typisch, wobei einzelne Nationalisten zeitweise eine Annäherung an die demokratische Rechte versuchen, wenn es um Themen wie der Ablehnung der EU, den Antikommunismus oder die Propagierung konservative Werte geht. So stehen einzelne nationalistische Gruppierungen dem derzeitigen Präsidenten Václav Klaus sehr aufgeschlossen gegenüber, während die neonazistische Szene diesen als «jüdische Figur» diffamiert.

Kritik der *political correctness*: Zu den Hauptgegnern der Szene zählen die Medien, die aus ihrer Sicht eine falsche *political correctness* propagieren. Dabei ist der rechtsextreme Kampf gegen die *pc* häufig nur ein Deckmantel für den Kampf gegen Antirassismus, Weltoffenheit und die Toleranz gegenüber sexuellen Minderheiten.

Kampf für «Meinungsfreiheit»: Verschiedene Rechtsextremisten versuchen, als «Freiheitskämpfer» aufzutreten, indem sie Rechtsnormen gegen Rassenhass und die Propaganda extremistischer Bewegungen abschaffen wollen. Einzelne Nationalisten stehen aber zu diesen antinazistischen Normen.

Recht und Ordnung: Verschiedene Spielarten des Rechtsextremismus setzen auf eine harte Politik für Recht und Ordnung. Sie propagieren die Todesstrafe und lehnen Drogen vehement ab. Eine solche Rhetorik zielt unter anderem darauf ab, Anhänger in Polizei und Armee zu werben. Probleme der Kriminalität werden in ihrer Propaganda oft ethnisch aufgeladen.

Anti-Ziganismus:⁷ Letzterer Aspekt schließt nahtlos an einen Anti-Ziganismus so ziemlich aller extremen Rechten in Tschechien an. Dieser kann sogar als Hauptthema des rechtsextremen Spektrums bezeichnet werden. Die Rechtsextremisten bauen auf die Tatsache, dass Vorurteile gegenüber den Roma in der tschechischen Mehrheitsbevölkerung ausgesprochen stark sind und auch viele «normale» Bürger extreme Parolen zur so genannten «Roma-Frage» teilen.

Antisemitismus: Die tschechischen Neonazis und meistens auch die Nationalisten sind zudem antisemitisch eingestellt. Nur einzelne Nationalisten bedienen sich dieses Themas nicht. Allerdings ist der Antisemitismus in der tschechischen Öffentlichkeit allgemein relativ schwach ausgeprägt, obwohl er latent existiert. Die tschechische Politik und die Medien sind pro-israelisch eingestellt; die israelische Politik hat eine relativ starke Unterstützung auch in der tschechischen Bevölkerung. Die antisemitische Propaganda findet daher nur eine relativ begrenzte Resonanz.

Kampf gegen Einwanderung: Die rechtsextreme Szene wendet sich gegen Einwanderung, besonders aus «fremden» Kulturen. Verbunden wird dieses Thema stets mit dem Kampf gegen Kriminalität. Allerdings ist Immigration in Tschechien kein zentrales politisches Thema.

Islamophobie: In der letzten Zeit versuchen sich manche tschechische Nationalisten nach westlichem Muster in islamophober Propaganda. Allerdings ist auch dieses Thema für die breite tschechische Öffentlichkeit kaum von Interesse, was mit der geringen Zahl von Muslimen und deren fehlender Radikalität zusammenhängt. Ein Teil des neonazistischen Spektrums unterstützt wegen des dort gepflegten Antisemitismus sogar einzelne Aspekte islamischer Politik. Großer Beliebtheit erfreut sich beispielsweise der iranische Präsident Ahmadinedschad. Diese Position wird in anderen Teilen des neonazistischen Spektrums kritisiert, weil man sich dort islamfeindlicher Ressentiments im Kampf um Wählerstimmen bedienen möchte.

Ablehnung der Globalisierung: Rechtsextremisten verschiedener Couleur stehen der EU, der NATO und den USA ablehnend gegenüber. Sie lehnen Militäreinsätze der tschechischen Armee im Ausland ab. Zunehmender Beliebtheit erfreuen sich darüber hinaus globale sowie nationale ökologische Themen. Anzumerken ist aber, dass beispielsweise Kernenergie in Tschechien vergleichsweise populär ist und dass tschechische Nationalisten das Kernkraftwerk Temelín gegen österreichische Proteste in Schutz nehmen.

Zusammenfassung

In der Tschechischen Republik existieren verschiedene Varianten des Rechtsextremismus, die an verschiedene Geschichtsbilder anknüpfen. Die beiden Hauptspielarten sind der Nationalismus und der Neonazismus. Die Grenzen zwischen beiden

7 Unter Anti-Ziganismus versteht man eine starke Abwertung der Roma. Mehr zu dem Thema bei Čopjaková, Bohdálék.

Grundtypen verlaufen zunehmend fließend; die Gruppen überlappen sich sogar teilweise. Viele Aktivisten formulieren ihre ideologischen Grundlagen zunehmend allgemeiner, so dass es immer schwerer wird, in verschiedenen Aktivitäten eine historische Begründung zu finden. Auf vielen Gebieten haben die verschiedenen Strömungen des Rechtsextremismus in der Tschechischen Republik gemeinsame Interessen.

Literatur:

- Jelínek, Lukáš (1995): Česko-německé vztahy a jejich vliv na současnost. In Deák, Norbert – Umanič, Martin (eds.): Transformácia politického systému v Slovenskej Republike a Českej Republike II. Bratislava: Univerzita Komenského, pp. 20-26.
- Mareš, Miroslav (2003): Pravicový extremismus a radikalismus v ČR. Brno: Barrister & Principal.
- Mareš, M. (2004): Politischer Extremismus in Tschechien und in Deutschland im Vergleich. Freiheit und Recht, vol. 49, Nr. 4, pp. 6-8.
- Mareš, Miroslav (2005): Terorismus v ČR. Brno: Centrum strategických studií.
- Mareš, Miroslav (2006): Panslawismus im ideologischen Hintergrund der radikalen und extremistischen Strömungen in der Tschechischen Republik. In Backes, Uwe – Jesse, Eckhard (Hrsg.): Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, pp. 359-369.
- Mareš, Miroslav – Vejvodová, Petra (2011): Transnacionální dimenze soudobého českého neonacismu, Mezinárodní vztahy, ro. 46, . 1, pp. 75-90.
- Rataj, Jan (2006): Vize české nacionální politiky v soudobých koncepcích krajní pravice v České republice. In Němec, Jan – Šustková, Markéta (eds.): III. Kongres českých politologů. Olomouc 8. – 10. 9. 2006. Praha, Olomouc: Česká společnost pro politické vědy, pp. 170-191.

Transformationsprozesse des (ost-)deutschen Neonazismus (2008)

Wirkungen für die extreme Rechte in der BRD

Der nachfolgende Text zeichnet die ideologischen Transformationsprozesse nach, die sich insbesondere seit der Wende 1989/90 im ostdeutschen Neonazismus vollzogen und die für die aktuellen Erscheinungen und Entwicklungen des bundesdeutschen Rechtsextremismus von Bedeutung sind. Dabei beleuchten die Verfasser insbesondere die ideologischen Transformationsprozesse der NPD als der derzeit bedeutendsten Partei des rechtsextremen Spektrums in der BRD. Die hier vertretene These lautet, dass der Erfolg rechtsextremer Politikangebote in Ostdeutschland auf deren ideologischer Übereinstimmung zu den Mentalitäts- und Traditionsbeständen ostdeutscher Gesellschaftsschichten beruht.

Ideologiegeschichte des bundesdeutschen Rechtsextremismus nach 1945

Am Ende des Zweiten Weltkriegs waren die völkisch-nationalistischen Konzepte der extremen Rechten in Europa diskreditiert. Die Entwicklung des organisierten Rechtsextremismus und seiner Ideologie blieb in der BRD der Nachkriegszeit so nachhaltig von der politischen Katastrophe des Holocaust und der NS-Zeit geprägt, dass es seinen Protagonistinnen und Protagonisten zu keinem Zeitpunkt gelang, sich ideologisch davon zu lösen. Die angesichts der nationalsozialistischen Barbarei naheliegende Annahme, der Charakter der Ideologie des modernen Rechtsextremismus lasse sich ausschließlich auf den Nationalsozialismus zurückführen, geht allerdings fehl. Die ideengeschichtliche Konstante, die für die bundesdeutsche extreme Rechte konstitutiv ist, reicht weiter als die Phänomenologie der europäischen Faschismen.¹

Tatsächlich handelt es sich es beim Rechtsextremismus² um ein System des weltanschaulichen Irrationalismus.³ In Zeiten grundlegenden sozioökonomischen und/oder politischen Wandels sind bestimmte soziale Gruppen vom Verlust eigener Macht, Privilegien oder Sozialprestiges bedroht. So entstehen aus tatsächlichen oder wahrgenommenen Ohnmachtserfahrungen Ressentiments, die kollektive Abstiegsängste aufnehmen und deuten. Der Rechtsextremismus zielt darauf ab, solche Bedrohungsgefühle so weit zu verstärken, dass sich – gewissermaßen als Äquivalent

¹ Vgl. Backes, U.: Aktuelle Gestalt und Bedeutung des intellektuellen Rechtsextremismus in Deutschland. http://www.bpb.de/themen/503X3P0,Aktuelle_Gestalt_und_Bedeutung_des_intellektuellen_Rechtsextremismus_in_Deutschland.html, aufgefunden am 30.05.2008.

² Siehe Glossar auf der Website des Kulturbüros.

³ Vgl. Stöss, R.: Ideologie und Strategie des Rechtsextremismus, S. 4. http://www.aktion-zivilcourage.de/downloads/Ideologiestrategie_rechts.pdf, aufgefunden am 13.5.2008.



Drei Säulen und der Tragebalken des Rechtsextremismus. Die schematische Darstellung wurde von den Autoren erstellt.

– das Bedürfnis nach Größe und Überlegenheit einstellt, denn mit diesem Bedürfnis legitimiert er seinen Machtanspruch als Retter von Volk und Nation.⁴ Der Rechtsextremismus folgt keiner einheitlichen Ideologie. Er ist vielmehr ein heterogenes Gemisch unterschiedlichster Begründungszusammenhänge und Sichtweisen, was seinen Niederschlag in der Bundesrepublik auch in der organisatorischen Zersplitterung der extremen Rechten findet. Sie ist Ausdruck der Vielfalt miteinander konkurrierender Konzeptionen und Ziele, die im folgenden Kapitel beleuchtet werden.

Der Tragebalken und die drei Säulen des bundesdeutschen Rechtsextremismus

Die völkische Bewegung als eine Säule rechtsextremer Ideologie hat sich in den vergangenen 100 Jahren in Deutschland substantiell kaum verändert. Gewandelt haben sich aber die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Existenz und den Erfolg des Rechtsextremismus. Um Massenresonanz zu gewinnen, muss er ständig bemüht sein, seine Politik den veränderten Verhältnissen anzupassen. Dass bspw. die NPD das Erbe der Mitte der 1990er Jahre verbotenen neonazistischen Organisationen antreten konnte, lag auch daran, dass sie 1996 auf dem Parteitag in Ohrel (Niedersachsen) ein neues Parteiprogramm beschloss, das – wie die Neonazis Anfang der 1990er Jahre – großes Gewicht auf wirtschafts- und sozialpolitische Fragen legte, kapitalismuskritisch ausgerichtet und weithin in einem nationalrevolutionären Duktus gehalten war.

Die «nationale Frage» war – jedenfalls in der Öffentlichkeitsarbeit – nachrangig geworden, ebenso der Revisionismus. Von zentraler Bedeutung wurde dagegen die soziale Frage, die neo-rassistisch (völkisch) gelöst werden sollte. Ein kurzer Blick

⁴ Vgl. Stöss, R., ebd.

in aktuelle Schriften der NPD zeigt, dass die Partei sich heute zu einer Vielzahl von aktuellen politischen Kontroversen und Themen äußert. Der Umweltschutz wird ebenso angesprochen wie Arbeitsmarktpolitik, die Situation eingewanderter Menschen oder Schulschließungen im ländlichen Raum. Die Bandbreite der Äußerungen aus NPD-Kreisen ist ein Indiz für die Modernisierung der Partei in den letzten zehn Jahren. Dennoch lassen sich solche Äußerungen auf ein starres Gedankengebäude rechtsextremer Ideologie zurückführen.

Der Tragebalken: völkisch-rassistischer Gemeinschaftsbegriff

Das Konstitutiv der rechtsextremen Ideologie und Programmatik ist der Gedanke der Volksgemeinschaft auf Grundlage von «Rassen» und «Völkern» mit ihren angeblich «unverwechselbaren Nationaleigenschaften». ⁵ Anstelle einer politisch definierten Rechtsgemeinschaft, also Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern mit gleichen Rechten und Pflichten, wird der Staat hier als ethnisch homogene Einheit – im Duktus der Rechtsextremen: «Volks- bzw. Schicksalsgemeinschaft» – konstruiert. In dieser völkischen Nation verschmelzen Volk und Staat zum «Reich», dessen Einheit sich zumeist in einer rassistischen Ideologie und vielfach auch in einer Person (Führer) manifestiert. Dieses Leitbild gilt den Rechtsextremen als Verwirklichung «wahrer» Volksherrschaft im Gegensatz zum verhassten, die Nation vermeintlich zerreißen und schwächenden Liberalismus. Das völkische Denken ist im Kern eine Reaktion auf den sozio-ökonomischen Wandel der Moderne, in der im Zuge der Industriellen Revolution alte Machteliten und Leistungsträger an Prestige und Einfluss verloren (Niedergang des Adels und Bedeutungsverlust des (bäuerlichen) Mittelstandes, Aufstieg des Bürgertums und insbesondere der Arbeiterschaft). Mit der Moderne hielt eine Differenzierung und Pluralisierung der Gesellschaft Einzug, die sich politisch in der Bildung einer zivilgesellschaftlichen Sphäre (Parteien, Verbände, Gewerkschaften, Interessengruppen) ausdrückt. Für die extreme Rechte ist diese Entwicklung gleichbedeutend mit der «Zersetzung der Volksgemeinschaft», da hier ökonomisch-soziale und politische Einzelinteressen artikuliert und verhandelt werden, welche, so die Lesart der Rechtsextremen, soziale Entwurzelung und Verantwortungslosigkeit widerspiegeln und durch ihre egoistische Ansprüche die staatliche Autorität schwächen. Stattdessen soll gelten: «Du bist nichts – Dein Volk ist alles.» ⁶ Zur Legitimation der völkischen Idee dienen Rassentheorien, die bspw. einen germanischen Ursprung des deutschen Volkes herbeidefinieren, der durch fremde Einflüsse (bspw. den Einfluss des Judentums, das durch seine angeblich bösen Triebe das deutsche Volk zerstöre, die politische Ordnung durchlöchere und wegen der Anhäufung jüdischen Kapitals eine Gefährdung der deutschen Wirtschaft und eine Verschärfung der sozialen Frage darstelle) in seiner Existenz bedroht sei. Hier wird einer biologischen Ungleichheit – bei der NPD: «lebensrichtiges Menschenbild» – das Wort geredet, derzufolge die Zugehörigkeit zu einem «Volk» jeweils bestimmte

⁵ Vgl. Politisches Lexikon der NPD. http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=31&seite_id=30&vid=1187.html (Bezug auf Hans F. K. Günther, einen der führenden Rasseideologen der NS-Diktatur), aufgefunden am 13.05.2008.

⁶ Propagandaslogan der NSDAP, der im NS immer wieder auf Reichsparteitagen und in der Erziehung junger Menschen verwendet wurde.

Charakter- und Verhaltensmerkmale nahelege. Dieser biologistische Ungleichheitsgedanke mündet in einer Ideologie der Ungleichwertigkeit, mit der sich die NPD von der universellen Gültigkeit der Menschenrechte abgrenzt, das heißt vom Prinzip, dass allen Menschen die gleiche Würde und gleiche Grundrechte zustehen. Vielmehr heißt es im Parteiprogramm der NPD, dass die Würde des Menschen von «Volkstum und Kultur» abhängt.⁷

Der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende, Jürgen Rieger, nennt die von der Partei erstrebte Gesellschaftsform auf der eben dargestellten völkisch-gemeinschaftlichen Grundlage SOLIDARISMUS: «Solidarismus erkennt, daß wahrhafte Demokratie nur bei einer gleichartigen Bevölkerung möglich ist. Je verschiedenartiger eine Bevölkerung ist, desto mehr strebt sie auseinander, was nötigenfalls diktatorische Maßnahmen zur Befriedung erfordert. (...) Solidarismus verlangt härtere Strafen für Verbrecher und die Beseitigung von Schmarotzerunwesen. Die Volksgemeinschaft wird durch Asoziale gesprengt. Schmarotzer und Kriminelle gehören nicht zur Volksgemeinschaft.»⁸ Deutlich wird aus diesem Zitat, dass sich der biologistische Volksgedanke der NPD nicht nur auf die Ausgrenzung anderer Nationalitäten, sondern auch auf die Biologisierung und Ausgrenzung abweichenden Verhaltens richtet, wie er für den Eugenik-Gedanken des NS grundlegend war. Für die NPD resultiert die Würde des einzelnen Menschen nicht aus dem freien Willen des Individuums, sondern sie ist von biologisch-genetischer Teilhabe an der Volksgemeinschaft abhängig. Dementsprechend ist das «Allgemeinwohl» (Volkswohl) immer höher zu bewerten als das Wohl des Einzelnen. Die Unterwerfung unter angeblich natürlich vorgegebene «völkische Interessen» gilt der NPD als Voraussetzung, um im «Rangordnungskampf» der Völker erfolgreich bestehen zu können, der ebenso als eine unumstößliche Tatsache behauptet wird.⁹ Dieses Streben nach «Rangordnung»¹⁰ möchte die NPD auch innerhalb der Gesellschaft verwirklichen; daher tritt sie für eine strikt hierarchische Gesellschaftsordnung ein, in der Eliten über die politischen Entscheidungen im Gemeinwesen befinden.

Säule 1: Nationalismus

Kernbestand der rechtsextremen Staatsauffassung ist die Forderung nach einem im Inneren und nach außen autoritären und gegenüber seinen Feinden bzw. Gegnern unnachgiebigen Nationalstaat, der seine Machtinteressen mit aller Härte durchsetzt. Zu dieser Staatsauffassung gehören außerdem die Zustimmung zu Zentralismus und Führerprinzip. Auch diese rechtsextreme Grundsäule des Nationalismus ist eng mit dem völkischen Gemeinschaftsbegriff (Volksgemeinschaft) verbunden. So heißt es im NPD-Programm für die letzte Europawahl: «Als Nationaldemokraten fühlen wir uns der Bewahrung und Weiterentwicklung dieser völkischen und staatlichen Vielfalt verpflichtet, während sämtliche Formen des Internationalismus – also kapitalistischer, kommunistischer, christlicher und islamischer Universalismus – bestrebt

7 Vgl. Virchow/Dornbusch: Die Weltanschauung der NPD. http://www.bpb.de/themen/BC4UZI,0,Die_Weltanschauung_der_NPD.html, aufgefunden am 15.5.2008.

8 Vgl. *Deutsche Stimme* Nr. 5/2007, S. 20

9 Virchow/Dornbusch, a.a.O.

10 Politisches Lexikon der NPD, a.a.O.

sind, eine, jeweils aus ihrer Wertung für die gesamte Menschheit gültige, universale Neue Weltordnung durchzusetzen. Durch das Aufeinanderprallen dieser miteinander konkurrierenden Universalmodelle werden zwangsweise Haß und Unfrieden unter den Völkern und Kulturen geschürt. Diesem willkürlich provozierten Kampf der Kulturen, der nur den amerikanischen Weltherrschaftsbestrebungen Vorschub leisten kann, setzen wir Nationaldemokraten unser Konzept einer Staatsenvielfalt entgegen.»¹¹ Dem rechtsextremen Nationalismus geht es demnach um die Eliminierung alles als «fremd» Definierten bzw. der Separierung in homogene Gemeinschaften. Er findet seine Fortsetzung in der Forderung, alle historisch von Deutschen besiedelten Gebiete in einem Nationalstaat zusammenzufassen. Der Anschluss der DDR an die frühere Bundesrepublik gilt der NPD daher nur als ein erster Schritt; das von ihr angestrebte Großdeutschland soll auch seit Ende des Zweiten Weltkriegs zu Polen, Russland beziehungsweise Tschechien gehörende Gebiete umfassen. Wäre eine solche Partei in Regierungsverantwortung, wäre der Frieden in Europa in großer Gefahr.

Säule 2: Rassismus und Antisemitismus

In programmatischen Äußerungen und in ihrem öffentlichen Auftreten nutzen Rechtsextreme immer wieder rassistische oder antisemitische Stereotypen und missachten damit die völkerrechtlich verbrieft Würde und Gleichwertigkeit aller Menschen. Danach werde das «deutsche Volk» besonders durch das «internationale Judentum», welches maßgeblich die Politik der USA bestimme, daran gehindert, einen Schlussstrich unter die deutsche Vergangenheit zu ziehen und ein gleichberechtigtes Mitglied in der «Völkergemeinschaft» zu werden. Die NPD versucht zudem, Wahnvorstellungen von einer angeblich weltweiten jüdischen Vorherrschaft neu zu beleben. Rassistische Programmatik ist ebenfalls elementarer Teil der gesamten Agitation und des Partei-Jargons. Fremdenfeindlichkeit erscheint in der Weltanschauung der NPD als legitimes Mittel der «Arterhaltung», als ein biologisches und verpflichtendes Grundprinzip.

Solche rassistischen und antisemitischen Weltbilder sind konstitutiv für die völkische Gemeinschafts-Logik. So will die NPD die kulturelle Eigenheit der «Völker» bewahren, um einer angeblichen Entfremdung der Menschen entgegenzuwirken. Migration von Menschen ist somit unerwünscht, da sie die «nationale Identität» der «Völker» beeinträchtigt. Rassistische Stereotype bleiben also im modernen Rechtsextremismus bestehen, sie werden aber im Konzept des «Ethnopluralismus» zur Volksidentität der Völker uminterpretiert. Ethnopluralismus ist ein Konzept der Neuen Rechten, das für die kulturelle Homogenisierung von (Staats-)Gemeinschaften eintritt. Entgegen biologistischen Arten der Identitätskonstruktionen, mit denen festgeschrieben wird, wer «fremd» und «anders» ist, wird hier eine kulturelle Differenzierung vorgenommen. Einflüsse der als «anders» begriffenen Gesellschaften werden als Gefährdung der «eigenen Identität» verstanden. Statt belasteter Begriffe wie «Lebensraum» ist nun die Rede von «angestammten Territorien der Völker». Hinter der beschworenen «kulturellen Identität» der unterschiedlichen Völker verbirgt sich

¹¹ Vgl. NPD-Europaprogramm. http://partei.npd.de/medien/pdf/Europaprogramm_Netz.pdf, aufgefunden am 15.5.2008.

ein ausgeprägter, allerdings modernisierter Rassismus¹², bei dem der Rassen-Begriff bewusst vermieden wird. In ihrem Wahlprogramm zur Europawahl am 13. Juni 1999 sah die NPD in Deutschland einen nationalen Notstand, der unter anderem Folge einer «systematisch betriebenen ethnischen Überfremdung Deutschlands» sei, durch die aus dem einst «sozial ausgewogenen und geistig-kulturell leistungsfähigen Land der Deutschen» bereits heute ein «mit sozialen Sprengsätzen verminter Vielvölkerstaat auf kleinstem Raum» geworden sei. Unter dem Schlagwort der «nationalen Solidarität» tritt die NPD für die inhumane Entrechtung, Diskriminierung und Außer-Landes-Schaffung von Millionen Menschen mit Migrationshintergrund ein, die in Deutschland – zum Teil seit Jahrzehnten – ihren Lebensmittelpunkt haben.

Säule 3: Autoritärer Antipluralismus statt pluralistischer Demokratie

Die oben dargelegte Ideologie der Ungleichwertigkeit¹³ führt Rechtsextreme zur Ablehnung parlamentarisch-pluralistischer Systeme, die auf Volkssouveränität und Mehrheitsprinzip beruhen¹⁴, wie bspw. der aus dem Humanismus abgeleiteten freiheitlichen Demokratie, sozialistischer Vorstellungen oder des Christentums. Alle diese Wertesysteme beruhen auf der Gleichwertigkeit der Menschen (vor dem Gesetz, in sozialer Hinsicht, vor Gott). Der Rechtsextremismus fordert stattdessen einen autoritären Antipluralismus und unbedingte Unterordnung unter die Gemeinschaftsidee.

Rechtsextreme verunglimpfen daher in regelmäßiger Folge die freiheitliche Demokratie der BRD und die rechtsstaatliche Ordnung des Grundgesetzes: Während einer von der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag beantragten Aktuellen Debatte «Volksherrschaft durchsetzen! – Ja zur Direktwahl des Bundespräsidenten» am 4. Juli 2007 bezeichnete der NPD-Abgeordnete Gansel den deutschen «Parlamentarismus» als «Karikatur einer Volksherrschaft». Rechtsextreme werfen der politischen Ordnung der Bundesrepublik einen «eklatanten Mangel an wirklicher Volksherrschaft» vor, «da volksfremde Parlamentarier in abgehobenen Parlamenten systematisch am Volkswohl und Volkswillen» vorbei regierten. Die «gesamte politische Landschaft der immer noch fremdbeherrschten BRD» sei von «Lügen, Intrigen, Vorteilsnahme, Arroganz, Bestechung und Betrug geprägt.»¹⁵ Der NPD-Landesgeschäftsführer in Sachsen-Anhalt, Matthias Heyder, geht noch weiter: «Weiterhin hat der Nationale Widerstand alles Recht, dieses kalte, zubetonierte, korrupte, menschenverachtende System als ›Bestie‹ zu bezeichnen. (...) Wir bleiben dabei: Dieses System muss weg. Die Parteien haben sich den Staat zur Beute gemacht und ein unsägliches, ausschließlich materiell orientiertes, volksfeindliches System eingeführt (...) dass restlos abgeschafft

¹² Siehe Glossar auf der Website des Kulturbüros.

¹³ Aus der rassistischen Weltsicht folgt die Höherwertigkeit der weißen Rasse; aus dem Ethnopluralismus noch immer zumindest die Vorherrschaft der europäischen Kultur.

¹⁴ Vgl. Stöss (2005): Rechtsextremismus im Wandel, Berlin, S. 194 ff.

¹⁵ Vgl. Programmtext «Wiederherstellung der Volkssouveränität!». http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=9&cmsint_id=1&detail=16, aufgefunden am 16.5.2008.



«Großkapital enteignen» – ein Transparent der Autonomen Sozialisten beim Aufmarsch im Juli 2005 in Weisswasser

gehört.»¹⁶ Einmal abgesehen von Selbstbereicherung¹⁷, Kinderpornographie¹⁸ oder Spendenbetrug¹⁹ in den eigenen Reihen, die deutlich machen, dass solche persönliche Vorteilsnahme nicht an Gesellschaftssysteme, sondern an Menschen gebunden ist, wird aus diesen Zitaten eines überdeutlich: Die NPD ist – trotz des demokratischen Anspruchs in ihrem Namen – eine antidemokratische Partei und trachtet danach, das bestehende politische und gesellschaftliche System durch ein anderes auszutauschen, das auf dem völkisch-rassistischen Solidarismus basiert und zentrale Menschenrechte verletzt. Der Einzelne soll sich nicht als selbstbestimmt handelndes

¹⁶ Homepage der NPD Sachsen-Anhalt, aufgefunden am 23.8.2007.

¹⁷ So wird dem NPD-Bundesschatzmeister Erwin Kemna von der Staatsanwaltschaft Münster vorgeworfen, seit 2004 bei 65 Buchungen mindestens 627.000 Euro von NPD-Konten auf das Geschäftskonto einer von ihm betriebenen Firma transferiert zu haben.

¹⁸ So trat der NPD-Landtagsabgeordnete Matthias Paul, NPD-Landesvorstandsmitglied sowie stellvertretender Kreisvorsitzender der NPD Meißen / Radebeul im November 2006, nachdem seine privaten und dienstlichen Räume von der Staatsanwaltschaft durchsucht worden waren, wegen des Besitzes kinderpornographischen Materials von all seinen Ämtern zurück. Sein Mandat ging an Peter Klose.

¹⁹ So hat die Bundestagsverwaltung nach einem Spendenskandal vom NPD-Landesverband Thüringen 870.000 Euro staatlicher Zuschüsse zurückgefordert; darüber hinaus sollen NPD-Parteifunktionäre von Bundesschatzmeister Kemna dazu angehalten worden sein, jede Autofahrt als Dienstreise im Auftrag der Partei auszuweisen und auf eine Fahrtkostenerstattung zugunsten einer Aufwandsspende an die NPD zu verzichten. Mit diesen fingierten Quittungen und falschen Abrechnungen soll die NPD ihr Spendenaufkommen künstlich in die Höhe getrieben und so unrechtmäßige Erstattungen aus der staatlichen Parteienfinanzierung erhalten haben.

Individuum begreifen, sondern sich der Volksgemeinschaft bzw. einer Partei, die sämtliche gesellschaftliche Bereiche durchdringt und organisiert, unterordnen. Der Rechtsextremismus negiert somit die universellen Menschenrechte, insbesondere das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, das Recht auf Freiheit, Freizügigkeit und soziale Sicherheit, das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht auf Versammlungs-, Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit.²⁰

Verankerungsstrategie: Sozialdemagogie und Globalisierungsfeindschaft

Von entscheidender Bedeutung für das Erstarken rechtsextremer Ideologien war ihre programmatische Neuausrichtung im Zuge der Globalisierung (Postmoderne). Der modernisierte Rechtsextremismus setzte an die Stelle des historisch überholten Antikommunismus eine Neupositionierung im Sinne einer rechtsextremen Kapitalismus- und Globalisierungskritik, welche der Frage nach sozialer Gerechtigkeit hohe Priorität einräumt. Mit dem Begriff der «raumorientierten Volkswirtschaft», wonach «die deutsche Wirtschaft einschließlich der in Deutschland tätigen ausländischen Unternehmen ... dem deutschen Volk, seiner materiellen Sicherung und seiner geistig kulturellen Entwicklung zu dienen [...]»²¹ habe, gelang es bspw. der NPD, sich programmatisch für die affektiv antikapitalistische Mentalität der Mehrheit der Ostdeutschen zu öffnen. Diese Neuorientierung der NPD begann allerdings – anders als von vielen Beobachtern der politischen Szene häufig angenommen – bereits im Jahr 1997. Richtungsweisend für die Wiederbelebung der sozialen Frage durch die NPD nach Jahren explizit ausländerfeindlicher Artikulation und politischer Bedeutungslosigkeit ist ein Kommentar ihres Bundesvorsitzenden Voigt im Parteiorgan «Deutsche Stimme» anlässlich der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 1998. Hierin fordert er, «[...] sich als Partei des modernen Nationalismus jenseits des «Alt-Rechten»-Klüngels zu positionieren.»²² Die NPD hat nach eigener Auffassung eine nationale und soziale Mission zu erfüllen. «Schwerpunktaufgabe der Partei ist es [...], auf die immer stärker werdenden gesellschaftlichen und sozialen Auseinandersetzungen nicht nur zu reagieren, sondern zuzugreifen und nationalistische Wirtschafts- und Sozialpolitik als Schwerpunkt der Parteiarbeit zu betreiben.»²³ Die erfolgreiche Beteiligung an den Hartz IV-Protesten und Montagsdemonstrationen und der überaus erfolgreiche «Anti-HARTZ IV-Wahlkampf 2004» mit vornehmlich sozialen Themen waren also kein populistischer Erfolg allein, sondern Ergebnis eigener, in der Szene wahrgenommener Aktivitäten. Zur Untermauerung ihrer national-sozialistischen Systemkritik nutzten und nutzen Teile der rechtsextremen Szene immer wieder spektakuläre Aktionen:

■ Im Jahr 2005 nutzte die sächsische NPD-Fraktion als einzige Partei des Landtages die drohende Schließung der ostsächsischen Textilfirma «Erba-Lautex» zu einem propagandistischen parlamentarischen Verfahren zur Verhinderung der

²⁰ Vgl. Stöss (2005), a.a.O., S. 25 ff.

²¹ NPD-Parteiprogramm, 10. Auflage Dez. 2004, S. 5.

²² Voigt, U. (1998): Lagertheorien sind veraltet. In: *Deutsche Stimme*, 23. Jahrgang, Ausgabe 7/98, S. 2.

²³ Ebd.

Schließung. In mehreren Anfragen und einer parlamentarischen Stunde unter Beisein von vielen Lautex-Mitarbeitern präsentierte sich die NPD als Hüterin der Interessen der Arbeiterschaft und einzige kritische Kraft im Parlament.

■ Im März 2007 vermauerten Rechtsextreme den Eingang zur Arbeitsagentur im ostsächsischen Zittau und hinterließen auf dem Mauerwerk die Parole «Ein neues System bietet neue Alternativen.» Unterschrift: «Nationale Sozialisten».

Aktionen wie diese zielen darauf ab, innerhalb der Bevölkerung vorhandene Missstimmungen – beispielsweise über die Arbeitsmarktsituation – in eine generelle Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates umzuwandeln. So versuchen Rechtsextreme zunehmend, sich neue Zielgruppen zu erschließen. Der NPD-Vorsitzende Voigt lässt keinen Zweifel aufkommen, auf welche Zielgruppen sich die NPD bei der Artikulation sozialer Belange konzentrieren wird, wenn er anmahnt, dass sich die Partei auch nicht davon abschrecken lassen dürfe, «[...] positive Aspekte der DDR – gerade in der Sozialpolitik – aufzugreifen und positiv besetzte, für das Volk nachvollziehbare Bezugspunkte herzustellen. Wir müssen gerade in Mitteldeutschland klarmachen, dass wir Nationalisten die faktische Nachfolge der Kommunisten in der Vertretung sozialer Lebensinteressen des deutschen Volkes angetreten haben [...] Wir tragen damit auch der Tatsache Rechnung, dass unsere Partei bei weiter anhaltender Entwicklung in den nächsten Jahren eine von unseren Mitteldeutschen Mitgliedern dominierte Kampfgemeinschaft werden wird.»²⁴

Ein Schwerpunkt neo-nationalsozialistischer Agitation in Ostdeutschland sind demnach soziale Themen. Der Begriff «Nationaler Sozialismus»²⁵ stammt dabei bereits aus der Programmatik der 1919 gegründeten Deutschen Arbeiterpartei (DAP), die ein Jahr später in NSDAP umbenannt wurde.²⁶ Der Nationalsozialismus (NS) wollte damals wie heute den völkisch-rassistischen Nationalismus (siehe oben) mit antikapitalistischen Forderungen verbinden.²⁷ Damit grenzte er sich von konservativen und linksgerichteten Parteien ab, unterbreitete deren Wählern zugleich jedoch ein Angebot sozialer Teilhabe auf Kosten volksgemeinschaftlicher Exklusivität. Mit national-sozialistischen Formulierungen wie «Jeder Deutsche hat das Recht auf Arbeit. Arbeitsplätze sind zuerst an Deutsche zu vergeben. Männer und Frauen sind im Arbeitsleben unter Berücksichtigung des Leistungsprinzips gleich zu behandeln»²⁸ dürfte die NPD bei vielen jungen Menschen in Ostdeutschland Anklang finden.

Die sächsische NPD ging 1998 in einem Flugblatt noch einen erheblichen Schritt weiter und knüpfte unmittelbar an Duktus und Ideologie des DDR-Sozialismus an: «Die NPD ist eine moderne und revolutionäre Partei, die sich im Interesse aller anständigen Deutschen der Zerstörung unseres Landes durch die Politiker des internationalen Großkapitals entgegenstellt. Die Politik der Bundesregierung bewerten

²⁴ Ebd.

²⁵ Zur Verwendung dieses Begriffs schon in der Frühzeit der NSDAP s. z.B. Tyrell, Albrecht: Führer befiehl... Selbstzeugnisse aus der Kampfzeit der NSDAP, Gondrom Verlag, Bindlach 1991, S. 119.

²⁶ Die NSDAP beschrieb die Begriffe «Nationalismus» als Hingabe des Individuums für die Volksgemeinschaft und «Sozialismus» als Verantwortung der Volksgemeinschaft für das Individuum. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die ein Hauptziel originärer Sozialisten ist, lehnte die Mehrheit der NSDAP jedoch entschieden ab.

²⁷ Stöss (2005), a.a.O., S. 35.

²⁸ Vgl. NPD-Wahlprogramm 2004.

wir als kapitalistischen Extremismus und Fundamentalismus [...] Wir sind eine antiimperialistische Partei und solidarisch mit allen Völkern, die sich im Abwehrkampf gegen den verbrecherischen US-Imperialismus und seine Helfershelfer befinden. In der Tradition der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung stehend und in der Geschichte des deutschen Volkes verwurzelt, wenden wir uns gegen alle volks- und kulturzerstörenden Maßnahmen der EU-Administration, der Bundesregierung und der Landesregierungen [...] Wir Mitglieder der NPD in Sachsen stehen zur ganzen deutschen Geschichte und auch zur Geschichte der DDR. Die Mehrheit unserer Mitglieder ist im 8. Jahr des Beitritts der DDR zur BRD der Meinung, dass die DDR das bessere Deutschland war [...]»²⁹ Dieses «sozialistische» Flugblatt stieß allerdings auf heftige Kritik im NPD-Bundesvorstand. Der sächsische NPD-Landesverband wich daraufhin zurück und ordnete an, den Begriff «Sozialismus» künftig zu vermeiden. Voigt kritisierte, dass es politischer Unsinn sei, die DDR als den besseren deutschen Staat zu bezeichnen.

Die NPD kanalisiert so gezielt die Ängste und Enttäuschungen der Bevölkerung in den neuen Bundesländern und greift dabei direkt auf deren DDR-Erfahrungen einer freiheitlich begrenzten, aber sozial abgesicherten Existenz zurück. Diese nostalgischen Mentalitätsbestände koppelt die NPD mit ihrem Selbstverständnis der Systemopposition. Die Option der Erneuerung über ostdeutsche Verhältnisse kann für die NPD nur dann erfolgreich sein, wenn es ihr gelingt, innerhalb der Bevölkerung nicht nur als Wahrer sozialer Gerechtigkeit, sondern auch der ostdeutschen Vergangenheit und damit untrennbar verbunden auch als Anwalt spezifisch ostdeutscher Interessen akzeptiert zu werden.³⁰

Posttotalitäre DDR-Gesellschaft – idealer Nährboden für rechtsextreme Ideen

Die Ideologie der westdeutschen neonazistischen Strukturen wies zu den autoritären und fremdenfeindlichen Ressentiments in Ostdeutschland zwar einige Schnittmengen auf. Als nur begrenzt anschlussfähig erwies sich jedoch die rückwärts-gewandte, NS-verherrlichende ideologische Orientierung vieler rechtsextremer Kader aus Westdeutschland. Die in den neuen Bundesländern zunächst anzutreffende ideologische Diffusität des Rechtsextremismus sympathisierte demgegenüber in starkem Maße mit den nationalrevolutionären Traditionsbeständen der Aufstiegs- und Kampfphase des NS. Ein weiteres konstitutives Element in der ideologischen Architektur des ostdeutschen Rechtsextremismus bildeten jene antiwestlichen Ressentiments, die sich aus der unkritischen Installation des westdeutschen Gesellschaftsmodells und seiner Strukturkomponenten ableiten ließen.³¹ Der in Ostdeutschland als Folge zweier Diktaturen verbreitet anzutreffende Autoritarismus³² stiftete eine bis heute politisch und lebensweltlich wirksame Abwehr individualistischer und freiheitlicher Lebensführung und Gesellschaftsgestaltung (Antilibera-

29 Flugblatt des Landesverbandes Sachsen (ohne Datum), abgedruckt in: DESG-inform 6/1998 S. 3 nach Ptak, S. 117.

30 Vgl. Ptak, Ralf (1999): Die soziale Frage als Politikfeld der extremen Rechten, S. 98 ff. In: Mecklenburg, Jens (Hrsg.): Braune Gefahr. DVU, NPD, REP – Geschichte und Zukunft, Berlin, S. 97-145.

31 Im Kommunalwahlkampf 1999 bezeichnete die sächsische NPD die DDR sogar als «den besseren der beiden deutschen Staaten», vgl. DESG-inform 6/1998 S. 3 nach Ptak, S. 117.

32 Vgl. Stöss (2005): a.a.O., S. 25ff.

lismus) bis weit in die Alltagskultur der ostdeutschen Mehrheitsgesellschaft hinein. Solche ostdeutschen Mentalitätsbestände sanktionieren bis heute immer wieder «normabweichendes Verhalten» im unmittelbaren Sozialraum nicht nur gegenüber Migrantinnen und Migranten oder nicht-rechten Jugendlichen, sondern auch gegenüber Menschen mit alternativen Lebensentwürfen oder kritischen Demokratinnen und Demokraten. Hinzu kommen völkische Mentalitätsbestände, beruhend auf einem rassistisch konstruierten deutschen Arbeitsethos, der in der DDR ungebrochen weiterexistierte und sogar hin und wieder von der SED-Staatführung zur eigenen Machtstabilisierung benutzt wurde.

Die extreme Rechte während der deutsch-deutschen Wiedervereinigung

Der neonazistische Flügel der bundesdeutschen extremen Rechten wurde von der sich ab November 1989 abzeichnenden Wiedervereinigung ebenso überrascht wie die damals im rechtsextremen Spektrum dominante Partei *Die Republikaner* (REP). Ein erster Versuch, die REPs auf dem Gebiet der damaligen DDR zu etablieren, scheiterte noch an einem Verbot durch die frei gewählte Volkskammer im Juni 1990.³³ Mit dem Vereinigungsprozess kam der extremen Rechten ein zentrales Identitätsthema abhanden, dessen Deutungshoheit sie überdies durch den in der Öffentlichkeit beider deutschen Staaten entstandenen nationalistischen Diskurs (Stichworte: «Asylkompromiss», Deutschland kein Einwanderungsland etc.) an die Unionsparteien verloren.

Im Februar 1990 trafen sich die Führungsfiguren des westdeutschen Neonazismus, angeführt von Michael Kühnen³⁴, mit Vertretern informeller rechtsextremer Gruppen aus verschiedenen Bezirken der sich in Auflösung befindenden DDR, um eine neonazistische Organisation zu etablieren. Es zeigte sich jedoch rasch, dass die in der Folge dieses Strategietreffens gegründeten neonazistischen Kleinstorganisationen nicht in der Lage waren, das vorhandene Potenzial politischer Sympathisanten in Ostdeutschland dauerhaft organisatorisch zu integrieren. Die westdeutschen Mentoren des «Strukturaufbaus Ost» hatten das Problem, dass ihre konspirativen, zahlenmäßig überschaubaren Gruppen und deren Führungskader im Hinblick auf die offene Situation in Ostdeutschland zwar experimentierten, jedoch teilweise widerstrebende Ziele verfolgten.

Eine von der DDR-Regierung im Dezember 1989 verfügte Generalamnestie³⁵ spülte eine Vielzahl von wegen rechtsextremer Straftaten verurteilten jungen Männern auf die Straßen, die ihre fremdenfeindlichen Ressentiments nun mit Gewalt artikulierten (in der DDR entpolitisierend «Rowdytum» genannt). So kam

³³ Vgl. Schomers, M. (1990): Deutschland ganz rechts: Sieben Monate als Republikaner in BRD und DDR; Kiepenheuer & Witsch, Köln; Bugiel, Britta: Rechtsextremismus Jugendlicher in der DDR; LIT Verlag, Münster 2002.

³⁴ Kühnen (21. 6. 1955 – 25. 4. 1991) war einer der bekanntesten und wichtigsten Exponenten des militanten Neofaschismus und maßgeblich beteiligt an dem Aufbau militanter Neonazi-Strukturen in der BRD der 1970er und 1980er Jahre. Durch provokante und geschickte Medienpolitik – «Bevor man beliebt werden kann, muß man erst bekannt sein!» (Zitat Kühnen) – verschaffte er sich und seinen Organisationen Öffentlichkeit. Obwohl Kühnen im rechten Spektrum umstritten war, verfügte er über Kontakte in nahezu alle neofaschistischen Kreise im In- und Ausland.

³⁵ Vgl. Zimmerling, Z. (1990): Neue Chronik DDR, Teil I: Tribüne Verlag, Berlin, S. 45.



Ein Transparent der Nationalen Sozialisten Chemnitz bei einer Demonstration im Januar 2008 in Leipzig

es bereits Ende 1989 zu fremdenfeindlich motivierten Angriffen auf sogenannte Vertragsarbeiter in Bezirks- und Kleinstädten der DDR.³⁶ Alle Versuche seitens neonazistischer Kader, steuernd auf diese Welle rassistischer Gewalttaten zunächst gegen Unterkünfte sog. DDR-Vertragsarbeiter, später gegen Asylbewerber Einfluss zu nehmen, blieben mit Ausnahme der Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen im Jahr 1992 marginal. Dass durch die faktische Untätigkeit der DDR-Behörden und die Abwesenheit rechtsstaatlicher exekutiver und judikativer Strukturen (deren Aufbau kann erst zu Beginn der 1990er Jahre als abgeschlossen gelten) verursachte zwischenstaatliche Vakuum begünstigte diese Gewalteskalationen.

Theoretische Reflexionen – vom Zellenmodell zur «nationalen Kameradschaft»

In den Jahren 1992/93 erfolgte dann von Seiten der Innenbehörden des Bundes und der Länder eine Verbotschelle neonazistischer Organisationen sowie – parallel dazu – die Änderung des Asylrechts durch den Bundestag im Jahr 1993. Beide Aktivitäten entzogen der rechtsextremen Szene einige Zeit den ideologischen und organisatorischen Resonanzboden. Die Folge war eine hohe personelle Fluktuation sowie eine organisatorische und politische Neuorientierung:

Die fremdenfeindlichen Gewaltexzesse einerseits und die Verbote neonazistischer Organisationen andererseits lösten in der rechtsextremen Szene Reflektionen darüber aus, wie das offensichtlich vorhandene fremdenfeindliche Potenzial

³⁶ Vgl. Bugiel, B. (2002), a.a.O., S. 80.



Deutschland uns Deutschen! – Wahlplakat der NPD in Pirna

Ostdeutschlands dauerhaft in Organisationen gebunden werden könne, die gegenüber dem wachsenden Verfolgungsdruck widerstandsfähiger seien. Die Führungskräfte nunmehr verbotener Organisationen wie Nationalistische Front (NF), Deutsche Alternative (DA), Nationale Offensive (NO) und einiger anderer suchten nach Organisationsmodellen, die sich gegenüber Verboten als resistent erwiesen und ein Mindestmaß an interner Handlungsfähigkeit garantierten. Hierzu wurde in der Szene das Modell informeller, regionaler Personenzusammenschlüsse diskutiert, die untereinander vernetzt agieren sollten. Neu gegenüber der Praxis neonazistischer Organisationen der 1980er Jahre war zudem, dass man nun offensiv dort um Sympathisanten warb, wo der Uniform- und NS-Ideologiefetischismus auf Skepsis stieß: im Milieu der rechtsextremen Skinheads und Hooligans Ostdeutschlands. Die damals als Zellenmodell bezeichnete Organisationsstruktur kann als Ursprung der sog. «Freien Kameradschaften» gelten, deren aktionistische Ausrichtung das heutige Erscheinungsbild des militanten Neonazismus prägen.

Publizistischer Ort dieser Strategiedebatte war das Magazin des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB). Hier wurde Mitte 1991³⁷ ein Beitrag veröffent-

³⁷ Vgl. Revolutionärer Weg konkret: Schafft befreite Zonen. In: *Vorderste Front*. Zeitschrift für politische Theorie und Strategie Nr. 2, Juni 1991. Die Zeitschrift ist das Mitteilungsblatt des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB). Diese Studentenorganisation der NPD war und ist relativ bedeutungslos, ebenso ihr Publikationsorgan. Gleichwohl war dem Begriff «befreite Zone» – später erweitert zu «national befreite Zone» – eine beachtliche Karriere beschieden.

licht, der unter dem Titel «Befreite Zonen» die Frage diskutierte, wie man aus der fremdenfeindlichen Mobilisierung gegen Asylbewerber weitergehendes politisches Kapital für die Verankerung rechtsextremer Inhalte in ostdeutschen Regionen schlagen könne.

Hierin empfehlen die Autoren, sich zur Erlangung eigener (Gestaltungs-)Macht zunächst auf exemplarische Räume zu konzentrieren, etwa einem Stadtteil, einen Jugendclub etc. Entgegen der weit verbreiteten medialen Wahrnehmung dieses Kampfbegriffes der Rechtsextremen während der letzten zehn Jahre erfuhr dieses Konzept jedoch nirgendwo eine unmittelbare Umsetzung im Sinne der propagierten Außerkraftsetzung der administrativen Gewalt des Rechtsstaates. Sehr wohl entstanden jedoch Räume, die von nichtrechten Jugendlichen, Migranten und anderen Minderheiten als Angstzonen³⁸ wahrgenommen und gemieden werden.

Ideologische Neupositionierung der NPD: völkisch-nationalrevolutionäre Bewegungspartei

Der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt steht seit seiner Wahl 1996 maßgeblich für die programmatische Umorientierung der Partei, während derer die NPD verstärkt völkische und national-revolutionäre Ideologieelemente³⁹ aufnahm. Auch ihre Art, rechtsextreme Ausrichtungen umzusetzen und zu artikulieren, veränderte sich.⁴⁰ Diesen Strategiewechsel fasste der thüringische Verfassungsschutz wie folgt zusammen:

- «Zurückstellung der «Revisionismuskampagne» des bisherigen Bundesvorsitzenden Günter Deckert;
- Unterstützung der Bestrebungen zur Einigung der «Rechten» (Runde Tische), um den «Nationalen» in Deutschland eine Chance zu geben;
- Einleitung einer Zusammenarbeit des «Nationalen Lagers» mit den Vorständen der einzelnen Parteien und Gruppen;
- Erarbeitung einer «nationaldemokratischen» Lösung der sozialen Probleme;
- Intensivierung der elektronischen Vernetzung und verstärkte Nutzung des Kommunikationssystems Internet;
- verstärkte Aufmerksamkeit für die Arbeit der JN und Verbesserung ihres politischen Wirkens».

Die Wahlerfolge blieben unter Voigt aber zunächst aus. Um dies zu ändern, präsentierte er 1997 das strategische «Drei-Säulen-Konzept», mit dem die NPD seither einige Erfolge verzeichnen konnte. Seither versteht sich die NPD als Bewegungspartei des nationalen und nationalsozialistischen Spektrums. Nach ihrem Selbstverständnis ist die NPD die «revolutionäre Speerspitze» innerhalb des «nationalen Lagers». Um dies zum Ausdruck zu bringen, wurde 1998 die Aktionseinheit *Nationale Außerpar-*

38 Vgl. Begrich/Weber (2007): Warum Angstträume mehr sind als No-Go-Areas, in: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände Folge 5, S. 265.

39 Grumke/Wagner (2002), S. 402.

40 Vgl. Pfahl-Traugher (2002a), S. 30.

lamentarische Opposition (NAPO) gegründet. Dieser Begriff steht stellvertretend als Synonym für den «Nationalen Widerstand» auf der Straße.⁴¹ Erste Erfolge unter Voigt zeigten sich Ende der 1990er Jahre in einem Anstieg der Mitgliederzahlen. Es traten vor allem junge männliche Mitglieder aus den östlichen Bundesländern in die NPD ein. Durch sie erlangte die Partei eine stärkere Mobilisierungsfähigkeit und war somit in der Lage, öffentlichkeitswirksamere Aufmärsche zu organisieren. Fast ein Siebtel aller Mitglieder kommen 2008 aus dem sächsischen Landesverband, dem mit Abstand größten Landesverband der NPD.⁴² Viele dieser neuen Mitglieder sympathisieren mit der Neonaziszene oder gehören rechtsextremen Kameradschaften an. Die innerparteiliche Öffnung gegenüber den neonazistischen Aktivisten stellt eine der entscheidenden Änderungen in der Ära Voigt dar.⁴³

Intellektualisierung

Die geistige Nähe der NPD zum historischen Nationalsozialismus konterkarierte lange Zeit das Werben der Partei um intellektuelle Bündnispartner. Immerhin bieten die beiden Landtagsfraktionen der NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern seit einigen Jahren eine Anzahl gut bezahlter Stellen für die Beschäftigung publizistisch versierten Personals, vornehmlich aus den alten Bundesländern. Intellektuelle Vorreiter der NPD wie Jürgen Gansel oder der Publizist und Theoretiker Karl Richter intensivierten diese Bemühungen. Die von der Partei hierzu gegründeten Organisationen und Publikationen wie die Zeitschrift «HIER & JETZT. Gesellschaft – Politik – Bewegung» fanden jedoch außerhalb der rechtsextremistischen Szene kaum Resonanz. Der Historiker Gansel⁴⁴ proklamierte mit Unterstützung Richters gar eine «Dresdner Schule», die ein intellektuelles Gegengewicht zur «Frankfurter Schule» und der angeblich von dieser geprägten «BRD-Nomenklatur» bilden, die Auseinandersetzung mit dem «Amerikanischen Imperium» führen und die durch eine «irrwitzige Vergangenheitsbewältigung» zu «identitätskastrierten Gegenwartskrüppeln [...] neurotisierten Deutschen» von ihrer «Schuld knechtschaft»⁴⁵ befreien sollte. Solchen großspurigen Ankündigungen folgten jedoch in den letzten Jahren nur wenige Taten. Zwar bemühten sich einige Intellektuelle mit Kongressen, Schriften und Büchern, die rechtsextremistische Agitation ideologisch zu untermauern; sie bemühten sich auch vermehrt, weitere rechtsextremistische Intellektuelle an sich zu binden, ablesbar u. a. an der wachsenden Zahl programmatisch-ideologischer Artikel im Parteiorgan «Deutsche Stimme». Doch blieb es hierbei insgesamt nur bei Ansätzen. Schützenhilfe erhielt die NPD bei ihrer Intellektualisierungsstrategie von der neu-rechten Coburger

⁴¹ Vgl. Grumke/Wagner (2002), S. 407.

⁴² Die Mitgliederzahlen für 2007 variieren: während das LaFVS von 850 NPD-Mitgliedern in Sachsen ausgeht, spricht die sächsische NPD weiterhin von 1000 Mitgliedern.

⁴³ Vgl. Pfahl-Traugher (2002), S. 16.

⁴⁴ Gansel ist ehemaliges CDU-Mitglied und Alter Herr der Burschenschaft Dresdensia-Rugia zu Gießen. Er trat später der NPD in Hessen bei und wurde Mitglied der rechtsextremen Hilfgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG). Heute ist er Abgeordneter und bildungspolitischer Sprecher der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen sowie Redakteur des Parteiblatts «Deutsche Stimme».

⁴⁵ Vgl. Gansel, 3. 5. 2005: Wesen und Wollen der «Dresdner Schule». http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=9&cmsint_id=1&detail=291, aufgefunden am 25.5.2008.

Monatsschrift «Nation & Europa», die aber zugleich bemüht war, ihre Position als Forum des gesamten «nationalen Lagers» rechts von der Union zu wahren.⁴⁶ Ende 2006 wurde ihre Auflage auf rund 18.000 Exemplare geschätzt.⁴⁷ Geringere Distanz zur NPD hielt demgegenüber das «Institut für Staatspolitik» (IfS) im sachsen-anhaltinischen Albersroda mit der Zeitschrift «Sezession» und dem Verlag «Edition Antaios».

Das Vier-Säulen-Programm der NPD

Während die Gründer der NPD und ihre Vorsitzenden bis zu Beginn der 1990er Jahre vor allem auf einen Einzug in die Parlamente setzten, entwickelte die Voigt-NPD nun ein neues strategisches Konzept, das «Drei-Säulen-Konzept»⁴⁸, das im Jahr 2005 von Voigt zum «Vier-Säulen-Konzept» erweitert wurde. Es sieht den «Kampf um die Straße», den «Kampf um die Köpfe», den «Kampf um die Parlamente» sowie den «Kampf um den organisierten Willen» vor. Der Grund für die strategische Neupositionierung lag in der Analyse, die NPD habe «kaum finanzielle Förderer»; sei «auf die Einsatzbereitschaft ihrer Mitglieder und Sympathisanten angewiesen» und erreiche «Massenwirkung nur durch die Mobilisierung der Straße».⁴⁹

In den ersten Jahren unter Voigt ging es der NPD vor allem um den **Kampf um die Straße**. Ziel dieser Strategie war es, verstärkt Präsenz im öffentlichen Raum zu zeigen und über öffentliche Aktivitäten Sympathisanten – insbesondere radikalere Neonazis – an sich zu binden: «Erst wenn wir den von uns eröffneten «Kampf um die Straße» endgültig für uns entschieden haben, kann der «Kampf um die Parlamente» mit der Aussicht geführt werden, keine schnell verschwindenden Proteststimmen zu kanalisieren, sondern eine dauerhafte nationale Kraft im Nachkriegsdeutschland zu etablieren [...]»⁵⁰

Der **Kampf um die Köpfe** zielt auf eine programmatische Veränderung. Augenfälliges Beispiel ist die so genannte «Wortergreifungsstrategie», die vermehrt seit 2003 eingesetzt wird. Veranstaltungen politischer Gegner werden bewusst gestört, gleichzeitig wird der Versuch unternommen, die «Lufthoheit» in Diskussionen zu erlangen. Auch die Schulung von Mitgliedern und Kadern und die Gründung des Bildungswerkes für Heimat und Nationale Identität ist Teil des Kampfes um die Köpfe. Dabei geht es der NPD um Re-Education, nämlich «die Köpfe, die es zu gewinnen gilt, erst einmal vom Denken unserer Feinde zu befreien».⁵¹

Der **Kampf um die Parlamente** zielt auf Wahlerfolge ab. Die NPD will bessere Wahlergebnisse erreichen und sich außerhalb ihrer Rolle als Protestpartei profilieren. Dabei erarbeitet sie sich über die Teilnahme an Kommunalwahlen einen Vertrauensvorschuss. Mittel- bis längerfristig, so die Annahme, werde es der NPD zu

46 Pfahl-Traugher, Armin (2000): Zeitschriftenporträt: Nation Europa, In: Backes/Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 12, Baden-Baden, S. 305-322.

47 VSB 2007, S. 113

48 Voigt, Udo (1999): Mit der NPD auf dem Weg in das neue Jahrtausend, in: Apfel, Holger, «Alles Große steht im Sturm». Tradition und Zukunft einer nationalen Partei, Stuttgart, S. 469- 475, hier S. 469.

49 NPD-Parteivorstand, Das strategische Konzept der NPD. Grundgedanken, in: ebd., S. 356-360, hier S. 360

50 Ebd.

51 Ebd.

einer breiteren Akzeptanz verhelfen, wenn sie auf kommunaler Ebene bereits Ämter besetzt hat. Bei den sächsischen Landtagswahlen 2004 erreichte die NPD mit 9,2 Prozent erstmalig seit 1968 wieder den Einzug in ein Landesparlament. Reinhardtshof-Schöna im Süden der Sächsischen Schweiz stellte mit 25,7 Prozent das Spitzenergebnis.⁵² In Mecklenburg-Vorpommern erreichte die NPD bei der Landtagswahl 2006 7,3 Prozent. Ihr Spitzenergebnis erreichte sie dabei in den Gemeinden Postlow (38,2 Prozent) und Bargischow (31,6 Prozent) im Kreis Ostvorpommern, wobei sie mehr Stimmen erhielt als irgendeine demokratische Partei.

Im Jahr 2004 ergänzte die NPD das Konzept um eine vierte Säule, den **Kampf um den organisierten Willen**. Sie will damit sämtliche parteigebundenen und -ungebundenen Kräfte aus dem rechtsextremen Spektrum bündeln und tritt als Fürsprecher aller Menschen, «die sich noch als Deutsche fühlen», auf. In der Partei hat sich «die Erkenntnis durchgesetzt, dass nur durch Kooperation mit den anderen Rechtsparteien und den »Freien Kameradschaften« Erfolge bei Wahlen erzielt werden können».⁵³ Indem die NPD den Begriff der »Volksfront« besetzt, möchte sie einen möglichst großen Personenkreis ansprechen.

Literatur

- Backes, U./Jesse, E. (2000): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 12, Baden-Baden.
- Bugiel, B. (2002): Rechtsextremismus in der DDR, Münster.
- Funke, H. (2002): Paranoia und Politik, Berlin.
- Grumke, T./Wagner, B. (2002): Handbuch Rechtsextremismus, Opladen.
- Heitmeyer, W. (2007): Deutsche Zustände. Folge 5, Frankfurt.
- Jung, H./Spoo, E. (1971): Das Rechtskartell. Reaktion in der Bundesrepublik, München.
- Mecklenburg, J. (Hrsg.) (1999): Braune Gefahr. DVU, NPD, REP – Geschichte und Zukunft, Berlin.
- Merritt, A./Merritt, R. (Hrsg.) (1970): Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys 1945-1949, London u.a.
- Pfahl-Traughber, A. (2002): Eine nationalrevolutionäre Kritik an der NPD – Der rechtsextremistische Intellektuelle Jürgen Schwab als Ideologe und Kritiker der Partei, In: Backes, U./Steglich, H. (Hrsg.), Die NPD, Baden-Baden.
- Ptak, Ralf (1999): Die soziale Frage als Politikfeld der extremen Rechten, in: Mecklenburg, Jens (Hrsg.): Braune Gefahr. DVU, NPD, REP – Geschichte und Zukunft, Berlin, S. 97-145.
- Schomers, M. (1990): Deutschland ganz rechts: Sieben Monate als Republikaner in BRD und DDR, Köln.
- Stöss, R. (2000): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen.
- Stöss, Richard: Ideologie und Strategie des Rechtsextremismus. http://www.aktion-zivilcourage.de/downloads/Ideologiestrategie_rechts.pdf, aufgefunden am 28.5.2008.
- Stöss, Richard (2007): Rechtsextremismus im Wandel. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Tyrell, A. (1991): Führer befehl – Selbstzeugnisse aus der Kampfzeit der NSDAP, Bindlach.
- VSB (Verfassungsschutzbericht) 2007 (2008), hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Berlin.
- Zimmerling, Z. (1990): Neue Chronik DDR, Teil I, Berlin.

⁵² Auch bei den sächsischen Kommunalwahlen am 8. Juni 2008 erreichte die NPD in Reinhardtshof-Schöna mit 25,2% ihr Spitzenergebnis.

⁵³ Parteivorsitzender Udo Voigt in seiner Rede auf dem Leinefelder NPD-Parteitag in 2004.

Wenn aus Feinden Freunde werden (2008)

Konfliktlinien bei den grenzüberschreitenden Kontakten deutscher und tschechischer Neonazis

Das Verhältnis zwischen deutschen und tschechischen Neonazis ist traditionell ambivalent. Die deutsche Szene stellt sich im europäischen Vergleich nicht nur als die zahlenmäßig größte, sondern auch als die mit den meisten Erfahrungen und einer Vielzahl von Wirkungsmöglichkeiten dar und erhebt daher Anspruch auf eine Vorrangstellung. Entsprechend hatte sie lange Zeit eine Vorbildfunktion für die «nachwachsenden» neonazistischen Szenen in den ehemaligen Ostblockstaaten.

Gehört also der «Blick über den Tellerrand» von Beginn an zur selbstverständlichen Orientierung tschechischer Neonazis, ist dagegen umgekehrt kaum ein reges Interesse am Austausch vorhanden. Schon gar nicht kann die Rede von reger Kontinuität und Organisation sein. Das liegt vor allem in zwei Faktoren begründet. Einmal sind nur einzelne deutsche Neonazis der tschechischen Sprache mächtig, wogegen eine Vielzahl tschechischer Neonazis zumindest über Grundkenntnisse des Deutschen und des Englischen verfügen. Zum anderen gelten die Tschechen, wie alle Osteuropäer, in der deutschen Naziszene als Slawen, in ihrer Lesart mithin als eine «Rasse von Untermenschen». Diese ideologische Erblast beeinflusst nach wie vor maßgeblich das heutige Verhältnis.

Gleichzeitig sind in Osteuropa die Verbrechen der Deutschen im II. Weltkrieg unvergessen, weil gerade dort der Vernichtungsfeldzug des Dritten Reiches unermessliches Leid verursachte. Dies erschwert naturgemäß eine ideologische Annäherung. Um sie dennoch zu ermöglichen, werden in der Regel historische Bezüge angeführt, beispielsweise Freiwilligen-Verbände der Waffen-SS, die auch von Osteuropäern unterstützt wurden.

Beim Bemühen, den deutschen Kameraden auf gleicher Augenhöhe zu begegnen, berufen sich vor allem tschechische Neonazis auf die Theorie einer weißen, arischen Rasse und ihren Kampf gegen alles «Minderwertige». Dementsprechend versuchen sie sich als Teil der internationalen White-Power-Bewegung zu etablieren.

Der deutsche Pragmatismus im Musik-Geschäft

Seitens der Deutschen ist der Umgang als pragmatisch-ambivalent zu verstehen. Lange Zeit waren die Tschechische und Slowakische Republik Regionen, in denen sehr preiswert und nicht zuletzt ungestört Rechtsrock-CDs produziert werden konnten. Zudem machten sich die deutschen Neonazis die weniger rigide Gesetzgebung zunutze, um Texte und Drucksachen herstellen zu können, die in Deutschland

verboten waren. Hinzu trat das Preisgefälle: Mit in Osteuropa produzierten Tonträgern konnten in Deutschland nicht unerhebliche Gewinne erzielt werden.

Wie die Protagonisten dieses Netzwerks miteinander arbeiteten, verdeutlicht folgendes Beispiel: Adrian Preißinger, Inhaber der Agentur für Kommunikation (AFK), ließ im slowakischen Banská Bystrica einige Jahre lang Rechtsrock-CDs produzieren, die dann konspirativ nach Deutschland und zu den Händlern gebracht wurden. Zu seinen Kunden zählte das sächsische Blood & Honour-Label Movement Rec. aus Wilsdruff bei Chemnitz sowie HA-Records des Hammerskins Mirko Hesse aus Langburkersdorf in der Sächsischen Schweiz. Für Hesse produzierte Preißinger unter anderem die CD «Einstand» der Band 14 Nothelfer, die zum Umfeld der mittlerweile verbotenen Kameradschaft Skinheads Sächsische Schweiz gehörte. Für den gleichen Abnehmer wurde in einem Presswerk in Bangkok die CD «Noten des Hasses» der Band White Aryan Rebels (WAR) hergestellt. «Neben dem von Hesse gestalteten Booklet mit knapp 20 Hakenkreuzen und den mit «Fuck» versehenen Fahnen der BRD und Israels, sind es die Texte, die Aufsehen erregen. Da ist vom «Blutsauger im Rabbinergewand» die Rede. «Nigger... das sind keine Menschen, das ist Ungeziefer», heißt es. Und: «Bald stirbt die Ausgeburt der Hölle, dann stimmt das Märchen von Auschwitz-Buchenwald.»¹ Hesse wie Preißinger wurden im Jahr 2002 vom Landgericht Dresden für ihre Geschäfte verurteilt. Das behinderte ihre Karrieren nicht. Während Hesse als V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz enttarnt wurde, ist Preißinger inzwischen Mitarbeiter beim NPD-Verlag «Deutsche Stimme» im sächsischen Riesa, für deren gleichnamige Hauszeitung er auch Beiträge verfasst.

Im Zuge solcher Kooperationen zwischen Bands, Produzenten und Vertriebsstrukturen entstanden auch persönlichere private und geschäftliche Beziehungen. So gilt Yves Rahmel, Betreiber von PC-Records aus Chemnitz und damit eines der wichtigsten deutschen Rechtsrock-Labels, nicht nur als Schlüsselfigur in der sächsischen Rechtsrock-Szene, sondern auch als Verbindungsmann zur tschechischen Szene. Seine guten Kontakte demonstriert er auf seiner Homepage unter anderem durch Freundschaftsfotos mit der slowakischen Band Before the War. Eine Reihe tschechischer und slowakischer Bands machte er mit seinen Produktionen dem deutschen Rechtsrock-Publikum bekannt. Dazu gehören die tschechischen Bands Adler und Conflict 88. Dass just diese Bands besonders häufig im grenznahen Raum auftreten, macht eine andere Facette deutlich. Es kann davon ausgegangen werden, dass Rahmel auch in die Organisation der Konzerte eingebunden ist. So vertreibt er eine Live-CD von Conflict 88, die bei einem Konzert im März 2005 im tschechischen Jablonné v Podještědí aufgenommen wurde. Ein Großteil der 400 Teilnehmer bestand aus sächsischen Neonazis.²

Ideologische Streitigkeiten um das Sudetenland

Geht es um eine politische und inhaltliche Zusammenarbeit, ist das Feld freilich deutlich ideologisch vermint. Den stärker am Nationalsozialismus orientierten Neonazis ist noch immer das Feindbild des «Slawen» zu eigen. Dafür steht beispiels-

¹ Gunnar Schubert: Nur drei Jahre Haft für «Noten des Hasses» in: *Neues Deutschland*, 21.12.2002.

² Vgl. Antwort der Sächsischen Staatsregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, Drs.-Nr. 4/10369, vom 18.12.2007.



Vertreter der tschechischen Gruppierung Národní odpor aus Brno beim Heß-Marsch in 2004 in Wunsiedel

weise Jürgen Rieger. Der bekannte Hamburger Rechtsanwalt ist seit Jahrzehnten Führungskader der deutschen Neonazi-Szene und aktives Verbindungsglied zu «Altnazis», der sogenannten Erlebnisgeneration. Er ist Veranstalter des alljährlichen «Heß-Marsches» in Wunsiedel, welcher aufgrund staatlicher Verbote das letzte Mal 2004 stattfand. Obgleich die Demonstration dem Selbstanspruch nach ein «europäischer Marsch» sein sollte, kam es 2004 zu einem Streit darüber, ob tschechische Neonazis neben Vertretern vieler anderer Nationen ein Grußwort sprechen dürften. Rieger lehnte das brüsk ab. Es werde keinen tschechischen Redner geben ohne Entschuldigung für die Beneš-Dekrete: «Die Tschechen haben zu erklären, dass sie den (fast einstimmig) gefassten Beschluss ihres Parlamentes, die Beneš-Dekrete aufrechtzuerhalten, bedauern, und sich für eine Aufhebung dieser Dekrete einsetzen werden. (...) Ferner werden sie sich dafür einsetzen, dass die Sudetendeutschen ihr geraubtes Vermögen zurückbekommen und dass den Opfern der 300.000 ermordeten Sudetendeutschen Wiedergutmachung durch Tschechien gezahlt wird. Schließlich wohnt der tschechische Staatspräsident in einem Hause, was einer volksdeutschen Familie geraubt worden ist!»³ Die Antwort der tschechischen Seite war, dass sie sich nicht entschuldigen könne für Taten, die vor langer Zeit begangen wurden. Zudem erklärten sie, die Beneš-Dekrete abzulehnen. Diese seien von einer «jüdisch-bolschewistischen Besatzungsregierung» beschlossen worden, in deren Gegnerschaft sie sich

3 Jürgen Rieger: Stellungnahme zum Thema Grußbotschaften, 27.08.2004, aufgefunden auf Alter-media.de am 27.10.2007.

noch heute sehen.

Am 1. Mai 2006 in Leipzig äußerte sich ein Vertreter des tschechischen Národní odpor erneut zu den Beneš-Dekreten. Er erklärte, man müsse zwar in die Zukunft blicken, aber gleichzeitig «muss man die Dinge beim richtigen Namen nennen. Die Vertreibung der Sudetendeutschen war ein schreckliches und nicht zu entschuldigendes Verbrechen». Er stellte auch klar, dass es sich dabei nicht um ein Verbrechen der tschechischen Nation handelte, sondern des «von Bolschewisten geführten kriminellen Packes, dessen Platz dort ist, woher sie gerade zurückkehrten – im Arbeitslager».⁴

Die sogenannten Beneš-Dekrete sind auch in der tschechischen Öffentlichkeit sehr umstritten. Einer repräsentativen Umfrage zufolge wünschten sich im November 2007 mehr als 50 Prozent der Befragten, dass die Dekrete weiterhin ein Teil der tschechischen Gesetzgebung bleiben, nur elf Prozent votierten für ihre Aufhebung. Noch vor fünf Jahren lag das Verhältnis allerdings bei 67 zu fünf Prozent. Damit zusammen hängt auch die Einstellung zur Sudetendeutschen Landsmannschaft, die in Tschechien als einziger Vertreter der Sudetendeutschen und als revisionistisch wahrgenommen wird. Es gilt zu betonen, dass die Befürworter der Aufhebung nicht unbedingt mit revisionistischen Ansichten sympathisieren, sondern die Vertreibung unter moralischem Blickwinkel betrachten und vor allem die «wilde Vertreibung» kritisieren.

Subkulturelle Annäherung

Fern der ideologischen Auseinandersetzung ist auf der subkulturellen Ebene das Verhältnis deutlich entspannter. In beiden Ländern entwickelte sich in den letzten Jahren die Neonaziszene weiter. Sie differenzierte sich aus und wurde vielfältiger. Eine Reihe neuer Trends in Mode und Musik hielt Einzug. Westsächsische Neonazis aus dem Spektrum des «nshc» (national socialist hatecore) brachten es auf den Punkt: «Es ist nicht wichtig, wie du aussiehst. Hauptsache, im Kopf bist du NS.» Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass im politischen Alltag die Gemeinsamkeiten überwiegen. Es zählt das Interesse an Erlebnissen, Aktionen, Spaß und Politik. Aus welchem jugendkulturellen Spektrum die Aktivisten stammen, ist dagegen zunehmend irrelevant. Hinzu kommt sicher ein gewisser «Erlebnisarakter» bei grenzüberschreitenden Aktivitäten.

In den letzten Jahren ist daher eine ständige Zunahme der Beteiligung tschechischer Neonazis an Aktivitäten der deutschen Szene zu verzeichnen. Bei beinahe allen größeren Aktivitäten sind Tschechen dabei, sei es beim sog. «Heldengedenken» in Halbe, dem sog. «Trauermarsch» in Dresden, dem Pressefest der «Deutschen Stimme» in Dresden oder zuletzt dem «Fest der Völker» in Jena, an dem sich im September 2007 etwa 120 Tschechen beteiligten. Um den 16. Februar 2008 kamen etwa ein Dutzend tschechischer Nazis aus dem Umfeld des Národní odpor erst zu einem Freundschaftsbesuch in die NPD-Landtagsfraktion in Dresden und in die Geschäftsräume des «Deutsche Stimme»-Verlags in Riesa, um später mit weiteren rund 150 Nazis am Trauermarsch in Dresden teilzunehmen. Um ihre Verbundenheit zu demonstrieren, führten sie dabei ein Transparent mit sich, auf dem in deutscher

⁴ <http://www.odpor.org/index.php?page=clanky&kat=&clanek=18>, aufgefunden am 12.4. 2008.

Sprache stand: «Alliierter Bombenholocaust der deutschen und tschechischen Städte».

Eine Art ideologischen Kitt finden die Neonazis bei diesen grenzüberschreitenden Aktivitäten zum einen in der ethnopluralistischen Denkweise vom «Europa der Vaterländer», zum anderen auch im Antisemitismus, der in der Tschechischen Republik teilweise sehr offen zur Schau getragen wird. Als im Herbst 2007 Prager Neonazis zu einem Aufmarsch just am 10. November mobilisierten, hieß es, «... willkommen (sind) besonders auch Transparente unserer Kameraden aus Deutschland. Der Marsch verläuft direkt unter den Fenstern der Prager Judengemeinde, so können die Rabbiner nach langen 60 Jahren wieder SWR-Flaggen genießen». Dies fand regen Widerhall in der ostdeutschen Szene. Schließlich sei «das Thema ja grundsätzlich auch zu unterstützen – überall ...», schrieb beispielsweise der Thüringer Neonazi-Kader Thomas Gerlach im Internet.⁵

Dies belegt: Mag sich auch die rein ideologische Verständigung zuweilen noch schwierig gestalten, so sind im Alltagsleben die Grenzen zwischen deutschen und tschechischen Neonazis schon lange fließend geworden.

5 Beide Zitate entnommen dem Thiazi-Forum, aufgefunden am 14.10.2007.

KAPITEL 3

Aktionsformen, Strategien und aktuelle Tendenzen des Neonazismus

Vernetzung der europäischen Nazi-Szene

Neonazis agieren zunehmend international koordiniert. Da kann ein gesuchter Münchner Nazischläger dank holländischer und belgischer Gesinnungsgenossen für drei Wochen in den Nachbarländern untertauchen, werden Webseiten mit in Deutschland strafrechtlichen relevanten Inhalten verstärkt durch US-amerikanische Neonazis auf dortigen Servern gehostet oder entwickelt sich ein reger internationaler Demonstrationstourismus quer durch Europa. Die Szene ist dank des Internets intensiv miteinander vernetzt, nutzt Aufmärsche und Konzerte, um ihre Anhänger zusammenzuführen und treibt über Ländergrenzen hinweg einen regen Handel mit einschlägigen NS-Produkten. Ein kleiner Ausschnitt dieser Aktivitäten soll nachfolgend beispielhaft betrachtet werden.

Internationale Vernetzung auf Parteiebene - Das Agieren im Europäischen Parlament

Mitte Januar 2007 konstituierte sich auch im Europäischen Parlament eine neue Fraktion mit dem unverfänglichen Namen *Identität, Tradition und Souveränität* (ITS). Damit hatten sich erstmals seit 13 Jahren Rechtsextremisten im Europaparlament wieder zu einer Fraktion zusammengeschlossen.

Die ITS hatte bereits einen – heute weitgehend vergessenen kleineren – Vorläufer. Zwischen 1989 und 1994 bildeten der französische *Front National* (FN), die deutschen *Republikaner* (REPs) und der belgische *Vlaams Blok* eine gemeinsame Fraktion im Europa-Parlament. Diese Fraktion wurde schon bald von Streitigkeiten bezüglich des Status Südtirols erschüttert. In der Periode zwischen den beiden rechtsextremen Fraktionen im Europaparlament (1994-2007) wurde der Versuch einer regelmäßigen europäischen Vernetzung von Seiten des *Front National* vor allem im 1997 initiierten *EuroNat* (Europa der Nationalisten) unternommen. Dies war ein loser Zusammenschluss von bis zu 15 rechtsextremen vorwiegend osteuropäischen Parteien. 2005 gab sich dieser Zusammenschluss ein offizielles Statut.

Im Europaparlament konnte die Fraktion der ITS am 15. Januar 2007 aus der Taufe gehoben werden. Möglich wurde dieser zweite rechtsextreme Zusammenschluss im Parlament durch den EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens. Beide Länder entsandten zusammen sechs Abgeordnete vom extrem rechten Rand ins Europaparlament (Vertreter der *Partidul Romania Mare* – Groß-Rumänien-Partei – sowie der bulgarischen *Ataka*), dazu kamen 14 Mandatsträger aus Frankreich, Italien, Belgien,

Großbritannien und Österreich. Insgesamt bestand die Gruppe damit zunächst aus 20 Abgeordneten. Damit waren die Mindestanforderungen von 19 Personen für die Bildung einer Fraktion im EU-Parlament erfüllt. Ihr gehörten starke rechtsextreme Parteien wie der französische *Front National*, der im belgischen Flandern einflussreiche separatistische, fremdenfeindliche *Vlaams Belang*, zwei kleine italienische neofaschistische Parteien oder die österreichische FPÖ an.

Ultrationalisten, Holocaustleugner und Neonazis bekamen mit dem Fraktionsstatus neue Möglichkeiten, ihre antieuropäischen, antidemokratischen und vor allem menschenverachtenden Positionen auch im Europäischen Parlament zu verbreiten. Der neugebildeten Fraktion standen nach Parlamentsangaben im Jahr 2007 etwa eine Million Euro zur Verfügung. Durch die direkte Neuwahl der EU-Abgeordneten in Bulgarien und Rumänien wurden ihre Mandate nicht nur bestätigt, die ITS legte in beiden Ländern noch zu und zählte nun insgesamt 23 Abgeordnete.

Die Entwicklung der gemeinsamen Fraktion fand Anfang November 2007 jedoch ihr jähes Ende. Die fünf Abgeordneten der rumänischen *Partidul Romania Mare* traten «als Zeichen des Protests gegen die fremdenfeindliche Haltung und Anschuldigungen gegen das rumänische Volk der Abgeordneten Alessandra Mussolini»¹ aus dem Bündnis aus. Dem vorausgegangen war eine stark rassistisch geprägte Attacke gegenüber rumänischen Immigranten in Italien durch Alessandra Mussolini. Am 14. November wurde die Fraktion deshalb offiziell aufgelöst, da ihr jetzt für einen Fraktionsstatus nicht mehr genügend Abgeordnete angehörten.

Ohne Zweifel stellte der Fraktions-Bruch für einen Teil der rechtsextremen und rechtspopulistischen Szene in Europa einen Rückschlag dar. Politische Einflussmöglichkeiten über die Bühne des Europa-Parlaments und finanzielle Ressourcen gingen verloren. Es gab ausgereifte Pläne, gemeinsam zu den Europawahlen anzutreten. Auch die deutschen und tschechischen Parteien der extremen Rechten wollten erklärtermaßen bei einer europaweiten Kandidatur mitmachen: So nutzten Udo Voigt sowie weitere Vertreter der NPD, der *Republikaner* und *Pro Köln* einen Besuch der Fraktion im Europaparlament im September 2007, um unter dem Titel «Gemeinsam für ein Europa der Vaterländer» eine Unterstützungserklärung für die ITS herauszugeben. Auch die tschechische rechtsextreme Partei *Republikáni Miroslava Sládka* hofften auf ein gemeinsames Antreten innerhalb einer europäischen Wahlplattform.

Die Ergebnisse der Wahlen zum Europaparlament im Juni 2009 ließen dann zunächst insbesondere neonazistische, rassistische und rechtspopulistische Parteien in Österreich, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Griechenland, Dänemark und den Niederlanden jubeln. In Deutschland kam die *Deutsche Volks-Union* (DVU), einzige zur Europawahl angetretene Partei der deutschen Naziszene, auf lediglich 0,4 Prozent der Stimmen.

Im Europaparlament kommen die offen rassistischen Parteien nun (je nach Zählweise) auf 35-39 Mandate und hätten damit rein rechnerisch die Möglichkeit, Fraktionsstärke zu erreichen (mindestens 25 Abgeordnete aus mindestens sieben Ländern). Allerdings haben es die zum Teil sehr unterschiedlichen Gruppierungen nicht geschafft, sich auf ein gemeinsames Konzept einigen zu können.

1 Redok: <http://www.redok.de/content/view/878/36/>, aufgefunden am 10.6.2008.

Start der Bemühungen um ein koordiniertes Vorgehen nach der Wahl war die Neugründung der Allianz der europäischen nationalen Bewegungen (frz. *Alliance des mouvements nationaux européens*, AMNE, engl. *Alliance of European National Movements*, AENM) als Nachfolgerin der EuroNat. Die Organisation wurde am 24. Oktober 2009 in Budapest gegründet. Der Allianz gehören 9 Parteien an, wobei nur drei davon im europäischen Parlament vertreten sind.

Ziel der Allianz ist eine offizielle Registrierung als europaweite Partei bei der EU, was finanzielle Unterstützung der EU zur Folge haben würde. Europa sei «gegen den religiösen, politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Imperialismus zu schützen» – wie es unter anderem in einer «Neun-Punkte-Erklärung» heißt, die von den in Budapest versammelten Parteien angenommen wurde. Die supranationalen Strukturen der EU in ihrer heutigen Form werden abgelehnt, ebenso der «Globalismus». Die ungarische Hauptstadt als Gründungsort war kein Zufall. Eine zentrale Stellung in der neuen Allianz nimmt die ungarische nationalistisch-antisemitische Partei *Jobbik* ein. *Jobbik*, die bei den Wahlen zum Europa-Parlament in Ungarn 14,8 Prozent der Stimmen erhielt, zählt zu den derzeit dynamischsten rassistischen Parteien in Europa. Ihre paramilitärische *Ungarische Garde* wurde zwar im Juli 2009 gerichtlich verboten. Allerdings wurde sie als *Neue Ungarische Garde* erneut gegründet und dient der *Jobbik* seitdem als Saalschutz bei Veranstaltungen und als Gendarmerieersatz (*csendőrség*) in kleineren Ortschaften gegen die dort ansässige Roma-Bevölkerung.

Neben *Jobbik* steht vor allem der französische *Front National* (FN) im Mittelpunkt der neu gegründeten Allianz. Für den FN reiste der stellvertretende Vorsitzende, der Europa-Parlamentarier Bruno Gollnisch, nach Budapest.

Die dritte im EP vertretene Mitgliedspartei ist die *British National Party* (BNP), deren Schwerpunkt im Parteiprogramm die Forderung nach Rückführung aller farbigen Immigranten in ihre Heimatländer ist.

Die von der Allianz umworbene FPÖ unter Heinz-Christian Strache hat sich einem Beitritt verweigert. Sie unterhält offiziell keinerlei Kontakte zur treibenden Kraft der Allianz – *Jobbik* im Nachbarland Ungarn. Vermutlich geht man bislang davon aus, das würde die FPÖ, die selbst wiederholt zu Vorwürfen wegen Antisemitismus Anlass gegeben hat, zu stark belasten.

Die übrigen fünf Parteien, die der 2009 gegründeten Allianz derzeit angehören, sind schwächere Parteien oder kleinere Abspaltungen von einflussreicheren rechten Gruppen. Bei der italienischen Partei *Fiamma Tricolore* handelt es sich um einen traditionalistisch orientierten Überrest der früheren neofaschistischen *Italienischen Sozialbewegung* (MSI), der die 1995 unter Gianfranco Fini vorgenommene Umwandlung in die rechtskonservative und »regierungsfähige« Partei *Alleanza Nazionale* nicht mitvollzog.

Die ebenfalls an der neu gegründeten Allianz beteiligten schwedischen *Nationaldemokraten* sind eine Abspaltung der rechtspopulistischen *Schwedendemokraten* (SD), die bei den schwedischen Reichstagswahlen 2010 5,7 Prozent der Wählerstimmen erreichten.

Weiterer Partner ist der belgische *Front National* (FN) – der vor allem in der wallonischen Region, dem französischsprachigen südlichen Landesteil, verankert ist und derzeit eher durch Abspaltungen und Skandale um Holocaustleugner von sich reden macht.

Mitglieder sind auch die portugiesische *Partido Nacional Renovador* (PNR) sowie

die Allukrainische Vereinigung *Swoboda*.

Die Allianz der europäischen nationalen Bewegungen hat derzeit nur 9 Mitglieder des Europäischen Parlamentes aus drei Ländern in ihren Reihen und ist damit weit entfernt eine eigene Fraktion stellen zu können.

Ein Teil der neugewählten rechtspopulistischen und rassistischen Mandatsträger im EU-Parlament hat allerdings einen anderen Weg jenseits der Allianz eingeschlagen.

Der neugegründeten aktuell 28 Abgeordnete umfassende Fraktion *Europa der Freiheit und Demokratie* (EFD) gehören nicht nur rechtskonservative «Euroskeptiker» an. Mitglieder sind auch die Abgeordneten der rassistischen Lega Nord aus Italien, der dänischen Volkspartei (DFP), die für ihren vor allem auf muslimische Einwanderer zielenden Rassismus bekannt ist und die *Wahren Finnen* (Perussuomalaiset, PS).

Nach der Gründung der Fraktion kündigte auch die österreichische FPÖ ihr Interesse an einer Mitarbeit an, diese wurde jedoch von verschiedenen Fraktionsmitgliedern abgelehnt, so dass die Abgeordneten der FPÖ derzeit fraktionslos bleiben.

Außerparlamentarische Vernetzung – Europäische Nationale Front

Da die NPD bisher keine Abgeordneten nach Brüssel entsenden konnte, arbeitet sie bereits seit geraumer Zeit an alternativen europäischen Netzwerken. Die größte Bedeutung kommt dabei der rechtsextremen *Europäischen Nationalen Front* (ENF) bei. Die ENF, deren Motto «Für ein Europa der Vaterländer!» lautet, wurde im Januar 2003 auf einer Versammlung der spanischen franquistischen Partei *La Falange* ins Leben gerufen.

Die ENF versteht sich dabei im Gegensatz zur ITS bewusst als ausserparlamentarisch und in Abgrenzung zur ITS als inhaltlich radikaler. Der Schritt der Wahlpartei NPD zu diesem Netzwerk ist eher die Ausnahme. Die meisten der im ENF organisierten Parteien stellen sich in ihren Ländern nicht zur Wahl. Sie begreifen sich als systemverändernde Kaderpartei. Die etablierten rechtsextremen Parteien in Europa wie der *Front National* meiden das ENF und bevorzugen den etwas bürgerlicheren Habitus der ITS.

Stolz gab die NPD Ende 2004 die Vereinbarung einer Kooperation mit La Falange bekannt. Von diesem Abkommen gehe «eine Signalwirkung an andere europäische Nationalisten aus, sich der Achse Madrid-Berlin anzuschließen».²

Momentan sind neben NPD und der spanischen *La Falange* rechtsextreme Organisationen aus Frankreich (*Renouveau Français*), Italien (*Forza Nuova*), Griechenland (*Summaxia* – Patriotische Allianz), Rumänien (*Noua Dreapta*) Mitglieder der ENF. Assoziiert sind Organisationen aus den Niederlanden (*Nationale Alliantie*) und Bulgarien (*Bulgarski Nationalen Soius* – Bulgarischer Nationalbund). Zwischenzeitlich war auch die vom tschechischen Innenministerium als rechtsextrem eingestufte Partei *Národní sjednocení* (Nationale Einheit) sowie die polnische Partei *Narodowe Odrodzenie Polski* (Nationale Wiedergeburt Polens) mit dabei. NOP gilt als die dynamischste und gewalttätigste rechtsradikale Gruppierung in Polen. Sie

2 NPD Rhein-Sieg: http://www.npd-rhein-sieg.de/Bericht_Spanien.html, aufgefunden am 10.6.2008.

propagiert offen die Negation des Holocaust und gewalttätigen Antisemitismus.

Ideologische Vorbilder der ENF sind der rumänische Antisemit Corneliu Codreanu (1899-1938) und der spanische Faschist Jose Antonio Primo de Rivera (1903-1936). Erklärtes Ziel der ENF ist es, die «nationalen» europäischen Kräfte zu vereinigen und für «elementare Grundsätze» einzutreten. Zu diesen Grundsätzen gehören die Schaffung eines Europas der Vaterländer und die Verhinderung des EU-Beitritts von Israel und der Türkei.

Vorsitzender der ENF ist Roberto Fiore, der Vorsitzende der italienischen *Forza Nuova*. Fiore stand im Verdacht, als Mitglied der *Nuclei Armati Rivoluzionari* (NAR, Bewaffnete Revolutionäre Zellen) an dem Bombenanschlag auf den Bologneser Bahnhof beteiligt gewesen zu sein. In Abwesenheit wurde Fiore 1985 zu zehn Jahren Haftstrafe verurteilt. Der Haft hatte sich Fiore entzogen, indem er in Großbritannien abtauchte.

Europakongresse der JN

Bereits mehrmals fungierten die NPD bzw. ihre Jugendorganisation die Jungen Nationaldemokraten (JN) als Organisatoren europäischer Vernetzungstreffen im ENF-Kontext. So trafen sich bereits im Oktober 2003 im mittelfränkischen Gremsdorf im Gasthof Göb etwa 150 Teilnehmer zu einem JN-Europakongress. Dabei waren Delegationen aus Italien, Frankreich, Irland, Schweden sowie Griechenland.

Am 17. Februar 2007 sollte ein weiterer «Europäischer Kongress der Jugend» in Sachsen stattfinden. Dieser sollte gleichzeitig als das 7. Treffen der *Europäischen Nationalen Front* (ENF) verstanden werden. Die JN hatte den Kongress mit mehreren Rednern (u.a. dem NPD-Vorsitzenden Udo Voigt, Ion Geblescu von *Noua Dreapta*, Rumänien, sowie Michael Haldimann, Partei National Orientierter Schweizer – PNOS) angekündigt. Dazu sollte es Balladen von *Viking* aus Italien sowie einem Mitglied der Neonazi-Band *Kraftschlag* geben.

Die geplante Zusammenkunft in Sachsen unter dem Motto «Damit der Wind sich dreht: Globalen Kapitalismus angreifen. Überall kämpfen Völker für die Freiheit der Nation» musste allerdings mangels fehlender Räumlichkeiten ausfallen. Gab Stefan Rochow, der JN-Vorsitzende am Vortag des Kongresses noch freudig bekannt, dass es noch gelungen sei, geeignete Räumlichkeiten zu organisieren, so hatten sie diese bereits am selben Tag wieder verloren. Kurz vor dem Kongress, wurde eine vermietungswillige Wirtin im Oberlausitzer Bernsdorf im OT Großgrabe gefunden. Nach Bekanntwerden der Veranstaltung machte sich allerdings der Bürgermeister von Bernsdorf massiv für eine Absage stark. 24 Stunden vor Veranstaltungsbeginn war der Saal wieder gekündigt. Am Vorabend wurde der JN-Europakongress daher offiziell abgesagt. Stattdessen trafen sich die bereits angereisten internationalen Gäste für zwei Tage nur noch im kleinen Kreis in den Räumen des NPD-Verlages «Deutsche Stimme» in Riesa. Das Konzept, das routinemäßige Vernetzungstreffen der ENF an einen größeren öffentlichkeitswirksameren Kongress anzubinden, war in diesem Fall u.a. am Engagement der Kommunalverwaltung gescheitert.

Weitere Treffen

Die Verbindung eines ENF-Treffens mit einer subkulturellen und politischen Aktionsmöglichkeit mit öffentlicher Aussenwirkung gelang im Februar 2005 in Madrid. Unter dem Motto «Nein zur EU-Verfassung» demonstrierten knapp 100 Teilnehmer des ENF-Treffens (unter ihnen auch der Bundesvorsitzende der NPD, Udo Voigt) neben ca. 300 weiteren neonazistischen Aktivisten des überwiegend parteifreien Spektrums in Madrid.

Ähnlich erfolglos wie im sächsischen Bernsdorf verlief ein zwei Monate später geplantes Treffen rechtsextremer Parteien aus ganz Europa im portugiesischen Lissabon. Auch hier waren fehlende Räumlichkeiten der Grund für die Misere. Ausgerichtet werden sollte er von der portugiesischen *Partido Nacional Renovador* (Partei der Nationalen Erneuerung, PNR) und dem rechtsextremen Jugendbündnis *Juventude Nacionalista* (JN) unter der Themenstellung «Aktivismusformen in Europa». Im Vorfeld hatte die portugiesische Polizei Razzien bei PNR-Aktivisten in mehreren portugiesischen Städten durchgeführt, bei denen Waffen und Munition gefunden wurden. Mehrere Rechtsextremisten wurden unter Hausarrest gesetzt, Parteichef Mario Machado festgenommen. Mit dem bekennenden Nationalsozialisten Machado, der auf seinem Arm ein tätowiertes Hakenkreuz trägt, sind vor allem Vertreter der sogenannten freien Kameradschaftsszene in Deutschland eng verbunden. Vor allem der zwischen freien Kameradschaften, NPD und dem mittlerweile aufgelösten KDS (Kampfbund Deutscher Sozialisten), umtriebige Altenburger Neo-Nazi Thomas Gerlach pflegte ein sehr enges Verhältnis. Einer deutschen Beteiligung auf einer portugiesischen Konferenz 2006 war der Gastauftritt Machados als Redner bei der Großdemonstration am 13. Februar 2006 in Dresden vorausgegangen. Der KDS legte sehr viel Wert auf internationale Kontakte, die allerdings in der eigenen Szene nicht ganz unumstritten waren. Besonderer Wert wird hierbei mit dem versuchten Aufbau einer sogenannten «antiimperialistischen Querfront» gelegt. Zu den speziellsten Adressaten von Huldigungs- und Solidaritätsadressen des KDS dürfte dabei die KDVR im Norden Koreas zählen.

Die internationalen Vernetzungstreffen finden selbstverständlich auch in anderen Regionen wie Skandinavien, Mittel-Osteuropa, aber auch Südtirol oder Griechenland statt. So weilte Ende Januar 2007 im Rahmen der ENF-Kontakte u.a. auch eine 15-köpfige Delegation von NPD- und JN-Anhängern unter Führung Udo Voigts bei einer Veranstaltung der griechischen *Symmaxia* in Athen.

Der Vertreter des NPD-Parteivorstandes und Geschäftsführer des «Deutsche Stimme»-Verlages in Riesa, Jens Pühse, vertrat im Juni 2007 seine Partei als Gastredner der Konferenz zum 80. Jahrestages der militanten Schlägertruppe *Noua Dreapta* in Bukarest. Mit dem erfolgreich durchgeführten Kongress der ND wurde auch hier das reguläre 8. ENF-Treffen an ein größeres Szeneereignis im Gastgeberland gekoppelt.

Während das Konzept in Rumänien erfolgreich war, musste auf dem bisher letzten Treffen der ENF Anfang Februar 2008 in Athen die zeitgleich geplante öffentliche Demonstration der gastgebenden griechischen Mitgliedsorganisation aufgrund antifaschistischer Massenproteste abgebrochen werden.

Einigendes Band der europäischen Akteure, die im ENF organisiert sind, ist die Verherrlichung des Nationalsozialismus, die Glorifizierung der NS-Verbrecher und Geschichtsrevisionismus. Neben der ENF beteiligt sich die NPD auch in weiteren

Netzwerken der extremen europäischen Rechten. «Europa der Völker» lautete das Thema eines internationalen Kongresses in Rom, zu dem die NPD 2006 ihren niedersächsischen Spitzenkandidaten Andreas Molau entsandte, den stellvertretenden Chefredakteur der *Deutschen Stimme* und NPD-Bundesvorstandsmitglied. Auf der Tagung spekulierte der Vorsitzende des Kasseler Thule-Seminars, Pierre Krebs, über «Strategien einer europäischen Neubewertung». Er sagte: «Wir wissen, dass die 4000jährige europäische Kultur in einem einzigen Volk wurzelt.» Europa ähnele «einem Kopf mit germanischen, keltischen, romanischen, slawischen Gesichtern», die «gemeinsame anthropologische Herkunft» erklärte er zur Basis eines künftigen «europäischen Reiches». Dessen Feinde, die «Kinder aller Jerusalems» und ihre «ewigen Cowboys», zögen Nutzen aus dem «ethnischen Suizid» Europas. Der Kontinent erlebe derzeit den entscheidenden Kampf zwischen «Ethnosuizid» und «Ethnobewusstsein», «zwischen Rassenvernichtern und Ethnokraten».³

Subkulturellorientierte Vernetzungstreffen

Fest der Völker (FDV)

Während in Athen, Bernsdorf und Lissabon internationale Treffen gar nicht bzw. nur in eingeschränktem Maße stattfinden konnten, etablierte sich in der Thüringer rechtsextremen Szene relativ unbehelligt ein neuer Schwerpunkt europäischer Vernetzung. Dieses Treffen in Jena reiht sich ein in die Reihe erfolgreicherer europaweiter Vernetzungsversuche in Deutschland. Nach nunmehr viermaliger Durchführung 2005 und 2007, 2008 und 2009 hat das FDV in Thüringen Chancen, zu einem Pflichttermin der europäischen Naziszene zu werden.

Wes Geistes Kind die organisierenden NPD-Kader um Ralf Wohlleben und Andre Kapke sind, wird auch durch den Titel der Veranstaltung deutlich: «Fest der Völker. Für eine Europa der Vaterländer».

«Fest der Völker» war der Titel eines Propagandastreifens von Hitlers Lieblingsregisseurin Leni Riefenstahl über die Olympischen Sommerspiele 1936 in Berlin. Hierin wird die Anlehnung an klassische NS-Symbole und Ästhetik deutlich. Der Untertitel «Für ein Europa der Vaterländer» und der Aufruf verdeutlichen die Modernisierung der Ideologie in den letzten Jahren durch die Übernahme des Ethnopluralismus-Konzepts der Neuen Rechten.

2005 meldete der extrem rechte Aktivist und Jenaer NPD-Kreisvorsitzende Ralf Wohlleben das «Fest der Völker» erstmalig an. Die Organisatoren kündigten dreizehn internationale Redner und bekannte *Blood & Honour*-Bands an, darunter als ein Hauptact die italienische Band *Block11*, die sich nach dem Todesblock in Auschwitz benannt hat und eng mit den *Veneto Fronte Skinheads*, einer brutalen Skinheadschlägertruppe aus Italien, zusammenarbeitet.

Der ersten Einladung der Thüringer Neonazis folgten etwa 500 Teilnehmer aus ganz Europa. Der Aufruf war bereits mehrere Wochen vorher in zehn Sprachen übersetzt auf der Webseite der Veranstalter verfügbar. Die lang anhaltenden Verbotsdiskussionen im Vorfeld schreckten sicherlich den einen oder anderen Reisewilligen ab. Am Tag des FDV selbst besetzte ein sehr breites Bündnis aus Gegendemons-

³ <http://www.ateney.ru/germ/germ011.htm>, aufgefunden am 10.5.2008.



Mitglied der Selbstschutz Security beim Fest der Völker 2007 in Jena

tranten den durch das Oberverwaltungsgericht Weimar den Neonazis zugewiesenen Platz Am Gries in Jena-Ost. Durch Blockaden der beiden Zugänge konnten die Neonazis nicht aufbauen, und Toilettenwagen und Brauereifahrzeuge blieben vor dem Ziel stecken. Das FDV musste daher auf einem staubigen Parkplatz am Rande der Stadt stattfinden. Schwerpunkt des Programms lag vor allem beim Auftritt der acht Bands aus dem In- und Ausland. Aufgetreten waren 2005 neben anderen die Schweizer Band *Indiziert*, die niederländische Brigade M, die schwedische Neonazi-Band *Nothung* und *Defiance* aus Frankreich. Redner waren u.a. Claudiu Mihutiu von der rumänischen *Noua Dreapta*, der niederländische Neonazi Constant Kusters (*Nederlandse Volksunie*) sowie das führende Mitglied der britischen *Blood & Honour*-Sektion Stephen Swinfen.

Für 2006 hatten sich die Veranstalter viel vorgenommen. Für das FDV II waren zwölf Vertreter nationalistischer und neofaschistischer Organisationen und Parteien aus ganz Europa angekündigt. Neben Udo Voigt waren dies wieder einmal Mario Machado aus Portugal, Morten Borup, Vertreter der extrem rechten *Dansk Front*, Alessandro Mereu, Leiter der italienischen Neonazi-Organisation *Vertice Primo* und Sänger der Band *Hate for breakfast*, Robert Vesterlund, Vertreter des schwedischen Anti-Antifablatts *info14* und der Neonazi-»Gefangenenorganisation« *Gula Korset*. Aus Osteuropa waren u.a. angekündigt: Alexander Krassnow, extrem rechter Publizist aus St. Petersburg, Bojan Rassate, Anführer der bulgarischen Neonazi-Vereinigung *Guardija*, Michál Laššák, Vertreter der verbotenen slowakischen Neonazi-Partei

Slovenská pospolitost – národná strana (SP-NS) sowie aus Tschechien Michal Podolák, Vertreter der Neonazi-Organisation *Narodní odpor*. Mit Nick Griffin war der Vorsitzende der extrem rechten *British National Party*, zu der die NPD regen Besuchsverkehr unterhält, vorgesehen.

Zwischen den Reden der «europäischen Nationalisten» sollten wie im Vorjahr Bands spielen, die zum großen Teil den militanten Neonazi-Netzwerken *Blood & Honour* und *Hammerskins* angehören. Hauptacts sollten die ungarische RAC-Band *Vérszerződés*, die slowakische Death-Metal-Band *Before the war*, die schwedische Frauenband *Asynja* sowie die Neonazi-Band *Hate for breakfast* aus Italien, die mehrfach bei *Blood & Honour*-Konzerten in ganz Europa aufgetreten sind. Bereits im Vorfeld fand im März 2006 in Nógrádsáp nördlich von Budapest ein Unterstützungskonzert für das FDV II statt. Bei dem von ungarischen Aktivisten organisierten Konzert traten neben einheimischen Bands auch *Blitzkrieg* (Chemnitz) und *Eternal Bleeding* (u.a. Altenburg) auf.

Den weit gediehenen Vorbereitungen der Veranstalter machten jedoch die Ordnungsbehörden einen Strich durch die Rechnung. Mit Verweis auf die Überschneidung mit der Fußballweltmeisterschaft und eine drohende Überforderung der Polizei konnte die Stadt Jena kurzfristig noch ein Verbot der Veranstaltung erwirken. Die Organisatoren erlitten durch die Kosten für bereits angemietete Technik und die Reisekosten der bereits eingeflogenen Redner einen größeren finanziellen Verlust.

Dessen ungeachtet entschieden sie sich für einen neuen Versuch 2007: Die Veranstaltungsbühne war diesmal mit einem Banner drapiert, das zwei Weltkriegssoldaten zeigte, dazu der Spruch: «Europe awake – Brothers in arms of Europe in the alliance for freedom» («Europa erwache – Waffenbrüder Europas im Bunde für die Freiheit»).

Als Magneten des FDV erwiesen sich einmal mehr die angekündigten Szenebands: *Before the War* aus Slowakei, *Sleipnir* aus Sachsen, *Ultima Frontiera* aus Italien, *Brutal Attack* aus England und *Conflict 88* aus Tschechien.

Neben Udo Voigt, dem Griechen Nick Giohalas und dem Österreicher Gottfried Küssel sprachen zwischen den Musikstücken etliche weitere Vertreter der europäischen Naziszene. Giohalas ist Mitglied der Athener Band *Der Stürmer*, die sich nach dem antisemitischen Hetzblatt des NS-Kriegsverbrechers Julius Streicher benannt hat. «Meine Waffen sollen wieder blutig werden. Ich wetze meine Axt, um Eurem Elend ein Ende zu bereiten. Nigger, Juden, Schlitzaugen und roter Abschaum, bald wird euer Blut fließen. Sieg Heil, Vaterland!», lautet ein Liedtext der Band. Küssel ist seit Jahrzehnten einer der wichtigsten Führer der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich und einer der Initiatoren der Kampagne zur Auschwitzleugnung.

Die mit nunmehr rund 1.500 Teilnehmer erreichte höchste Teilnehmerzahl dürfte für die Organisatoren in Jena ermutigend gewirkt haben. Zumal diese Zahlen bei einem Beitrag von zehn Euro pro Teilnehmer auch zu erheblichen finanziellen Gewinnen geführt haben dürften.

Das FDV 2008 wurde aus Sorge vor den in Jena mittlerweile stärker werdenden Gegendemonstrationen nach Altenburg verlegt. Immerhin noch 1000 Teilnehmer konnten durch die Blockadeversuche der 2000 Gegendemonstranten den Veranstaltungsort erreichen.

2009 wurde das Fest der Völker erstmalig in Pößneck organisiert. Gerade noch 450 Neonazis reisten zum mittlerweile 4. FDV in die thüringische Kleinstadt. Dies lag

weit unter den Erwartungen der OrganisatorInnen, die mit 1.200 bis 2.000 TeilnehmerInnen gerechnet hatten. Zu Beginn gab es vielfältige Proteste. So blockierten ca. 300 Menschen die Zufahrt zum Schützenhaus, dem Veranstaltungsort. Das Festival konnte dennoch stattfinden. Unter dem Motto „Unser Feind ist der Kapitalismus - Unsere Lösung Nationaler Sozialismus!“ war, wie schon in den Vorjahren, ein Programm bestehend aus Auftritten verschiedener Rechtsrock-Bands und Rednern aus mehreren europäischen Ländern, sowie Infoständen diverser neonazistischer Initiativen angekündigt worden. Als Redner sprachen Milan Szeth (Ungarn), Pascal Trost (Schweiz), Bojan Rassate (Bulgarien), Varenus Luckmann und Dan Eriksson aus Schweden, Enrique Valls (Spanien), Matthias Fischer und Andreas Meierhof aus Deutschland, sowie Mike Bell und Nina Brown von der British National Party. Auch das Musikprogramm war mit Rotte Charlotte (Deutschland), Verszerzödes (Ungarn), Brigada 1238 (Spanien) und PWA (Estland) gewohnt international ausgerichtet.

Inhaltlich reihen sich die Thüringer Organisatoren aus NPD und freien Kameradschaften in die in erster Linie von Neonazis aus Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt betriebene «Antikapitalistische und antiglobalistische Kampagne» ein. Dabei versuchen sie, an die zunehmende Kritik am kapitalistischen System und der immer schneller fortschreitenden Globalisierung anzuknüpfen, und bieten als vermeintliche Alternative einen «nationalen Sozialismus» nach dem Vorbild des Strasser-Flügels der NSDAP an. «An Stelle der volksfremden und raumlosen kapitalistischen Ideologie» wollen sie «souveräne Nationalstaaten», «raumorientierte nationale Volkswirtschaften» und «eigene Autarkie» setzen.⁴

So heißt es in der mittlerweile üblichen Diktion «moderner Nazis» gleich in der ersten Aufrufzeile nach dem Motto «Wir sind Europa!»: «Der Wille und die Interessen der Völker Europas geraten angesichts der von den Globalisten gelenkten Politik immer mehr ins Hintertreffen.» Beklagt wird die «Auflösung der Völker und die Wandlung der dazugehörigen Menschen in nomadische Arbeitssklaven ohne Bindung an Heimat, Kultur und Familie» sowie der mit «Masseneinwanderung, Entwurzelung und Amerikanisierung einhergehende(n) kulturelle(n) Zerfall» und angeblichen «Rassenunruhen» in Frankreich, England, Spanien oder Portugal.⁵

«Doch hier steht eine neue Jugend, die den Geist des alten Europa in sich trägt», schreiben sie in einem Aufruf für das «Fest der Völker» und verbinden den völkischen Europa-Gedanken von Pierre Krebs mit völkischer Kritik an der Modernisierung: «Wir setzen an Stelle der volksfremden und raumlosen kapitalistischen Ideologie auf souveräne Nationalstaaten, die mit raumorientierten nationalen Volkswirtschaften auf ein Europa der Vaterländer (...) bauen.»⁶

Von einem jährlichen FDV versprochen sich die Organisatoren neben Mehreinnahmen auch einen erhöhten Attraktivitätsgewinn der Szene gerade für jüngere Menschen. Insbesondere sie sollen angesprochen und für die extrem rechte Propaganda gewonnen werden. Diese Treffen vereinen Alt- und Neonazis, ermöglichen

4 Redok: <http://www.redok.de/content/view/463/40/>, aufgefunden am 10. 6. 2008.

5 Fest der Völker: <http://www.f-d-v.de/deutschland>, aufgefunden am 12.5.2008.

6 Bundeszentrale für politische Bildung: http://www.bpb.de/themen/VXX3WN,0,0,Europe_awake.html, aufgefunden am 12.5.2008.

bundesweiten und sogar internationalen Kontakt, lassen neue Netzwerke entstehen und bestärken die Naziszene in ihrem politischen Bewusstsein.

Wie attraktiv das FDV in Zukunft sein wird, wird sicherlich sehr stark von der Breite der Gegenaktivitäten abhängen. 2010 haben die Organisatoren ein 5. FDV absagen müssen. Dass eine inzwischen erhöhte Aufmerksamkeit der Gegendemonstranten dazu beigetragen hat, ist durchaus wahrscheinlich.

2005 versuchten die griechische Symmaxia und ihre Mitgliedorganisation Golden Dawn unter Leitung von Nick Giouhalas ein «EuroFest» im Stile des FDV auch in Griechenland zu etablieren. Das Motto «Türkei raus aus Europa» unterstützten neben der NPD auch *Forza Nuova*, *La Falange* und *Noua Dreapta*. Massive Proteste in Griechenland führten allerdings zu einer Verhinderung des Festivals. Das bedeutet, dass Thüringen weiterhin im Fokus der europäischen Szene bleibt.

Pressefest des «Deutsche Stimme»-Verlages

Die «Deutsche Stimme» (DS) ist das Parteiorgan der NPD. Die Zeitung wird vom NPD-Bundesvorstand herausgegeben und erscheint monatlich in einer Gesamtauflage von 35.000 Exemplaren im Riesauer *Deutsche-Stimme*-Verlag. Einmal im Jahr veranstaltet das Blatt sein «Pressefest» an wechselnden Orten, zumeist in Ostdeutschland. Die Veranstaltung hat sich mittlerweile zu einem der größten Treffen der rechtsextremen Szene entwickelt, bei dem auch regelmäßig ausländischen Rechtsextremisten und zahlreiche bekannte Rechtsrock-Bands und rechtsextremistische Liedermacher zu Wort kommen. Die Teilnehmerzahlen stiegen in den letzten Jahren kontinuierlich an: 1500 am 8. September 2001 in Grimma, 1800 am 3. August 2002 in Königslutter (Niedersachsen), 3800 am 9. August 2003 in Meerane, 7000 am 7. August 2004 im ostsächsischen Mücka. Im Jahr 2005 fiel das Pressefest wegen der Wahlkampfvorbereitungen zur Bundestagswahl aus, als Ersatzveranstaltung wurde das NPD-Open-Air in Gera «Rock gegen Krieg» mit etwa 500 rechtsextremen Besuchern genannt. Das Pressefest 2006 fand am 5. August in Dresden-Pappritz mit 7000 – 8000 Teilnehmern statt. Auch hier ist von Jahr zu Jahr eine größere internationale Beteiligung zu beobachten. 2007 und 2008 fand kein Pressefest statt. Stattdessen organisierte die NPD mit ihrer Jugendorganisation JN deren «Sachsentag». Erst 2010 wurde das Pressefest wieder neu aufgelegt. Etwa 2000 Rechtsextreme nahmen an der Veranstaltung im sächsischen Jänkendorf am 7. August 2010 teil. Als Redner traten vor allem NPD- und JN-Mitglieder auf. Als Bands und Liedermacher konnten *Brutal Attack*, *Sturmwehr*, *Ü-Band*, *Sleipnir* und Frank Rennieke verpflichtet werden.

Sachsentag

Auch die NPD-Jugendorganisation *Junge Nationaldemokraten* (JN) setzt besonders auf Musik als Lockmittel und baut auf internationales Publikum ihrer Gesinnung. So weilten schon beim 1. «Sachsentag» am 4. August 2007 im Dresdner Ortsteil Pappritz, der unter dem Motto «Arbeit, Familie, Vaterland» stattfand, auch Besucher aus Tschechien, Österreich, Schweden und der Schweiz. Neben Vorträgen, Diskussionsrunden, Verkaufs- und Informationsständen hatte sie international bekannte Neonazi-Bands, darunter die US-amerikanische Teenieband *Prussian Blue* angelockt. Diese waren die Hauptattraktion des Abends. Seit rund drei Jahren sorgen die heute 16-jährigen Zwillingschwester Lamb und Lynx Gaede mit ihren Reminiszenzen auf Natio-



Pressefest der Deutschen Stimme am 5.8.2006 in Dresden-Pappritz

nalsozialismus, Rassenkrieg oder nordische Mythologie, mit Hitler-Smile-Shirts oder Lobeshymnen auf Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß öffentlichkeitswirksam für Aufsehen. *Prussian Blue* gehören mit ihrer ideologietragenden Musik zu den derzeit prominentesten Botschaftern der Lehre von der Überlegenheit der weißen Rasse («White Supremacy») in den USA. Dort von der National Alliance gefördert, werden ihre CDs in Deutschland ausschließlich durch den Versandhandel der NPD vertrieben. Der besondere Höhepunkt lockte an die 1000 Besucher an.

Weitere Veranstaltungen

Auch in anderen Ländern Europas finden ähnliche, wenn auch nicht so große Veranstaltungen statt. Aus tschechischer Seite ist interessant, dass rund 100 Anhänger des *Národní odpor* am 14. Juli 2007 das Veneto-Sommer-Fest in Italien besuchten.⁷ Ein begeisterter Teilnehmer mit dem Namen Sepp Dietrich berichtet,⁸ dass 3.000-4.000 Besucher des Konzerts (mit sieben Bands, u.a. *Sleipnir* und *Endstufe* aus Deutschland) die europäische Solidarität unter dem Motto «Heimat im Herz – Europa im Kopf» feierten.

⁷ Veranstaltet war dieses Konzert von den schon erwähnten Veneto Fronte Skinheads.

⁸ <http://www.odpor.org/index.php?page=clanky&kat=&clanek=660>, aufgefunden am 5.6.2008.

Und auch in Tschechien selbst gab es den bisher zweimaligen Versuch eine Veranstaltung nach Vorbild des Deutschen Pressefestes zu etablieren. Der *Den svobody* (Tag der Freiheit) wurde erstmals 2008 durch die *Dělnická strana* (DN, «Arbeiterpartei») angemeldet. In Pardubice (etwa 100 Kilometer östlich von Prag) sollte ein «kultur-politisches Meeting ... die nationalen Widerstandskräfte auf die unkorrekte Verhaltensweise des derzeitigen Politsystems gegenüber den Bürgern hinweisen». Dazu wurden u.a. die Bands *Attack* (CZ) und *Before The War* (SK) angekündigt. Der 1. *Den svobody* wurde dann aber verboten und schlussendlich demonstrierten etwa 280 Neonazis illegal durch Hradec Králové.

In Nový Knín - einer Kleinstadt, etwa 40 Kilometer südlich von Prag gelegen - fand 2009 im Open Air Kino der 2. «Tag der Freiheit» statt.

Es nahmen etwa 250 Neonazis teil. Zum Großteil stammten sie aus Tschechien. Kleinere Gruppen kamen aber auch aus Deutschland, Slowakei, Österreich, Frankreich, England und Ungarn.

Das Programm des Neonazi-Events orientiert sich stark am deutschen Fest der Völker bzw. dem Pressefest des *Deutsche Stimme Verlags* der NPD. Das verwundert nicht, da die NPD spätestens seit ihren erfolgreichen Einzügen in zwei deutsche Landtage als Vorbild für die DS dient. Neben Bands aus Tschechien und dem Ausland traten beim *Den svobody* eine Reihe von Rednern auf. Außerdem wurden den Neonazis ein Kinderprogramm, eine Tattooshow sowie Informationsstände verschiedener neonazistischer Projekte geboten.

Zusätzlich zu den obligatorischen Reden des DS-Vorsitzenden und von Vertretern tschechischer und slowakischer «Autonomer Nationalisten» sprachen mehrere Redner aus Deutschland.

Demonstrationen

Neben Vernetzungstreffen mit Konzertcharakter kommt Aufmärschen mit internationaler Beteiligung eine weitere große praktische Bedeutung für die rechtsextremistische Szene zu, da am Rande Informationen ausgetauscht, Absprachen getroffen und auch hier bislang nur lose angebundene Gruppen und insbesondere Jugendliche fester an die Szene angebunden werden können. Neben dieser identitätsstiftenden Funktion ist die Demonstration von Selbstbewusstsein und Geschlossenheit nicht zu vernachlässigen. Unterstützung leisten sich Neonazis gegenseitig auch bei Gedenkritualen, die in der Szene sowohl national als auch international große Bedeutung haben. Als besondere Niederlage gilt es europaweit in der Naziszene, dass es 2007 erneut nicht gelang, im fränkischen Wunsiedel aufzumarschieren. An den dortigen Gedenkmärschen der rechtsextremen Szene zu Ehren des Hitlerstellvertreters Rudolf Heß beteiligten sich Mitte August jährlich bis zu 5000 Neonazis aus ganz Europa. Seit 2005 blockieren aber Gerichte und Bevölkerung den Aufmarsch, weshalb es für die Neonaziszene umso wichtiger geworden ist, mit dem FDV in Jena (s.o.) sowie dem 13. Februar in Dresden einen neuen Anlaufpunkt für Gleichgesinnte aus ganz Europa zu schaffen.



Tschechische Neonazis am 16. 2. 2008 in Dresden beim sogenannten «Trauermarsch»

Dresden – Aufmärsche zum 13. Februar

Zum nunmehr größten bundesdeutschen und europäischen rechtsextremistischen Aufmarsch hat sich die jährliche Demonstration um den 13. Februar in Dresden entwickelt. Der rechte Pflichttermin in Dresden, bei dem vorgeblich der Toten der alliierten Bombardierung Dresdens im Februar 1945 gedacht werden soll, dient wie auch die Aufmärsche in Halbe (neuerdings zweimal jährlich), das Gebirgsjägertreffen in Mittenwald und die Aufmärsche zum Todestag von Rudolf Heß dazu, Traditionslinien zum historischen Nationalsozialismus zu schaffen. Diese Großveranstaltungen fördern die emotionalen Bindungen der Teilnehmenden untereinander und schaffen damit einen Zusammenhalt im Sinne einer nationalsozialistischen Identität.

Über ihre innere Wirkung hinaus geht es bei diesen Veranstaltungen jedoch auch immer wieder darum, die Geschichte zu verleugnen und zu relativieren. Der deutschen Gesellschaft soll vermittelt werden, dass der Nationalsozialismus ein System war, in dem vieles gut und richtig war. Dafür werden die Toten des Bombenangriffs auf Dresden von den Nazis benutzt, um einen Opfermythos zu kreieren. Die Alliierten werden einer «sinnlosen», «kriminellen» «Massenbombardierung» beschuldigt, die Bewohnerinnen und Bewohner Dresdens und damit zugleich die Bevölkerung Deutschlands ausnahmslos als Opfer dargestellt. Mit der Stilisierung des Bombenangriffs zum «Brand», «Flammenmeer» oder «Bombenholocaust» sollen

die Verbrechen des Nationalsozialismus und insbesondere der Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden relativiert werden. Der Holocaust soll damit zu einem von vielen Kriegsverbrechen werden, wie sie von allen Seiten begangen wurden.

Diese Gedenkkonzeption ist offenkundig attraktiv: Während 1999 noch 150 vorwiegend deutsche Teilnehmende mitgelaufen sind, wurden in den letzten Jahren durchweg Teilnehmerzahlen zwischen 3.000 und 5.500 mit wachsender internationaler Beteiligung erreicht. In den letzten Jahren waren Delegationen aus Portugal, Großbritannien, Spanien, Frankreich, Belgien, Niederlande, Italien, Schweden, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Schweiz sowie Kroatien anwesend. Hinter einem Transparent «*Német-Magyar Barátság*» (Deutsch-Ungarische Freundschaft) marschierten dabei regelmäßig die *Blood & Honour*-Führer Stephen «Swiny» Swinfen aus England und Illés Zsolt aus Ungarn. Die größte ausländische Gruppe dürften mittlerweile die mehr als 100 anwesenden Mitglieder der tschechischen Organisation *Národní odpor* gestellt haben. Sie trugen ein Transparent mit der Aufschrift «Alliiertes Bombenholocaust der deutschen und tschechischen Städte». Delegationen von *Národní odpor* waren mehrfach während ihres Aufenthaltes Gast der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag.

Budapest – Internationaler Aufmarsch zum «Tag der Ehre»

Alljährlich findet in der ungarischen Hauptstadt Budapest um den 10. Februar herum ein internationales Gedenktreffen von Neonazis unter dem Namen «Tag der Ehre» statt, womit Neonazis ihre historischen Vorbilder feiern. Die traditionelle Gedenkfeier zu Ehren der gefallenen Soldaten der Waffen-SS gilt als Pendant zum jährlichen Neonazi-Aufmarsch in Dresden im Februar aus Anlass der Bombardierung im Februar 1945, an dem seit Jahren auch ungarische Neonazis teilnehmen. Am 10. Februar 1945 hatten ungarische Truppen zusammen mit Einheiten der SS in aussichtsloser Lage einen Ausbruch aus dem von der sowjetischen Armee eingekreisten Stadtteil Buda unternommen. Die meisten von ihnen kamen um oder gerieten in Gefangenschaft.

Zum «Tag der Ehre» marschierten am 14. Februar 2009 ca. 1.600 Nazis aus Deutschland, England, Schottland, Italien, Schweden, Finnland, den Niederlanden, Tschechien, der Slowakei, Österreich, Kroatien, Serbien, Bulgarien und Ungarn auf dem Budapester Heldenplatz auf. Teilnehmer dieses Aufmarsches, so hieß es in einer entsprechenden Presseerklärung des NPD-Landesverbandes Berlin, lehnen es ab, «sich einer weltweiten, von den einstigen Siegermächten verordneten Geschichtsschreibung unterzuordnen».⁹ Redner in Budapest waren unter anderem Ralph Tegethoff und Matthias Fischer aus Deutschland.

Vor allem aus Bayern hatte sich eine beträchtliche Anzahl Neonazis in Budapest eingefunden, so etwa Gruppen aus Niederbayern, Mittel- und Oberfranken. «Ruhm und Ehre der Wehrmacht», verkündete die *Kameradschaft Nürnberg*, und der *Kameradschaftsbund Hochfranken* feierte mit «Ewig lebt der Toten Taten Ruhm» seine Helden von der SS. Kameradschaftsführer Matthias Fischer aus Fürth engagiert sich in einem Deutsch-Ungarischen Freundeskreis und gilt als langjähriger Teilnehmer

⁹ http://www.bpb.de/themen/22131T,1,0,Die_Armee_der_wei%DFen_Rasse.html, aufgefunden am 8.6.2008.



Tschechische Neonazis von Národný odpor Brno am 10. 2. 2007 beim «Tag der Ehre» in Budapest

des Gedenkens.

Besonders beeindruckt haben dürfte die deutschen Teilnehmer die martialische Uniformität der ungarischen Machtdemonstration. Einheitlich schwarz gekleidete Fahnenträger traten mit der rot-weiß-gestreiften Árpád-Flagge an, die zuletzt 1945 bei der mit den deutschen Nazis verbündeten ungarischen faschistischen Pfeilkreuz-Bewegung verwendet worden war. Mit deren aktiver Beteiligung hatte die SS noch 1944 um die 400.000 Juden nach Auschwitz deportieren können, wo der größte Teil in den Gaskammern ermordet wurde. In Deutschland verbotene Aufdrucke wie «Leibstandarte Adolf Hitler» oder «Blut und Ehre» konnten hier offen zur Schau getragen werden. Die Veranstaltung unter dem Motto «Uns ruft die Stimme des Blutes!» wurde von der Bewegung für die Einheit der Heimat, einem Ableger der im Dezember 2004 von den Behörden verbotenen Neonazi-Organisation *Ver es Becsület* (*Blood & Honour*) organisiert. Im Anschluss an den «Tag der Ehre» im Februar findet jährlich in der Nähe von Budapest ein jeweils international besetztes Rechtsrock-Konzert statt. 2007 fanden Videoaufnahmen deutscher NPD-Kader (Matthias Fischer und Norman Bordin) den Weg ins Internet, auf denen beim abendlichen Konzert der Hitlergruss gezeigt werden konnte.

2010 wurde der zentrale Aufmarschort bis zum Schluss durch die Veranstalter geheim gehalten, so dass sich am Ende nur noch 300 Teilnehmer außerhalb Budapests einfanden. Auch 2011 erhöhte sich der Druck auf die Organisatoren, u.a. mit einem Verbandsverbot im Zentrum der Hauptstadt. Schlussendlich fanden auch 2011 nur ca. 300 Neonazis den Weg auf ein Privatgelände im Norden Budapests. Auffallend hoch der Anteil der deutschen, hier vor allem bayerischen Teilnehmer.

Salem-Marsch

Einer der größten NS-Aufmärsche in Europa findet jedes Jahr im schwedischen Salem statt. Am 9. Dezember 2000 kam im Stockholmer Vorort Salem der junge Nazisympathisant Daniel Wretström bei einer Auseinandersetzung mit Migranten ums Leben. Dieses Ereignis ist in den letzten Jahren zu einem zentralen Datum für skandinavische Neonazis geworden. Sie machten aus Daniel Wretström einen Märtyrer und schafften dadurch vor allem für die skandinavische, aber auch deutsche Szene ein symbolisches Datum. Zu den seitdem jährlich stattfindenden Aufmärschen Anfang Dezember kamen bislang bis zu 1500 Neonazis. Eine zunehmende Bedeutung hat der Marsch für deutsche Teilnehmende. Unter der Leitung des *Nordischen Hilfswerks* (NHW), einer Organisation, die sich um gegenseitige Kontakte zwischen den rechtsextremen Szenen Skandinaviens und Deutschlands bemüht, nahm die Zahl deutscher Teilnehmer in den letzten Jahren zu bzw. stabilisierten sich. Leiter des *Nordischen Hilfswerks* ist Stephan Günther, ein deutscher Rechtsextremist, der schon mehrere Jahre in Schweden wohnt.

Weitere europaweite Demonstrationen

An weiteren transnationalen Aktivitäten, die eine intensive Zusammenarbeit erfordern und regelmäßig stattfinden, sind aus der Neonazi-Szene unter anderem die Treffen im belgischen Diksmuide zu Ehren der im ersten Weltkrieg gefallenen flandrischen Soldaten, die Treffen in Madrid zum Todestag von General Franco, Gedenkfeierlichkeiten zum Jahrestag des Todes des Gründers der *Falange*, José Antonio Primo de Rivera, in Madrid sowie der SS-Memorial-Day auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Lommel/Belgien bekannt.

In zunehmenden Maße orientieren sich sich westeuropäische Nazis stärker auf Naziaufmärsche in Osteuropa.

So unterstützte eine Delegation deutscher Nazis im März 2011 die größte jährliche litauische Nazidemonstration anlässlich des dortigen Unabhängigkeitstages.

Vernetzung im Bereich der Gefangenenbetreuung

Ermunterung für inhaftierte Neonazis und materielle Unterstützung – das ist der Ansatz verschiedener Neonaziorganisationen, die alles tun, um den harten Kern der militanten Szene selbst während Gefängnisaufenthalten bei der Stange zu halten. Vorbildfunktion hat in Deutschland die *Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene* (HNG). Sie gilt mit etwa 550 Mitgliedern als eine der einflussreichsten und mitgliederstärksten Organisationen im bundesdeutschen Neonazismus. Dabei pflegt sie Kontakte zum schwedischen Pendant Gula Korset unter ihrem Vorsitzenden Robert Vesterlund. Auf der Liste mit den prominentesten 25 zu betreuenden Gefangenen finden sich meistens zehn bis 15 ausländische inhaftierte Gesinnungsgenossen, vor allem aus den USA, Großbritannien, Frankreich und Italien. Neben den HNG-Nachrichten existiert mit dem *JVA-Report* des *Freundeskreis Brandenburg* ein weitere Zeitschrift des bundesweiten Netzwerkes von Neonazis, welche sich um die Betreuung von inhaftierten Neonazis kümmert. Auffallend ist, dass der «Freundeskreis» zunehmend Wert auf internationale Vernetzung legt. Zum Beispiel finden

sich Beiträge von US-amerikanischen Neonazis über das dortige Gefängnisssystem und Werbeanzeigen für Gruppen wie der *Aryan Renaissance Society*. Die letzte Ausgabe des Hefts ist sogar neben der regulären Ausgabe auch komplett in Englisch übersetzt zu erhalten. Antisemitische Karikaturen wechseln sich ab mit Tipps für den Knastalltag und den üblichen rechten Tiraden («Deutsches Volk erwache!», «Die weiße Rasse ist bedroht»). Schwerpunkt sind Interviews mit inhaftierten Neonazis.

Internationale Kommunikation

Das Internet bietet ungeahnte Möglichkeiten für die Kommunikation von Rechtsextremisten in unterschiedlichen Staaten und auf unterschiedlichen Kontinenten. Kontakte zwischen rechtsextremistischen Gruppen über Ländergrenzen hinweg gibt es zwar seit langem, noch nie aber war der Informationsfluss zwischen ihnen so leicht und risikolos aufrechtzuerhalten.

Rechtsextremisten haben sich seit eh und je den Umstand zu Nutze gemacht, dass Meinungsfreiheit in verschiedenen Staaten unterschiedlich definiert wird. Sind etwa rassistische Parolen und das Leugnen des Holocausts in Deutschland und Österreich strafbar, sind solche Äußerungen in den USA durch die Verfassung (*First Amendment*) geschützt.

Auch die rechtsextremistischen Informationsportale haben sich mittlerweile international vernetzt. In der Nutzung elektronischer Medien und des Internets waren US-amerikanische Neonazis deutschen Rechtsextremen um einige Jahre voraus. Bereits ab Mitte der 1980er Jahre begannen sich Rechtsextreme aus dem Umfeld des rassistischen Geheimbundes *Ku-Klux-Klan* via Computer-Mailboxen zu vernetzen. Seit Anfang 1995 nutzten dann immer mehr rechtsextreme Gruppen in den USA die Möglichkeit, ihre Propaganda über eine eigene Homepage im Netz zu verbreiten. Ein Vorreiter auf dem Gebiet war der US-Amerikaner Don Black, der im März 1995 die Seite *Stormfront* ins Netz stellte und damit als erster eine verhältnismäßig professionell gestaltete Neonazi-Seite anbot. In der bundesdeutschen Presselandschaft fand das Thema «Rechtsextremismus und Neue Medien» 1993 erstmalig größere Beachtung, als die Gründung des *Thule-Netzes* bekannt wurde. Das *Thule-Netz* war ursprünglich ein organisationsunabhängiges Mailbox-System, präsentierte sich dann im Juni 1996 aber auch mit einer eigenen Website im Internet. Der Verbund verschiedener Mailboxen sollte der ideologischen Diskussion und der Mobilisierung unter Rechtsextremen dienen. In seinen Hochzeiten waren 18 verschiedene Mailboxen (1996) angeschlossen. 1999 wurde der Verbund von Mailboxen aufgelöst, da er durch die technischen Möglichkeiten des Internets an Bedeutung verloren hatte und kaum noch genutzt wurde.

Heute noch in starkem Maße versuchen die Webseitenbetreiber von *Blood & Honour* ihre Organisation als transnationales Netzwerk zu präsentieren. Sie haben Links zu Webseiten der zahlreichen nationalen *Blood & Honour*-Gruppen von Argentinien bis zur Ukraine aufgeführt, die alle ähnlich visuell gestaltet sind und sich inhaltlich um subkulturelle Themen der rechten Skinheadszenen drehen. Diese Zentralisierung und Stilvereinheitlichung tragen zweifellos innerhalb der rechtsextremen Musikszene zur Förderung einer kollektiven Identität über Landesgrenzen hinaus bei.

Altermedia

Altermedia, eine der meistbesuchten Webpräsenzen innerhalb der Szene, die Anfang 2003 ans Netz ging, verweist derzeit auf Dependancen in 21 Staaten bzw. Regionen, die in den jeweiligen Landessprachen erscheinen. Der Betreiber der Hauptseite, der Rechtsextremist David Duke, war einer der Führungskader der *Knights of the Ku Klux Klan*. Altermedia stilisiert sich zum Forum staatskritischer Querdenker und umgibt sich mit einer rebellischen Aura: «In einer Zeit des Universalbetruges ist die Wahrheit zu sagen eine revolutionäre Tat» wird George Orwell zitiert. Mit der Selbstbezeichnung als «Dissidenten» bringen die Verantwortlichen nicht nur die westlichen Demokratien in die Nähe diktatorischer Staaten, sondern nehmen für sich auch einen moralischen Bonus in Anspruch, eine insbesondere im intellektuellen Rechts-Extremismus verbreitete Diskursstrategie. Auch auf der deutschen Seite lassen Texte und Kommentare der Nutzer nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig. Besonders den Briten Noel Martin, seit einem Überfall von Nazis in Brandenburg gelähmt, hat sich der Autor zum Ziel seiner Hetztiraden gemacht. Dabei wären etliche der rassistischen und antisemitischen Texte in Deutschland strafrelevant. Der Server des Portales befindet sich jedoch in den USA. Nach jahrelangen Ermittlungen hat nun allerdings die Staatsanwaltschaft in Rostock Anklage gegen die Macher von Altermedia Deutschland unter anderem Volksverhetzung, Beleidigung und die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen erhoben. In einer 270 Seiten umfassenden Anklageschrift listen die Ermittler insgesamt 50 Straftaten auf, die sie den beiden in Stralsund lebenden Betreibern anlasten.

Grenzüberschreitende Bruderschaft: Rechtsrock und Musikhandel (2008)

«No More Brother Wars» lautet der Titel eines 1996 erschienenen Samplers. Auf der bei dem Deutschen Label DI-AL-Records veröffentlichten Kompilation sind die damaligen Top-Bands der internationalen Rechtsrock-Szene wie Celtic Warrior (England), Gesta Bellica (Italien), Estirpe Imperial (Spanien), Svastika (Schweden), Kratky Proces (Slowakei), Freikorps (Deutschland) und nicht zuletzt Excalibur (Tschechische Republik) vertreten. Den Anfang machen Celtic Warrior, deren «No More Brother Wars» nicht nur Titelsong, sondern auch ideologische Leitlinie des Samplers ist. Demnach war die Gegnerschaft der europäischen Staaten im Zweiten Weltkrieg und damit der Kampf von Menschen mit weißer Hautfarbe gegeneinander ein Fehler; nunmehr sollten sich alle Weißen unter der Fahne des Nationalsozialismus sammeln und zusammen kämpfen. Diese Orientierung auf Rassismus, die «White Power»-Ideologie¹ und den Nationalsozialismus bilden die Grundlage für die internationale Zusammenarbeit in der Rechtsrock-Szene. Im Gegensatz zu den zumeist nationalistischen Parteien der extremen Rechten, die sich stark gegen das Ausland abgrenzen, findet in diesem Bereich eine Zusammenarbeit von allen statt, die sich unter der Hakenkreuzfahne sammeln. Nur so ist es zu erklären, dass die tschechische Band Excalibur, die mit den beiden Liedern «Svatá válka» (Heiliger Krieg) und «Stalingrad» vertreten ist, in ihren Texten die Überfälle der Nationalsozialisten rechtfertigt. Die aus einem Opferstaat des NS-Regimes stammende Band rechtfertigt dabei den Überfall auf die Sowjetunion mit dem Kampf gegen den Kommunismus und verbündet sich mit jenen, die unglaubliches Leiden über die tschechische Bevölkerung brachten.

Grenzüberschreitungen

In Zeiten der Globalisierung gibt es viele Gründe, grenzüberschreitend zusammenzuarbeiten. Den Nationalisten steht hier ihre Ideologie im Wege, die nationalistische Szene hat diesbezüglich weniger Probleme: Bei ihr steht nicht die Nation, sondern die «weiße Rasse» im Mittelpunkt; ihr geht es um die Vorherrschaft der «weißen Welt». So wird der Grenzübergang ein Schritt der Verbrüderung und Ausgangspunkt für die Bildung eines internationalen Netzwerkes. Allerdings ist die Umsetzung in die Praxis nicht so leicht, wie es die Ideologie nahelegt. Auch in der Szene existieren die gängigen Vorurteile. Beleg sind Äußerungen eines deutschen Szenemitglieds, der seinen Bericht über den Besuch eines Rechtsrock-Konzerts in der Tschechischen Republik mit den Worten schließt: «Nach Ende des Konzerts habe

1 Siehe Glossar auf der Website des Kulturbüros.



Konzert der Band Brutal Attack

ich noch meine Jacke gesucht, die ich mir eine Woche zuvor gekauft hatte. Weg war sie. Aber was erwartet man von solchen Landräubern.» Das zeigt: Gedacht wird nicht in Kategorien vom «weißen Brudervolk», sondern in den in der Bevölkerung verbreiteten rassistischen Stereotypen. Allerdings gibt es jenseits der Ideologie auch finanzielle, juristische und andere Gründe für grenzübergreifende Kontakte, bei denen etwa tschechische Nazis in die BRD reisen oder ihre deutschen Gesinnungsgenossen in die Tschechische Republik. Zudem sind es nicht nur Aktivisten, die auf dem Weg zu Treffen, Aufmärschen und Konzerten die Grenzen überschreiten. Auch Produktion und Vertrieb von CDs, Platten und Szenebekleidung sind heute grenzübergreifend organisiert.

Erlebniswelt diesseits und jenseits

In den 1980er Jahren bildete sich in vielen europäischen Ländern eine rechte Szene heraus. In der BRD entwickelte sie sich zunächst aus der Punk-, später wie in vielen anderen Ländern aus der Skinheadszene heraus. Wie überall, war sie zu Anfang stark nationalistisch geprägt. Sogar von England als dem «Mutterland» des Rechtsrock wollte man sich abgrenzen. So sang 1984 die Rechtsrock-Band Body Checks: «Englandkult – Laß dich bloß nicht darauf ein. Englandkult, Englandkult, sei stolz darauf, Deutsch zu sein». Nur mit leichter Verzögerung entwickelte sich auch unter den Bedingungen des real existierenden Sozialismus in der DDR eine rechte Szene, auch wenn dort die Rahmenbedingungen schwieriger waren.² So organisierten sich

² Vergleiche die Beiträge von Grjasnow und Begrich/Bringt.

zwar Gruppen, die sich zum Saufen trafen, der NS-Ideologie anhängen und Übergriffe auf jene verübte, welche sie für «undeutsch» hielten; es fehlten aber Bands, Auftrittsmöglichkeiten und der Zugang zu Tonträgern. Einfache Arbeitsschuhe mussten die klassischen Doc Martens ersetzen, die Levi's-Jeans wurde durch Imitate ersetzt. Die Szene in Deutschland boomte jedoch auch erst, nachdem die deutsch-deutsche Grenze geöffnet war und nationaler Jubel sowie rassistisch kanalisierte Angst vor einer vermeintlichen «Überfremdung» die Stimmung im Land prägten.

In der Tschechischen Republik war die Entwicklung kaum anders. Auch hier hatte sich Anfang der 1980er Jahre eine rechtsextreme Szene entwickelt. In einem Bericht schrieb das Urgestein der Prager Nazi-Skinheads, Jan Hanslik, im Fanzine «Wehrpass» im Jahr 1997: «In der Zeit von 1985-88 waren die tschechischen Punks sehr radikale Antikommunisten. Skinheads und Punks besuchten zusammen Konzerte und hielten zusammen bei Straßenkämpfen.» Allerdings war in den 1980er Jahren die Szene nur sehr klein. Hanslik beschreibt die weitere Entwicklung: «Doch als die Grenzen geöffnet wurden, herrschte der große «Boom» in unserer Bewegung. 1990-91 gab es dann endlich mehr Skinheads in der Tschechischen Republik. Die erste richtige NS-Powerband in meinem Land war BULDOG, die 1991 gegründet wurde. Vor 1991-92 gab es nur wenige NS-Skinheads.» Beschrieben werden auch ideologische Differenzen zwischen Nationalisten und Rechtsextremen: «Seit 1994 gibt es einige Probleme zwischen Nazis und Nationalisten. Sie lieben nur die Tschechische Republik und ihre Bevölkerung. Wir hingegen lieben alle weißen Länder mit ihren Bewohnern. Wir denken, daß alle Weißen zusammen halten müssen, wie die Waffen... Zusammen sind wir stark. Man vernichte die Nationalisten!!!» Mit der Zeit setzte sich in der Rechtsrock-Szene der neonazistische Teil der Bewegung durch und fand internationalen Anschluss. Das Erscheinen des «No More Brother Wars»-Samplers mit tschechischer Beteiligung im Jahr 1996 stellt einen wichtigen Schritt in Richtung grenzüberschreitender Beziehungen dar. Auch Konzerte mit internationaler Beteiligung fanden ab 1993 statt. Unter dem Titel «First Strike» wird bis heute der Mitschnitt eines Konzerts aus dem Jahr 1993 vertrieben, bei dem No Remorse aus England und Buldok auftraten. Ein weiterer großer Schritt war ein Konzert in Pilsen am 9. November 1996. Neben den tschechischen Bands Buldok, Excalibur, Conflict 88 und Vlacka stand dabei die englische Kult-Band Brutal Attack auf der Bühne. Zu diesem Konzert waren rund 700 Teilnehmer angereist, darunter viele Deutsche. Angezogen wurden diese zwar in erster Linie von Brutal Attack; es gab aber eine Reihe weiterer Gründe, welche das Konzert für sie zu einem Erlebnis werden ließ. An den Gründen für die Attraktivität der Grenzüberschreitung hat sich seit dem Konzert 1996 bis heute kaum etwas geändert, die Beschreibungen haben also exemplarischen Charakter. Deutlich wird das in einem Konzertbericht im sächsischen Fanzine «Foier Frei»: «Am 9. 11. lag also wieder mal ein Konzert in der Tschechei an», schreibt der Berichterstatter unter dem Pseudonym «Thomas Ketschup» und macht mit der Verwendung des abfälligen Terminus «Tschechei» auch gleich klar, dass er sich die Zeit des Nationalsozialismus mit der Okkupation der Tschechoslowakei zurückwünscht. Im Anschluss schildert er wichtige Gründe für die Anziehungskraft von Konzerten in der Tschechischen Republik: «Wir holten erstmal Getränke (lecker, lecker der Bierpreis 60 Pfennige der halbe Liter), da die Kehlen schon trocken waren. Überall wurden CDs, Zines und Klamotten verkauft. Ein wahnsinniges Angebot, wobei die Preise einen fast zu einem Kaufrausch hinreißen ließen.»

Niedrige Preise sind auch für deutsche Nazis bis heute ein Hauptgrund für Reisen nach Tschechien. Sie sind freilich nicht das einzige Motiv, wie am Bericht deutlich wird: «Im Saal begann die erste Band zu spielen (Vlajka, d. A.) und die Stimmung war echt gut. Was da so an Symbolen verwendet wurde, hätte wohl jedem deutschen Staatsanwalt einen Herzinfarkt beschert». Anders als in der BRD, waren «Sieg Heil»-Rufe und Hakenkreuzfahnen in der Tschechischen Republik damals nicht strafbar. Daher war es für bundesdeutsche Nazis ein besonderes Erlebnis, im Ausland Konzerte zu besuchen. Die Rechtslage hat sich zwar geändert; theoretisch ist das Zeigen des Hakenkreuzes heute strafbar. Allerdings wird es nach der Erfahrung von Antifaschisten kaum verfolgt. Zwar ist auch in der BRD das Zeigen des Hitlergrußes auf Konzerten nicht unüblich. Was aber die Raumgestaltung mit Fahnen und das Singen indizierter Lieder sowie das Rufen von Parolen betrifft, bestehen eindeutige Unterschiede. Gleiches gilt für das Vorgehen der Polizei. So beschreibt der Autor seine Ankunft: «Es wimmelte dort nur so von Miliz, was schon schlimmes erahnen ließ.» Zu seiner Verwunderung «aber verlief alles friedlich». So kommt er zu dem Schluss: «Die Tschechei ist immer eine Reise wert. Man wird echt freundlich aufgenommen. Die Weiblichkeit ist natürlich eine Augenweide und so könnte ruhig öfter ein Konzert (s)ein.»

Die Liste grenzübergreifender Kontakte im Musikbereich ist lang. Schon für Ende der 1990er Jahre lassen sich auch Konzerte deutscher Bands in Tschechien nachweisen. So spielten am 22. März 1997 die Bands Thor's Hammer und Aufmarsch. Seit dem Jahr 2000 ist zudem ein gemeinschaftliches Vorgehen deutscher und tschechischer Organisationen bekannt. So veranstalteten sächsische Hammerskins zusammen mit dem tschechischen Ableger von Blood & Honour am 21. Oktober 2000 ein Gedenkkonzert für Joe «Hammer» Rowan, einen bei einer Auseinandersetzung getöteten Hammerskin aus den USA. Es spielten die tschechischen Bands Vlajka, Hlas Krve und Překvapení und die deutschen Bands Wewelsburg und Aryan Rebels. Bei letzteren handelt es sich um eine Band, deren Texte aufgrund der darin enthaltenen rassistischen Mordphantasien fast ausschließlich strafbar sind. In der BRD waren Konzerte der Band selten.

Am 18. November 2006 reisten Gruppen deutscher Rechtsrock-Fans zur ersten «Hatecore-Night» in die Tschechische Republik. Von deren Organisatoren war sogar ein Kontakttelefon eingerichtet worden, über das deutsche Kameraden Informationen zur Anfahrt bekamen. «Heil, was kann ich für dich tun?», fragte eine Stimme, die dann in sächsischem Dialekt den Weg zum Treffpunkt erklärte. Am Schleusungspunkt waren es dann tschechische Kameraden, welche die Anreisenden in Augenschein nahmen, um ein Einschleichen ungebetener Gäste zu verhindern. Dass Deutsche die lange Anreise in Kauf nahmen, lag auch am attraktiven Line-Up des Abends mit den Bands Teardown (USA), Race Riot (BRD), Path of Resistance (BRD), Fear Rains Down (BRD/USA) und Before the War (Slowakei). Gespielt wurde Hardcore, ein besonders schneller und harter Sound, der auch in der deutschen Rechtsrock-Szene immer beliebter wird. Bemerkenswert ist, dass zwar die Größen des sogenannten «National Socialist Hardcore»(NSHC) auftraten, dass darunter aber nicht eine tschechische Band war.

Bei der Hatecore-Night wie bei ähnlichen Konzerten mit internationaler Beteiligung in Tschechien stellen deutsche Teilnehmer einen signifikanten Teil der Gäste, in manchen Fällen die Hälfte. Doch der Reiseweg funktioniert auch in die andere

Richtung. Regelmäßig nehmen Neonazis aus Tschechien an Events in Deutschland teil. Im «kleinen Grenzverkehr» geschieht das freilich selten. Der kurze Trip am Wochenende nach Sachsen, das Eldorado für Rechtsrock-Konzerte, findet nur selten statt. Dagegen reiste am 26. August 2006 eine größere Gruppe Tschechen nach Sachsen, um an einem Fußballturnier von Freien Kameradschaften teilzunehmen, an das sich ein Konzert anschloss. Auf diesem sollte auch die tschechische Gruppe *Ecce Mors* spielen. Da die Polizei das Konzert aber vorzeitig beendete, mussten die tschechischen Teilnehmer enttäuscht nach Hause fahren. Generell lässt sich feststellen, dass es zu grenzüberschreitenden Konzertbesuchen von Tschechen in Deutschland vor allen dann kommt, wenn internationale Größen des Rechtsrock oder tschechische Bands auftreten, was zuletzt etwa fünf- bis sechsmal pro Jahr der Fall war. Interessanter als kleine, klandestin organisierte Konzerte sind für die tschechischen Kameraden dabei die großen, angemeldeten und öffentlich organisierten Ereignisse. Zu diesem kommen jeweils einige hundert bis tausend Teilnehmer. So fuhren tschechische Nazis in den letzten Jahren zum Pressefest der «Deutschen Stimme», dem «Sachsentag» und dem «Fest der Völker».³ Dort trat zuletzt auch die tschechische Band *Conflict 88* auf; zudem hielt Martin Janda, ein Vertreter des tschechischen Neonazismus, einen Redebeitrag. Ereignisse dieser Größe finden in der Tschechischen Republik nicht statt, weshalb deren Besuch für Neonazis aus der Tschechischen Republik ein besonderes Erlebnis ist. Selbstverständlich wird allein schon durch diese Konzerte und Open-Air-Veranstaltungen die bundesdeutsche Szene zum Vorbild für die tschechische.

Blood & Honour als Motor der den Nationalstaat überwindenden White-Power-Bewegung

Im Jahr 1987 gründete Ian Stuart Donaldson, Sänger der Rechtsrock-Kultband *Skrewdriver*, das neonazistische Musiknetzwerk *Blood & Honour*. Ian Stuart war zuvor in der *British National Front* engagiert, überwarf sich dann aber mit der Partei. Finanzielle Probleme, aber auch Fragen nach der Rolle der Skinheads trugen zur Trennung bei. Die neue Organisation baute Stuart nach dem Motto «Von der Szene für die Szene auf». Ideologische Schwerpunkte waren der Nationalsozialismus und der Kampf für die «weiße Rasse». *Blood & Honour* organisierte vor allem Konzerte und produzierte und verkaufte CDs. Von England aus verbreitete sich B&H bis heute in mindestens 27 Länder. So existieren Sektionen in Argentinien, Neuseeland, den USA oder Russland.

In Deutschland hatte sich ab 1994 eine B&H-Struktur entwickelt. Im Laufe der 1990er Jahre organisierte diese viele Konzerte mit neonazistischen Rockbands, publizierte neun Ausgaben eines äußerst beliebten Magazins und war beteiligt an Produktion und Vertrieb nicht zuletzt illegaler Rechtsrock-Tonträger. Regional bestanden etliche Untersektionen, die teils eigene Hefte veröffentlichten. Auch auf Aufmärschen war B&H mit eigenen Fahnen und Transparenten präsent. Am 12. September 2000 wurde die deutsche Sektion wegen Wesensgleichheit mit dem Nationalsozialismus verboten. In der Verbotsverfügung wird explizit «die Verbreitung nationalsozialistischer Ideologie mittels Skinheadmusikkonzerten und Fan-Magazinen» erwähnt und auf die Nähe des 25 Punkte umfassenden Programms von B&H zum

3 Vgl. dazu Beiträge von Carsten Enders und Klára Kalibová in diesem Kapitel.

NSDAP-Parteiprogramm verwiesen. Bekannte Kader blieben aber aktiv. Daher durchsuchte die Polizei auch nach dem Verbot immer wieder Wohnungen und andere Objekte von Neonazis wegen des Verdachts auf Fortführung einer verbotenen Organisation. Dies ist nicht unbegründet. Ehemalige Aktivisten agierten beispielsweise eine Zeit lang unter der Bezeichnung Division 28 und übernahmen mit entsprechenden T-Shirts die Absicherung neonazistischer Konzerte. Die Zahl 28 steht dabei für die Buchstaben B und H. Als Lebenszeichen werden ferner die veröffentlichten Rechtsrock-Sampler «Trotz Verbot nicht tot» (2003) und «Voices of Solidarity» (2006) gewertet.

In der Tschechischen Republik gründete sich 1996 eine Sektion von Blood & Honour. Zuvor war die Rechtsrock-Szene hier vor allem von den Hammerskins organisiert worden, einem weiteren internationalen Netzwerk, das aber wesentlich kleiner und elitärer ist. Dessen Rolle übernahmen nun die Aktivisten von Blood & Honour. Von 1996 bis 1999 organisierten sie rund 20 Konzerte – einige mit tschechischen Bands und jeweils 150 bis 350 Teilnehmern, andere mit internationalen Kultbands, die größere Zuschauerzahlen erreichten. Im Vorfeld eines Konzertes am 20. Februar 1999 in der Nähe von Pilsen führte die Polizei eine Razzia durch. Dabei wurden zahlreiche illegale Tonträger, Aufnäher und Zines sichergestellt. Gegen zwölf Personen wurde Anklage erhoben. Der Name Blood & Honour ist seither dort ebenso wie in Deutschland verschwunden. Aber auch hier setzten die Aktivisten ihre Arbeit fort, teilweise als Mitglieder anderer Organisationen.

Geschäfte

Kosten spielen auch beim Geschäft mit dem Rechtsrock eine wichtige Rolle. Tschechische Presswerke produzieren Rechtsrock-CDs zu deutlich günstigeren Preisen als deutsche. Zudem wird in Tschechien selten oder gar nicht nach GEMA-Zulassungen gefragt oder juristisch geprüft. Gleiches galt lange Zeit auch für Märkte an der deutsch-tschechischen Grenze. Dort waren lange Zeit Rechtsrock-CDs vor allem von deutschen Bands in Massen erhältlich. Der grenzüberschreitende Handel nahm derartige Dimensionen an, dass sich die bayrische Polizei im Jahr 2001 genötigt sah, ein Informationsblatt an Grenzgänger zu verteilen. Darin wurde darauf hingewiesen, dass sie sich strafbar machen, wenn sie Tonträger von Bands wie Landser oder Kraftschlag einführen. Heute werden diese CDs auf den Märkten zumindest nicht mehr offen gehandelt.⁴

Gleichzeitig haben sich aber andere Formen des grenzüberschreitenden Handels entwickelt. Will man etwa das erste «offizielle Band-Shirt» der Brandenburger Band Downfall kaufen, reicht es, auf der Internetseite der Band auf einen entsprechenden Button zu klicken, um zum Hatecore-Shop in Prag weitergeleitet zu werden. Dieser spezialisierte Versand bietet neben CDs tschechischer Bands auch internationale Tonträger an, darunter von den deutschen Bands Race Riot, Eternal Bleeding und Path of Resistance. Dass das erste Band-Shirt von Downfall in Tschechien erschien, ist kein Zufall; schließlich ist die deutsche Szene Vorbild für die dortige Entwicklung. Daher werden Kontakte gesucht und, wie das Beispiel zeigt, auch gefunden. Ein weiteres Indiz für die Vorbildfunktion des deutschen Neonazismus ist die Beliebtheit

⁴ Vgl. dazu den Erlebnisbericht von Hendrik Lasch in diesem Kapitel.

deutscher Szenebekleidung bei tschechischen Rechtsextremen. Favorit ist dabei, wie in der BRD, Kleidung der Top-Modemarke Thor Steinar.

Exportschlager Thor Steinar

Thor Steinar wird wegen der kleinen, eingenähten norwegischen Fahne oft für ein skandinavisches Label gehalten. Doch die 1999 von der Firma Mediatex GmbH eingetragene Marke war und ist ein deutsches Produkt.⁵ Die Firma wurde von Personen aus dem Bereich der extremen Rechten gegründet. Ihr Name kann als Bezug auf den SS-General Felix Steiner interpretiert oder auf den heidnischen Gott Thor bezogen werden. Insbesondere aus der nordisch-germanischen Mythologie entlehnt die Firma viele Begriffe, mit denen sie ihre Kleidung versieht: «Asgard», der nordische Götterhimmel, «Munin», einer der beiden Raben des Göttervaters Odin, oder «Ultima Thule», ein sagenhaftes Land im hohen Norden. Omnipräsent sind nordische Schriftzeichen, die Runen. Die Tyr-Rune und eine Wolfsangel bildeten das erste Logo der Firma, das zeitweilig von deutschen Gerichten verboten wurde, da seine Elemente im Nationalsozialismus als Symbol für die Reichsführerschulen sowie bei der Waffen-SS verwendet wurden. Zwischenzeitlich wurde ein neues Logo entwickelt, das dem Andreaskreuz ähnelt. Die Marke weist eine große Produktpalette auf: Neben T-Shirts sind Pullover, Hosen, Jacken, Mützen und eine Reihe weiterer Accessoires im Angebot. Trotz hoher Preise ist die Marke bei Neonazis äußerst beliebt, da sie nicht nur qualitativ hochwertig ist, sondern vor allem zweideutig-eindeutige Motive anbietet.

Der Vertriebsbereich von Thor Steinar wurde mittlerweile auch nach Tschechien ausgedehnt. 23 Geschäfte führt die Firmen-Website für das Land auf. Dazu gehören der *Patria Shop* aus Chrudim oder der *Nordic Store* aus Domažlice. Eine besondere Rolle nimmt der *Original Store* aus Pilsen ein, der auch ein Internet-Geschäft betreibt. Schon der Stil von dessen Homepage lehnt sich an dem von Thor Steinar an; von dieser Marke werden mit Abstand die meisten Produkte angeboten. Daneben werden internationale Marken wie Lonsdale und Fred Perry angeboten, die in der Skinhead-Szene beliebt sind, ohne einen politischen Hintergrund zu haben – die Firma Lonsdale unterstützt sogar antirassistische Projekte, um sich von der extremen Rechten abzugrenzen. Gehandelt wird zudem die tschechische Marke Grassel. Deren Bekleidung orientiert sich an bekannten internationalen Marken, mittels Aufdrucken und Symbolen gibt man sich ein aggressives Image. Der Inhaber war früher ein bekannter Aktivist der rechtsextremen Szene, konzentriert sich heute aber auf das Geschäft. Das führte dazu, dass die Marke in der Szene umstritten ist. Diverse neonazistisch orientierte Versände bieten sie daher nicht mehr an.

Ein weiterer Geschäftsbereich sind Vertrieb und Produktion von Tonträgern. Im Unterschied zum Handel mit Bekleidung funktioniert dieser auch in die entgegengesetzte Richtung: Eine Reihe von Tonträgern tschechischer Bands erschien auf deutschen Labeln. 1998 veröffentlichte die tschechische Band Order beim deutschen Label Movement Records, 1999 und 2001 erschien je eine CD von Excalibur. Die Band

5 Wegen der unerwünschten Assoziation klagt die norwegische Generalstaatsanwaltschaft gegen die Inhaber der Marke auf Unterlassung, weil sie die norwegische Nationalflagge missbraucht sieht. (Quelle: Presseberichte im Januar und Februar 2008)

schien mit den Produktionen in der BRD zufrieden zu sein, wählte sie doch auch 2004 für die CD «Memoirs» mit PC-Records aus Chemnitz ein deutsches Label. Auch die Band Oberon veröffentlichte 2004 ihre CD «I hate everyone equally» in Deutschland. Ein Grund dürfte sein, dass der dortige Rechtsrock-Markt der weltweit größte ist. Die damit verbundenen Umsätze ziehen auch Bands aus dem Ausland an. Allerdings sind die Vertriebschancen für tschechischsprachige CDs nicht hoch, die Sprache der Rechtsrock-Szene ist Englisch. Auch tschechische Bands folgen dieser Maßgabe. So singt Excalibur auf den in Deutschland veröffentlichten Scheiben zwar auf Tschechisch, die Texte sind im Booklet aber auf Englisch abgedruckt. Dass deutsche Bands auf tschechischen Labels veröffentlichen, ist nicht bekannt.

Produktion

Immer wieder gibt es Informationen, wonach Rechtsrock-CDs in Osteuropa produziert würden. Da der Bereich der CD-Produktion jedoch zu den bestgeschützten Geheimnissen der Szene gehört und die Presswerke mit Rücksicht auf ihren Ruf keine entsprechenden Informationen nach außen dringen lassen, sind wenige wirkliche Fakten bekannt. Lediglich Gerichtsprozesse werfen gelegentlich ein Schlaglicht auf die Branche und beleuchten Zusammenhänge. Dies gilt etwa für den einschlägig bekannten Adrian Preißinger. Nach einer Verurteilung wegen Volksverhetzung im Jahre 1992 setzte er sich ins Ausland ab. Von der Slowakei aus knüpfte er Kontakte zu Presswerken im Raum Prag. Durch diese Kontakte wurde er zum Ansprechpartner für neonazistische Bands, die auf Grund strafbarer Inhalte ihre CDs in Deutschland nicht produzieren lassen konnten. Preißinger organisierte deren Herstellung. Im Dezember 2002 wurde er erneut wegen Volksverhetzung verurteilt. Zuvor waren rund 3000 CDs sowie Einnahmen aus dem Verkauf weiterer 46.000 Scheiben beschlagnahmt worden. Heute arbeitet Preißinger beim Verlag «Deutsche Stimme» im sächsischen Riesa. Im Jahr 2001 soll er für seinen Parteikollegen Thorsten Heise die Produktion volksverhetzender CDs organisiert haben. Als dieser im Juni 2007 deswegen vor Gericht stand, wurde bekannt, dass diese teilweise in der Tschechischen Republik produziert worden seien. Preißinger wollte sich jedoch nur noch erinnern, eine CD mit Blasmusik für Heise hergestellt zu haben; weitere Details seien ihm entfallen.

Tschechische Spezialitäten

War vor einigen Jahren noch die CD das Speichermedium für Musik, so schätzen Experten, dass diese in einigen Jahren vom Markt verschwunden sein wird und digitale Speichermedien den Markt erobern. Gleichzeitig lässt sich aber eine Rückbesinnung auf Schallplatten feststellen. Zu den großen Produzenten der Vinyl-Platten gehört das tschechische Unternehmen GZ-Digital Media. Dort wurden auch eine ganze Reihe von Platten bundesdeutscher Rechtsrock-Bands produziert, so zum Beispiel von den Hatecore-Bands Eternal Bleeding und Path of Resistance, den klassischen Rechtsrock-Bands Störkraft und Sleipnir sowie von Magog und Nachtfalke. Schon die Cover dieser Platten zeigen deutlich, dass es sich um Tonträger extrem rechter Bands handelt.

Grenzen der Grenzüberschreitung

Die nationalsozialistische Ideologie und der Glaube an die Vorherrschaft der «weißen Rasse» bilden die Grundlage der grenzübergreifenden Aktivitäten der Rechtsrock-Szene. Sie sind jedoch oftmals nicht in der Lage, Vorurteile und alltägliche Barrieren zu überwinden. So sind von deutschen Aktivisten immer wieder abfällige Bemerkungen über die Szene in Osteuropa zu vernehmen. Eine nicht zu unterschätzende Barriere bildet zudem die Sprache. Zwar wird häufig auf das Englische zurückgegriffen; für einen ungehinderten Austausch ist das aber ein unzureichendes Mittel. Trotz der genannten guten Gründe für grenzübergreifende Aktivitäten ist schließlich bislang keine gemeinsame Szene entstanden. Kontakte bleiben punktuell und dringen kaum in die Alltagswelt der Aktivisten ein. Gleichwohl verschaffen die Aktivitäten der neonazistischen Szene an einzelnen Punkten eine Stärke und eine Flexibilität, die weit über jene in anderen Spektren der extremen Rechten, vor allem der nationalistischen Wahlparteien, hinausgeht.

Rechtsextreme Aktionsformen in Tschechien: Themen, Szenen, Personen (2008)

Einleitung

Für das Verständnis der rechtsextremen Szene in Tschechien ist es notwendig, sich mit der Terminologie auseinanderzusetzen, mit der diese beschrieben wird. Der Begriff Rechtsextremismus wird dabei definiert vor dem Hintergrund der Idee eines verfassungskonformen demokratischen Staates, der auf dem Wettbewerb politischer Parteien sowie der Achtung der Rechte und Interessen von Minderheiten beruht. Rechtsextremisten sind Personen, die mit ihren Aktivitäten die demokratischen Grundlagen der Gesellschaft sowie grundlegende Menschenrechte und -freiheiten angreifen mit dem Ziel, ein undemokratisches Regime oder eine Diktatur zu etablieren. Als geschichtlicher Ausgangspunkt dienen ihnen die Ideen des Nationalsozialismus und Faschismus.

Rechtsradikale sind Personen, die sich in legalen politischen Parteien, Bewegungen und Vereinen sammeln und dabei im Interesse ihrer Ideologien einen Regimewechsel durch Wahlen anstreben. Den Autoren ist bewusst, dass diese Definition nicht ideal ist und zu sehr auf dem westlichen Verständnis des individualistischen, demokratischen Staates beruht. Im Rahmen dieser Publikation wird sie aber als ausreichend angesehen.

Repräsentanten der tschechischen rechtsextremen Szene knüpften während der 1990er Jahre Kontakte zu ideologisch verwandten Organisationen und Aktivisten im Ausland. Traditionell orientieren sich die tschechischen Rechtsextremisten an ihren unmittelbaren Nachbarn in Deutschland, Polen, der Slowakei und Österreich, aber auch in Großbritannien, den USA, Serbien, Russland und Italien.

Der folgende Text konzentriert sich auf den Vergleich der tschechischen und der deutschen extrem rechten Szene sowie ihrer Wechselwirkungen. Untersucht wird die Frage, ob es sich um eine gleichberechtigte Beziehung handelt oder ob sich lediglich die tschechischen Neonazis von den deutschen Kameraden inspirieren und in ihren Strategien beeinflussen lassen, während die tschechische Szene von deutscher Seite nur als unbedeutender Teil der neonazistischen Bewegung wahrgenommen wird.

Strukturen und Personen

Im Folgenden sollen die tschechische rechtsextreme Szene und ihre einzelnen Akteure nicht umfassend beschrieben werden. Der Text bietet vielmehr eine grobe Charakterisierung wichtiger Gruppierungen und typischen Zeichen; zugleich



Die tschechische neonazistische Band Conflict 88 trat auf der Jubiläumsfeier des Netzwerkes Blood & Honour Division Serbia im serbischen Novi Sad auf

konzentriert er sich auf die Verbindungen zwischen tschechischer und deutscher Szene. Wie bereits in Kapitel 2 dieser Broschüre verdeutlicht, muss im Rahmen der tschechischen extrem rechten Szene zwischen Nationalisten und Neonazis unterschieden werden. Daneben finden die Konzepte des Autonomen Nationalismus und des tschechischen Neofaschismus Berücksichtigung.

Nationalisten

Bei den tschechischen Nationalisten handelt es sich um verfassungskonforme Gruppierungen, die in Form einer politischen Partei, eines Vereins oder eines informelles Zusammenschlusses existieren. Die wichtigsten und aktivsten Gruppierungen sind die politischen Parteien *Národní strana* (Nationale Partei), *Národní sjednocení* (Nationale Vereinigung), *Právo a spravedlnost* (Recht und Gerechtigkeit) sowie der Verein *Vlastenecká fronta* (Patriotische Front). Im Folgenden finden die Nationalisten nur dann Erwähnung, wenn sie Aktivitäten im extremistischen Spektrum entfalten.

Neonazis, autonome Nationalisten und Neofaschisten

Tschechische Neonazis arbeiten nach dem Prinzip der «leaderless resistance», also des Widerstands ohne Führer. Dabei entwickeln sich in einzelnen Regionen selbstständige Zellen, die ihre Arbeit unabhängig für das «Wohl der ganzen Bewegung»

durchführen. Auf der theoretischen Ebene zielt das Prinzip darauf, Führungsstreitigkeiten zu beseitigen, eine effektivere Arbeit zu ermöglichen und die Abwehr gegen ein polizeiliches Eingreifen zu stärken. In der Praxis lassen sich derlei Zellen freilich nur schwer koordinieren, wenn die Bewegung Entschlossenheit und Stärke nach außen zeigen will. Die mangelnde Kommunikation unter den illegal wirkenden Aktivisten schlägt sich in niedrigen Teilnehmerzahlen bei Konzerten und Demonstrationen ebenso nieder wie in Doppelveranstaltungen am gleichen Tag. Die wichtigste tschechische neonazistische Organisation ist derzeit *Národní odpor* (Nationaler Widerstand), ein Nachfolger der tschechischen Division von *Blood & Honour*.

Národní odpor (Nationaler Widerstand)

Národní odpor (NO) entwickelte sich 1998/99 aus dem Prager Zweig der *Blood & Honour-Division Bohemia*. Seine damaligen Aktivisten bemühten sich im Gegensatz zur Vorläuferorganisation um eine Vertiefung politischer Aktivitäten einschließlich öffentlichkeitswirksamer Straßenaktionen, statt nur rassistische Konzerte zu organisieren und mit White-Power-Musik zu handeln. Der NO fand Ende der 1990 Jahre Anschluss an die internationale Szene. Insbesondere wurden Kontakte mit deutschen Neonazis geknüpft. Zudem gab es den Versuch, in Tschechien einen Ableger der Jugendorganisation der NPD, der *Jungen Nationaldemokraten*, zu gründen.

Außer dem Ausrichten von neonazistischen Konzerten konzentrierte sich der NO vor allem auf die Veranstaltung von Demonstrationen, bei denen gewalttätige Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern nicht vermieden wurden, und den Straßenkampf. Propagiert wurde das Konzept, ohne zentrale Führung die Macht in einer bestimmten Region zu gewinnen, dort schrittweise national befreite Zonen zu schaffen und schließlich den gesamten Staat revolutionär zu übernehmen. Zurzeit hat der NO einige aktive Zellen in Regionen (Prag, Slezsko, Havlíčkovobrodsko, Jihlava, Brno, Karlovy Vary u.a.).

Der Straßenkampf des NO gegen Menschen anderer Hautfarbe und politische Gegner eskalierte in Prag in den Jahren 2000 bis 2002. Danach verschoben sich die Auseinandersetzungen in andere Regionen. Zurzeit stellen seine Aktivisten eine Gefahr vor allem in kleineren Städten dar, darunter Světlá nad Sázavou, Jihlava und Havlíčkův Brod.

In den letzten Monaten kam es zu personellen Verquickungen zwischen NO und der neu gegründeten Gruppierung *Autonomní nacionalisté* (Autonome Nationalisten – AN). Der NO wurde durch Aktivisten verstärkt, die den *Národní* korporativismus verließen, eine Gruppierung, die sich bis jetzt legal und politisch profilierte. An den NO-Aktivitäten beteiligen sich Personen, die wegen rassistisch motivierter Gewalt verurteilt wurden oder gegen die Ermittlungen laufen. Bei einer Demonstration am 1. Mai 2007 nahmen zwei Aktivisten teil, gegen die später wegen Mordes ermittelt wurde.

Autonomní nacionalisté (Autonome Nationalisten)

Die Gruppierung *Autonomní nacionalisté* gründete sich im Jahr 2007. Sie knüpfte an Aktivitäten der 2005 gegründeten *Nationalisté Kladno* an. Das Konzept wurde aus Deutschland übernommen, wo es sich seit dem Jahr 2002 entwickelte und vor allem

durch Christian Worch repräsentiert wird. Die tschechischen autonomen Nationalisten sind ihren eigenen Worten zufolge frei und unabhängig, lehnen eine zentrale Führung ab, weil diese nicht flexibel und durch Angriffe von außen verletzlich sei. Sie bevorzugen eine Aufspaltung in lokale Gruppen, die eigene politische Aktivitäten umsetzen und sich selbst vertreten. Einzelne Gruppen arbeiten dennoch zusammen; gleichwohl soll ausgeschlossen werden, dass ein Angriff gegen eine Gruppe die gesamte Bewegung paralisieren würde. Zusammen veranstalten sie verschiedene öffentliche und private Aktionen und entwickeln und aktualisieren Webseiten. Nationalismus ist in ihren Augen ein «Kampf um das Volk und sein Recht auf die führende Rolle beim Regieren dieses Landes». Gleichzeitig lehnen sie die Zusammenarbeit mit «ursprünglichen» europäischen Völkern nicht ab. Ein Volk ist demzufolge eine Gruppe von Menschen mit gemeinsamen «Traditionen, Geschichte, Ethnizität und Sprache».¹

Mitglieder der *Autonomní nacionalisté* sind nicht nur Nationalisten, sondern auch Nationalsozialisten; zudem gibt es eine Zusammenarbeit mit Anti-Antifa-Gruppierungen. Sie beobachten ideologische Gegner, die sie anschließend überfallen. Aktiv sind sie vor allem im Mittelböhmischen Kreis, in den Regionen um Svitavy und Zlín sowie in Nordböhmen. Zum Führungspersonal gehören Jiří Bunda und Patrik Vondrák.

Národní korporativismus (Nationaler Korporativismus)

Die Gruppierung *Národní korporativismus* gründete sich im Jahr 2004, damals unter dem Namen *Společnost korporativního směru vyššího vývoje* (Gesellschaft der korporativistischen Richtung höherer Entwicklung). Deren erster bedeutenderer öffentlicher Auftritt fand im Rahmen einer Demonstration des NO im Mai 2005 in Brno statt. Im Sommer des gleichen Jahres wandelte sich die Gruppierung in eine inoffizielle politische Vereinigung mit dem Namen *Národní korporativismus* (Nationaler Korporativismus – NK) um.

Binnen kurzem wurde der NK zu einer der aktivsten Gruppen an der Grenze zwischen Nationalismus, Neonazismus und Neofaschismus. Im Jahr 2006 veranstaltete der NK neun Demonstrationen in ganz Tschechien. Der NK überholte damit den neonazistischen *Národní odpor*, der sich auf Konzerte rassistischer Musikbands konzentriert. Im Schatten des NK stand auch die bis dahin aktivere nationalistische *Vlastenecká fronta* (Patriotische Front).

Der NK bietet seinen Anhängern unter anderem ein Programm, in dem der Sozialdarwinismus und eugenische Ideen des Nationalsozialismus übernommen werden. Laut der dort propagierten «antinatalen Politik» ist es notwendig, die hohen Geburtenraten in bestimmten Bevölkerungsgruppen zu senken. Kinder mit geistigen oder körperlichen Behinderungen sollten einer «Endlösung» zugeführt werden – in Form einer Euthanasie, die durch den Staat finanziert wird.²

Das politische Programm, die Beteiligung an öffentlichen Versammlungen und die personelle Zusammensetzung machten aus dem NK eine rechtsextremistische

1 Vgl. <http://stred.nacionaliste.com/view.php?nazevclanku=autonomni-nacionalismus&cislocanku=2006120005>, aufgefunden am 17.12.2007.

2 Entnommen der Rede von Zdeněk Zvoníček, dem stellvertretenden Vorsitzenden NK, Brno, 1.5.2005.



RWU-Aktivistin am 1. Mai 2008 in Brno

Organisation zwischen Nationalismus, Neonazismus und Neofaschismus. Im April 2008 teilte der NK seine Auflösung mit. Die Aktivist:innen wechselten zum NO und der AN, auf der politischen Ebene zur Partei Dělnická strana (Arbeiterpartei).

Frauen in der neonazistischen Bewegung

Die tschechische neonazistische Bewegung bestand lange Zeit überwiegend aus männlichen Aktivist:innen. Frauen beteiligten sich an Konzerten und Demonstrationen nur selten und zumeist lediglich als Partnerinnen einzelner Neonazis. Mitte der 1990er Jahre gründete sich in Brno im Umfeld der dortigen *Bohemia Hammerskins* jedoch eine Frauengruppe *Arische Schwestern*, die eine eigene Zeitschrift herausgab. Nach eigener Aussage handelte es sich um «stolze arische Mädchen, die Wert auf die weiße Rasse legen und denen die Zukunft ihrer eigenen Kinder nicht gleichgültig ist».³ Das Programm der *Arischen Schwestern* war offen rassistisch (so sollten keine Arbeitsplätze an Zuwanderer aus der Dritten Welt vergeben und Verstöße dagegen mit hohen Geldbußen geahndet werden) und orientierte sich auf soziale Fragen. Sie propagierten die Wiedereinführung der Todesstrafe und lehnten Homosexualität ab. Im Gegensatz zu ähnlichen Gruppen im Ausland wendeten sich die *Arischen Schwestern* auch gegen den Feminismus. In den 1990er Jahren wurden einige Ausgaben verschiedener Zines für Frauen veröffentlicht: *Valkýra* (Walküre), *Bílá růže* (Weiße Rose), *Bílá lilie* (Weiße Lilie) und *Skinheadgirl*.

3 Freya. 1994-1995, Nr. 1-2

Weibliche tschechische Neonazis versuchten 1997, die Organisation Skinheadgirlfreundeskreis *Česká republika* (SGF Tschechische Republik) als Ableger der gleichnamigen deutschen Gruppierung zu gründen. Aktivitäten dieser Gruppierung sind aber unbekannt.

Eine weitere aktive neonazistische Frauenorganisation ist *Svaz žen* (Frauenverband), der seit Ende der 1990er Jahre existiert und dessen Ziel es ist, «Rassenreinheit, Mutterschaft und Familienwerte» zu propagieren. Ursprünglich gründete sich *Svaz žen* als Zelle der neonazistischen *Národní aliance* (Nationale Allianz), derzeit existiert er unabhängig. Die Aktivistinnen sind «stolz auf die weißen Ehemänner und ihre eigenen weißen Kinder». Ihre größte Pflicht sei es, «den Zauber der Familie, die heilig ist, zu wahren». *Svaz žen* lehnt den Feminismus ab, weil die «Frau anfing, sich einzubilden, dass ihre Rechte nicht ausreichen und sie dem Mann gleichen wollte. Sie fing an, Hosen zu tragen und zu wählen. Es kam so weit, dass die meisten Frauen heute den Männern gleichen wollen. Aus Frauen werden Feministinnen.»⁴ Die Aktivistinnen wenden sich gegen Pornographie und Abtreibungen. Zurzeit sind sie vor allem im Internet aktiv. Öffentliche Aktivitäten übernahmen sie aus dem Umfeld des *Národní odpor* und der *Autonomní nacionalisté*, die nacheinander zwei unabhängige neonazistische Frauenorganisationen gründeten.

Seit Anfang 2007 bestand eine Gruppierung namens *Supporter National Resistance – Women Side* (NRS-WS), die Aktivisten des NO unterstützt. Ziel dieser Organisation ist es, sich um Familie und Kinder zu kümmern. Es wird kein politisches Programm entwickelt; außer der Teilnahme an Demonstrationen sind die Mitglieder nicht politisch aktiv. Bei der aufgelösten Demonstration am 1. Mai 2007 in Brno bildete sie eine eigene Sektion im Demonstrationszug mit einem Transparent in schwarz-weiß-roter Farbkombination. Nach einigen Monaten wurde eine Aktivistin als V-Frau beschuldigt. Die gesamte Organisation wird danach von männlichen Aktivisten als Sicherheitsrisiko angesehen, weil sie angeblich seitens staatlicher Organe infiltriert werden könne. Danach reduzierte die Gruppe ihre Teilnahme an Demonstrationen, steigerte aber ihre Aktivität im Internet. Die Mehrzahl der neonazistischen Gruppierungen entfernte aber die Banner, die auf die Webseiten der Women Side verlinkten.

Ebenfalls im Jahr 2007 gründete sich eine Splittergruppe, die *Resistance Women Unity* (RWU), die sich schnell als führende rechtsextremistische Frauenorganisation profilierte. Obwohl sie eine Organisation zur Unterstützung von NO und AN ist, bemüht sie sich um ein eigenes politisches Programm, das im Internet und bei Reden auf neonazistischen Demonstrationen vorgestellt wird. Die RWU-Mitglieder verstehen sich nicht als Feministinnen, die eine «Herrschaft der Frauen oder Quoten für Frauen in Unternehmen fordern, wie einige Genderorganisationen es heute tun.»⁵ Im Gegensatz zur zuvor beschriebenen Gruppierungen engagieren sie sich aber nicht aktiv gegen Feminismus. Sie lehnen eine multikulturelle Gesellschaft ebenso ab wie Drogen, Prostitution, Pädophilie, Polygamie, Homosexualität, Anarchismus und Kommunismus. Nach eigenen Angaben knüpfte die RWU 2007 Kontakte mit dem Ring Nationaler Frauen der NPD.

4 Svaz žen. In *Nová tvář svazu žen*. On-line: <http://www.womensunion.wz.cz>, aufgefunden am 18.6.2008.

5 Resistance Women Unity. In *O nás* On-line: <http://women-unity.org/O%20NAS.htm>, aufgefunden am 16.6.2008.

In der Szene werden Frauen nur in gewissem Rahmen respektiert. Ihnen werden die Rollen als Unterstützerin und Mutter zugewiesen. Gleichwohl wird es ihnen regelmäßig und mit relativ großem Erfolg ermöglicht, sich mit Reden bei Demonstrationen vorzustellen. Individuelle politische Aktivitäten (z.B. eigene Demonstrationen) sind von den weiblichen Neonazis nicht zu erwarten; sie würden von den männlichen Kameraden vermutlich auch nicht unterstützt.

Persönliche Kontakte nach Deutschland

Verbindungen zwischen Aktivisten tschechischer neonazistischer Gruppierungen und deutschen Neonazis gibt es zumeist auf persönlicher Ebene. Nationalistische Vereinigungen wie *Národní strana* oder *Vlastenecká fronta* unterhalten wegen unterschiedlicher politischer Positionen keine Kontakte zu deutschen Rechtsextremisten. Auf ihren Webseiten erwähnen sie sporadisch Geschehnisse in Deutschland, wenn diese als der Meinungsfreiheit abträglich eingeschätzt werden.

Enge Verbindungen nach Deutschland knüpften in den 1990er Jahren Filip Vávra und Jan Brčák, zwei Repräsentanten des NO Praha, die wegen ihrer Sprachkenntnisse auch in der Lage waren, die Kontakte zu pflegen. Nach einer Razzia im Jahr 1999, die den Pilsener Zweig der *Blood & Honour-Division Bohemia* und damit einen Teil der neonazistischen Bewegung paralyisierte, versuchten Vávra und Brčák, einen legalen Verein zu gründen. Sie orientierten sich dabei an der Jugendorganisation der NPD, den Jungen Nationaldemokraten (siehe unten). Das Unterfangen hatte keinen Erfolg. Längerfristige Kontakte mit der NPD pflegt Michal Podolák, ein Aktivist des NO Jihlava, der aus taktischen Gründen nicht auf öffentlichen Versammlungen in Tschechien auftritt. Vermutlich steht er aber hinter den meist pro-deutsch orientierten Beiträgen auf der NO-Webseite. In letzter Zeit knüpfte und pflegte auch eine Gruppe um Erik Sedláček, Patrik Vondrák, Milan Hroch und Jiří Bárta enge Kontakte zu deutschen Neonazis. Sie besuchen mehrmals im Jahr Fraktionen der NPD vor allem in Sachsen, laden mit unterschiedlichem Erfolg deutsche Aktivisten nach Tschechien ein und verbreiten die Strategie der deutschen Rechtsextremisten in Tschechien.

Themen

In der rechtsextremen und rechtsradikalen Szene in Tschechien gibt es viele gemeinsame Themen, aber auch Punkte, die derart strittig sind, dass eine offizielle Zusammenarbeit praktisch ausgeschlossen ist. Diese Differenzen haben ihren Ursprung in der Sicht auf die Geschichte und die Rolle des tschechischen Volkes in Bezug auf das Dritte Reich.

Rechtsradikale und Nationalisten konzentrieren sich bei der Themenwahl vor allem auf Nationalismus, Traditionalismus, Tschechentum, ein konservatives Familien-, Ehe- und Partnerschaftsverständnis sowie die rassische und religiöse Homogenität des tschechischen Volkes. Sie sind kritisch gegenüber Nazismus und Neonazismus, profilieren sich antideutsch und pflegen keine Kontakte mit deutschen rechtsextremistischen Parteien wie NPD und DVU. Kontakte zu ähnlich orientierten Parteien im Ausland sind marginal. Die *Národní strana* steht in Verbindung mit der schwedischen Sverige *Demokraterna* und nahm an einem Aufmarsch gegen den Islam teil, der 2007 in Brüssel organisiert wurde. Der Verein *Vlastenecká fronta*



«Multi-Kulti. Nicht mit uns!»

publiziert auf der Altermedia-Webseite, die Teil eines europaweiten nationalistisch-konservativen Netzwerkes ist. Zudem gibt es Kontakte zur slowakischen nationalistischen Partei *Slovenská pospolitost'*.

Demgegenüber präsentieren sich Rechtsextremisten und Neonazis offen als nationale Sozialisten, die sich an der internationalen Bewegung orientieren und deren Hauptbindeglied die Idee und der Kampf um die Überlegenheit einer weißen Rasse ist. Gerade durch diese Orientierung versuchen tschechische (und slowakische) Neonazis ein historisches Problem zu überwinden, das darin liegt, dass der traditionelle deutsche Nazismus die Tschechen und Slowaken zu Menschen zweiter Klasse erklärt, die für Assimilierung oder Vernichtung bestimmt seien. Der Internetpräsentation des *Národní odpor* nach «glauben die nationalen Sozialisten an die wiederhergestellte Einigkeit des weißen Volkes und wollen seine Einzigartigkeit bewahren. Daher (...) ist es nicht wichtig, ob unser Kamerad aus dem Westen oder Osten kommt, aus dem Norden oder Süden. Wichtig ist nur, ob er unser Kamerad ist, ob seine Herkunft unbefleckt von fremden Rassen und sein Blut seit dem Ankommen seiner Ahnen aus dem Kaukasus rein geblieben sind. Für Mischlinge, auch wenn sie mit uns sympathisieren, gibt es keinen Platz unter uns, sondern anderswo in der Welt, wo sie in einer multirassischen Gesellschaft leben wollen. Nicht in Europa.»⁶ Gleichzeitig setzen sie sich mit dem Einfluss des deutschen Nazismus auseinander, in dem sie behaupten, dass «die NS-Politik vorrangig vom deutschen Nationalismus und durch die stürmische Zeit des Geburt der Nationalstaaten in Europa beeinflusst wurde. Trotzdem war die NS-Idee nicht nur germanisch.»⁷

6 Everhard, E., *Národní odpor*. In *Nacionální socialismus dnes*. <http://www.odpor.org/index.php?page=clanky&kat=&clanek=474>, aufgefunden am 10.1.2008.

7 Ebd.

Tschechische Neonazis versuchen ihre deutschen Gegenüber als gleichberechtigte Partner darzustellen. Insbesondere der *Národní odpor* identifiziert sich zunehmend mit der Politik der NPD und weiteren deutschen neonazistischen Gruppierungen. NO-Aktivisten knüpften Kontakte mit der NPD und unterstützen mit ihrer Anwesenheit öffentliche Veranstaltungen und andere Aktionen. Sie prägen den Nationalismus nicht mehr als Tschechentum, sondern verherrlichen insbesondere solche Personen, die sich Verdienste um die tschechisch-deutsche Kollaboration in der NS-Zeit erwarben. Ihrer Darstellung nach profitierte das tschechische Volk während der Zeit des Protektorats Böhmen und Mähren vom Schutz des «Reiches». Festzustellen ist, dass die Übernahme von Themen eine Einbahnstraße darstellt. Deutsche Neonazis lassen sich von den tschechischen Kameraden nicht inspirieren.

Thematisch zwischen Nationalisten und Neonazis bewegen sich die autonomen Nationalisten und die nationalen Korporativisten. Überschneidungen mit den Nationalisten gibt es hinsichtlich des tschechischen Patriotismus und der historischen Traditionen. Allerdings wird nicht gezögert, bestimmte Themen des *Národní odpor* zu übernehmen. Dazu gehört das Engagement in der Anti-Antifa-Bewegung und die aktive Unterstützung der so genannten PoW (Prisoner of War), also von Neonazis, die wegen Gewalttaten verurteilt wurden. Auch auf der persönlichen Ebene sind diese Gruppierungen mit dem NO verbunden. Der *Národní odpor* wird zurzeit offen als neonazistische Organisation verstanden, was sein Handeln in der Öffentlichkeit erschwert. Deswegen ist es möglich, dass die *Autonomní nacionalisté* eine Plattform für NO-Aktivisten werden, die bestrebt sind, eine Repression seitens staatlicher Organe zu vermeiden.

Rassismus und Antiziganismus

Ein spezifisches Thema der rechten Szene in Tschechien ist der Antiziganismus, eine besondere Form des Rassismus, die sich gegen Roma richtet. Sowohl Rechtsradikale als auch Rechtsextremisten sehen die «Homogenität» des tschechischen Volkes als wichtigstes Ziel. Daher richtet sich ihr Rassenhass vor allem gegen Roma, daneben aber auch gegen Vietnamesen, Chinesen und Menschen mit anderer Hautfarbe.

Die Tschechische Republik wurde erst nach 1989 ein Zielland für Migration, insbesondere von Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion und aus Vietnam. Größere Zuwanderung von Menschen mit dunkler Hautfarbe oder Muslimen gibt es bislang kaum. Die tschechische Gesellschaft kann aus dieser Sicht also als ethnisch, religiös und kulturell homogen bezeichnet werden. Nach außen tretende Probleme mit der Integration der Ausländerinnen und Ausländer,⁸ die in Tschechien leben, gibt es nicht – vor allem wegen deren niedriger Zahl und ihrer sozialen Isolation. Anzunehmen ist, dass Rassismus und religiös, ethnisch oder anders begründete Fremdenfeindlichkeit zunehmen – wegen steigender Zahlen von Migrantinnen und Migranten, einer härteren Konkurrenz auch jenseits traditioneller niedrigqualifizierter Berufe und einer nicht gelungenen Integrationspolitik, deren Bedeutung bislang unterschätzt wird.

Antiziganismus ist dem gesamten Spektrum der Rechtsextremisten und -radikalen eigen. Die *Národní strana* greift Roma auf ihrer Webseite und in der Partei-

⁸ Hier sind vor allem die Vietnamesen gemeint.



Aktivisten der Národní strana störten im Mai 2007 eine Gedenkveranstaltung in dem ehemaligen KZ für Roma in Lety bei Písek

zeitung *Národní politika* (Nationale Politik) an. Eine weitere Methode ist die direkte Störung von Gedenkveranstaltungen der Roma. Bei einer eigenen Veranstaltung im Januar 2006 in Lety bei Písek zog die *Národní strana* den Genozid an den böhmischen und mährischen Roma, die in der Zeit des Protektorats im dortigen KZ untergebracht worden waren, in Zweifel. Sie relativierten den Genozid mit der Behauptung, dass die Lager für Arbeitsscheue errichtet worden und die Roma dort dementsprechend zu Recht interniert gewesen seien. Einzige Opfer einer Typhusepidemie seien drei tschechische Wachleute gewesen.

Die *Národní strana* verteuftelt die Roma als Gruppe anpassungsunfähiger Schmarotzer und warnt vor einem Anstieg ihrer Anzahl. Roma werden zudem unkorrekt als Zigeuner bezeichnet.⁹ Auf der Internetseite der Partei findet sich ein sogenannter Populationskalkulator, der es ermöglichen soll, die steigende Zahl der «Zigeunerbevölkerung» in Tschechien bis zum Jahr 2050 zu berechnen, womit auf eine vermeintliche Gefahr der «Ziganisierung» des Staates aufmerksam gemacht werden soll. Die Partei propagiert die Abschiebung der Roma in ihr «Herkunftsland», das heißt nach Indien. Im Jahr 2007 unternahm die *Národní strana* provokativ einige «liebliche

⁹ Die Verwendung des Terminus ist kontextabhängig. Roma selber nennen sich oft Zigeuner. Von Nationalisten oder Neonazisten verwendet, hat der Begriff aber einen klar abwertenden Charakter.

Züge»¹⁰, bei denen sie in Roma-Siedlungen in provokatorischer Absicht ihre Partei-zeitung verteilte.

Auch die Neonazis des *Národní odpor* setzen auf Antiziganismus als eine ihrer ideologischen Ausgangsthesen. Auf den Webseiten wird dem Thema aber weniger Platz eingeräumt als dem Antisemitismus. Grund ist womöglich, dass ein Teil der Texte von ausländischen Internetseiten oder historischen Quellen stammt, wo Juden als Hauptfeinde dargestellt werden.

Insbesondere in den 1990er Jahren war der Antiziganismus ein ideologisches Hauptthema bei einer großen Anzahl öffentlicher Veranstaltungen tschechischer Neonazis. Häufig zu sehen waren Transparente mit Aufschriften wie «Zigeuner vergasen», «Zigeuner an die Arbeit», «Wir wollen ein weißes Tschechien» und der auf ein Lied der neonazistischen Band Braník anspielenden Parole «OI auf ROI»¹¹ zu sehen. Generell finden sich Texte gegen Roma zudem bei der Mehrzahl neonazistischer Musikbands.¹² Verbale Angriffe auf Roma gab es zudem in den 1990er Jahren

10 Mit dem Begriff «liebliche Züge» bezeichnet die *Národní strana* Ausflüge in Regionen mit dem Ziel, die Idee des tschechischen Nationalismus zu verbreiten. Der Begriff ist auf die Hussiten zurückzuführen. Diese unternahmen «liebliche Züge» in Regionen, die «missioniert» werden sollten.

11 Das Lied «OI auf ROI» richtete sich gegen die erste tschechische politische Partei der Roma (ROI ist die Abkürzung von Romská občanská iniciativa, also Roma-Bürgerinitiative).

Klauen, saufen, vergewaltigen, das ist, was sie können

Ich bin nicht in Sicherheit, wenn sie was unternehmen

Was machen wir nur mit denen, denen, denen

Oi auf roi oi oi oi auf roi

Oi auf roi oi oi oi auf roi

Der Zigeuner weiß wohl nicht, was Arbeit ist

Dafür aber will er gern mit Geld umgehen

Soll er ziehen weiter, weiter, weiter

Oi...

Sie wollen keine Skinheads werden, was sind das für Menschen

Wir wollen sie hier nicht haben, im weißen Tschechien haben sie nichts zu suchen

Die sollen uns nicht bescheißen

12 Vergleiche das Lied «Tvoje cesta» (Dein Weg) der Band Conflict 88, das auf dem Album «Power Oil!» veröffentlicht wurde:

Sie besetzen Märkte, Cafés und Bars

Jeder Weiße hat vor denen Angst

Nun wundert ihr euch, wem ihr Böhmen gegeben habt

Ich lass mir nicht von Zigeunern die Kehle durchschneiden

Sie zahlen keine Miete, schießen auf Gesetze

Ihr Benehmen wird immer entschuldigt

Wann verrecken sie endlich in diesem Land

Wer sie hier nicht haben will, soll mit uns kommen

Ich weiß es, die Welt wird sauber sein

Man muss nur das Ziel verfolgen

Ich bin mir ganz sicher

Es reicht, nur die Netze auszuwerfen

Leute, geht raus aus euren Häusern

Kommt zu uns

Es gab schon genug der Roma

Ihr Benehmen wird bestraft

in den meisten rechtsextremistischen Zeitschriften. Von rassistischen und neonazistischen Skinheads ging in jener Zeit rassistisch motivierte Gewalt gegen Roma und Vertreter anderer Minderheiten aus.

Ein weiteres häufiges Ziel von verbalen¹³, aber auch körperlichen Angriffen seitens der Rechtsradikalen und -extremisten ist die asiatische Minderheit. Vietnamesische Händler werden als unehrlich und betrügerisch dargestellt, deren Ziel es sei, Tschechien mit qualitativ minderwertiger Ware zu überfluten und die tschechischen Gewerbetreibenden zu verdrängen. Insbesondere Anfang der 1990er Jahre gab es viele Übergriffe gegen die vietnamesische Minderheit. Auffällig ist dagegen, dass die Arbeitsmigration aus Osteuropa für die rechte Szene kein bedeutendes Thema darstellt.

Antisemitismus und Holocaustleugnung

Ein Thema, das tschechischen Rechtsextremisten eine Anbindung an internationale Diskurse ermöglicht, ist der Antisemitismus. Er manifestiert sich in verbaler Gewalt und Sachbeschädigungen gegenüber jüdischen Gemeinden. Daneben wird immer wieder der Holocaust geleugnet.

Ein bedeutender Holocaustleugner war Ingenieur Roman «Elmar» Skruný, der Nestor des tschechischen Nazismus und Neonazismus. Skruný sprach sein ganzes Leben davon, dass Sudeten ein untrennbarer Teil des «Großdeutschen Reiches» seien. Seit Ende 2001 kursierte in neonazistischen Kreisen eine Aufnahme Skrunýs mit dem Titel «Wahrheit über die Lüge». Inhaltlich beschäftigt sie sich mit der Verteidigung des nationalen Sozialismus, des Sozialdarwinismus und der Leugnung der Shoa. Gegen Skruný wurde wegen dieser Aufnahme ermittelt.

Tschechische Neonazis interessieren sich zudem für die Strafverfolgung ausländischer Revisionisten. Große Unterstützung gewannen im Jahr 2005 vor allem Ernst Zündel und John Irving im Zusammenhang mit ihrer Verfolgung in Deutschland und Österreich. *Národní korpotativismus* und *Národní odpor* organisierten eine Kundgebung vor der deutschen Botschaft in Prag und forderten einen «gerechten» Prozess für den deutschen Holocaustleugner. Im Zusammenhang mit dieser Kundgebung wurde der Neonazi Antonín Čermák zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt. Auf den Vorwurf eines Teilnehmers der Gegendemonstration, es seien Millionen jüdischer Kinder vernichtet worden, antwortete er mit den Worten «Nur, nur?». Damit erfüllte er den Strafbestand der Unterstützung und Propagierung einer Bewegung, die sich auf Abbau der Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten richtet.

Im Jahr 2000 wurde eine Broschüre herausgegeben, die 2005 an Dutzende Schulen und Universitäten verschickt wurde und den Titel «Auschwitz – Wahrheit vs. Fiktion» trägt. Der Autor, der nur unter dem Pseudonym Pavel Fabián bekannt und Vorsitzender des *Národně vzdělávací institut* (Institut für nationale Bildung)

¹³ Aus dem Lied «Čechy Čechům» (Tschechien den Tschechen) der Band Braník, das auf dem Album «Power Oil!» veröffentlicht wurde:

Ein gelber Kopf, ein roter Bambus lebt hier mit uns

Wir Tschechen haben es satt, verpisst euch, ohne euch haben wir hier Paradies Oi

Sie sollen hier arbeiten, stattdessen bringen sie uns um

Schwimmbäder sind verseucht mit ihren Krankheiten

Dass wir sie hier nicht wollen, ist doch allen klar, warum sollen wir hier mit Vietnamesen leben

sein soll, wurde noch nicht identifiziert. Geschichtsrevisionismus erlebt in Tschechien eine Konjunktur, was auch die Webseiten dieses Instituts belegen. Dort können viele geschichtsrevisionistische Schriften heruntergeladen werden, darunter die sogenannten Leuchters- und Rudolf-Gutachten, die die Existenz der Gaskammern bezweifeln, oder die erwähnte Aufnahme von *Skruný*.

Antikommunismus, Antikapitalismus und weitere Anti-Einstellungen

Tschechien ist ein postkommunistisches Land, das die eigene Geschichte noch nicht völlig bewältigt hat. Rechtsextremisten und -radikale profilieren sich gerne als Menschen, die aktiv gegen Kommunismus und die Linken auftreten. Solange die antikommunistischen Aktivitäten der Szene seitens der Medien nicht kritisiert werden, nimmt die Öffentlichkeit diese als unschädlich wahr.

Antikommunismus findet sich als Ziel bei den meisten ultrarechten Gruppierungen, die in der Regel die Begriffe Kommunismus und Bolschewismus als Synonyme verwenden. Der *AN Sever* (AN Nord) hält es für notwendig, die «Stärke» der Kommunisten einzudämmen: «Wir müssen ständig an die Ungeheuerlichkeiten erinnern, die sie dem Volk und der Heimat zugefügt haben, so dass der Kommunismus nie wieder aufsteht und Böses tut...» Im Prinzip sei es möglich, gegen den Kommunismus alle Methoden zu nutzen: «Wir müssen gegen den Bolschewismus mit allen Mitteln kämpfen, sowohl politisch als auch mit Gewalt.»¹⁴ Der NO veranstaltet schon traditionell eine Aktion «Mit Sport gegen Drogen, mit Musik gegen Kommunismus».

Neonazistische Gruppierungen in Tschechien fahren zudem einen harten Kurs gegen Kapitalismus und die «bourgeoise» Demokratie. Es heißt, der «globale Pseudokapitalismus ist Kapitalismus, der nicht mehr auf der Herstellung von Produkten basiert, sondern vor allem auf Manipulation mit Finanzen. Es ist ein System, der vollständig mit der liberalen Demokratie eins wurde und diese in die verdorbenste Regierungsform umwandelte, welche die Geschichte der Menschheit sah. Verdient dieses System überhaupt noch die Bezeichnung Kapitalismus? Ist Kapitalismus das Problem, um das es hier geht? Nein, unser Problem heißt nicht Kapitalismus. Das ist nur ein Wort, dass wir uns aufzwingen ließen. Unser Problem heißt nämlich «bourgeoise Demokratie.»¹⁵ Kapitalismus als eine unerträgliche Gesellschaftsform, die aufzulösen und durch den nationalen Sozialismus zu ersetzen sei.

Das antikapitalistische Programm prägte auch die NO-Demonstration am 1. Mai 2007. Dieser Tag wird weiterhin als Nationalfeiertag in der Tradition des Dritten Reichs gesehen.¹⁶ Danach «sichert nationaler Sozialismus den einzelnen Arbeiter dagegen ab, irgendwann wieder Opfer der Ausbeutung durch einzelne Kapitalisten

¹⁴ <http://sever.nacionaliste.com/view.php?cisloclanku=2007050005>, aufgefunden am 10.5.2008.

¹⁵ Národní odpor. In *Projevy připravené k 1. máji 2007*, 1. <http://www.odpor.org/index.php?page=clanky&kat=&clanek=613>, aufgefunden am 10.6.2008.

¹⁶ Der 1. Mai wurde durch das «Gesetz über die Einführung eines Feiertags der nationalen Arbeit» vom 10. April 1933 zum nationalen Feiertag. Einen Tag nach seiner Einführung stürmten die Nazis die Gewerkschaftshäuser und verboten die Gewerkschaften. Heute wird der 1. Mai in Tschechien und der BRD als «Tag der Arbeit» gefeiert.

zu werden»¹⁷. Mit solchen antikapitalistischen Äußerungen nähern sich die Neonazis paradoxerweise den politischen Gegnern. Auch linke und anarchistische Gruppen üben starke Kapitalismuskritik. Am 1. Mai, den beide Seiten als Teil ihrer jeweils eigenen Ideologie verstehen, stehen sich beide Seiten gegenüber.

Alle rechtsextremistischen Gruppierungen stehen der Beteiligung Tschechiens an internationalen politischen und militärischen Strukturen wie EU und NATO kritisch gegenüber und demonstrieren dagegen. Sie verstehen die Einbindung in diese Bündnisse als Angriff an die nationale Souveränität und das nationale Interesse des tschechischen Staates und beschwören die Gefahr einer «Auflösung des tschechischen Volkes» im multikulturellen Europa. Im Zusammenhang mit der geplanten Stationierung amerikanischer Radareinrichtungen in Tschechien demonstrierten Rechtsextremisten gemeinsam mit linksorientierten Aktivisten und mit der Initiative Ne základnám (Nein zu militärischen Basen), die ein breites politisches Spektrum von radikalen Kommunisten über Grüne bis zu Pazifisten umfasst.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung und der Kampf gegen das System

Der «Kampf gegen das System» gehört zu den Hauptzielen der tschechischen Neonazis. Momentan sehen sie sich dabei in einer Phase der Vorbereitung. Sie versuchen sich personell zu stärken und für einen «echten» Straßenkampf vorzubereiten. Dabei präsentieren sie sich als völkische Aktivisten, die für die Bewahrung der nationalen Souveränität und des weißen Europas kämpfen. Das herrschende Regime bezeichnen sie als totalitär.

Vor allem im Zusammenhang mit wiederholten Verboten der von Rechtsextremisten organisierten öffentlichen Versammlungen begannen Neonazis in der zweiten Hälfte des Jahres 2007, das Versammlungsrecht und das Recht auf freie Meinungsäußerung zu thematisieren. Versammlungsverbote, erteilt durch staatliche Verwaltungsorgane und anschließend aufgehoben durch Gerichte, können dabei eine gefährliche Präcedenzwirkung entfalten. Die rechte Szene erhält dadurch Argumente, welche beweisen sollen, dass sie durch die demokratische Gesellschaft zu Unrecht verfolgt werden: «Wir versammeln uns hier, weil die Geschehnisse der letzten Tagen uns überzeugen, dass die durch die herrschende Clique propagierte Meinungs- und Versammlungsfreiheit im existierendem SYSTEM einfach nicht funktioniert! (...) Der Pilsner Oberbürgermeister hat unsere Demonstration für Meinungsfreiheit, die zu dieser Zeit in der westböhmischen Metropole stattfinden sollte, verboten.»¹⁸

Politische Gegner und die Zivilgesellschaft

Regelmäßiges Ziel verbaler und körperlicher Angriffe der Nationalisten und Nazis sind politische Gegner und Vertreter der Zivilgesellschaft. Während Nationalisten sich auf verbale Angriffe und die Denunziation der Arbeit bürgergesellschaftlicher Gruppierungen beschränken, schrecken die Neonazis auch vor körperlicher Gewalt nicht zurück. Etwa seit 1995 stellen sie Listen mit Fotos, Namen und Adressen der

17 Národní odpor. In Projevy připravené k 1. máji 2007, 1. <http://www.odpor.org/index.php?page=clanky&kat=&clanek=613>, aufgefunden am 10.6.2008.

18 Projev za hnutí NO ze spontánní demo v Praze. <http://www.odpor.org/index.php?page=clanky&kat=2&clanek=748>, aufgefunden am 18.6.2008.

Gegner her, die zur «Liquidierung» bestimmt sind. Diese werden auf Internetseiten und in öffentlichen oder nichtöffentlichen Foren präsentiert.

Gegenwart

«Propaganda ist wichtig, damit neue Menschen Interesse an unserer Sache gewinnen. Sie ist auch deswegen wichtig, damit sie den Kameraden nationalen Sozialisten das Niveau der Aktivitäten und des Professionalismus zeigt, auf dem sich unsere Organisation bewegt. Vergesst nicht, dass dies in diesem Stadium wichtiger sein könnte, als neue, illusorische, in dieser Zeit eher mystische «Massen» zu gewinnen. In unserer Umgebung gibt es mehr unorganisierter «Veteranen» des nationalen Sozialismus als potenzielle neue nationalen Sozialisten.»¹⁹

Die tschechischen Neonazis konzentrieren sich derzeit vor allem auf die Entwicklung der eigenen Bewegung, die Verbreitung der Ideen und der Ideologie des nationalen Sozialismus sowie die Rekrutierung neuer Anhänger. Im geringeren Maße unternehmen sie gewalttätige Aktivitäten auf den Straßen; eine politische Teilnahme streben sie nicht an. Längerfristig befindet sich die Bewegung in einer Phase der Vorbereitung auf den Kampf mit «dem System, anpassungsunfähigen Minderheiten, der islamischen Gefahr und der zionistischen Lobby.» Gleichzeitig sieht sie sich der Repression durch staatliche Verfolgungsbehörden ausgesetzt, die der öffentlichen neonazistischen Propaganda klare Grenzen setzen und damit eine bedeutendere Entwicklung der Bewegung verhindern.

Die wichtigsten Instrumente der neonazistischen Propaganda sind Demonstrationen, Konzerte, Sport- und Bildungsveranstaltungen, der Aufbau und die Unterhaltung von Webseiten sowie die Herstellung und Verbreitung propagandistischer Materialien. Rechtsradikale (also Nationalisten) distanzieren sich dabei von jeder Gewaltanwendung; für die eigene Propaganda setzen sie auf Demonstrationen und Wahlkundgebungen, die Verbreitung von Druckmaterialien und auf Webseiten. Für Nationalisten sind das Medieninteresse und die Teilnahme an öffentlichen Wahl Diskussionen in Medien essentiell.²⁰

Demonstrationen

Demonstrationen sind eines der Instrumente, die Rechtsextremisten gerne für ihre Selbstdarstellung verwenden. Sie sollen die Öffentlichkeit ansprechen und politischen Überzeugungen verbreiten. Ziel ist es, die Verbundenheit der Aktivisten mit den Ideen zu stärken, aber auch «die Stärke des nationalen Sozialismus»²¹ zu demonstrieren. Diese Veranstaltungen werden als Vorstufe für den «wahren» Kampf verstanden: «Eins weiß ich sicher. Am Freitag demonstrieren wir. Am Samstag bilanzieren wir. Und einmal – einmal rechnen wir ab!»²²

Die Organisation von Demonstrationen und öffentlichen Kundgebungen

19 Max Hammer, M. Polní manuál. <http://www.nsec-88.org/knihy/Polni-manual-Hammer/3-Propaganda.html>, aufgefunden am 10.6.2008.

20 Entsprechend äußert sich Petra Edelmanová, die Vorsitzende der Národní strana.

21 Aus einer Proklamation des NO Brno vor dem 1. Mai 2007.

22 Erik Sedláček alias Sedlis Diehard, Když se prase bojí řezníka ... <http://www.odpor.org/index.php?page=clanky&kat=&clanek=320>

regelt das Gesetz über das Versammlungsrecht, welches das Recht auf öffentliche Versammlung generell gewährt. Ähnlich wie in Deutschland benötigen solche Versammlungen in Tschechien keine Genehmigung seitens der Verwaltung. Diese kann Versammlungen nur verbieten, falls sich deren angemeldetes Ziel gegen die Verfassung oder geltende Gesetze richtet, die Menschenrechte und bürgerliche Freiheiten anderer Menschen verletzt oder zu Gewalt aufstachelt. Das Verbot einer öffentlichen Versammlung kann hingegen nicht damit begründet werden, dass der Anmelder Mitglied einer extremistischen Organisation ist. Eine Demonstration kann von einer Privatperson, einer juristischen Person oder einer Gruppe von Menschen angemeldet werden. In Tschechien gibt es keine Liste von Organisationen, die keine Demonstration anmelden oder veranstalten dürfen.²³ Eine angemeldete Demonstration kann aus denselben Gründen aufgelöst werden, die für ein Verbot maßgeblich sind.²⁴

Ein deutlicher Unterschied zwischen Deutschland und Tschechien, was die gesetzliche Regelung von Demonstrationen anbelangt, ist das Fehlen eines Vermummungsverbots in Tschechien. Nur wenn die Polizei gegen die Demonstration eingreift, müssen Demonstranten nach entsprechender Aufforderung eventuelle Vermummungen beseitigen. Wegen fehlender Sanktionierung verhüllen 30 bis 70 Prozent der Teilnehmer von Aufmärschen ihr Gesicht. Dies erhöht die Bereitschaft, sich öffentlich mit der neonazistischen Bewegung zu identifizieren, und erleichtert das Begehen von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten während und unmittelbar nach Demonstrationen. Neonazis nutzen den psychologischen Aspekt der Vermummung: Eine vermummte Menge wirkt wesentlich aggressiver.

In den vergangenen drei Jahren stieg die Zahl rechtsextremistischer oder -radikaler öffentlicher Versammlungen deutlich an. Gab es 2006 noch 23 solcher Aufmärsche, waren es 2007 schon 27. Gleichzeitig nimmt auch die Teilnehmerzahl neonazistischer Demonstrationen zu. Bei nationalistischen Kundgebungen dagegen sinkt die Teilnehmerzahl. Öffentliche Versammlungen finden überall in Tschechien statt. Insbesondere der *Národní korporativismus*, die *Národní strana* und der *Národní odpor* sind bereit, auch in kleineren Städten Anhänger anzusprechen. In bestimmten Fällen können auch mehrere Organisatoren gemeinsam auftreten, die sich ideologisch nahestehen – so der *Národní odpor*, *Autonomní nacionalisté*, *Národní korporativismus* und die *Dělnická strana* oder die *Vlastenecká fronta*

23 Das bundesdeutsche Versammlungsgesetz verbietet bestimmten Personengruppen das Recht zur Veranstaltung von Versammlungen oder zur Teilnahme: Personen, gegen die Entscheidungen nach Art. 18 GG (Aberkennung von Grundrechten) ergangen sind; Personen, die Ziele einer verfassungswidrigen Partei oder deren Ersatzorganisation fördern wollen; Parteien, die durch das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt wurden; Vereinigungen, die nach Vereinsgesetz bzw. Art. 9 Abs. 2 GG verboten wurden. Verboten ist auch das Tragen von Waffen und Uniformen bzw. Uniformteilen zur Darstellung einer politischen Gesinnung. Für Jugendorganisationen gilt hinsichtlich der Uniformen eine Ausnahmeregelung, wenn sich diese vornehmlich der Jugendpflege (bspw. Pfadfinder, Jugendfeuerwehr) widmen. Versammlungen unter freiem Himmel, die nicht auf Grund dieser Einschränkungen verboten sind, müssen vom Veranstalter 48 Stunden vor Bekanntgabe angemeldet werden. Ausgenommen hiervon sind sog. «Spontan-Demonstrationen».

24 Am 1. Mai 2007 wurde in Brno vom Nationalen Widerstand ein «Aufmarsch zum traditionellen Gedenken an den 1. Mai» organisiert, der kurz nach Beginn aufgelöst wurde.



Die Demonstration am 1. Mai 2006 in Prag

und der *Národní korporativismus*. Die Nationalisten meiden es grundsätzlich, mit Neonazis aufzutreten, diese hingegen können öffentliche Versammlungen der Nationalisten aber individuell unterstützen. Trotz der offiziell erklärten Unwilligkeit von Neonazis und Nationalisten zur Zusammenarbeit gibt es daneben auch bei öffentlichen Auftritten persönliche Verknüpfungen. Gleichzeitig ist ein Trend erkennbar, wonach mit steigender Intensität eigener Demonstrationen die Unterstützung der Neonazis für nationalistische Veranstaltungen sinkt.

Die extreme Rechte organisiert Demonstrationen einerseits an Tagen, die für sie in verschiedener Weise bedeutend sind, andererseits um öffentlich diskutierte Themen für eigene Zwecke zu benutzen.²⁵ Für die Nationalisten sind vor allem Tage interessant, die mit einem historischen Geschehen verbunden sind. Traditionell erinnert die *Národní strana* daher an die Gründung der Tschechoslowakei am 28. Oktober 1918 oder organisiert Gedenkveranstaltungen an die Besetzung der Tschechoslowakei sowie die Gründung des Protektorats Böhmen und Mähren am 15. März 1939. Die *Vlastenecká fronta*, die sich in der Tradition des tschechischen Faschismus sieht, trifft sich regelmäßig am Grab von Radola Gajda, dem Vorsitzenden der *Národní obec fašistická*.

Die Neonazis vom *Národní odpor* konzentrieren sich auf den 1. Mai, der als Tag der Arbeit zuerst von der NSDAP institutionalisiert wurde. Zudem spielt der 21. Juli eine Rolle. An diesem Datum wurde der Roma Ota Absolón ermordet, weswegen der rassistische Skinhead Vlastimil Pechanec wegen Mordes verurteilt wurde. Die Neonazis sehen darin einen Justizfehler und benutzen das Ereignis für ihre eigenen

²⁵ Dazu gehören Demonstrationen gegen die tschechische Teilnahme am bewaffneten Konflikt im Irak.

politischen Ziele, ohne auf die tatsächlichen Interessen des Verurteilten Rücksicht zu nehmen.

Gemeinsame politische Themen von Nationalisten und Neonazis sind die Wiedereinführung der Todesstrafe²⁶, der Kampf gegen Drogenmissbrauch, die Beteiligung der Nato an bewaffneten Konflikten²⁷, die Mitgliedschaft Tschechiens in der EU, gegen positive Diskriminierung, Kommunismus, Homosexualität, linke Überzeugungen oder Anarchismus etc. Nachdem in den Jahren 2006 und 2007 mehrere neonazistische Demonstrationen verboten oder aufgelöst wurden, sind auch Meinungs- und Redefreiheit wichtige Themen.

Traditionell werden auf Demonstrationen Fahnen und Transparente mit verschiedenen Texten getragen. Die meisten Organisationen präsentieren sich mit eigenen Symbolen, Fahnen oder Logos. Nationalisten benutzen in der Regel die tschechische Fahne. Dies lehnen die Neonazis im Gegensatz dazu grundsätzlich ab; am 1. Mai 2007 wurde eine Gruppe, die tschechische Fahnen trug, sogar aus der Demonstration ausgeschlossen. Bevorzugt werden die traditionellen schwarz-weiß-roten Farben des Dritten Reichs und verschiedene Exemplare der Reichsflaggen. Andere Transparente repräsentieren die jeweilige lokale Organisation oder äußern sich zu Themen der Veranstaltung. Der *Národní odpor* ließ sich bei der Demonstration am 1. Mai 2007 offensichtlich von deutschen Kameraden inhaltlich wie visuell inspirieren. So kann der Ausruf «Svobodný, sociální, národní odpor» (Freier, sozialer, nationaler Widerstand) als tschechische Modifizierung der deutschen Parole «Frei, sozial, national» verstanden werden. Aufschriften wie «Evropo povstaň» («Europa erwache») oder «Europe awake» sind offensichtlich vom Hitlerschen Motto «Deutschland erwache» inspiriert. Eine deutliche Anleihe aus Deutschland ist auch der Trend, sich in der Öffentlichkeit als soziale Bewegung zu präsentieren, die sich gegen Kapitalismus und Kapital richtet («Wir liquidieren Kapitalismus – antikapitalistisch, revolutionär, sozial» – ein Motto am 1. Mai 2007). In den letzten Jahren ist auch eine Übernahme von transnationalen Themen zu beobachten – insbesondere Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

Deutsche in Tschechien

Dass deutschen Neonazis Demonstrationen in Tschechien zu besuchen begannen, ist den persönlichen Kontakten mit Filip Vávra und Jan Brčák geschuldet. Ihr vornehmliches Interesse gilt allerdings neonazistischen Konzerten. Demonstrationen in Tschechien unterstützten sie vor dem Jahr 2000 wahrscheinlich nur zweimal. Es handelte sich um eine am 1. Mai 1999 vom *Národní odpor* organisierte Demonstration, bei der es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit antifaschistischen Anarchisten kam, und einen Aufmarsch am 21. August 1999 zum «Gedenken an das letzte Opfer des 2. Weltkrieges», womit der Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß gemeint war. Tschechische Rechtsextremisten unterstützen im Gegenzug die deutschen Kameraden auch ohne deren Anwesenheit. Im Dezember 2001 protestierten Anhänger des *Národně sociální blok* (Nationalsozialistischer Block), einer Gruppierung, die sich später als

²⁶ Národní korporativismus, Chomutov 2006; Národní korporativismus, Frýdek-Místek, 21. Juli 2007

²⁷ Mladá nacionální demokraté, Demonstration gegen den Irakkrieg, 10. November 2007

Pravá alternativa (Rechte Alternative) als politische Partei registrieren ließ, vor der deutschen Botschaft, um gegen ein NPD-Verbot zu protestieren. Am gleichen Ort versammelten sich 2005 Anhänger des *Národní odpor* und des *Národní korpotativismus*, um sich mit dem strafrechtlich verfolgten Holocaustleugner Ernest Zündel zu solidarisieren.

Eine stärkere Teilnahme deutscher Neonazis an öffentlichen Versammlungen in Tschechien wurde erst wieder im Jahr 2007 registriert. Zur Demonstration am 1. Mai in Brno sollte auch eine Delegation der NPD kommen, geführt von Klaus-Jürgen Menzel, der später aus der sächsischen NPD-Landtagsfraktion ausgeschlossen wurde. Sie entschuldigten sich aber im letzten Moment, bedankten sich für die Einladung und übersandten eine Grußadresse, verbunden mit der Zusage für 2008. Besucher aus dem NPD-Umfeld wurden auch bei einer Demonstration am 10. November 2007 in Prag beobachtet, die von Mladí nacionální demokraté (Jungen Nationaldemokraten) organisiert wurde, bei denen es sich um Vertreter aus dem Umfeld des *Národní odpor* handelt. Nicht zuletzt die Kontakte zwischen tschechischen und deutschen Neonazis führten dazu, dass diese Versammlung von der Prager Stadtverwaltung verboten wurde. Mladí nacionální demokraté hatten die Versammlung als «Protest gegen die tschechische Beteiligung am Krieg im Irak» angemeldet. Gleichzeitig wurde auf dem deutschen neonazistischen Thiazi-Forum im Namen des NO eine Einladung zum Aufmarsch mitten durch das Prager jüdische Viertel veröffentlicht. Beide Versammlungen fanden laut Einladung gleichzeitig am gleichen Ort statt. Aufgrund dieser identischen Angaben entschied sich die Stadtverwaltung für ein Verbot. Eine Rolle spielten bei der Entscheidung zudem die Anmelder Erik Sedláček und Patrik Vondrák, zwei führende Vertreter des NO. Das Verbot wurde später durch das Stadtgericht und das Oberste Gericht aufgehoben. Trotzdem fand die Demonstration, auch wegen des Widerstandes der Zivilgesellschaft und polizeilicher Aktivitäten, nicht statt.

Tschechen in Deutschland

Im Vergleich zu den deutschen Kameraden besucht die tschechische extreme Rechte das Nachbarland viel häufiger und in größerer Anzahl. Deutlich ist, dass viele Konzepte, die in der tschechischen Szene adaptiert werden, aus Deutschland Inspiration bekamen oder gar übernommen wurden.

Einer der ersten registrierten Kontakte war die Teilnahme zweier Mitglieder des *Národně sociální blok* auf einer Veranstaltung der NPD in Leipzig im Jahr 2001. Während ihres Aufenthaltes wurden sie bei Mitgliedern der White-Power-Band Gestapo untergebracht. Ungefähr 40 Anhänger des NO unterstützten im Jahr 2003 den Rudolf-Heß-Aufmarsch im bayerischen Wunsiedel. Ein Jahr später waren es schon 120 Personen. Sie bekommen im Gegensatz zu anderen Delegationen, paradoxerweise selbst aus Russland, aber kein Recht, auf dem Podium zu sprechen. Auch in den Jahren 2005 bis 2007 beteiligten sich tschechische Neonazis an verschiedenen Demonstrationen und Veranstaltungen, die meist von der NPD organisiert wurden, so am 8. Mai 2005 und am 21. August 2005 in Berlin, am 1. Mai 2006 in Leipzig und im Februar 2007 in Dresden. Die bisher letzte große Veranstaltung mit tschechischer Beteiligung war der 63. Jahrestag der Zerstörung Dresdens im Februar 2008. Die tschechische Delegation bestand aus ungefähr 80 Teilnehmern und präsentierte ein Transparent mit der Aufschrift «Alliierter Bombenholocaust der deutschen

und tschechischen Städte».

Auf den Internetseiten des NO wurde diese Teilnahme breit kommentiert als Beleg für eine erfolgreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Tatsächlich sind Kontakte zwischen Aktivisten des NO und der sächsischen NPD nachweisbar. Konkret handelte sich um Personen im Umfeld von Patrik Vondrák sowie Erik Sedláček, Michal Podolák, Milan Hroch und Martin Janda. Letztere sind allesamt Aktivisten des NO Světlá nad Sázavou und Jihlava. Es ist anzunehmen, dass sich die politische Zusammenarbeit zwischen tschechischen und deutschen Neonazis weiter entwickelt. Günstig dafür sind das Konzept der white supremacy, die geschwächte Position von NPD-Vertretern wie Jürgen Rieger und die Grenzöffnung nach dem tschechischen Beitritt zum Schengen-Gebiet.

Konzerte und Musikhandel

Tschechische Rechtsextremisten, vor allem Neonazis, konzentrieren sich seit Beginn der 1990er Jahre auf die Veranstaltung von Konzerten mit White-Power-Musik. Die Konzerte dienen vier Zwecken. Zum einen sollen Ideologie und Einstellungen verbreitet und vertieft werden; daneben will man Kontakte anknüpfen und pflegen. Beabsichtigt ist zudem die Rekrutierung neuer Anhänger und das Erschließen neuer Geldquellen.

Für die Anfänge der White-Power-Szene stand Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahren die Band *Orlík*.²⁸ Auch wenn deren Liedtexte nicht derart explizit auf Hass, Rassismus und Antisemitismus setzen wie die Texte späterer Bands, gehören Orlík und ihre Anhänger zu den Mitbegründern des rassistischen Teils der Skinheadbewegung. *Orlík* löste sich schon 1991 offiziell auf, nachdem die Konzerte überwiegend von Nazi-Skinheads besucht wurden.²⁹ Trotzdem gehörten die Band und ihr Sänger Daniel Landa noch in den 1990er Jahren zu den Idolen der rassistischen Musikszene und der Kinderskinheads.³⁰

Fast gleichzeitig mit *Orlík* gründete sich die offen rassistische Band *Braník*, deren Mitglieder als erste in Tschechien wegen ihrer Texte strafrechtlich verfolgt wurden. Nach dem Ende von *Orlík* übernahmen deren Platz neu gegründete White-Power-Bands. Die wichtigsten waren *Hlas Krve* (Stimme des Blutes), *Buldok* (Bulldog), *Vlajka* (Fahne), *Agrese 95* (Aggression 95), *Zášť 88* (Hass 88), *Conflict 88* und weitere. Bis heute existieren und spielen in Tschechien ungefähr 50 Bands, die rund 90 Alben veröffentlicht haben. Tschechien wurde wegen seiner geographischen Lage auch ein beliebtes Zentrum für die Organisation neonazistischer Konzerte für ganz Europa. Veranstaltungen mit internationaler Teilnahme fanden in großer Intensität bis Ende der 1990er Jahre statt; zurzeit sind es noch höchstens zwei bis drei im Jahr. International gesehen orientieren sich die tschechischen Veranstalter der White-Power-

28 Orlík galt anfänglich als Band der Kelch-Skinheads, die ihre Ideologie in der Geschichte der Hussiten suchten. Sie zeigten sich nationalistisch und antideutsch, anfangs aber auch antineonazistisch. Im Repertoire der Band war auch das Lied «Faschos» («wir wollen hier keine Faschos verpisst euch mit eurem Hakenkreuz»). Vgl. den Kasten von Bohdálék.

29 In der Zeitschrift *Katolické revue* räumte Landa ein, dass Orlík sich auflöste, weil auf Konzerten bis zu 800 Menschen den Hitlergruß zeigten. So gesehen, wäre Orlík eine der erfolgreichsten Bands unter den Naziskinheads.

30 Der Begriff wird für die sehr jungen Skinheads von bis zu 17 Jahren verwendet.

Konzerte insbesondere auf die Slowakei, mit der es wegen der fehlenden Sprachbarriere sowie geschichtlicher und kultureller Zusammenhänge im Prinzip eine gemeinsame Szene gibt, sowie auf Deutschland, Polen und in letzter Zeit auch Belgien und Italien.

Konzerte in Tschechien lassen sich in drei Kategorien unterteilen. Es gibt Konzerte, die von neonazistischen Organisationen organisiert sind und auf denen neonazistische Bands auftreten, daneben Konzerte, die von anderen organisiert sind, auf denen aber neonazistische Bands auftreten und die auch deswegen von Neonazis besucht werden. Typischerweise handelt es sich dabei um Black-Metal-Konzerte mit NS-Black-Metal-Bands. Schließlich gibt es Konzerte, die weder von Neonazis organisiert werden noch Neonazi-Bands auf der Bühne sehen, die aber trotzdem von Neonazis besucht werden.

Das Veranstellen von Konzerten ist eine Domäne der Neonazis. Die erste Organisation, die neonazistische Konzerte in Tschechien veranstaltete, waren die *Bohemia Hammerskins*, die bald von der *Blood & Honour-Division Bohemia* abgelöst wurden. Gerade unter dem Namen dieser Organisation fanden in Mittel- und Westböhmen zwei wichtige Konzerte mit Teilnahme deutscher Neonazis statt. Nach der Razzia gegen den westböhmisches Zweig von B&H übernahm dessen Rolle der *Národní odpor*. Seit 1999 finden die meisten Konzerte in Tschechien unter dessen Namen statt. Zuletzt fanden jährlich rund 20 Konzerte mit Teilnehmerzahlen zwischen 50 und 400 Personen statt.

Deutsche bei Konzerten in Tschechien

Deutsche Neonazis beteiligen sich an der tschechischen White-Power-Szene einerseits als Besucher der Konzerte und andererseits als Teilnehmer. Sie fahren zu Konzerten, wenn eine deutsche Band oder eine bedeutende internationale Band auftritt. Gründe für einen Besuch sind auch niedrige Kosten für Eintritt und Getränke. Die größte Zahl deutscher Neonazis wurde bei einem Konzert im Jahr 1996 in Kozolupy registriert. Von den ungefähr 700 Gästen kamen schätzungsweise 250 aus Deutschland. Gemeinsam mit den *Hammerskins Sachsen* organisierte der NO ein Konzert in Doubek u Říčan. Weitere Konzerte mit deutschen Besuchern fanden in Nové Hamry u Karlových Var (2000), Zlonín (2001), Kolečovice (2001), Senohraby u Říčan (2001) und in Teplice (2004 – organisiert von B&H) statt.

Zuletzt wurde eine deutsche Teilnahme an Konzerten in Tschechien vor allem in den Grenzregionen registriert. Im Frühling 2005 stellten deutsche Neonazis ungefähr ein Drittel aller Besucher eines Konzerts in Jablonné v Podještědí. Das bislang letzte Konzert mit deutschen Besuchern fand im Juli 2007 in Blatno u Chrudimi statt.

Gelegentlich treten in Tschechien deutsche Bands auf. Im März 2004 war es die Band *Frontalkraft*, im Juli 2004 spielte in Olomouc die Band EisenHerz. Auf dem erwähnten Konzert in Jablonné v Podještědí spielten die Bands *Race Riot*, *Final War* und *Max Resist* aus den USA, *Conflict 88* aus Tschechien und *Before the War* aus der Slowakei. Am nächsten Tag reisten die US-Bands nach Sachsen weiter, wo das nächste Konzert stattfinden sollte. Es wurde aber verboten, offiziell wegen der überschrittenen Kapazität des Konzertsaals. Kurze Zeit später wiederholte *Frontalkraft* seinen Auftritt in Tschechien, diesmal in Hostěnice u Brna. Auf dem durch Medienveröffentlichungen bekannt gewordenen Konzert in Křetice im September 2005, das angeb-

lich von B&H in Erinnerung an deren Gründer Ian Stuart Donaldson organisiert wurde, trat die deutsche Neonazi-Band *Oidoxie* auf, die mit dem Lied für Rudolf Heß Aufmerksamkeit gewann. Auf dem Konzert wurden Hitlergrüße gezeigt, neonazistische Materialien verkauft und rassistische Parolen skandiert. Trotzdem wurde es von der Polizei nicht aufgelöst. Gleiches gilt für die sogenannte Hate Core Night im November 2006 in Draice, bei der die US-Band Teardown sowie die deutschen Bands *Race Riot* und *Path of Resistance* spielten. Auch hier griff die Polizei nicht ein.

Tschechen bei Konzerten in Deutschland

Tschechische Neonazis reisen nach Deutschland vor allem wegen der qualitativ hochwertigen Musik deutscher Neonazibands, die an die Tradition von B&H anknüpft, sowie wegen ausländischer Bands, die noch nicht in Tschechien auftraten. Wiederholt nahmen tschechische Rechtsextremisten auch an Veranstaltungen der NPD wie dem Pressefest der «Deutschen Stimme» teil, wo etliche prominente Bands auftreten. Nachgewiesen ist das für 2004 und 2006. Am «Sachsentag», der das Pressefest 2007 ablöste, nahm eine Gruppe um Milan Hroch teil. Ein Hauptmotiv ihrer Teilnahme war der Auftritt des US-Mädchenduetts Prussian Blue. Tschechische Neonazis reisten zudem zum Open-Air-Festival «Rock für Deutschland» in Gera.

Kampf um die Straße, Anti-Antifa und die Kampagne «Good Night Left Side»

Neben politischen, nicht gewalttätigen öffentlichen Aktivitäten wie Demonstrationen und Kundgebungen ist es Teil der neonazistischen Strategie, politische Gegner und Angehörige von Minderheiten gezielt anzugreifen. Dass Gewalt als legitimes Mittel auf dem Weg zur Macht verstanden wird, ist den meisten öffentlichen Reden der tschechischen Neonazis von NO oder AN zu entnehmen. Gewaltaufrufe wie «Heute wird marschiert, morgen wird gekämpft» waren Teil der Demonstrationen vor allem in den 1990er Jahren.

Die Strategie der Anti-Antifa, die quer durch das neonazistische Spektrum verfolgt wird, wurde aus Deutschland übernommen, wo entsprechende Gruppen 1992 von Christian Worch gegründet wurden. Mit ihr reagieren die Rechtsextremisten auf Aktivitäten revolutionärer oder militanter Antifaschisten (Antifa). Ziel der Anti-Antifa ist die «Liquidierung» ideologischer Gegner, von «Verrätern» und zunehmend auch von Menschen anderer Hautfarbe, ethnischer Herkunft oder Religion sowie von Homosexuellen, Obdachlosen und anderen. Konkret heißt dies, dass Gegner gezielt beobachtet, Adressen, Namen und Fotos gesammelt und Personen gezielt körperlich angegriffen werden. Beteiligt sind Aktivisten aller oben genannten Gruppierungen: NO, AN und NK. Teil des «Kampfes um die Straße» ist eine weitere, aus Deutschland übernommene Kampagne mit dem Titel «Good Night Left Side» (Gute Nacht, Linke). Sie wurde in den 1990er Jahren als Reaktion auf die deutsche Hardcore-Szene ins Leben gerufen, die sich mit dem Motto «Good Night White Pride» (Gute Nacht, weißer Stolz) gegen die steigende Unterstützung von White-Power-Musik engagierte und damit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft entgegentrat. Die Kampagne «Good Night Left Side» wird durch das Verteilen von Aufklebern, Plakaten, T-Shirts und weiteren Materialien durchgeführt und will zu Hass gegen linke Aktivisten und Antifaschisten animieren.

Sportveranstaltungen

Sport ist eine beliebte Aktivität der tschechischen Rechtsextremisten. Er wird in der Regel nicht als Teil der politischen Agitation verstanden, mit Ausnahme der erwähnten Aktion «Mit Musik gegen Drogen, mit Sport gegen Kommunismus». Viele Neonazis besuchen regelmäßig Fitnesscenter oder betreiben Kampfsportarten wie Thaiboxen und Ultimate Fighting. Damit entsprechen sie dem traditionellen Körperkult und der erklärten Notwendigkeit, sich verteidigen zu können beziehungsweise mit Gewalt gegen Minderheiten und politischen Gegner auftreten zu können. Eine Reihe von ihnen ist auch auf europäischer Ebene erfolgreich. Sie bereiten sich auf den Kampf vor, denn «jeder verantwortungsvolle Mensch (nationale Sozialisten besonders) sollte auf alle unerwarteten Situationen vorbereitet und in der Lage sein, sie verantwortungsvoll zu lösen. Hand in Hand mit der psychischen Bereitschaft geht auch die körperliche sowie die militante. Wir sollten uns in guter Verfassung halten. Das reicht aber nicht. Es ist nötig, Waffen zu haben und sich im Bereich Überleben und Kampf zu bilden. Heutzutage ist es nicht schwierig, einen Waffenschein und eine Waffe zu besorgen, die derzeit noch nur für Übungsschießen nutzbar ist. Man weiß aber nie, wann sie bei der Selbstverteidigung und der Verteidigung des Nächsten helfen kann.»³¹ Die beim Kampfsporttraining erworbenen Kenntnisse werden folglich auf der Straße bei Auseinandersetzungen mit Vertretern der militanten Linken verwendet.

Mehrmals im Jahr veranstalten tschechische Neonazis Trainingslager, die sie für den physischen oder politischen Kampf vorbereiten sollen. Sie üben Kampfsport, lernen für das Überleben in der Natur und unter schweren Bedingungen und bereiten sich für den Kampf um die Straße vor. Diese Vorbereitung beinhaltet auch das Verhalten bei Demonstrationen und Auseinandersetzungen mit der Polizei. So wurde bei einem Winterlager von NK und NO das Verhalten in Räumen mit Tränengas geübt. Die Bedeutung solcher Treffen liegt zudem in der Stärkung von Kontakten und Kameradschaft zwischen einzelnen Aktivisten, der Entwicklung neuer Strategien und der Diskussion von Ausgangspunkten und Zukunftsorientierung der Bewegung. Es ist anzunehmen, dass neue Mitglieder «eingeweiht» werden. Initiationsrituale, die auf der nazistischen, heidnischen oder nordischen Mythologie beruhen, sind aber nicht als Trend zu beobachten.³²

Sehr beliebt unter tschechischen Neonazis sind Paintball und Airsoft – vermutlich, weil man dabei den Kampf mit Schusswaffen imitieren kann. Beide Sportarten werden in Freiluftanlagen betrieben, die öffentlich zugänglich sind und von der Polizei nicht beobachtet werden. Manchen Quellen zufolge gibt es daneben geschlossene, nicht kontrollierbare Anlagen. Rechtsextreme haben eine positive Beziehung zu Schuss- und anderen Waffen. Viele besitzen Gaspistolen, manche auch einen Waffenschein. Wegen des unkomplizierten Rechtsrahmens sind Waffen für viele Menschen erhältlich. Psychische Voraussetzungen wie die Neigung zu Gewalt oder Reizbarkeit werden nicht geprüft. Eine weitere, unter Rechtsextremisten beliebte Sportart ist das

31 Sei vorbereitet. <http://www.odpor.org/index.php?page=clanky&kat=&clanek=63>, aufgefunden am 16.6.2008.

32 In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre existierte für eine kurze Zeit in den südböhmischen Wäldern ein ritueller Ort, der mit Runen beschriftet war.

Fallschirmspringen. Vermutlich wegen der niedrigen Kosten und unkomplizierter Rechtslage ist das entsprechende Training in Tschechien auch unter deutschen Neonazis beliebt.

Neben der sportlichen Ausbildung haben Neonazis zudem die Möglichkeit, sich theoretisch durch im Internet veröffentlichte Handbücher weiterzuentwickeln. Besonders beliebt ist das «Feldmanual» sowie ein Text mit dem Titel «Der Weg nach vorn» von Max Hammer, einem führenden B&H-Protagonisten. Für den praktischen politischen Kampf dienen einzelne, von Rechtsextremisten für Rechtsextremisten verfassten Broschüren, die ebenfalls im Internet veröffentlicht werden. Sie tragen Titel wie «Beim Verhör», «Sicherheitsmanual für extreme Verkomplizierung der Polizeiarbeit», «Sicherheitsmanual für extremistische Arbeit mit dem Handy» oder «Achtung, der Feind hört mit».³³

Internet

Rechtsextremisten und Rechtsradikale nutzen für Kommunikation und Veröffentlichung eigener Ideen immer öfter den allgemein zugänglichen und fast unkontrollierbaren Raum des Internet. Die Webseiten dienen zur Selbstdarstellung, dem Verbreiten der Ideologie, der Veröffentlichung von Schulungsmaterialien, Texten und Bildern. In Internetforen wird diskutiert, Kontakte werden geknüpft und Veranstaltungen angekündigt. Mit dem Internet ist die Kommunikation schneller, einfacher und deutlich billiger geworden.

Internetauftritte

Tschechische Rechtsradikale und -extremisten betreiben 40 bis 50 Internetseiten. Während die meisten rechtsradikalen Seiten auf Servern in Tschechien gehostet werden, nutzen Neonazis, die das Internet vor allem zur Verbreitung von Rassismus, religiöser und anderer Feindschaft und zur Identifikation mit der nazistischen Ideologie verwenden, Server in den USA, wo die Seiten wegen der liberaleren Gesetzgebung nicht verboten werden können.

Die erste einschlägige Internetseite in Tschechien war das *National Socialist Education Center* (www.nsec-88.org). Den Autoren zufolge gründeten sie die Seite, nachdem sie «zu der Meinung gelangten, dass die Weiterbildung der Anhänger des Nationalen Sozialismus und der Arier allgemein eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Endsieg unserer arischen Rasse ist.»³⁴ NSEC ist verbunden mit der US-amerikanischen Neonazi-Organisation NSDAP/AO (NSDAP – Auslandsorganisation) von Gary Lauck, deren Internetpräsenz sie teilweise nutzt. Ziel ist, die NS-Ideologie zu verbreiten und ihre politische Verwirklichung durchzusetzen. NSEC war primär für tschechische Neonazis bestimmt. Trotzdem wurde die erste Version im Jahr 1999 in Englisch ins Netz gestellt, so dass sie im Ausland als Informationsquelle über die Situation in Tschechien dienen konnte. Eine tschechische Version folgte im Jahr 2000; der Gründer und Administrator trat unter dem Namen Brutus Maximus auf. Er ernannte einen gewissen Diehard Sedlis (oder Erik Sedláček) zum Sprecher

³³ <http://www.odpor.org/index.php?page=clanky&kat=10>, aufgefunden am 18.6.2008.

³⁴ NSEC-88. <http://www.nsec-88.org/cesky.html>, aufgefunden am 10.5.2008.

des NSEC. Dieser trat im Juli 2004 zurück und ist nun auf den Webseiten von *Národní odpor* aktiv. Auf der NSEC-Seite wurden Bücher publiziert, die für Nationalsozialisten von großer Bedeutung sind, darunter «Mein Kampf», «Auschwitz – Fakten vs. Fiktion», «White Power», «Analyse des 17. November». Die Pflege der Seite wurde im Jahr 2006 beendet. Sie gehört bis heute zu den extremistischsten neonazistischen Webseiten, die sich öffentlich zum Nationalsozialismus bekennen, und zwar in einem Ausmaß, das mit anderen einschlägigen Seiten nicht zu vergleichen ist. Ihr Nutzen lag insbesondere in der Veröffentlichung entsprechender Texte in tschechischer Sprache.

Národní odpor gründete eine eigene Seite im Jahr 2002; regelmäßiger aktualisiert wird sie seit 2004. Seit diesem Jahr wird sie auf der Domain www.odpor.org gehostet. Schon die visuelle Bearbeitung lässt keinen Zweifel am Einfluss aus Deutschland. Die Hauptfarben des NO sind schwarz-weiß-rot. Inhaltlich ist sie in drei Bereiche untergliedert. Im informativen Bereich «Aktuell» gibt es Einladungen zu und Reportagen von Demonstrationen, Konzerten und anderen Veranstaltungen. In einem ideologischen Teil bekennt sich der NO offen zum Nationalsozialismus.³⁵ Daneben steht ein historischer Teil mit Archivartikeln. Die NO-Internetseiten enthalten eine Reihe von Links auf deutsche Internetseiten beispielsweise der *Nationalen Sozialisten Niedersachsen* (<http://naso-nds.de.vu/>), der deutschen *Autonomen Nationalisten* (<http://anm-info.net>), von weiteren regionalen Gruppierungen und nicht zuletzt auf die Seite www.widerstand.info von Christian Worch.

Die Internetpräsenz von *Autonomní nacionalisté* (Autonome Nationalisten – www.nationaliste.com) gehört zu den sich am schnellsten entwickelnden und am häufigsten aktualisierten Seiten, durch die Anhänger über die aktuelle Situation informiert werden. Unbestreitbar ist, dass die AN ihr ideologisches Konzept aus Deutschland übernahm. Obwohl sie sich als Nationalisten präsentieren, die die historische Tradition des tschechischen Nationalismus weiterführen, kann man festhalten, dass sie zweifellos viel näher zum Neonazismus und Neofaschismus stehen als zum Nationalismus, der in Tschechien durch *Národní strana* präsentiert wird.

Die am stärksten extremistische Internetseite ist derzeit die Homepage von *White Justice* (<http://www.whitejustice.com>), die bemüht ist, sich als militante, halbterroristische neonazistische Gruppierung darzustellen: «Die Organisation strebt an, sich im Kampf gegen die steigende Popularität kommunistischer Gruppierungen, gegen Kampfeinheiten der Antifaschisten und nicht zuletzt gegen nichtarische, multikulturelle und multirassische Zuwanderer durchzusetzen. Unser wichtigstes Bemühen ist, diese destruktiven Teile in unserer Gesellschaft auszurotten. In unserem Fall ist es unwichtig, in welcher Art und Weise diese unpassende Aspekte beseitigt werden.»³⁶ Die Seiten sind nur mit Passwort zugänglich und bieten unter anderem Anleitungen zum Bau von Waffen und zum wirksamen Angriff auf Feinde. *White Justice* beobachtet ideologische Gegner und konzentriert sich vor allem auf junge Kommu-

35 Siehe Manifest Národního odporu, <http://www.odpor.org/index.php?page=clanky&kat=&clanek=39>, Nacionální socialismus dnes, <http://www.odpor.org/index.php?page=clanky&kat=&clanek=474>, Nacionální socialismus není «dogma», <http://www.odpor.org/index.php?page=clanky&kat=&clanek=566>, Proč má smysl bojovat za nacionální socialismus, <http://www.odpor.org/index.php?page=clanky&kat=&clanek=621>, alle aufgefunden am 10.5.2008.

36 White Justice. O nás. http://whitejustice.com/wj/?page=clanky&sekce=tiskove_zpravy&clanek=70, aufgefunden am 10.5.2008.

nisten, Anarchisten und antirassistische Aktivisten (<http://www.whitejustice.com/redwatch/>). Sie setzen die Beobachtungen des NO fort, das auf antirassistische und anarchistische Aktivisten sowie Vertreter der jüdischen und Roma-Minderheiten spezialisiert ist.

Von großer informativer Bedeutung ist schließlich die antisemitisch und revisionistisch ausgerichtete Seite des *Národně vzdělávací institut* (Institut für nationale Bildung – www.vzdelavaci-institut.com). Hier kann man eine Reihe für Nationalisten und insbesondere für Neonazis wichtige Dokumente herunterladen. Die Seite betreibt Holocaustleugnung und zweifelt die Legitimität der Gründung und der Existenz des Staates Israel an. Der Leiter des Instituts, dessen Pseudonym Pavel Fabián ist, verschickte bereits an Mittel- und Hochschulen die Publikation «Auschwitz – Fakten vs. Fiktion», in der die Existenz von Gaskammern im Vernichtungslager Auschwitz bezweifelt wird.

Internetforen und Chatrooms

Internetforen und Chatrooms sind wichtige Kommunikationskanäle der Neonazis. Unter Nationalisten werden diese Foren nicht so häufig benutzt, vermutlich wegen der unterschiedlichen Struktur der Sympathisanten, die Computer nicht so häufig nutzen wie die jüngeren Neonazis. Zudem sind unter Nationalisten andere thematisch orientierte Seiten (www.valka.cz) beliebt. Die Neonazis nutzen Foren auf eigenen Webseiten oder auf öffentlichen Portalen. Das erste Forum für Neonazis war der Chatroom «Národní odpor. Es kommt der Tag!» auf der Seite www.mageo.cz. Später trafen sie sich auf den Seiten www.hooligans.cz in der Sektion Politik. Diese Seiten sind öffentlich und als solche auch der Polizei und politischen Gegnern zugänglich. Deswegen zieht sich die Szene in geschlossene Foren zurück, die im Ausland gehostet sind, darunter das tschechische Forum auf der Seite www.combat18.org. Daneben werden Skype und ICQ benutzt.

Stören und gezieltes Besuchen von Veranstaltungen

Unter dem Begriff «Störung» verstehen wir den gezielten Besuch öffentlicher Gedenkveranstaltungen, Diskussionen oder Vorträge zum Thema Holocaust, Nazismus oder Neonazismus durch Anhänger des Rechtsextremismus oder -radikalismus. Im Gegensatz zu Deutschland passiert dies in Tschechien nur selten; falls es doch geschieht, spielen die Störer nur eine passive Rolle. Im Frühling 2007 besuchten Aktivisten des NO ein Seminar über Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Extremismus, das im Rahmen des Filmfestivals «Eine Welt» stattfand. Sie beteiligten sich nicht an der Diskussion, die Teilnahme wurde erst im Nachhinein auf der Internetseite kommentiert. Im Mai 2007 wurde eine Gedenkveranstaltung im Gelände des ehemaligen KZ in Lety u Písku, wo ungefähr 300 Sinti und Roma starben, von fünf Aktivisten der *Národní strana* gestört. Die Polizei ermöglichte es den Rechtsradikalen, direkt zum Gedenkort zu gelangen. Erst nachdem es zu einer verbalen Auseinandersetzung mit Teilnehmern kam, wurden die Störer des Platzes verwiesen. Im Januar 2008 fand ein Vortrag vor Studenten statt, an dem eine Überlebende des Holocaust teilnahm. Anwesend waren auch Pavel Sedláček und Jan Skácel von der *Národní strana*, die sich an der Diskussion beteiligten, sie unterbrachen und den Studenten mitteilten, die

Ursache des Antisemitismus in den 1930er Jahren seien die Juden selbst gewesen. Die Lehrerin der Handelsakademie, die beider Teilnahme ermöglichte, fand dies nicht anstößig.

Kleidung

Von Anfang an versuchen sich rassistische und neonazistische Skinheads vom Rest der Gesellschaft optisch zu unterscheiden. Die Kleidung spielt quasi die Rolle einer Uniform. Ursprünglich trugen rassistische Skinheads fast dieselbe Kleidung wie ihre apolitischen Kollegen: Bomberjacken, Tarnhosen, Springerstiefel und geschorene Haare. Getragen wurden ausländische Marken wie Lonsdale, Fred Perry, Ben Sherman, Pit Bull und Hooligan. Einige wie Lonsdale und Fred Perry werden inzwischen in der Szene abgelehnt, sind aber trotzdem bei öffentlichen Aktionen zu sehen.

Tschechische Neonazis tragen begeistert Kleidung der deutschen Szenemarke «Thor Steinar», die umgehend und flächendeckend gehandelt wurde. Im Sommer 2004, nachdem in Deutschland juristisch gegen das ursprüngliche Logo vorgegangen worden war, wurden in Läden in Karlovy Vary, Pilsen, Prag und České Budějovice Razzien durchgeführt. Bei den Ermittlungen wurde aufgrund eines Gutachtens keine Verletzung bestehender Gesetze konstatiert. Die beschlagnahmten Gegenstände wurden zurückgegeben. Thor Steinar wird nach wie vor verkauft und gehört zu den beliebtesten Marken.

Im Jahr 2001 gründeten Aktivisten aus dem NO-Umfeld eine eigene Marke namens «Grassel». Die Bezeichnung bedeutet in Umgangssprache Schurke oder Gauner und verweist mit dem Doppel-S auf die SS. Grassel-Kleidung wird wahrscheinlich nicht im Ausland vertrieben. Ein Teil der einschlägigen Läden weigert sich, die Marke zu verkaufen, vermutlich wegen eines Konflikts mit Petr Ondruš, dem Inhaber der Schutzmarke. Grassel ist verbreitet im Bereich Kampfsport. Die zweite originär tschechische Marke ist «Nibelungen», die auf die nordische Mythologie verweist. Aufgrund der niedrigen Preise sind beide Marken unter tschechischen Neonazis sehr beliebt.

Der erste Laden, der sich auf Streetwear für Skinheads spezialisierte, war *Černá můra*, der 1994 gegründet wurde. Heute gibt es in Tschechien etwa 15 Geschäfte, die unter Neonazis beliebte Kleidung verkaufen. Der wichtigste ist der Prager *Hate Core Shop*, dessen Inhaber Martin Franek vermutlich hinter der Organisation von Konzerten in Křetice und Dražice stand. Neben Kleidung werden hier auch Tonträger mit Hatecore und White-Power-Musik angeboten. Bestimmte Alben werden erst auf Nachfrage angeboten. Wie ihre ausländischen Kollegen entwerfen auch tschechische Rechtsextremisten eigene T-Shirts mit Logos. Eigene Shirts, Fahnen und Transparente haben *Národní odpor*, *Autonomní nacionalisté* und *Národní korporativismus*. Der Verkauf dient auch der finanziellen Unterstützung inhaftierter Aktivisten.

Etwa seit 2007 sind auf Demonstrationen auch in Schwarz gekleidete Neonazis zu sehen. Dieser «schwarze Block» wurde aus Deutschland übernommen und in Tschechien von den *Autonomní nacionalisté* popularisiert. Die Kleidung sorgt für Anonymität bei Demonstrationen. Zudem wird eine Verfolgung wegen des Tragens verbotener Symbole vermieden. Schließlich wirkt die Kleidung einheitlich und soll Respekt erzeugen. Nachteil ist, dass es bei Auseinandersetzungen mit der linksorientierten Antifaschistischen Aktion zu Verwechslungen kommen kann. Ähnlich wie



Vlastimil Pechanec, wegen Mordes verurteilt, ist für die Neonazis ein Opfer des Systems; am 21. 7. 2007 fand in Svitavy eine Demonstration für Pechanec statt

die westeuropäischen Kollegen verabschieden sich auch tschechische Neonazis vom visuellen Stil der Skinheads.

Unterstützung der «POW»

Die Abkürzung «POW» steht für die «Prisoners of War» und bezeichnet inhaftierte Aktivisten, die als politische Häftlinge des Systems angesehen werden. Im Gefängnis sitzen die Rechtsextremisten wegen rassistische oder ideologisch motivierter Kriminalität, aber auch wegen unpolitischer Straftaten. Wie erwähnt, werden verschiedene Veranstaltungen für sie organisiert. Diese Aktivitäten sind eine Domäne der neonazistischen Frauenorganisationen. Über einzelne «POW» berichtet die Internetseite www.pows.tk, auf der Adressen, Interviews und Porträts zu finden sind. Im Juli 2001 wurde Vlastimil Pechanec einer der prominenten «POW», nachdem er für einen rassistisch motivierten Mord verurteilt wurde. Sein Fall wird auf einer Webseite dargestellt, auf der eine Analyse des Falles zu finden ist – einschließlich angeblicher Fehler der Ermittler, Staatsanwälte und Richter. Man kann Pakete ins Gefängnis schicken, zudem wurden Spendenaktionen und eine Demonstration in Svitavy organisiert. Im Prinzip wird Pechanec von neonazistischen Gruppierungen für deren Zwecke missbraucht.

Weiterbildung

Rechtsextremisten und -radikale organisieren Weiterbildungen mit dem Ziel, das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken, eigene Ideen zu präsentieren und zu wiederholen sowie politische und historische Kenntnisse zu stärken. Zu einer Art Tradition wurde die Winteruniversität der *Vlastenecká fronta*, die 2007/2008 schon zum siebten Mal stattfand und in deren Rahmen mehrere Vorlesungen angeboten werden. Beliebte Themen sind die Lebensschicksale von Personen, die wichtig für den tschechischen Faschismus (Radola Gajda) oder die Tradition der Legionäre (Lev Prchala) waren. Auch *Národní korporativismus* organisiert eigene Vorlesungen. Andere extrem rechte Gruppierungen gliedern theoretische Vorbereitungen in ihre sportlichen oder anderen Aktivitäten ein.

Literatur

- Mareš, M. Pravicový extremismus a radikalismus v ČR. 2003
Blacwelova encyklopedie politického myšlení.
Charvát, J., Současný politický extremismus a radikalismus. 2007
Mareš, M. Symboly používané extremisty na území ČR v současnosti. 2006
Kavková Smiggels, J. Ženy v krajní pravici: dobré matky a manelky především. <http://www.rexter.cz/clanek.aspx?id=8>, aufgefunden am 10.5.2008.
Zpráva o problematice extremismu na území České republiky v roce 2000. 1. vyd. Praha : Ministerstvo vnitra, <http://www.mvcr.cz/extremis/2000/index.html>, aufgefunden am 10.5.2008.
Zpráva o problematice extremismu na území České republiky v roce 2001. 1. vyd. Praha: Ministerstvo vnitra, <http://www.mvcr.cz/extremis/2001/trendy.html>, aufgefunden am 8.9.2006.
Zpráva o problematice extremismu na území České republiky v roce 2001 : Přehled nejzávanějších případů z hlediska Policie ČR. Příloha 4. 1. vyd. Praha : Ministerstvo vnitra , http://www.mvcr.cz/extremis/2001/pril_4.html, aufgefunden am 8.9.2006.
Zpráva o problematice extremismu na území České republiky v roce 2002. 1. vyd. Praha : Ministerstvo vnitra, <http://www.mvcr.cz/extremis/2002/index.html>, aufgefunden am 8.9.2006.
Zpráva o problematice extremismu na území České republiky v roce 2002 : Přehled nejzávanějších případů z hlediska Policie ČR. Příloha 4. 1. vyd. Praha : Ministerstvo vnitra, http://www.mvcr.cz/extremis/2002/pril_4.doc, aufgefunden am 8.9.2006.
ŠÁMAL, P., PŮRY, F., RIZMAN, S. Trestní zákon. Komentář. 4. vydání. Praha : C.H. Beck, 2001.
Stanovisko trestního kolegia Nejvyššího soudu : K výkladu objektivní stránky trestného činu podpory a propagace hnutí směřujících k potlačení práv a svobod člověka podle § 260 odst. 1 TZ se zaměřením na vymezení obsahu pojmu hnutí. Nejvyšší soud : Trestní kolegium. 2006. sp. zn. Tpjn 302/2005.
SKRUTÝ, R. Pravda o lži (Audiodatei). http://www.vzdelavaci61institut.com/_files/download/comment.php?dlid=101&ENGINEsessID=9c47a16853ce4ac2542e8c773a93a9bc, aufgefunden am 27.5.2008.

Rechtsextreme Aktionsformen und Strategien in Sachsen

Für den 27. Januar 2010 lud das «Bündnis für Demokratie und Zivilcourage Gröditz» im Landkreis Meißen zum Benefizschwimmen ein. Der Erlös des Wettbewerbes sollte dem Erhalt der örtlichen Schwimmhalle zugute kommen. Wie schon in den vergangenen Jahren meldete die NPD unter dem Pseudonym «Kaiser-Wilhelm-Schwimmer» eine Mannschaft an. Als der Staffel vom Veranstalter die Teilnahme verweigert wird, reagiert die NPD schriftlich: «Auch die Antidiskriminierungsregel unterzeichnen wir gern, da es diese ja auch in ähnlicher Form als Gesetz gibt und wir uns stets an die bestehenden Gesetze halten. (...) Abschließend möchten wir noch mal betonen, daß es uns nicht auf eine öffentliche, politische Auseinandersetzung ankommt, sondern einzig und allein um den Erhalt der Gröditzer Sport- und Schwimmhalle. (...) Unter dem Namen «Kaiser-Wilhelm-Schwimmer» meldeten sich jedes Jahr unterschiedliche Personen aus privaten, nicht politischen Interessen an. Uns stand immer der Erhalt der Gröditzer Sport- und Schwimmhalle und keine Namensspiele im Vordergrund.» In dieser Logik bietet die NPD dann auch gleich weitere Namensvorschläge für die Staffel an: «Ernst-Jünger-Jünger», «JN – Junge Naturfreunde» und «Kurt-Schumacher-Schwimmer» stehen zur Auswahl.

NPD wie freie Kameradschaften bedienen sich verschiedener Aktionsformen und Strategien, um letzten Endes die Abschaffung des demokratischen Rechtsstaates zu propagieren und voranzutreiben. Im folgenden Artikel sollen die unterschiedlichen Strategien vorgestellt und beschrieben werden. Vorangestellt sei ein Zitat der Jugendorganisation der NPD, der Jungen Nationaldemokraten:

«Den Schwerpunkt unseres politischen Kampfes sehen wir in der Basisarbeit in den Städten, Landkreisen und Gemeinden. Im gemeinschaftlichen Wirken unserer Kameradinnen und Kameraden versuchen wir dort, unsere politischen Vorstellungen in weite Kreise der deutschen Jugend zu tragen. Nur wenn der Mehrheit der Jugend bewusst wird, dass es eine Alternative zum herrschenden System gibt, können politische Veränderungen in der Zukunft Realität werden.» (Quelle: www.jn-buvo.de)

Die Äußerung macht deutlich: Die NPD hat die Jugend in den Städten und Dörfern im Blick und will durch Basisarbeit aktiv mit Jugendlichen - aber nicht nur mit dieser Altersgruppe - Stimmung gegen den demokratischen Staat und die Parteien machen. Dabei kann sie sich auf die freien Kameradschaften stützen, die sehr aktionsorientiert und zunehmend politisiert agieren.

Mit Entstehen des Kameradschaftskonzeptes Mitte der 1990er Jahre bildeten sich in einigen Regionen Sachsens nahezu flächendeckend Kameradschaften heraus. Gruppierungen wie die «Skinheads Sächsische Schweiz» (SSS), «Sturm 34» aus Mittweida, der «Nationale Jugendblock Zittau e.V.» oder die «Kameradschaft Oberlausitz e.V.» wurden über den Freistaat hinaus bekannt. In den letzten fünf Jahren haben sich die Organisationsstrukturen in der rechtsextremen Szene stark verän-

dert. Angehörige der Kameradschaftsszene treten häufig nicht mehr als Mitglieder konkreter Gruppierungen auf, sondern agieren als lose strukturierte so genannte «Freie Kräfte». Bezeichnungen wie «Freier Widerstand», «Freie Nationalisten» oder «Autonome Nationalisten» sind Ausdruck ihres Selbstverständnisses. Diese Szene zeichnet sich durch eine revolutionäre Programmatik und eine nationalsozialistische Ideologie aus. Aktionsformen wie Konzerte und Liederabende, Fußballturniere, Brauchtumspflege, Kundgebungen und Demonstrationen verbinden dabei den Drang der Jugendlichen nach subkulturellen Ausdrucksformen mit politischen Inhalten.

Konzerte und Liederabende

Wie Musik als strategisches Mittel einzusetzen ist, beschreibt der ehemalige Herausgeber der rechtsextremen Musikzeitschrift «Rock Nord» und Neonazi-Aussteiger Torsten Lemmer: «Mit der Musik kann man Jugendliche erreichen, die identifizieren sich damit. Und wenn die dann 30 sind, legen sie eventuell die Musik ab, aber die Inhalte nicht mehr. Und damit haben wir die Inhalte in die Leute transportiert, die dann älter werden, die Familienväter werden, bis dass diese Inhalte dann einmal der Erziehung beiwohnen. Und insoweit ist man dann über die Hintertür eines Tages salonfähig geworden, ohne dass es jemand möchte.»

Ian Stuart Donaldson, Sänger der rechtsextremen Band «Screwdriver» und Gründer des Blood&Honour – Netzwerkes, formuliert es so: «Musik ist das ideale Mittel, Jugendlichen den Nationalsozialismus näher zu bringen. Besser als dies in politischen Veranstaltungen gemacht werden kann, kann damit Ideologie transportiert werden.» Dieser Zielsetzung entsprechend, verteilte die NPD in Sachsen erstmals zur Landtagswahl 2004 die Schulhof-CD «Wahltag ist Zahltag». Derartige Musikprojekte folgten zu den weiteren Bundestags- und Landtagswahlen. Der Fraktionsvorsitzende der NPD im Sächsischen Landtag kommentiert die Herausgabe der CDs folgendermaßen: «Aus der Erkenntnis, dass volkstreue Musik ein entscheidendes Element zur Wahrung nationaler Interessen ist und ... für die Vermittlung politischer Botschaften immer wichtiger wird, wurden 25 000 Tonträger ... produziert ...».

Bei den Inhalten dieser CDs handelt es sich zum Teil um vertontes Parteiprogramm der NPD. Zumeist liefen die von der NPD medienwirksam in unmittelbarer Nähe von Schulen inszenierten Verteilaktionen, zum Beispiel an der Mittelschule Lohmen (Landkreis Sächsische Schweiz), ins Leere. Erfolgreicher war die Verteilung über Mitschüler_innen. Trotz des über das Kultusministerium und die Sächsischen Bildungsagenturen umfangreich zur Verfügung gestellten Materials zur NPD-CD «Hier kommt der Schrecken aller linken Spießer und Pauker!» nutzten nur wenige Lehrer_innen die Möglichkeit der inhaltlichen Auseinandersetzung. In der Sächsischen Schweiz ist namentlich die Mittelschule Königstein bekannt, an der die Musiklehrerin die Schulhof-CD zum Anlass für eine inhaltliche Diskussion nahm. Ein Schulleiter stellte mit dem Kommentar, er wolle «keine schlafenden Hunde wecken», das Material seinem Kollegium nicht einmal zur Verfügung.

Aufgrund der schlechten finanziellen Situation der NPD sowie einer zunehmenden Nutzung des Internets sind in den letzten Jahren keine solche Aktionen mehr bekannt geworden. Ein anderes Angebot besteht jedoch nach wie vor: Liederabende und Konzerte. Gerade Konzerte scheinen eine besondere Wirkungsweise

hervorzurufen, wobei das gemeinsame Erleben im Vordergrund steht: «Oft waren wir den ganzen Tag unterwegs, das nervte aber nicht. Auf der Fahrt haben wir schon gefeiert, auch wenn wir erst einmal von einem Schleusungspunkt zum nächsten fahren mussten. (...) Was glaubst du, wie du dich fühlst, wenn du zusammen mit Hunderten Kameraden bei einem geheimen Konzert voll mitfeierst und voll laut gesungen wird: ‚Wetz die langen Messer auf dem Bürgersteig. Lasst die Messer flutschen in den Judenleib. Blut muss fließen knüppelhageldick. Und wir scheißen auf die Freiheit dieser Judenrepublik.!'» (Konzertbericht von Patrick B. in: Andreas Speit, Mythos Kameradschaft. Gruppeninterne Gewalt im neonazistischen Spektrum) Nach Angaben des Landesamtes für Verfassungsschutz wurden im Jahr 2009 in Sachsen 44 geplante rechtsextremistische Konzerte bekannt, von denen 34 durchgeführt wurden (VS-Bericht 2009, S. 26). Die durchschnittliche Teilnehmerzahl lag bei etwa 140 Personen. Wie schon in den Vorjahren fanden ungefähr ein Viertel der bundesweiten Konzerte in Sachsen statt. Damit hält Sachsen seit Jahren den Spitzenplatz. Im Jahr 2010 hat sich nach Angaben des Sächsischen Innenministeriums die Zahl der rechtsextremistischen Konzerte auf 41 erhöht. (Drucksache 5/4602 vom 2.2.2011)

Sportangebote

Ebenfalls zu den erlebnisorientierten Angeboten gehören die Organisation eigener Sportveranstaltungen, bei denen es sich zumeist um Fußballturniere handelt, sowie die Anmeldung zu oder der Besuch von Veranstaltungen demokratischer Akteure. Im Vergleich zu den Musikveranstaltungen ist diese Aktionsform eher generationsübergreifend. In der Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna (Sächsische Schweiz) haben solche nationalen Fußballturniere in den letzten Jahren zweimal stattgefunden. Die NPD war hier bis 2009 mit zwei Mitgliedern im Gemeinderat vertreten, seit der letzten Kommunalwahl sind es drei NPD-Vertreter im Rat. Neben einer aktiven NPD-Ortsgruppe konnte sich die Partei auf eine aktive rechte Jugendszene stützen. Im Frühjahr 2007 plante die NPD ein Fußballturnier im Sport- und Freizeitzentrum des Ortes. Die Mehrheit im Gemeinderat und der Bürgermeister wollten die Halle nicht zur Verfügung stellen, konnten aber aufgrund des Gleichbehandlungsgebotes - andere Parteien hatten in der Vergangenheit die Halle bereits genutzt - das Turnier nicht verhindern. Ein NPD-Gemeinderat hatte gegen die Entscheidung im Rat geklagt.

Der Bürgermeister wollte sich ein eigenes Bild machen. Was er sah, war aufschlussreich: Die Mannschaft des NPD-Gemeinderates trug T-Shirts mit der Aufschrift «Fit fürs Reich». Der Bürgermeister machte dieses zur Schau getragene Bekenntnis öffentlich. Eine Diskussion im Heimatverein führte zum Ausschluss des NPD-Gemeinderates aus dem Vorstand des Heimatvereins. Im so genannten «Klartext» der NPD für die Bürgerinnen und Bürger des Ortes erklärt sie den Spruch folgendermaßen: «Wir sehen das Motto Fit ganz sportlich und fürs Reich haben wir gewählt, weil uns der Begriff «Republik» mittlerweile als zu belastet erscheint. Da wir auch grammatikalisch von der Zukunft sprechen, können wir ... keine Verbindung zum Dritten Reich entdecken – wozu auch! Wir schauen in die Zukunft und wollen ein Land, das besser ist als diese Republik.» (Quelle: «Klartext», unregelmäßig erscheinendes Mitteilungsblatt der NPD-Ortsgruppe, 2007) Später hörte der Bürgermeister den Vorwurf, er wäre doch der Einzige gewesen, der die T-Shirts gesehen hat. Hätte er

das nicht öffentlich gemacht, wäre keine Unruhe entstanden, so die Meinung einiger Bürger_innen.

Nicht immer wird für Außenstehende auf den ersten Blick ersichtlich, dass es sich um ein rechtsextremes Fußballturnier handelt. In der Vergangenheit erfolgten Anmeldungen für solche Veranstaltungen auch über Menschen, die eher durch Aktivitäten in Sportverbänden als in rechtsextremen Zusammenhängen wahrgenommen wurden, wie im Falle des rechtsextremen Fußballturniers im Februar 2006 in Zittau, an dem unter anderem eine Mannschaft aus Liberec teilnahm. Anmelder war ein junger Mann, der damals aktiver Fußballer beim Traditionsverein Lok Zittau war.

Zunehmend versucht insbesondere die NPD, an Turnieren demokratischer Vereine teilzunehmen, um sich einem breiteren Publikum zu zeigen und ihrem scheinbaren Interesse am Gemeinwohl Ausdruck zu verleihen. Die NPD will provozieren und sich im Falle einer Ablehnung als Opfer präsentieren sowie die «Scheindemokraten» und deren Toleranz entlarven. Das belegt u.a. das eingangs zitierte Beispiel des Schwimmwettkampfes in Gröditz, zu dem die NPD erstmals 2005 eine Staffel anmeldete. Sie nutzte ihre Teilnahme zum Ausrollen eigener Transparente auf den Zuschauerrängen. Ein Jahr später wollte die NPD wieder teilnehmen, was die Veranstalter dermaßen verunsicherte, dass sie zunächst das Benefizschwimmen für 2006 absagten und auf den 27. Januar 2007, den Gedenktag an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz, verschoben. Die NPD meldete makabrer Weise auch für diesen Tag eine eigene Staffel an, der die Teilnahme nicht erlaubt wurde. Wie erwähnt, wiederholten sich die Vorgänge in den Jahren 2008 bis 2010 – aus Sicht der NPD immer ohne Erfolg. Dennoch machen die zu Beginn des Artikels erwähnten Passagen deutlich, Erklärungen erschweren bzw. verhindern den Zugang von Rechtsextremisten nicht! Sie werden immer wieder versuchen, Veranstaltungen zu entpolitisieren und aus ihrer Sicht konsensfähige Punkte zu betonen: «Es geht uns nur um Sport», «Wir wollen nur den Erhalt der Schwimmhalle», ist da zu hören. Rechtsextremisten suchen nach Angriffspunkten bzw. Spielräumen, die sie nutzen z.B. das Abheben auf den Namen der Staffel bietet Diskussionsstoff und lenkt von den eigentlichen Zielen ab. Demokratische Akteure sind verunsichert und fühlen sich in der Defensive.

Im Jahre 2011 unterließ es die NPD erstmals eine eigene Staffel anzumelden – ein Erfolg jahrelanger Bemühungen der Demokrat_innen in Gröditz.

Der Ausschluss der NPD von Sportveranstaltungen wird von Bürger_innen und Vereinsmitgliedern nicht immer gutgeheißen. In Dörfern und kleinen Städten ist man häufig miteinander bekannt, hält die NPD für wenig gefährlich, weil sie nicht verboten ist, oder ist der Auffassung, Sport sei unpolitisch. Diese Begründung war auch zu hören, als der Kreissportbund Riesa-Großenhain und die Junge Union für den 3. Oktober 2007 gemeinsam ein Fußballturnier unter dem Motto «Kicken für Toleranz und Demokratie» veranstalteten, zu dem sich die Mannschaft des NPD-Kreisvorsitzenden unter dessen Namen anmeldete. Nicht alle Beteiligten hielten einen Ausschluss der Mannschaft für erforderlich. Die Mehrheit entschied sich jedoch für eine klare Absage an die NPD.

Brauchtumpflege und Heimatschutz

Der Bezug zu Germanentum und Brauchtum spielt für die rechtsextreme Szene und Parteien eine große Rolle. Entsprechend werden Sonnenwendfeiern und Germanische Zehnkämpfe angeboten. Schwerpunktmäßig sind das eher Aktionsformen, die von den so genannten freien Kameradschaften organisiert werden. In der ostsächsischen Kleinstadt Seifhennersdorf organisiert die dortige «Kameradschaft Oberlausitz e.V.», eine der ältesten Kameradschaften im Freistaat Sachsen, seit mindestens fünf Jahren einen «Germanischen Zehnkampf» mit Axtwerfen und Baumstammweitwurf. In der Sächsischen Schweiz lud die dortige Kameradschaft jahrelang zur «Feldschlacht» ein. Über derlei scheinbar unpolitischen Aktionen werden Jugendliche angesprochen, gebunden – und politisiert. Letztere Analyse wird freilich nicht immer geteilt, was Bemerkungen von Vertretern der Gemeindeverwaltung Mittelhewigsdorf und der Agrargenossenschaft Seifhennersdorf belegen. Beide sagten sinngemäß, sie verstünden nicht, was am Sommerfest schlimm oder gar gefährlich sein solle: Es handle sich um junge Menschen, die sich zwei Tage treffen und die Wiese wieder vorbildlich verlassen.

Für junge Menschen sind Gemeinschaftserlebnisse wichtig. Durch Lieder am Lagerfeuer, den Vortrag von Gedanken und Meinungen oder Tausch und Verkauf von CDs kann dieses Freizeitverhalten jedoch rechtsextrem «aufgeladen» werden. Ein Beispiel belegt eindrucksvoll die Reichweite dieser Strategie: Die Mutter eines 16-jährigen Sohnes erzählt stolz dem Leiter der örtlichen Schule, dass ihr Sohn am Wochenende an der Sonnenwendfeier der Kameradschaft in Seifhennersdorf teilnehmen und dort sogar einen Treueschwur aufsagen durfte. Zuvor sei es ihm schwergefallen, Texte auswendig zu lernen und sich zu artikulieren. Damit hat die rechtsextreme Kameradschaft geschafft, was andere in der kleinen Stadt nicht schafften: Das Gefühl zu vermitteln, gebraucht zu werden. Wie schwer ist es angesichts dessen, der stolzen Mutter argumentativ entgegen zu treten?

Mit dem Aufgreifen heimatgeschichtlicher Themen knüpft die NPD an die Verbundenheit der Menschen mit ihrer Region und ihrem Dorf an. In einer komplizierter werdenden Gesellschaft geben der Bezug auf den Nahraum, die Identifikation mit dem eigenen Dorf und seiner Geschichte den Menschen ein Stück Sicherheit und sind ein wesentlicher Teil der eigenen Identität. Dies nutzt auch die NPD. So widmet sich beispielsweise die NPD-Ortsgruppe Reinhardtsdorf-Schöna mit einem «Nachruf» für die auf dem Zschirnstein im Frühjahr 2007 eingegangene so genannte Opfereiche an die Menschen des Ortes: «Sie war ein stattlicher Baum, als vor über 600 Jahren die ersten Siedler begannen, zu Ihren Füßen den wilden Bergwald zu roden. Sie sahen die marodierenden Horden des Dreißigjährigen Krieges, die plündernd durch unsere Heimat zogen. Sie sah raubende Hussiten, die den Kleingießhüblern ihr Vieh wegtrieben und sie sah Tausende von Flüchtlingen und Soldaten, die 1945 durch unser Dorf zogen. Sie sah über Jahrhunderte die Bauern im Frühjahr, wenn ihre Knospen aus dem knorrigem Stamm trieben, die kargen und steinigen Felder bestellen. Sie sah Sippen kommen und vergehen und ist nun selbst gegangen, so still und einsam wie sie all die Jahre da oben gewachsen ist die `Opfereiche´ auf dem Kleinen Zschirnstein! Seit Kindertagen habe ich jedes Jahr in ihrem hohlen Stamm gestanden und voller Ehrfurcht die ersten grünen Blätter betrachtet. Im Frühjahr 2007 habe ich vergebens auf diese gewartet! Michael Jacobi». (Quelle: Klartext Reinhardtsdorf-Schöna, Sommer 2007)

Demonstrationen und Kundgebungen

In den Jahren 2009 und 2010 demonstrierten Neonazis in Sachsen – wie auch schon in den Vorjahren – zum 1. Mai (Tag der Arbeit), zum 17. Juni (aus Anlass des Arbeiteraufstandes in der DDR) und anlässlich der Bombardierung deutscher Städte durch die Alliierten u.a. in Dresden, Chemnitz und Freiberg. Dabei ist insbesondere der 13. Februar, der Tag der Zerstörung Dresdens 1945, für die europäische Neonaziszene von großer Bedeutung. Europas größter Naziaufmarsch bietet seit Jahren die Möglichkeit, die Shoa zu leugnen oder zu relativieren und von der deutschen Verantwortung an Nationalsozialismus und Völkermord während des 2. Weltkrieges abzulenken. Neonazis werden auch weiterhin versuchen, historische Tage und aktuelle Themen durch Demonstrationen und Kundgebungen zu besetzen, um ihre menschenverachtende Ideologie, geschichtsrevisionistische Sicht und die Idee der Volksgemeinschaft zu verbreiten.

In den vergangenen Jahren erfreuten sich in der rechtsextremen Szene kurze spontane Aktionen sowie Demonstrationsanmeldungen unter Kampagnen-Namen zunehmender Beliebtheit. Im Folgenden einige Beispiele für spontane Neonazi-Aktionen im Jahr 2010: Auf dem Dresdner Weihnachtsmarkt am Mahnmahl für die Opfer des 13. Februar entrollten ca. 20 Rechtsextremisten ein Transparent in deutscher und tschechischer Aufschrift «Vorsicht Massengrab». Mit der tschechischen Aufschrift sollten auch gezielt tschechische Besucher_innen des Weihnachtsmarktes angesprochen werden. Im August reichten sich ca. 10-15 Rechtsextremisten in den Festumzug der Stadt Radeberg ein. Sie trugen u.a. ein Transparent mit der Aufschrift «Die Demokraten bringen uns den Volkstod». Am 17. August, zum Jahrestag des Todes von Rudolf Hess, zeigten rechtsextreme Aktivisten vor der Semperoper in Dresden T-Shirts zur Ehre des Hitler-Stellvertreters. Diese Aktionen werden von den Neonazis gefilmt oder fotografiert und auf ihre Webseiten oder in ihre Foren gestellt, um sich damit zu rühmen und zur Nachahmung zu animieren.

Angemeldete Demonstrationen gab es unter den drei Kampagnen-Namen «Recht auf Zukunft», «Unser Volk stirbt» und «Die Demokraten bringen uns den Volkstod. – Nationaler Sozialismus jetzt.» Die angemeldeten Demonstrationen in Leipzig und Döbeln wurden von der Versammlungsbehörde mit der Auflage versehen, stationäre Kundgebungen abzuhalten, was den Neonazis nicht ausreichte. Eine Folge war, dass die Neonazis im Verlauf des Tages mehrere spontane Demonstrationen in Leipzig und im Umland durchführten. Damit wollten sie zeigen, dass sie sich durch Behörden nicht einschränken lassen. Zudem werden spontane Aktionen zunehmend gewählt, um zivilgesellschaftliche Proteste und Behinderungen zu umgehen und behördliches Vorgehen zu verhindern. Spontandemonstrationen befriedigen den Drang nach Abenteuer und Erlebnis. Ihre Wirkungsweise für die Bevölkerung dürfte dagegen eher gering sein: Auch wenn in den Berichten von großer positiver Resonanz zu lesen ist, so ist von Bürgermeister_innen und Gemeinderät_innen eher Unverständnis über diese Aktionsform zu vernehmen. Während sich allerdings Rechtsextreme bei Demonstrationen eher geringer Aufmerksamkeit erfreuen können, ist ihnen bei Störungen von Veranstaltungen von Demokraten eine Aufmerksamkeit gewiss.

Wortergreifungsstrategie

Seit dem Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag im Herbst 2004 geben sich die Rechtsextremen selbstbewusster. Dies zeigt sich nicht zuletzt in der Umsetzung der Wortergreifungsstrategie. Von führenden Kadern wie Udo Voigt, dem Bundesvorsitzenden der NPD, und Mathias Rochow, dem ehemaligen Bundesgeschäftsführer der JN, wird sie als ideale Methode der «direkten Konfrontation» beschrieben (Mathias Rochow, 23.3.2006 www.npd.de), mit der man «.. (die) Herrschenden ...immer öfter in die Diskussion (zwingen) und deren Versagerpolitik dem Volk vorführen» könne (Udo Voigt, 01.01.2007 www.npd.de). «Gerade im Hinblick auf die massive Behinderungstaktik von Großdemonstrationen durch die brd-Machthaber muß man neue Widerstandsformen entwickeln ... In der direkten Konfrontation mit dem Gegner soll dieser nicht mehr in der Lage sein über Nationalisten, sondern nur noch mit ihnen zu diskutieren.»

Die Wortergreifungsstrategie bietet nicht zuletzt die Möglichkeit, die Teile der NPD zu befriedigen, die eine Normalisierung der Partei vorantreiben wollen: Man zeigt Präsenz in öffentlichen Veranstaltungen und muss sich als Mitglied einer zugelassenen Partei nicht verstecken. Gleichzeitig kommt sie den Wünschen der freien Kräfte nach eher aktionsorientierten Formen entgegen – ein Spagat, der bei anderen Aktionsformen eher schwer realisierbar ist.

Im November 2007 war der Autor Toralf Staud mit seinem Buch «Moderne Nazis und der Aufstieg der NPD» Gast im Freitaler Stadtkulturhaus. Deutlich vor Beginn der Veranstaltung, während erst wenige andere Besucher anwesend waren, betrat der NPD-Kreisvorsitzende scheinbar allein kommend den Saal. Kurz darauf folgte eine Gruppe von rund 20 weiteren Rechtsextremen unter Führung des NPD-Vorsitzenden des benachbarten Kreises und nahm ebenfalls Platz. Die Lesung hatte gerade begonnen, als die anwesende Polizei den Veranstalter darüber informierte, dass weitere 25 Rechtsextreme aus dem Umfeld der freien Kräfte gewaltsam versuchen, sich Zutritt zu verschaffen. Ordner und zusätzlich eintreffende Polizei konnten dies zunächst verhindern. Zwar will Staud auch mit Rechtsextremen diskutieren, dieser zweiten Gruppe wurde jedoch der Zutritt verwehrt, weil sonst der Charakter der Veranstaltung gekippt wäre: Eine Mehrheit von Rechtsextremen hätte den Saal dominiert. Mit dem Versuch, sich gewaltsam Zutritt zu verschaffen, disqualifizierten sie sich zudem selbst.¹ Im Verlauf der Lesung – die Diskussion hatte noch nicht begonnen – gelang es sechs Jugendlichen, über einen Hintereingang in den Raum zu gelangen. Auf Anweisung der Versammlungsleitung wurden diese von der Polizei des Saales verwiesen. Dies führte zur Solidarisierung seitens der Gruppe der anwesenden NPD-Anhänger und -Mitglieder. Die Situation wurde durch die Einsatzkräfte der Polizei geklärt. Sofort mit Beginn der Diskussion meldete sich einer der NPD-Kreisvorsitzenden zu Wort. Er wandte sich nicht etwa mit einer Frage zum Buch oder zum Thema an den Autor, sondern hielt eine «Rede» an die Zuhörenden. Er wies darauf

- ¹ Antidiskriminierungsregel: Die Veranstalter behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechten Parteien oder Organisationen angehören, der rechten Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.



«Gegen Demokraten & Linksfaschisten – nationale Sozialisten»; ein Transparent während einer Demonstration am 12. 1. 2008 in Leipzig

hin, dass sie soeben Zeuge eines «unerhörten Vorfalls» geworden seien. Aus Protest gegen diese Ungeheuerlichkeit, wie er es nannte, verließen die Rechtsextremen mit den Worten «Für Volk und Heimat» geschlossen den Saal. Es war der Versuch, Mitleids- und Solidarisierungseffekte unter dem Publikum zu erzielen. Deutlich wurde auch das unterschiedliche Auftreten: Einerseits die parteigebundenen Rechtsextremen, die pünktlich erschienen und seriös wirkten – «ziviles Auftreten», nennt es Jürgen W. Gansel, Mitglied der sächsischen NPD-Landtagsfraktion. Andererseits die Freien Kräfte: aktionsorientierter, sich gewaltsam Zutritt verschaffend, auf unmittelbare Auseinandersetzung setzend. Dennoch erhalten diese im entscheidenden Moment die Unterstützung der Parteimitglieder. Diese zeigt sich in solchem solidarischen Beistand ebenso wie in Kleinen Anfragen im Parlament zum Vorgehen der Polizei in derartigen Situationen oder in anderweitiger praktischer Hilfe.

Nicht immer gelingt es, durch klare Absprachen (Antidiskriminierungsregel, Moderation der Veranstaltung oder geeignete Akteure) die Wortergreifungsstrategie zu durchkreuzen. So hatte im Spätherbst 2006 die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Freital zu einem Diskussionsabend zum Thema «Frauen und Rechtsextremismus» eingeladen. Für den einführenden Vortrag war eine Mitarbeiterin des Kulturbüro Sachsen e.V. eingeladen worden. Deutlich vor Beginn der Veranstaltung betraten Gitta Schüller, NPD-Landtagsabgeordnete und Mitbegründerin des «Ring Nationaler Frauen», sowie der NPD-Kreisvorsitzende Dirk Abraham den Raum. Beide waren der Referentin und anderen Anwesenden namentlich bekannt und wurden nach Beginn der Veranstaltung und dem Verlesen der Antidiskriminierungsregel um Verlassen des Raumes gebeten. Nach kurzer Diskussion leisteten sie der Aufforderung Folge. Weitere, nicht namentlich bekannte Personen, zum größten Teil jüngere Frauen, gehörten indes, wie in der Diskussion und späteren Internetbeiträgen



Bürgerfrühstück der Bürgerinitiative Pieschen gegen Rechts

deutlich wurde, ebenfalls zur rechtsextremen Szene. Sie vertraten offensiv rechts-extreme Positionen und stellten die «gefühlte» Mehrheit im Raum, da sich andere Frauen nicht zu Wort meldeten, sondern eher in einer Art Beobachterrolle den «Schlagabtausch» zwischen den rechtsextremen Besucherinnen und der Referentin verfolgten. Die Anwesenheit der Rechtsextremen verhinderte den Austausch von Argumenten und das Ringen um Positionen. Sie versuchten, den Abend zu dominieren, indem sie Themen wie «Todesstrafe für Kinderschänder» immer wieder aufs Neue einbrachten. Dies zeigt, wie wichtig es ist, dass sich der Veranstalter über das Ziel der Veranstaltung im Klaren ist. Bereits vorab sollte klar sein, mit wem er ins Gespräch kommen will, worin der persönlichen Gewinn der Veranstaltung gesehen wird und wie Menschen geschützt sind, die Betroffene rechter Gewalt sind.

Soziale Netzwerke

Soziale Netzwerke, weltweit, regional oder lokal, spielen in der Kommunikation Jugendlicher eine immer größere Rolle. Auf Facebook, MySpace, schuelerVZ, schueler.cc, dampfer.net und snapscouts.de werden nicht nur Informationen ausgetauscht, Absprachen getroffen und Veranstaltungen beworben, hier sind auch politische Neigungen sichtbar. Anmeldungen mit echtem Namen oder unter einem Pseudonym, öffentliche wie nicht öffentliche Teile laden in besonderem Maße zur Preisgabe persönlicher «Vorlieben» ein: T-Shirts mit neonazistischen oder rassistischen Botschaften bis hin zu strafbaren Symbolen, Lieblingsbands und Sänger_innen wie Störkraft, Landser, Michael Regener, Frank Rennicke und Annett oder die Verehrung von führenden Nationalsozialisten verdeutlichen die Spannbreite rechts-extremer Erscheinungen in sozialen Netzwerken.

Aber nicht nur Jugendliche nutzen dieses Medium zum Knüpfen sozialer Kontakte: Hinter dem Profil «Sonnenschein72» auf www.dampfer.net verbirgt sich beispielsweise die NPD-Stadträtin Carmen Steglich aus Königstein (Sächsische Schweiz). Sie wählte als Auftakt ihrer Seite die Worte des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess aus dem Kriegsverbrecherprozess in Nürnberg:

«Meine Begrüssung

'Stünde ich wieder am Anfang, würde ich wieder handeln wie ich handelte, auch wenn ich wüßte, daß am Ende ein Scheiterhaufen für meinen Flammentod brennt. Gleichgültig was Menschen tun, dereinst stehe ich vor dem Richterstuhl des Ewigen. Ihm werde ich mich verantworten, und ich weiß, er spricht mich frei.'»

Die NPD-Frau kommentiert: «Ein wahrer Spruch von einem wahren Helden!!»

Neben Recherchen ermöglichen solche «Präsentationen», das Sichtbarmachen der Nähe zum Nationalsozialismus insbesondere auch im Hinblick auf Menschen, die sich in Kreis-, Stadt- und Gemeinderäten vermeintlich für das Gemeinwohl einsetzen.

Hegemonie

Rechtsextremisten wollen eine Hegemonie beanspruchen und herstellen, sei es durch das Auftreten in Veranstaltungen, in denen versucht wird, die Wort- und Deutungshoheit zu erlangen, sei es durch Versuche, in Gemeinden und Städten Themen und Plätze zu besetzen. Häufig sind solche Versuche in Jugendclubs zu beobachten – ganz gleich, ob diese sozialarbeiterisch betreut sind oder nicht. Rechts-extreme Jugendliche bringen einschlägige CDs mit, verbreiten menschenverachtende, rassistische Sprüche oder tragen Szene-Kleidung, alles mit dem Ziel, im Club einen Platz zu erlangen. Zu beobachten ist auch, dass sich rechtsorientierte Jugendliche in den Clubrat wählen lassen, um ihre Gruppe zu vertreten. Gibt es keinen oder nur geringen Widerstand bei nichtrechten Jugendlichen oder den Trägern der Jugendarbeit in einem Club, kann ein solcher Jugendclub rasch zum Domizil einer rechtsextremen Clique werden. Vor solchen Übernahmeversuchen schützen nur eine klare Hausordnung und Menschen, die diese auch vertreten und durchsetzen.

Dieser Hegemonieanspruch ist übertragbar auf den öffentlichen Raum: Bushaltestellen, öffentliche Plätze oder Hausaufgänge, an denen sich Cliquen bilden und die dort das Sagen haben oder Angst verbreiten. Dabei spielt Kleidung eine nicht zu unterschätzende Rolle: Sie trägt zur Bildung von Gruppen und damit zur Demonstration von Zugehörigkeit oder zur Abgrenzung und Nicht-Zugehörigkeit andererseits bei. Ein erschütterndes Beispiel bietet der Tod von Alberto Adriano, der in der Nacht vom 10. auf den 11. Juni 2000 von betrunkenen Neonazis im Dessauer Stadtpark wegen seiner dunklen Hautfarbe zusammengeschlagen wurde und drei Tage später im Krankenhaus starb. Die Neonazis hatten sich untereinander teils nicht gekannt, sich aber, nachdem sie am Bahnhof ihre Züge nach Wolfen und Bad Liebenwerda verpasst hatten, an ihrer szenetypischen Kleidung der Marke Consdaple erkannt, deren Name so gewählt wurde, dass er die Buchstabenfolge NSDAP enthält. Geschaffen wurde sie vom Betreiber des Patria-Versandes, der selbst auch Funktionär der NPD in Oberbayern ist.

Der sächsische NPD-Funktionär Jürgen W. Gansel formuliert für die NPD die Form des Auftretens, welche freilich nicht immer und nicht von allen eingehalten wird: «Mit einem moderaten Ton, zivilem Auftreten und alltagsnahen Themen gelingt es Nationalisten vielerorts zum integralen Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens zu werden, während sich die Systemkräfte dem Volk immer mehr entfremden.» (Quelle: NPD-Homepage www.npd.de, 20.9.2006)

Als im Herbst 2006 die JN in der Sächsischen Schweiz von einem befreundeten älteren Mann eine alte Mühle zur Nutzung übertragen bekam, wandte sie sich mit einem Flugblatt an die Bürger des Dorfes. Als Herausgeber firmierte eine «Interessengemeinschaft Mühle Brausenstein». Von der Form her wirkte es seriös, vom Inhalt her ansprechend und auf Akzeptanz setzend sowie beruhigend und einladend. Von der Errichtung eines Mühlenmuseums war die Rede, von der Einbeziehung der Bürger in Form eines offenen Mühlentages. Nichts war freilich davon zu lesen, dass rechts-extreme Musikabende und Schulungen stattfinden sollten. Gut, dass Bürgermeister und Gemeinderat im Dorfblatt die Hintergründe und das andere «Gesicht» der NPD erklärten und beschrieben. So hatte beispielsweise der Unterzeichner des Flugblattes, der Geschäftsführer der JN ist, vor einigen Jahren Kameraden zum örtlichen Jugendclub gefahren, um diesen zu überfallen.

Wie schwer es für viele Bürger allerdings ist, die NPD zu erkennen und rechtsextreme Aussagen zu identifizieren, zeigen zwei weitere Beispiele. In der Sächsischen Schweiz gab es über mehrere Jahre hinweg eine mittelalterliche Schwertgruppe, die so genannte «Rolandslanze». Diese trat auch bei Dorfumzügen und Festen auf. Die Gruppe bestand vorwiegend aus JN- und NPD-Funktionären sowie Angehörigen der inzwischen verbotenen Skinheads Sächsische Schweiz (SSS). Sie übte auf dem Rittergut einer Gemeinderätin. Es dauerte eine Zeit, bis diese erkannte, wer regelmäßig auf ihrem Hof zu Gast war, und es dauerte nochmals eine Weile, bis der Verantwortliche die Gruppe auflöste. Dies geschah erst, als die örtliche Presse davon erfuhr und das öffentlich machen wollte. Zuvor konnte die «Rolandslanze» an der 650 Jahr-Feier des Ortes teilnehmen. Ein weiteres Beispiel: Beim Faschingsumzug 2007 in einer sächsischen Kleinstadt erschien ein Wagen mit einer Figur des US-Präsidenten George W. Bush und dem Slogan «Heute USA Morgen die Welt - USA internationale Völkermordzentrale». Niemand schien aufgefallen zu sein, dass dieser Slogan häufig bei rechtsextremen Demonstrationen benutzt wird und es eine CD der Neonaziband «Hauptkampflinie» mit einem solchen Titel gibt.

Diese Beispiele machen deutlich, dass neonazistische Erscheinungsformen unterschiedlich und manchmal nicht auf den ersten Blick erkennbar sind. Rechtsextreme scheuen sich nicht, in Vereine zu gehen oder an Festen der Gemeinden und Städte teilzunehmen. Schließlich ist es politische Strategie der Rechtsextremen, sich kommunal zu verankern, in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden und ihre «Normalisierung» voranzutreiben. Durch aktive Mitarbeit in Vereinen suchen sie Akzeptanz im Gemeinwesen zu erlangen. Ob Heimatverein, Fußballverein, Tourismusverein, Fasching oder Freiwillige Feuerwehr – vor rechtsextremen Aktivitäten und Vereinnahmung schützen nur klare Positionen und das Verdeutlichen von Toleranzgrenzen. Voraussetzung dafür sind die Fähigkeit zum Erkennen rechtsextremer Erscheinungen und der dahinter stehenden Strategie sowie der Wille, etwas dagegen zu tun!

«Verboten? Ist kein Problem.»

(2008)

Auf deutsch-tschechischen Grenzmärkten werden
Rechtsextreme weiter fündig

Welche Bands sind bei deutschen Jugendlichen derzeit am beliebtesten? Nimmt man das Angebot auf Märkten entlang der deutsch-tschechischen Grenze zum Maßstab, dann ergibt sich eine überraschende Hitliste. Erhältlich sind T-Shirts von den Ärzten und Toten Hosen, vom Rapper Bushido und den Jungs von Tokio Hotel – und von zwei Rechtsrock-Bands. Die Hemden der Böhsen Onkelz und von Landser hängen an den Marktständen einträchtig neben solchen mit den Konterfeis von Madonna und den Simpsons. Einkleiden können sich die Liebhaber der Bands in allen Größen von S bis XXL und für alle Witterungsverhältnisse: T-Shirts sind ebenso zu haben wie Kapuzenjacken. Selbst Rucksäcke der Landser werden angeboten – für Mädchen auch in Zartrosa. Die für ihre martialischen Texte bekannten Rechtsrocker dürften kaum begeistert sein.

Die Märkte in den kleinen Grenzorten sind ein gutes Pflaster für Anhänger der rechten Szene. Zwar mutet es wie bittere Ironie an, dass ausgerechnet vietnamesische Händler die Fanartikel einer Band verkaufen, die im Refrain eines ihrer Lieder dichtete: «Fidschi, Fidschi, gute Reise» – ein Text, den deutsche Neonazis auch bei Überfällen auf Vietnamesen skandierten. Doch für zwiespältige Gefühle bei den Verkäufern scheinen die Inhalte der Texte, die ihnen wahrscheinlich gar nicht bekannt sind, ebenso wenig zu sorgen wie der Umstand, dass Tonträger der Landser in der Bundesrepublik auf dem Index stehen und die Band selbst seit 2005 als kriminelle Vereinigung eingestuft ist. «Verboten?», fragt ein Textilienhändler auf dem Markt in Hřensko, als er auf den illegalen Status der Band hingewiesen wird: «Ist kein Problem. Wird viel gekauft.»

Reichlich gekauft werden können vor allem T-Shirts. Sie hängen an Dutzenden Ständen in Hřensko, das gut 20 Kilometer südlich von Pirna im Tal der Elbe liegt, und sie werden auch in Dolní Poustevna, eine Viertelstunde Fußweg vom Marktplatz der Stadt Sebnitz entfernt, in großer Zahl angeboten. In finanzieller Hinsicht lohnt sich für die Anhänger der rechten Szene-Bands der Weg: Für ein T-Shirt der Landser, auf dem in Frakturschrift die Titelzeile des 1998 erschienenen und indizierten Albums «Deutsche Wut» prangt und darunter ein Stahlhelm der Wehrmacht zu sehen ist, bei dem nur das Hakenkreuz fehlt, verlangt der Händler fünf Euro; auf ein kurzes Zögern hin senkt er den Preis auf vier Euro. Kapuzenshirts kosten acht Euro, ein Rucksack zehn – und auch hier wird skeptischen Kunden entgegengekommen: «Zu teuer?», fragt der Händler und gibt zu verstehen, dass der Kauf am Preis nicht scheitern soll: «Kriegst du für sieben.»

Auch der Erwerb von CDs ist nur unwesentlich beschwerlicher. Zwar werden die Rechtsrock-Scheiben nicht offen verkauft; generell sind inzwischen die früher zahlreichen Stände, in denen CD-Hüllen gestapelt waren und aus denen deutsche Volksmusik oder Schlager schepperten, von den Märkten verschwunden. Das heißt aber nicht, dass keine Musik mehr zu haben wäre – ganz gleich, ob es sich um Andrea Berg, Marianne und Michael oder eben Landser handelt. Auf eine Frage hin lässt sich die vietnamesische Verkäuferin in Dolní Poustevna den Namen der Band auf einen Zettel kritzeln und verschwindet damit im Labyrinth der Marktstände. Nach einer Weile kommt eine ihrer Kolleginnen mit einer CD zurück. «Landser – Best», steht in verschnörkelter Schrift auf der Hülle, «Zigeunerfahrt» heißt es auf dem Rücken des Covers, auf dem ein Panzer der US-Army sein Rohr auf den Betrachter richtet. Für die Scheibe, die Titel wie «In den A...» und «Rudolf» enthält, verlangt die Händlerin fünf Euro. Die Auswahl sei größer, gibt sie zu verstehen – nur müsse ein anderer Standbetreiber erst den Karton mit den Tonträgern aus seinem Auto holen.

Es hat sich also nichts geändert seit dem Jahr 2001, als Politiker aus dem deutsch-tschechischen Grenzgebiet auf den Verkauf der braunen Musik auf den Märkten aufmerksam machten. Damals hatten Sozialdemokraten von beiden Seiten der Grenze auf den schwunghaften Handel hingewiesen. «Wehret den Anfängen!», mahnte der Pirnaer SPD-Mann Klaus Fiedler und forderte, es müsse «Ziel der zuständigen tschechischen Behörden sein, den Verkauf sowie die Belieferung der Händler für alle Zeit zu unterbinden.» Der Dečiner Parlamentsabgeordnete Vladimír Laštůvka kündigte an, das Prager Innenministerium auf das heikle Thema aufmerksam zu machen. Auch ein Gespräch mit der Staatsanwaltschaft wurde angekündigt, um eine «härtere Gangart gegen den Verkauf umzusetzen», wie es in einem Pressebericht hieß.

Als freilich Fiedler und Aktivisten der Pirnaer Aktion Zivilcourage ein Jahr später Stichproben auf Märkten von Cínovec bis Dolní Poustevna durchführten, mussten sie feststellen, dass der Handel nach wie vor blühte. Zwar wurden schon damals die Scheiben nicht mehr öffentlich angeboten. Auf Nachfrage von Kunden aber wurden CDs der Böhsen Onkelz, von Störkraft, Landser und Neue Härte unter den Ladentischen hervorgeholt. Als Hindernis stellte sich weder der Umstand heraus, dass der Import der Scheiben in die Bundesrepublik verboten ist und strafrechtlich verfolgt wird, noch die Tatsache, dass den Käufern seit Januar 2000 auch in Tschechien Konsequenzen drohen: Der Erwerb nazistischer und volksverhetzender Propaganda steht seitdem unter Strafe.

Abgenommen hat der Handel aber offenkundig nicht – im Gegenteil. Seit 2003 registrierte man, so Sachsens damaliger Innenminister Albrecht Buttolo (CDU) auf eine Anfrage der Bündnisgrünen im Landtag, eine «stetige Zunahme des Versuchs des Einführens strafrechtlich relevanter Materialien bei der Einreise nach Sachsen». Dabei handle es sich sowohl um Tonträger als auch um Textilien. Wie sich die Zahlen im Detail entwickelt haben, ist freilich nicht zu erfahren: Das Landeskriminalamt Sachsen, an das Bundesgrenzschutz beziehungsweise Bundespolizei die entsprechenden Fälle zur Ermittlung weitergeben, erklärte, von den 1907 Propagandadelikten im Freistaat Sachsen, die 2005 festgestellt wurden, hätten 33 «internationale Bezüge» gehabt; im Jahr darauf lag die Zahl exakt genauso hoch. Dabei handele es sich, erklärte ein Sprecher, entweder um den Bezug von Artikeln bei internationalen Versänden oder die Einfuhr über die Grenze. Genauere Statistiken, fügte er hinzu, gebe es nicht. Auch das Landesamt für Verfassungsschutz erklärt auf Anfrage, es gebe



Am Markt in der Grenzstadt Hřensko sind T-Shirts der Rechtsrock-Band Landser frei zu erwerben; die Band ist in Deutschland als kriminelle Vereinigung eingestuft, und ihre Lieder sind indiziert

«hinsichtlich der Einfuhr strafrechtlich relevanter Szene-Artikel seit einigen Jahren steigende Fallzahlen»; genauer beziffert werden konnten diese aber nicht.

Welcher Art die rechten Fanartikel sind, die im Ausland erworben und über die Grenze in die Bundesrepublik gebracht werden, lässt eine Auflistung ahnen, die das Bundesministerium des Innern auf eine Anfrage der LINKEN im Bundestag zur Verfügung stellte. Demnach wurden bei Kontrollen an der Grenze im Jahr 2005 sechs «strafrechtlich relevante Tonträger» sichergestellt – allesamt Scheiben der Böhsen Onkelz. Im Jahr 2007 wurden lediglich drei Tonträger aus dem Verkehr gezogen; es handelte sich um CDs des rechten Szene-Barden Frank Rennicke sowie von Kraftschlag und Landser. Für das dazwischen liegende Jahr 2006 indes werden insgesamt 78 Tonträger genannt; die Liste der Bands reicht von Edelweiß und Endstufe über Leitwolf und Nahkampf bis zu Sturm 18 und Volkszorn. Ob auch Kleidung von jenseits der Grenze mitgebracht und bei der Einreise beschlagnahmt wurde, ist unklar: Dazu, so das Ministerium, lägen keine Erkenntnisse vor.

Allein die extrem schwankenden Zahlen deuten an, dass der genaue Umfang des Imports rechter Szeneartikel kaum festzustellen ist. Schon als an der deutsch-tschechischen Grenze noch Kontrollen durchgeführt wurden, war die Gefahr, mit einer indizierten CD ertappt zu werden, äußerst gering; die Beamten konnten höchstens Stichproben nehmen. Seit dem Wegfall der Kontrollen im September 2007 hat sich das Risiko, mit einer einmal erworbenen CD auffällig zu werden, auf ein absolutes Minimum reduziert.

Um so wichtiger wäre es, den Verkauf auf den Grenzmärkten von vornherein zu unterbinden. Die tschechische Polizei hält sich dabei einige Erfolge zugute. Auf Anfrage erklärte eine Polizeisprecherin in Ústí nad Labem, es würden durch die Ausländerpolizei und andere Behörden regelmäßige Kontrollen durchgeführt – im Jahr 2008 bisher sechs. Dabei seien vor allem in den Jahren 2000 bis 2002 wiederholt CDs unter anderem von den Böhsen Onkelz, Landser und Kraftschlag gefunden worden. Die Tonträger seien beschlagnahmt und Strafanzeigen gestellt worden: In der Tschechischen Republik sind das Aufstacheln zum Hass gegen Teile der Bevölkerung ebenso wie das Propagieren einer Bewegung, die zum Abbau von Menschenrechten führt, strafbar. Ob es zu Verurteilungen kam, wurde nicht mitgeteilt; allerdings wies die Sprecherin darauf hin, dass die Händler in der Regel den Inhalt der Tonträger nicht kannten und ihnen somit kein Vorsatz nachzuweisen war.

Dennoch glauben die tschechischen Behörden, dass ihr Druck Früchte trägt: Wegen der regelmäßigen Kontrollen würden einschlägige Artikel auf den Grenzmärkten «fast nicht mehr angeboten». Diese Darstellung kontrastiert indes mit den Feststellungen der deutschen Behörden, die eine zunehmende Einfuhr registrieren, vor allem aber mit der alltäglichen Realität auf den Märkten: Um eine CD der Landser zu finden, ist dort alles andere als eine mühselige Suche notwendig; Shirts der verbotenen Band – ob mit dem Aufdruck «Deutsche Wut» oder der von einem Totenschädel verzierten Ankündigung «Wir kommen zu Euch» – werden völlig offen zur Schau gestellt.

Nur ein geringer Trost ist angesichts dieser sprudelnden Vertriebskanäle für Musik mit hetzerischen Texten, dass rechtsextreme Verlage und Vertriebsstrukturen in der Bundesrepublik von dem Grenzhandel nicht profitieren. Die Behörden erklären auf Nachfrage, eine Kooperation zwischen diesen und Herstellern in Tschechien gebe es höchstens in Ausnahmefällen und in geringem Umfang. Bei den Grenzpassanten, die

mit verbotenen Tonträgern ertappt wurden, handelt es sich laut Verfassungsschutz «zumeist um Einzeltäter», Hinweise auf eine größere oder gar gewerbsmäßige Einfuhr gebe es nicht. Das wiederum liegt wohl vor allem daran, dass es sich bei Kleidung wie bei CDs um Plagiate handelt – wie praktisch bei allen Artikeln, die auf den Grenzmärkten vertrieben werden. Die dort erhältlichen Schuhe, Hemden und Trikots tragen zwar die Etiketten von Gucci, Hugo Boss oder Adidas; echt aber ist wohl kein einziges der Produkte. Also wirkt auch das Cover der in Dolní Poustevna erhältlichen Landser-CD wie auf einem Tintenstrahldrucker hergestellt, die ohne Etikett gelieferte Scheibe wurde offenbar am Computer gebrannt.

Wo die Hemden und Tonträger tatsächlich hergestellt und ob sie ins Angebot aufgenommen werden, weil häufig genug an den Ständen danach gefragt oder weil gute Marktforschung in Deutschland betrieben wurde, ist nicht zu erfahren – und das beileibe nicht nur, weil sich die deutschen und tschechischen Sprachkenntnisse der Händler auf wenige Brocken beschränken. Diese gehen ihren Geschäften nach, ohne groß darüber zu reden. Hintergründe sind daher auch nicht zu einer auffälligen Lücke auf den Grenzmärkten in Hřensko oder Dolní Poustevna zu erfahren: Dort wird Kleidung aller beliebten Marken angeboten – von Levi's über Puma bis zu Jack Wolfskin. Eine Marke, die in Deutschland von Jugendlichen nicht nur der rechtsextremen Szene immer öfter getragen wird, ist im Paradies der Markenpiraten indes nicht erhältlich – ausgerechnet «Thor Steinar» findet sich an keinem einzigen Stand.

KAPITEL 4

Situation von Opfern rechtsextremer Gewalt

Betroffene von Hassgewalt in der Tschechischen Republik

Aktuelle Situation und gesetzlicher Rahmen¹

I Entwicklung und Definition der Hassgewalt

Eine soziale Versöhnung zwischen den Menschen verschiedener Kultur, Sprache, Ethnizität, Religion, Sexualität, Gesundheitszustandes und Sozialstellung ist zerbrechlich, man kann sie nur schwer aufrechterhalten und ganz einfach und für lange Zeit zerstören. Das menschliche Zusammenleben ist immer auf bestimmte Art und Weise mit Vorstellungen über die Charakteristik der «Anderen» belastet. Die Hassgewalt kommt in verschiedenem Maß überall da vor, wo die Gesellschaft aus verschiedenen Sozialgruppen besteht. Sie wird als durch Hass, Intoleranz oder Vorurteil motiviertes Handeln definiert und zwar Gruppen gegenüber, welche durch irgendein gemeinsames, meistens unverwechselbares Merkmal definiert sind. Die Spezifität der Hassgewalt beruht auf dem **Motiv des Angreifers**. Die Haupttriebfeder der Angreifenden ist meistens ein **Vorurteil** (bias) oder sogar **Hass** (hate). Allport (1954) definiert ein Vorurteil als abwendbare oder hostile Stellung einer Person gegenüber, welche einer Gruppe angehört, ganz einfach deswegen, weil sie dieser Gruppe angehört und deswegen setzt man voraus, dass sie bedenkliche Qualitäten hat, welche dieser Gruppe zugeschrieben werden. Unter bestimmten Bedingungen kann ein Vorurteil in so ein Verhalten übergehen, das sowohl auf verbalen als auch auf physischen Angriffen beruht.

Die **Hassgewalt** kann konkret die **Form** einer Androhung, Einschüchterung, Erpressung, des Schimpfwortes, von Graffiti, eines physischen Angriffes, eines Sexualangriffes, eines Brandanschlags oder eines Angriffes auf Eigentum haben. Es ist immer von der Rechtsregelung des konkreten Staates abhängig, ob die Hassgewalt gleichzeitig für Hasskriminalität gehalten wird. Der deutlichste Unterschied besteht aus diesem Gesichtspunkt zwischen der Auffassung der verbalen Gewalt in Europa und in den Vereinigten Staaten, wo verbale Hassgewalt (hate speech) nicht strafrechtlich fassbar ist, bis auf die Ausnahmen, wo sie Formen einer unmittelbaren Andro-

¹ Der Text der ersten Auflage wurde aktualisiert und ergänzt unter Verwendung folgender Texte: Kalibová, Klára: Jak chránit před násilím z nenávisťi. In Autorenkollektiv: Zapomenuté oběti. Násilí z nenávisťi a poradenství pro jeho oběti v ČR. Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft, Kulturbüro Sachsen e. V., In IUSTITIA, Prag, 2010, S. 85-104 und Bohdálék, Miroslav: Vergessene Opfer. Kurzfassung des Projektberichtes. Kulturbüro Sachsen, Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft. Dresden, 2010. Die Studie kann auf www.kulturbuero-sachsen.de heruntergeladen werden.

hung der Gewalt annimmt. Die historisch und kulturell bedingte europäische Erfahrung spiegelt sich im Gegensatz dazu in den Gesetzen durch ein differenziert konzipiertes Handlungsverbot, welches auf Verunglimpfung einer Einwohnergruppe, auf Aufstacheln zum Hass dieser Gruppe gegenüber, auf Propagierung oder Äußerung der Sympathien zu irgendeiner nichtdemokratischen Bewegung, auf öffentlichem Tragen der Symbole dieser Bewegungen usw. beruht.

Ein Vorurteil oder der Hass wird auf irgendeine, durch ein bestimmtes Merkmal **charakterisierte Sozialgruppe gerichtet**. Der Angreifer greift in der Regel eine ihm vollkommen unbekannte Person oder ihr Eigentum an, und greift so symbolisch eine Einzelperson auf Grund ihrer Gruppenidentität an, oder er wählt sich sein Opfer wegen der Sozialgruppe aus, da er bei ihm voraussetzt, dass die Durchführung des Angriffs einfacher sein wird. Ein einigendes Merkmal einer Personengruppe kann ihre angebliche oder tatsächliche Zugehörigkeit zu irgendeiner ethnischen oder Nationalgruppe sein, ihr Alter, Gesundheitszustand, sexuelle Orientierung oder Identität, Subkultur, Religion oder die Tatsache, dass die Person überhaupt keiner Konfession angehört oder ein anderes, ähnliches Merkmal.

In diesem Text und in der Untersuchung, welche der Zusammenstellung dieses Textes vorging, werden von uns zwei Grundtermini verwendet – Hassgewalt und Hasskriminalität. Der Unterschied zwischen den Begriffen beruht einerseits auf der Intensität des Angriffes – die Hassgewalt erreicht nicht eine solche Intensität, welche eine Straftat konstituieren würde und gleichzeitig Schutz in Form einer strafrechtlichen Sanktion forderte. Andererseits liegt der Unterschied in der juristischen Definition der einzelnen Staaten, die Auffassung der Hasskriminalität hängt also von der innerstaatlichen Regelung ab, selbst wenn sie zum Beispiel europäisch harmonisiert ist. Eine Hass-Straftat im Sinne des Strafrechts eines Staates, kann in einem anderen Staat lediglich ein reiner «Hass-Zwischenfall» sein, also eine nicht-strafbare Handlung.

Hassgewalt ist keine Erscheinung der letzten dreißig Jahren, so wie man darüber in der Regel gerne spricht, es ist auch kein Ergebnis der Genozide des zwanzigsten Jahrhunderts. Man kann darüber nicht qualifiziert sagen, dass sie aufsteigt oder sinkt, da uns der Punkt Null unbekannt ist, ab welchem wir sie anfangen könnten zu quantifizieren. Uns ist es möglich, den Unterschied vom Jahr zu Jahr zu identifizieren, wir müssen jedoch gleichzeitig die hohe Latenz der hassmotivierten Kriminalität (die Daten werden von den Organen der Strafverfolgung gesammelt) und auch diejenige Hassgewalt in Erwägung ziehen, welche der Polizei nicht gemeldet wurde (die Daten werden nicht systematisch von den Nichtregierungsorganisationen gesammelt). Es ist nur möglich zu behaupten, dass Hassgewalt existiert und sich darüber Gedanken zu machen, ob und in welchem Maß den Betroffenen ein Schutz gewährt wird, wie die Täter bestraft werden und wie man den Angriffen vorbeugen kann.

II Der gesetzliche Rahmen in der Tschechischen Republik

Das Recht gewährt einen Schutz vor den schlimmsten Formen der Hassgewalt. Die Prinzipien eines friedlichen Zusammenlebens und Respekts gegenüber der Würde eines jedes Menschen erfasst die Charta der Grundrechte und -freiheiten. Der konkrete Schutz obliegt dem Strafrecht.

Die Verfassungsbasis zum Schutz der Menschen vor der Hasskriminalität bildet die Charta der Grundrechte und -freiheiten,² welche im Artikel 3 den allgemeinen Schutz der Grundrechte und Menschen unabhängig von Geschlecht, Rasse, Hautfarbe, Sprache, Glauben und Religion, politischer oder anderer Denkart, nationalem oder sozialem Ursprung, Volkszugehörigkeit oder Angehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit, von Eigentum, Herkunft oder anderer Stellung verankert. Sie verankert besonders den Schutz der Volks- und ethnischen Minderheiten, wenn sie im Artikel 24 festsetzt, dass die Zugehörigkeit zu diesen niemandem zum Nachteil werden darf und setzt gleichzeitig im Artikel 25 das Recht der Minderheiten auf eine allseitige Entwicklung fest. Die Unterstützung der ethnischen und Volksminderheiten ist mehr oder weniger ein traditionelles Rechtsgut, welches mit den internationalen Verbindlichkeiten der Tschechischen Republik korrespondiert und sich aus ihrem Engagement bei den Vereinten Nationen und im Europäischen Rat ergibt.

Gültige strafrechtliche Regelung

Der Schutz von Personen vor der Hassgewalt ist ultima ratio dem Strafrecht anvertraut, konkret dem Gesetz Nr. 40/2009 GBL., Strafgesetzbuch (im weiteren StGB). Er beruht auf drei Säulen wie folgt:

- allgemeine erschwerende Umstände,
- Umstände, welche die Anwendung eines höheren Strafmaßes bedingen (qualifizierte Tatbestände von einigen Straftaten)
- die Bestandteile des Grundtatbestandes von einigen anderen Straftaten.

Die Definition der Hass-Straftat (hassmotivierte Straftat) ist keiner tschechischen Gesetzesnorm bekannt, was bei der Anwendung der Rechtsnormen nicht geringe Schwierigkeiten vorbereiten kann.

Allgemeine erschwerende Umstände beruhen auf Begehung einer Straftat aus Volks-, Rassen-, Religions-, Klassen-, ethnischem oder einem anderen Hass und sind im § 42 StGB verankert. Allgemeine erschwerende Umstände beruhen auf Individualisierung der Strafe, wobei das Gericht nach der Feststellung der Schuld die Art und Dauer der Strafe in der von dem Strafgesetz festgesetzten Zeitspanne ermisst. In dem Fall, dass einer der Belastungsumstände gefunden wird, hat man z. B. die Möglichkeit, eine Strafe an der oberen Grenze des Strafsatzes zu verhängen. Der Terminus «anderer ähnlicher Hass» ermöglicht im Grunde genommen dem Gericht bei der Bemessung der Strafe beliebige Motive zu berücksichtigen, welche durch Hass einer Personengruppe gegenüber bestimmt sind. Für die tschechische Realität ist wesentlich, dass man zum Beispiel Straftatmotive berücksichtigen kann, welche auf Hass einer Personengruppe gegenüber beruht, die durch ihre sexuelle Orientierung oder Identität definiert wird.

Umstände, welche die Anwendung des höheren Strafmaßes bedingen, sind in den qualifizierten Tatbeständen bei einigen Straftaten einbegriffen (z. B. Mord, Körperverletzung, Erpressung) und es sind ihre gesetzlichen Merkmale. Falls

2 Teil der tschechischen Verfassung als Verfassungsgesetz Nr. 2/1993 GBL.

während des Strafverfahrens nachgewiesen wird, dass die Straftat auf Grund eines Hassmotives begangen wurde, ist das Gericht automatisch verpflichtet, eine Strafe im Umfang des vom Gesetz festgesetzten höheren Strafmaßes aufzuerlegen. Falls kein Hassmotiv nachgewiesen wird, wird das Gericht über die Schuld und Strafe im Umfang des Grundstrafmaßes entscheiden, das in der Regel im ersten Absatz des durch das Gesetz verankerten Tatbestandes enthalten ist. Der Umstand, welcher die Anwendung eines höheren Strafmaßes bedingt (Tatbestandsmerkmal) kann nicht gleichzeitig als Belastungsumstand berücksichtigt werden, der Gesetzgeber wehrt sich so gegen die Kumulation der Strafsanktionen. Hassmotivation ist Bestandteil des qualifizierten Straftatbestandes bei 18 Straftaten.

III Gruppen der Betroffenen von Hassgewalt in Tschechien

In den Jahren 2009 und 2010 realisierte eine Gruppe der Partnerorganisationen aus Tschechien und Deutschland eine Untersuchung³, welche sich zum Ziel setzte, die Situation der Betroffenen von Hassgewalt in der Tschechischen Republik zu erfassen. Auf der Basis von 23 Experteninterviews mit Personen aus gemeinnützigen Organisationen und akademischer Szene gelang es u.a. detaillierte Informationen über Gruppen zu gewinnen, welche in Tschechien häufig von Hassgewalt betroffen sind. Wir versuchen diese in folgenden Unterkapiteln darzustellen.

Roma

Roma bilden eine Gruppe, die in Tschechien - der überwiegenden Mehrheit der Befragten nach - am meisten von Hassgewalt gefährdet ist. Auch die Praxis zeigt, dass diese konkrete Gefährdung in Form verbaler oder physischer Hass-Gewalt gegenüber Roma auftritt. Auch von den Befragten aus Nicht-Roma-Gruppen werden die Roma als die am meisten gefährdete Gruppe angeführt.

«Ich denke mir allgemein, dass ein typisches Opfer die Roma sind. Dies ist jedoch nicht der Arbeitsbereich unserer Organisation, hier sind es die Schwarzen, d.h. Menschen, welche sich durch ihre Hautfarbe unterscheiden und daneben Arbeiter aus der Ukraine.» (GESPR. 16, 19–20)

Obwohl z.B. Ausländer als eine von Hassgewalt gefährdete Gruppe genauso oft erwähnt wurden, ist die vordergründige Gefährdung der Roma vollkommen deutlich. Gewalt gegenüber Roma bzw. ihre Diskriminierung gehören zum Alltag und erreichen kaum vergleichbare Dimensionen.

Wenn wir die spezifische Stellung der Roma betonen, dann vor allem aus dem Grund, dass die Abneigung ihnen gegenüber für einen großen Teil der tschechischen Bevölkerung festzustellen ist. Auch Roma, die nicht von physischer Hassgewalt betroffen wurden, müssen ständig mit dieser sehr realen Möglichkeit rechnen. Irgendeine Form von Diskriminierung oder verbaler Gewalt erlebte im Grunde genommen jeder Rom. Gerade diese hohe «Potentialität» der Hassgewalt ist ein typisches Merkmal, welches sie von den anderen Formen der Kriminalität unterscheidet. Die Lebensqualität der betroffenen Menschen sinkt markant auch in Fällen,

3 Das Projekt Vergessene Opfer wurde in Zusammenarbeit mit der Organisationen Kulturbüro Sachsen e.V., In IUSTITIA, ROMEA und Tolerance a občanská společnost realisiert.

in denen sie bisher nicht von irgendeiner Gewalttat betroffen waren. Auch andere gefährdete Gruppen haben ähnliche Probleme, bezogen auf Roma unterscheidet sich dieses Problem in seiner Quantität erheblich.

«Etwas anderes ist hate crime im Falle gegenüber Roma. Das hängt damit zusammen, was ich bereits sagte und das ist die gesamte Stimmung in der Gesellschaft, wo die Roma allgemein als Pöbel genommen werden. Aus diesem Gesichtspunkt ist hate crime in ihrem Fall schwerwiegender, da sie damit immer und andauernd in der gesamten Gesellschaft betroffen sind. Nicht nur von beliebigen Personen, welche sie auf der Straße treffen, sondern auch von Medien, von denen sie vollkommen anders wahrgenommen werden...» (GESPR. 1, 335–339)

Die spezifische Stellung der Roma hängt jedoch selbstverständlich auch mit historischen Entwicklungen zusammen und hat politische, kulturelle und soziale Ursachen.

Ausländer

Eine weitere gefährdete Gruppe, welche von den Befragten oft genannt wurde, stellen Ausländer dar. Als Ausländer werden in diesem Zusammenhang solche Personen bezeichnet, welche auf Grund ihres Aussehens als ethnische Nicht-Tschechen⁴ identifiziert werden, das heißt zum einen Menschen mit dunklerer Hautfarbe oder nichteuropäischer Augenform (Menschen aus asiatischen Ländern, insbesondere aus Vietnam). Eine weitere große Gruppe bilden die russisch sprechenden Bürger, insbesondere aus der Ukraine. Angehörige der tschechischen Mehrheitsgesellschaft sind jedoch mit kleinen Geschäftslokalen mit Textilien oder Lebensmitteln einverstanden, die vor allem von Vietnamesen betrieben werden. Baufirmen stellen Arbeiter aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, vor allem aus Ukraine, als billige Arbeitskraft an.

«Ich persönlich habe Bedenken wegen der zunehmenden Fremdenfeindlichkeit, welche gegenüber der vietnamesischen Gemeinschaft eindeutig zunimmt. Es ist mit dem Trend der Arbeitsmigration in den letzten zwei Jahren verbunden, wo viele vietnamesische Arbeiter in die Betriebe ankamen. Und diese sind im Gegenteil zu der Gruppe, welche sich hier bereits integrierte, nicht in die Gesellschaft integriert. Sie sprechen kein Tschechisch, haben keine Grundkenntnisse über die gesellschaftlichen Normen. Und so erregen sie in den Städten, wo es ziemlich viele von ihnen gibt ziemliches Aufsehen. Und die Tschechen sehen sie in Zeiten der Krise als Schuldigen, dass es keine Arbeit gibt.» GESPR., 12–16)

Wie es der folgende Befragte bestätigt, sind vor allem diejenigen bedroht, die sich auf irgendeine sichtbare Art und Weise unterscheiden: *«Es sind sicherlich die Roma, die alternative Jugend, die sich irgendwie unterscheiden. Obdachlose, Ausländer – hauptsächlich diejenigen, die eine andere Hautfarbe haben, da sie oft mit Roma verwechselt werden.»* (GESPR. 14, 149–150)

⁴ In diese Gruppe der «Ausländer» gehören aus der Perspektive der Angreifer selbstverständlich auch tschechische Bürger mit dunkler Hautfarbe und anderen vermeintlichen Merkmalen nichteuropäischen Herkunft.

Obdachlose

Gerade wegen ihrer Abweichung, Andersartigkeit, wurden oft auch Obdachlose als Betroffene von Hassgewalt angeführt - Menschen, die auf der Straße oder in Asylhäusern wohnen und Hausbesetzer. Ihre Stellung bestätigt das konsensuale Schweigen des größten Teiles der Gesellschaft zum Fakt, dass man Obdachlose nicht selten so behandelt, als ob sie Bürger zweiter Klasse wären.

Neben einer großen Anzahl konkreter Fälle physischer Gewalt führten die Befragten häufig auch Fälle an, die sich als struktureller Rassismus, gegebenenfalls als Diskriminierung bezeichnen lassen.

«Ich weiß nicht, ob man von einem typischen Opfer reden kann. Es ist jedoch Tatsache, dass wenn wir über die Obdachlosen sprechen, diese oft zur Zielscheibe beliebiger Gewalt werden. Ich werde jetzt allgemein sagen, angefangen mit Diebstählen von Ausweisen und Identität bis zur physischen Gewalt, bis zu Morden.» (GESPR. 10, 3–5)

«Aus eigener Erfahrung sprach ich mehrmals mit Ärzten, welche unsere Klienten behandeln (es sind nicht nur Roma, es sind jedoch sozial ausgeschlossene Menschen), und ihre Ansichten sind erschreckend. Es wurde sogar gesagt, dass man diese Menschen erschießen oder verbrennen solle und so.» (GESPR. 2, 10–13)

Wir wollen nicht generalisieren, was eigentlich bei so einer Untersuchungsform auch nicht möglich ist, trotzdem ist es erwähnenswert, dass brutale physische Gewalt in Bezug auf Obdachlose von den Befragten am häufigsten erwähnt wurde. Ein Beispiel:

«Dann gab's hier vor fünf Jahren den Fall, wo zwei Jugendliche einen Obdachlosen tottraten, weil die probieren wollten, wie es ist, jemanden mit dem Fuße zu treten. Der Obdachlose überlebte den Angriff nicht, die Jungs wurden festgenommen und wegen Mordes verurteilt.» (GESPR. 15, 34–37)

Personen mit abweichender sexueller Orientierung

Eine oft erwähnte Gruppe sind Menschen, die auf Grund ihrer sexuellen Orientierung zu Betroffenen werden. Auch wenn es sich aus den Interviews nicht ergab, dass die Anzahl der Betroffenen von Hassgewalt auf Grund der sexuellen Orientierung sehr hoch ist, können diese Zahlen einen falschen Eindruck erwecken. In einer E-Mail Untersuchung antwortete ein Befragter, dass er sich mit ähnlich Betroffenen weniger als einmal im Monat trifft, wobei es sich um eine Gewalt „dem Typ nach ‚physische Gewalt am Arbeitsplatz‘ und ‚psychische Gewalt in der Arbeit und in der nahen Umgebung« handelt. (ED- GESPR. 1) Ein weiterer Befragter führte im Gespräch eine ähnliche Häufigkeit der physischen Gewalt an. *«Ich weiß nicht, es gibt verschiedene Perioden, wo mehrere Fälle zusammenkommen, oder überhaupt nicht. Ich weiß nicht, wie viel, etwa so bis fünf jährlich. Eher weniger.»* (GESPR. 18, 46–47)

Menschen mit sexueller Orientierung jenseits der Mehrheitsgesellschaft halten ihr Privatleben üblicherweise geheim. Mit der Selbstzensur des Privatlebens ist eine Situation gemeint, in der sich der Mensch der Zugehörigkeit zu einer bestimmten gefährdeten Gruppe bewusst ist und sich vor negativen Reaktionen fürchtet. Im Falle von Personen mit abweichender sexueller Orientierung gibt es eine große Furcht in der Öffentlichkeit Dinge zu tun, die für Angehörige der Mehrheitsgesellschaft vollkommen üblich sind, zum Beispiel sich einander die Hand halten oder sich in der

Öffentlichkeit zu küssen.

«Wirklich viele Menschen aus der Community sagen, dass es keinem was angeht, dass es ihre Privatsache ist und man führt es bis in einen Bereich hin, worüber ich mir denke, dass es schon ein bisschen zu viel ist..., dass es dahin nicht mehr gehört. Gerade das, ob ich jemandem auf der Straße die Hand halte, ob es darin unangemessen ist, dass ich mir dies für daheim lassen soll, oder ob es etwas ist, was natürlich sein soll.» (GESPR. 18, 66–73)

In den Gesprächen wurde nur vereinzelt das bedeutende Moment des Coming-outs erwähnt, welcher meistens in der Pubertät verläuft, wo junge Menschen in der Schule sind und auf das Verständnis der Mitschüler, Lehrer und selbstverständlich der Familie hoffen müssen.

Drogenabhängige und «alternative Jugend»

Die Motive der Angriffe einer gefährdeten Gruppe gegenüber lassen sich oft nicht eindeutig identifizieren – in die breitere Kategorie gehören Drogenabhängige aber auch die Gruppe, die wir im Rahmen des Projektes vorläufig «alternative Jugend» nannten, also Menschen, welche sich durch ihre Kleidung, Frisur, Lebensstil oder politische Ansichten von anderen unterscheiden.

«Für Drogensüchtige werden Leute gehalten, die sich zu bestimmten Subkulturen zugehörig fühlen, wo die Leute spezifisch angezogen sind und es ist für einige ein ausreichendes Argument dafür, sie als Drogensüchtige zu erklären und sie zu bestrafen. Das geschieht auch in kleineren Städten wie zum Beispiel in Jihlava oder Zlín. Manchmal sind es Auseinandersetzungen zwischen Faschisten und Antifaschisten, aber irgendwann betrifft es einen Menschen, der sich gar nicht als Antifaschist engagiert. Dann gibt es Fälle, wo sie Meinungsgegner sind, sie bekennen sich zu irgendeiner Strömung innerhalb der antifaschistischen Bewegung und es kommt zur Drohung mit einem Angriff, auch Polizisten, Sachverständigen u. ä. gegenüber.» (GESPR. 9, 144–150)

«Das [physische Gewalt] begegnete uns im Zusammenhang mit anderen Zielgruppen. Das waren Menschen, welche öffentlich gegen die Ausbreitung des Neonazismus auftraten. In Brno waren die Angriffe der Neonazis sehr häufig. Eine Reihe von meinen Freunden war direkt Zielscheibe ihrer Angriffe. Es handelt sich eher um Einzelpersonen, es ist keine Massenangelegenheit.» (GESPR. 17, 87–89)

Gerade die Drogenabhängigen und Obdachlosen sind auch häufig diejenigen, welche von Polizeigewalt betroffen sind.

Juden und Muslime

Zum Schluss kommen wir noch zu Religionsgruppen. In den Antworten der Befragten kommt Gewalt auf Grund religiöser Differenzen fast nur auf einem theoretischen Niveau vor. Konkrete Gewalttaten Juden⁵ gegenüber kommen eher in der Form von Sachbeschädigung vor («Vorfälle der Beschädigung der Judengrabsteine», GESPR. 8, 8), oder als ideologisch motivierte Taten.

⁵ Diese Gruppe lässt sich selbstverständlich nicht nur religiös definieren, jedoch – breiter – auch ethnisch.

Bereits bei einer oberflächlichen Einsicht in Webseiten verschiedener neonazistischer oder radikal nationalistischer Gruppierungen wird offensichtlich, dass Antisemitismus und Antiislamismus für diese Organisationen eine bedeutende Rolle spielen. Der Antisemitismus spielte über eine lange Zeit eine dominierende Rolle, wobei eine Inspiration durch die Propaganda des deutschen Nationalsozialismus evident ist; erst in den letzten Jahren stützen sich Neonazis und radikale Nationalisten häufiger auf Propaganda gegen Roma und Immigranten, insbesondere aus islamischen Ländern. Es ist jedoch nur Minimum der Fälle physischer Gewalt diesen Religionsgemeinschaften gegenüber bekannt.

«Es existiert eine bestimmte Zurückhaltung, die Probleme mit Hilfe der Polizei zu bearbeiten, sie versuchen so ein bisschen unsichtbar zu sein. Viele der jüdischen Spitzenvertreter bemühen sich aber dies zu lösen und da gibt es eine gute Zusammenarbeit mit der Polizei. Ich denke, dass wir aus der jüdischen Gemeinschaft keinen Klienten haben werden, da sie bereits ihr eigenes System haben. Es ist auch die einzige Gruppe, die ihr eigenes Datenerfassungssystem hat und somit auch dem Staat gegenüber eine anwaltlich tätig werden kann.» (GESPR. 22, 423–427)

Marginalisierte Gruppen als leichtes Ziel von Gewalt

Eine besondere Gruppe, auf die Gewalt häufig zielt, stellen die Menschen dar, welche aus irgendeinem Grund leicht manipulierbar sind bzw. gegenüber Gewalt keinen Widerstand leisten. Gewalt solchen Menschen gegenüber ist laut einer Befragten der E-Mail-Untersuchung, die in einer Organisation zur Unterstützung von Opfern des Menschenhandels arbeitet, nicht primär durch Hass, sondern durch Aussicht auf leicht zugängliches Geld passiver Opfer motiviert. Ihrer Meinung nach werden Personen, die auf irgendwelche Art und Weise langfristig marginalisiert sind und so geringere Möglichkeiten oder Motivationen haben, sich zu wehren, zu Opfern von Menschenhandel.

«... unseren Erfahrungen nach ist es wahrscheinlicher, dass in der Tschechischen Republik marginalisierte Personen oder Personen in Abhängigkeitsverhältnissen gegenüber Tätern zu Opfern von Menschenhandel werden, Personen, die sich ihrer Rechte nicht bewusst sind oder diese in ihrer Situation schlechter einfordern können (Ausländer mit irregulärem Status, sozial ausgegrenzte Einwohner, Prostituierte, Kinder u. ä.). Gewalt gegenüber Betroffenen ist aber unseren Erkenntnissen nach seitens der Täter nicht durch Hass motiviert, sondern durch die Aussicht auf einfachen Gewinn. Die Gewalt ist oft ein Instrument, die Betroffenen zu Tätigkeiten zu zwingen, die dem Täter diesen Gewinn bringen (Prostitution, verschiedene Arten von Arbeit, weniger schwerwiegende Eigentumsdelikte u. ä.).» (ED- GESPR. 2)

Es kam zum Beispiel zu Fällen, wo ein drogenabhängiger Betroffener gezwungen war, einen Kredit zu Gunsten des Täters zu nehmen, die Obdachlosen für ein lächerliches Entgelt ihre Personalausweise verkauften oder auf dem Arbeitsmarkt ausgenutzt wurden. In den meisten Fällen unternehmen solche Betroffenen nichts dagegen, sie resignierten entweder oder haben das Gefühl, dass ihnen Polizei und Ämter sowieso nicht helfen würden. In den Augen der Polizei sind diese Menschen oft selbst Täter und sie haben keine Chance das Gegenteil zu beweisen.

«Wir haben einen Vorfall von einem jungen Buben. Gelernter Koch, welcher nie straffällig war. Er wurde von einer Bäckerfirma eingestellt. Er arbeitete da paar Monate

*für einen Anfangslohn. Nach drei Monaten schmissen sie ihn raus. Als wir uns dahin-
gehend engagierten, stellten wir fest, dass es gewöhnliche Praxis dieser Firma ist, dass
sie auf diese Art und Weise die Arbeitskosten sparen. Es ist nicht nur bei dieser Firma
gewöhnliche Praxis, sondern auch bei vielen anderen. [...] Und wenn es gerade einer
Minderheit passiert, dann wird damit gerechnet, dass sich keiner für sie einsetzt.»
(GESPR. 21, 212–219)*

*«Und das Zweite, dass ist dieser Missbrauch in der Arbeit. Das ist meiner Meinung
nach schlimmer als diese physische Gewalt, wenn jemand einen Monat lang arbeitet
und sich darauf freut, dass er die Miete zahlt und trotzdem auf der Straße ist, dann
verliert er selbstverständlich die Motivation. Wir bemühen uns sie zu beraten, dass sie
es bei der Arbeitsaufsicht, bei den Gewerbeämtern melden sollen, sie haben aber die
Geduld nicht.» (GESPR. 10, 161–164)*

IV Tod als Folge von Angriffen von Rechtsextremisten

Seit 1989 kam es auf dem Gebiet der Tschechischen Republik zu etwa dreißig Todes-
fällen, die mit den Aktivitäten von Rechtsextremisten zusammenhängen. An einigen
waren Rechtsextremisten direkt Täter der Morde, einige wurden von ihnen indirekt
verursacht und in 4 Fällen wurden sie selber zu Opfer eines Konfliktes, den sie vorher
selber ausgelöst hatten. Das Motiv der Morde war meistens rassistischer oder ideolo-
gischer Hass, nicht alle Todesfälle wurden jedoch als solche ermittelt. Ein Mord
war ein Raubmord, er wird jedoch hier einbezogen, da er von Rechtsextremisten
begangen wurde. Die oben angeführte Zahl stellt die Anzahl der Verstorbenen dar,
welche von Nichtregierungsorganisationen⁶ erfasst werden und muss bezugneh-
mend auf die Umstände der Ermittlung nicht vollständig sein.

Die meisten Personen, die in Folge der Aktivitäten von Rechtsextremisten
gestorben sind, waren Roma (15 Personen), drei Ermordete waren Ausländer mit
nicht-weißer Hautfarbe, zwei Männer wurden getötet, weil sie sich zur Punk-
Bewegung zugehörig fühlten, zwei Opfer gehörten zu keiner Minorität, ein Ermor-
deter gehörte zu einer Gruppe von aktiven antirassistischen Skinheads.

Das erste Opfer ethnischen Hasses war ein türkischer Bürger, der von rassi-
stischen Skinheads ermordet wurde. Im Juli 1990 wurde er von einer Gruppe von
23 Angreifern mit Ketten und Baseballschlägern totgeschlagen, wahrscheinlich
deswegen, weil sie meinten, er sei ein Rom. Nach dem ersten Angriff folgte dann eine
Reihe brutaler Angriffe gegen die Angehörigen von Minderheiten und gegen alter-
native Jugendliche. Ein dreitägiges Pogrom gegen eine Roma-Familie überlebte Emil
Bendík nicht, der Nazi-Skinhead Petr Krná erwürgte den sechsjährigen Roma-Jungen
und schnitt ihm mit einer Scherbe den Bauch auf. Tibor Danihel wurde in einen
Fluss gejagt, wo er ertrank. In der Ortschaft Hrádek nad Nisou entleerte der Skinhead
Robert Strobach das Magazin seiner - im legalen Besitz befindlichen - Pistole auf
einen einundzwanzigjährigen Rom. Der siebzehnjährige Anarchist Zdeněk Čepela
wurde durch Messerstiche verletzt und starb auf Grund der Verletzungen. Tibor
Berki starb auf Grund der Gehirnblutung, welche durch wiederholte Baseballschläge

⁶ Insbesondere von der Hnutí obanské solidarity a tolerance, Dokumentační centrum
lidských práv und Tolerance a obanská spolenost.

verursacht wurde. Der sudanesischer Student Hassan Abdelradi erlag zwei Stichen, der Rom Ota Absolón wurde im Juli 2001 erstochen. Zu Opfern von Hassgewalt wurden auch die Angreifer selbst, und als sich die Angegriffenen anfangen zu wehren. In Notwehr wurde der siebzehnjährige rassistische Skinhead Aleš Martinů getötet, Daniel Hejdánek unterlag einer Schussverletzung, als er gemeinsam mit 20 weiteren rassistischen Skinheads ein Haus angriff, wo Roma wohnten. Der bekennende Rechtsextremist Miloš Reho starb in einer Schlägerei, zu der er einen Rom provoziert hatte.

2007 wurde Jan Tót Opfer von Hassgewalt, als er von vier Nazi-Skinheads verbrannt wurde. Der Mord wurde nicht als rassistisch motiviert ermittelt, Jan Tót war drogenabhängig und die Täter begründeten ihre Tat damit, dass sie ihn nur dafür bestrafen wollten, dass er drogensüchtig und dadurch ekelhaft sei. Obwohl die Täter für rassistische Äußerungen bekannt waren und trotz dessen, dass sie bereits vorher mit anderen Roma Konflikte hatten, stellte das Gericht fest, dass es sich um keinen rassistisch motivierten Mord handelte, da es nicht gelungen ist zu beweisen, dass der Täter den Beschädigten gerade aus diesem Grund angriff. Für den Mord wurde nur einer der Angreifer verurteilt, die anderen, welche an der Tat nachweislich teilgenommen hatten und dem Täter behilflich waren, wurden nur wegen Landfriedensbruch verurteilt. Das bisher letzte Opfer der extremen Rechten war im Jahr 2008 der anti-rassistische Skinhead Jan Kučera. Einen Brandanschlag im Jahre 2009 überlebte die damals zweijährige Natálie Kudriková, deren Haut zu 80 Prozente verbrannt war.

V Täter der Hasskriminalität

Hassgewalt wird von einer Reihe von Mythen begleitet. Ein besonders beliebter Irrtum ist die Behauptung, dass die Täter der Hassgewalt überwiegend Bekenner von irgendeiner extrem rechten Bewegung bzw. einer extremistischen Gruppe sind. Die bekannten Taten sprechen jedoch nicht dafür. Štěchová (2001) führt an, dass die Anhänger der Skinhead-Bewegung an den interethnischen Angriffen nur in 19,4% der Fälle beteiligt sind (S.49). Eine verzerrte Auffassung der Täter von Hasskriminalität wird durch die Praxis der verantwortlichen Organe, insbesondere der Polizei verursacht, die nur in Richtung von extremistischen Organisationen ermitteln. Es gelingt nicht, das Hassmotiv in den Fällen aufzudecken, in denen die Angreifer Angehörige der Mehrheitsgesellschaft sind (laut Štěchová (2001) bis zu 63,4%).

McDevitt, Levin und Benett (2002) teilen die Täter von Hasskriminalität in vier Grundgruppen auf. Ein Täter, welcher Erregung sucht (thrill seekers), greift wegen des Vergnügens und der Spannung an der Tat. Der Tätertyp des «Verteidigers» («defensive offender») greift an, weil er mutmaßlich seine Umgebung gegen Gefahr verteidigt, welche für ihn der Betroffene, das Opfer bzw. seine Sozialgruppe darstellt. Ein «Vergeltungstäter» («retaliatory offender») greift an, weil er auf einen vorherigen wirklichen oder mutmaßlichen Hassinzident reagiert und letztendlich führen sie den Täter in Mission («mission offender») an, welcher mit seinem Angriff seine Überzeugung erfüllt, dass er den Angriff zu Gunsten der gesamten (Majoritäts-, weißen) Gesellschaft durchführt. Die Angreifer aus den Reihen der extremen Rechten gehören vor allem in die erste und vierte Kategorie der angeführten Typologie der Täter.



Der ehemalige Pressesprecher von Národní odpor, Petr Kalinovský, nachdem er von Teilnehmern einer antifaschistischen Versammlung entwapffnet wurde, weil er mit einer Gaspistole auf sie schoss (10.11. 2007, Prag)

VI Reaktionen der Öffentlichkeit auf rassistisch motivierte Gewalt - Das Entstehen der Bürgerinitiativen und antirassistischen Organisationen

Eine bedeutende Rolle im Kampf gegen rassistisch motivierte Gewalt spielen Bürgerinitiativen und Einzelpersonen (Jakub Polák, Markus Pape). Bereits 1991 beginnt vor allem die anarchistische Bewegung und die sogenannte alternative Jugend gegen die Gewalt und Ideologie der Neonazisten aufzutreten, die in Folge dessen selbst zur Zielscheibe von Gewalt seitens der extremen Rechten wird.

Im September 1993 wurde der neunzehnjährige Punker Filip Venclík mit einem Fußtritt von hinten auf den Kopf ermordet. Der Tod des Jungen initiierte die Entstehung der Bewegung der bürgerlichen Solidarität und Toleranz (*Hnutí občanské solidarity a tolerance* - HOST), die sich in den nachfolgenden Jahren auf die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Tschechischen Republik fokussierte. Die Bewegung erstellte eine umfangreiche Datenbank von rassistisch motivierten Angriffen, die von den Geschädigten nicht an die Polizei gemeldet wurden und so statistisch nicht existierten und die Zahlen wichen erheblich von den polizeilichen Statistiken ab. Dank dieser Arbeit war die Polizei gezwungen, ihre Position gegenüber rassistisch motivierter Gewalt zu ändern und anzufangen die Motive jeder Gewalttatsache zwischen den Angehörigen verschiedener ethnischer Gruppen detailliert zu ermitteln. Die Arbeit von HOST und später von Tolerance a občanská společnost trug Früchte. Die Polizei fing an, die Ermittlung von Hassgewalt gegen Personengruppen aktiver voran zu treiben, die Gesellschaft hörte auf, die Zeichen der

rassistisch und ideologisch motivierten Gewalt in ihrer härtesten Form zu tolerieren.

Ziemlich spät, erst im Jahre 2009, entstand in der Tschechischen Republik eine spezialisierte Beratungsstelle für Betroffene von Hassgewalt. Das Projekt der Bürgervereinigung In IUSTITIA beinhaltet die individuelle Hilfe gegenüber Betroffenen, die allgemeine Sammlung von Wissen zur Problematik von Hassgewalt und Rechtshilfe für Personen, die durch diese Gewalt gefährdet werden. Auf der Basis der konkreten Fälle werden von In IUSTITIA legislative und praktische Mängel identifiziert und Maßnahmen zur Veränderung vorgeschlagen. Ein Bestandteil der Tätigkeit der Vereinigung ist die Weiterbildung der Polizei, von Vertretern der öffentlichen Verwaltung und von Nichtregierungsorganisationen bezüglich der Erkennung von Hassgewalt und zur Kommunikation mit Personen und Gemeinschaften, die Hassgewalt ausgesetzt oder durch die gefährdet sind.

Literatur

- Allport, G. W.: *The nature of prejudice*. New York, Addison-Wesley, 1954.
- McDevitt, J., J. Levin, and S. Bennett (2002). «Hate Crime Offenders: An Expanded Typology (abstract).» *Journal of Social Issues* 58(2): 303–317, NCJ 204396.
- Štěchová, M. (2001): *Interetnické konflikty jako důsledek rasové nevraivosti*. Praha. Institut pro kriminologii a sociální prevenci. (Interethnische Konflikte als Folge des Rassenhasses. Prag. Institut der Kriminologie und Sozialprävention.)
- Charta der Grundrechte und -freiheiten
- Strafgesetz
- Strafordnung

Fallbeispiel: Interview mit Marek Polák jr. (2008)

Marek Polák, ein damals 18-jähriger Schüler der Handelsakademie, wurde in der Nacht des 26. Oktober 2002 in Na Palmovce in Prag von vier Gewalttätern angegriffen. Aufgrund einer Vielzahl von Schlägen und Fußtritten mit Springerstiefeln erlitt er Verletzungen am Körper, eine Risswunde am Kopf und eine Gehirnerschütterung, was zu anhaltenden Schmerzen und Komplikationen führte. Das Prager Bezirksgericht verhandelte am 15. März 2003 gegen vier Angeklagte. Jakub Melničák, Robert Bouše, Filip Kousal und Tomáš Ovsenný wurden jeweils zur Bewährung verurteilt. Die höchste Strafe bekam Melničák, der zur Zeit der Straftat bereits volljährig war. Er sagte bei der Verhandlung: «Ich habe es getan, weil ich Rassist bin.»

Die Täter wurden in allen Punkten der Anklage für schuldig befunden und wegen versuchter schwerer Körperverletzung mit rassistischem Hintergrund (§ 222 1,2b SG) in direktem Zusammenhang mit Landfriedensbruch (§ 202 1 SG) verurteilt. Bei der Entscheidung berücksichtigte das Bezirksgericht, dass drei der Angeklagten noch minderjährig und der vierte gerade erst volljährig geworden sowie keiner von ihnen vorbestraft war. Die Bewährungsstrafen lagen an der unteren Grenze des Strafrahmens. Drei der Angeklagten nutzten ihr Recht auf Berufung nicht; ihre Urteile sind rechtskräftig.

Das Bezirksgericht erkannte auch die Forderung Martin Poláks nach Entschädigung an. Er soll Schmerzensgeld in Höhe von 12.720 Kronen erhalten. Zwei der Angeklagten haben trotz schriftlicher Mahnung ihren Anteil noch nicht überwiesen; der dritte bat um Ratenzahlung, weil er nicht erwerbstätig sei, und schickte einen ersten Abschlag in Höhe von 200 Kronen.

Auf Grundlage der rechtskräftigen Entscheidung reichte Anwalt David Strupek im Namen Poláks beim Stadtgericht Prag eine Persönlichkeitsschutzklage ein, die von diesem angenommen wurde. Im Mai 2005 entschied es, dass die Angeklagten sich bei Polák entschuldigen und ihm für die immateriellen Schäden eine Entschädigung in Höhe von 25.000 Kronen zahlen müssen. Drei der Angeklagten (außer Jakub Melničák) legten Berufung ein. Darüber entschieden wurde am 9. August. Zur Verhandlung erschienen mit Bouše und Ovsenný nur zwei der Angreifer. Kousal wurde von seinem Anwalt vertreten. Der vierte Täter legte nicht fristgemäß Berufung ein. Kousals Anwalt forderte eine Minderung der Entschädigung auf 15.000 Kronen. Sein Argument war die schwierige finanzielle Situation des Mandanten, der, weil vorbestraft, keine Arbeit finde. Eine Entschuldigung lehnte er unter Verweis auf die Artikel 7 und 9 der Charta der Menschenrechte ab. Das Gericht lehnte die Berufung aller Angeklagten ab. Gegen das Urteil konnten sie innerhalb von zwei Monaten Revision einlegen, wenn es schwerwiegende juristische Gründe gibt.

Interview mit Marek Polák

Wie kam es zu dem Übergriff? Was hast du empfunden?

Es passierte im Jahr 2002. Ich stand um Mitternacht an der Haltestelle Na Palmovce, als ich mich umdrehte und vier Skinheads dastanden, in Bomberjacken, Springerstiefeln und mit Sparta-Schalen.¹ Sie sagten: Wir bringen dich um, heute verreckst du. Ich rannte weg, sie verfolgten mich. Ich drehte mich immer wieder um, um zu sehen, ob sie hinter mir sind. Dann sah ich sie nicht mehr und wollte zu meiner Oma gehen. Einer hatte aber eine Abkürzung genommen. Ich rannte wieder los, er schnappte mich und fing an mich zu prügeln. Er war nicht wie ein Skinhead angezogen, eher wie ein Rocker: Hatte längere Haare, Lederjacke und eine andere Hose. Er beschimpfte mich als «schwarze Schnauze», schlug mich mit dem Kopf auf den Beton und setzte sich auf meine Schulter, damit ich mich nicht mehr bewegen konnte. Er fragte, ob er die anderen rufen solle. Ich sagte: Lass das. Ich rief um Hilfe, niemand war da. Am Ende kamen die anderen. Einer saß auf mir, die restlichen prügelten auf mich ein, traten mich; es war schrecklich. Einer trat mich mit dem Springerstiefel direkt ins Gesicht. Da fiel ich in Ohnmacht, aber sah noch, wie ein Polizeiwagen langsam vorbeifuhr, und hatte das Gefühl, dass sie wegfuhr. Sie sagten: Vorsicht, die Bullen, und rannten weg. Dann wurden sie aber geschnappt. Zwei Menschen kamen zu mir, ein Junge und ein Mädchen, einer rief, glaube ich, den Notarzt. Der brachte mich ins Krankenhaus. Als sie mich fragten, was passiert ist, wusste ich gar nichts. Im Krankenhaus war ich ungefähr eine Woche. Dann holten mich meine Eltern nach Hause. Ich hatte das Gefühl, dass sie mich töten wollten. Deswegen dachte ich beim Gericht, dass es zu niedrige Strafen waren. Sie hätten härter bestraft werden sollen.

Wie lief die Untersuchung seitens der Polizei?

Die Polizisten, die sie schnappten, sagten vor Gericht, dass die Skinheads auf dem Weg zur Polizeistation gesagt hätten: Warum tun sie das? Sind sie nicht auf unserer Seite? Es war doch ein Zigeuner! Sie gaben alles zu und sagten auch, dass sie einfach keine Zigeuner mögen. Vor dem Gericht bestritten sie aber alles und betonten, dass die Polizisten es ihnen in den Mund gelegt hätten.

Wie fühltest du dich beim Strafgericht?

Beim ersten Gericht war es schlimm. Die Staatsanwältin stellte mir Fragen, als ob ich der Angeklagte sei. Dann sagte sie, meine Aussage sei theatralisch. Es stimmt schon, dass ich emotional war, als ich die Skinheads sah und wahrnahm, dass es ihnen egal war und dass sie stolz waren, mich verprügelt zu haben. Bei diesem Gericht hatte ich eine Anwältin von der *Liga pro lidská práva* (Liga für Menschenrechte), aber sie durfte nicht einmal sprechen. Sie durfte nur sagen, dass wir Entschädigung haben wollen. Ich hatte das Gefühl, dass sie die Gewinner waren und ich der Verlierer. Niemand wollte sich entschuldigen. Am Ende wurden alle nur auf Bewährung verurteilt und mussten mir meine kaputte Jacke und das Handy bezahlen. Es war lächerlich, es ging um ungefähr 13.000 Kronen. Meiner Meinung nach wollten sie mich töten, und das

1 Sparta Prag ist die bekannteste tschechische Fußball-Mannschaft.

haben sie mir auch gesagt. Das war ihr Plan. Sie wurden aber nur wegen Körperverletzung verurteilt. Ungefähr ein halbes Jahr später sagte mir ein Kommilitone, dass einer der Verurteilten sich an mir rächen möchte. Zum Glück ist nichts passiert. Aber ich hatte Angst, auf die Straße rauszugehen.

Damit war es beendet?

Nein, jemand stellte mir Herrn Strupek vor, der mich dann im zivilrechtlichen Prozess vertrat. Der war klasse und überzeugend. Beim Prozess las die Richterin nur die Aussagen, und ich hatte das Gefühl: Hier passiert nichts. Sie nahmen es nicht ernst. Sie wollten einfach nicht. Es war, als ob die Richterin dachte: Wir haben den nächsten Fall hier, wir gehen schnell weiter. Das Gericht entschied dann, dass die Skinheads 100.000 Kronen zahlen müssen, jeder von ihnen ein Viertel. Ich fand nicht gut, dass sie den Skinheads sagten: Entweder überweisen sie das Geld, oder sie zahlen es per Einzahlungsschein. Dadurch wussten sie meine Adresse und konnten kommen und mich wieder angreifen. Was zum Glück nicht passiert ist. Sie beantragten dann Berufung, und es war wieder Ruhe. Ich wartete drei Jahre, glaube ich. Letztes Jahr endlich fand eine neue Verhandlung statt, und dort war die Richterin gut. Sie nahm die Sache ernst und sagte den Skinheads sogar, ihre Tat sei gegen die Menschlichkeit gewesen.

Zahlen die Täter die Entschädigung?

Zweien ist es völlig egal, sie entschuldigten sich nicht und zahlen nicht. Die anderen zwei entschuldigten sich und zahlen. Ich weiß nicht, was man noch tun kann. Ich schrieb schon meinem Anwalt, dass er etwas unternimmt. Neulich kamen irgendwelche Jungs zum Platz meines Vaters, der Taxifahrer ist, aber gerade nicht da war. Sie sprachen seine Kollegen an und sagten, dass sie mich verprügeln würden, wenn ich sie nicht in Ruhe lasse.

Wann wurdest du zum ersten Mal überfallen?

Das war schon in der Schule. Es passiert auch oft, dass ich mit der Straßenbahn fahre und irgendwelche Skinheads einsteigen und anfangen zu provozieren. Wir reagieren dann gar nicht, und sie denken, dass wir vielleicht Italiener oder Amerikaner sind. Mit der Diskriminierung fing es aber schon früher an. Als ich noch in der Schule war, schauten mich die Kinder wie einen Zigeuner an, wie jemanden, der nichts wert und nicht so intelligent wie sie sei und dem man es zeigen muss. Sie wollten mich auch auf eine Sonderschule schicken. Weil ich Eltern habe, die für mich kämpften, machten sie es dann doch nicht. Ich bekam zum Beispiel eine Drei oder Vier und wurde dafür angeschrien. Ich war nicht der einzige Roma in der Klasse. Mit uns traute man sich das. Später besuchte ich eine andere Schule, und es wurde besser.

Was hat sich seit dem Übergriff in deinem Leben geändert?

Seitdem ich überfallen wurde, fühle ich mich in der Tschechischen Republik nicht mehr sicher, überhaupt nicht. Ich bin misstrauisch, ich glaube den Menschen nicht. Ich hab vor ihnen Angst, und es muss kein Skinhead sein, es kann auch ein ganz normaler Mann sein. Ich habe Angst, dass mich jemand verletzt, nur weil ich Roma bin.

Was sind die Folgen?

Ich gehe ungern in eine Gesellschaft, wo überwiegend Nicht-Roma sind. Selten gehe ich mit meiner Freundin in eine Disco, die wenige Roma besuchen. Um die Wahrheit zu sagen: Ich habe Angst.

Und wie fühlst du dich unter Roma?

Dort fühle ich mich unter meinesgleichen. Ich bin selbstbewusster. Ich weiß, dass mich niemand anschaut, nur weil ich Roma bin. Ich muss niemandem etwas beweisen.

Du studierst. Wie fühlst du dich an der Hochschule?

Dort ist es international, dort sind Amerikaner, Asiaten, es ist in Ordnung. Aber es gibt auch viele Tschechen dort. Ich weiß, dass ich keine körperlichen Attacken fürchten muss. Aber Tschechen klopfen blöde Sprüche über Roma, die ich als Roma dann verteidigen muss. Ich sagte ihm: Ja, du hast recht, es ist schlimm, aber versuche es aus einem anderen Blickpunkt anzuschauen. Und der Tscheche sagt mir: Entschuldige, ich wusste nicht, dass es Roma wie dich gibt.

Was machst du, damit es nicht wieder passiert?

Ich lerne Selbstverteidigung und bin jetzt ruhiger; ich reagiere nicht mehr so impulsiv. Früher war ich frecher, ich wollte mich auch prügeln. Heute nehme ich alles gelassener; wenn ich Skinheads sehe, rege ich mich nicht gleich auf, sondern beobachte sie nur.

Was würdest du heute jemanden empfehlen, der auch überfallen wurde?

Meinem Kumpel ist das passiert. Ich sagte ihm: Geh zur Polizei. Er erwiderte: Warum? Die machen doch nichts für mich. Warum sollen sie sich für einen Zigeuner interessieren?! Und ich sage ihm: Du musst, weil es ihr Job ist. Du musst hart sein! Du musst deine Rechte kennen, du musst deine Pflichten kennen, du musst wissen, was zu tun ist.

Was machst du jetzt?

Ich besuche das Anglo-American College und studiere Politik und Sozialpolitik. Zunächst lege ich den Bachelor ab, dann möchte ich den Master machen. Ich will unbedingt nach Amerika. Erst dort werde ich mich entscheiden.

Was macht dir Spaß?

Ich schreibe gern. Vielleicht schreibe ich irgendwann ein Buch. Ich stellte fest, dass ich lieber schreibe als ins Mikrophon zu sprechen.

Worüber wirst du schreiben?

Vielleicht über mein Leben. Weil ich einer aus der neuen Generation bin, die faktisch in einem Ghetto lebt, aber langsam herauskommt. Ich habe die Wahl, entweder auf der Straße zu sein, zu kiffen und Unsinn zu machen oder mich dem Studium zu widmen. Ich möchte meinen Weg beschreiben und wer mir dabei half. Das könnte auch anderen helfen.

Wir reden immer noch über das gesellschaftliche Klima.

Unterstützung für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt in Sachsen.
Eine Situationsbeschreibung.

Seit 2001 gibt es in ganz Sachsen professionelle Unterstützung für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt. Wir unterstützen Menschen, die aus rassistischen, antisemitischen, sozialdarwinistischen, homo-/transphoben Motiven oder aufgrund ihrer Behinderung bzw. ihres alternativen/nichtrechten Auftretens oder ihres demokratischen Engagements angegriffen wurden. Neben der konkreten Unterstützung der Betroffenen und ihres Umfelds selbst, wirken wir an der Veränderung des gesellschaftlichen Klimas, in dem diskriminierende Angriffe leider häufig ihren ideologischen Resonanzboden finden, mit. Für die Öffentlichkeit führen wir eine Statistik über rechte Gewalttaten im Freistaat.

Die Beratungsstellen für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt des RAA Sachsen e.V. haben in allen drei Landesdirektionen Dresden, Leipzig und Chemnitz ihre Büros. Der aufsuchende Arbeitseinsatz ermöglicht die Beratung und Unterstützung von Betroffenen und ihres Umfelds direkt vor Ort. Unser Beratungsangebot ist für die Betroffenen vertraulich und auf Wunsch anonym.

Unsere Unterstützung ist kostenlos und wird sowohl von der Bundesregierung als auch dem Land Sachsen finanziell ermöglicht. Als zivilgesellschaftliche Organisation arbeiten wir auf dem Feld der Demokratieförderung mit zahlreichen nichtstaatlichen Initiativen aber auch Vertreter_innen von Behörden zusammen.

Nun mal konkret: Wie sieht's aus?

Sachsen führt nach wie vor die traurige Statistik zu rechten Gewalttaten an. Wöchentlich kommt es im Schnitt zu vier Situationen, in denen Menschen körperlich angegriffen werden oder sich einer drohenden Verletzung entziehen müssen. Die Mehrzahl der Gewalttaten findet spontan im öffentlichen Raum statt und richtet sich gegen nichtrechte Jugendliche und Migrant_Innen. Im Vorfeld geplante Angriffe auf Einrichtungen oder Personen finden sich in der Statistik allerdings mit einer wachsenden Anzahl wieder. Darunter fallen neben einigen Körperverletzungen vor allem Brandanschläge, von denen wir seit 2008 sachsenweit 41 erfassten. Drei Menschen wurden zwischen 2008 und 2010 im Freistaat ermordet, weil sie nicht in das rechte und rassistische Weltbild der Täter passten.

Ein vollständiges Bild über das Ausmaß rechter Gewalt in Sachsen wird auch durch die Arbeit der Beratungsstellen nicht zu erlangen sein. Betroffene benennen uns gegenüber vor allem drei Hinderungsgründe für die Erstattung einer Anzeige

bzw. sich an Beratungsstellen zu wenden. Diese Gründe sind:

Gewöhnungseffekte

«Das ist doch nicht so schlimm.»

Für Menschen, die zum ersten Mal bedroht oder gar körperlich angegriffen werden, stellen sich danach oftmals viele Fragen. Es ist etwas passiert, was so gar nicht in das bisherige Leben passte und genauso wird damit umgegangen. Betroffene sprechen im Umfeld darüber, suchen sich Unterstützung oder gehen zur Polizei.

Kommt es nun erneut zu Angriffen, verändert sich oftmals der Umgang damit. Wir haben festgestellt, dass gerade Punks und Migrant_innen sich irgendwie mit den Bedrohungen arrangieren.

«Ich musste das letzte Jahr mehr als ein Dutzend mal schnell davon laufen und mich verstecken, damit ich nichts drauf kriege», äußert ein 13-jähriger Punk aus der Kleinstadt Burgstädt. Auf die Frage, wie er damit umgeht, reagiert er gelassen. Das ist doch nicht schlimm, solange die mich nicht erwischen. Bedrohungen aber auch Angriffe werden als Normalität abgetan, nicht angezeigt und auch nicht gemeldet. Dies ist ein höchst bedenklicher Zustand.

Der Gang zur Polizei

«Da kommt doch eh nix bei rum.»

Eng an diese beschriebenen Gewöhnungseffekte geknüpft ist die Nichtbereitschaft, Angriffe zur Anzeige zu bringen.

Für Betroffene kann dieser Prozess Teil der Verarbeitung des Angriffes sein, muss es aber nicht. Was auffällt, ist ein Schwund des Vertrauens in die Ermittlungserfolge der Polizei. Es wird aufgewogen, ob man sich den Aufwand einer Anzeigenerstattung macht, oder die Sache auf sich beruhen lässt. Dieses Vorgehen ist auf Grund der individuellen Erfahrungen der Betroffenen nachvollziehbar. Oftmals bedeutet eine Anzeigenerstattung eine sehr lange Befragung. Bei dieser, so berichten viele Betroffene, wird oft der Eindruck erweckt, dass man selbst Schuld an der Situation ist. Einige mussten Fragen wie: Wieso hast du auch so bunte Haare? oder Warum waren Sie auch in dieser Gegend spazieren? über sich ergehen lassen. Zudem sind einige Beamte_innen oftmals nicht in den neuesten Opferschutzrechten geschult.

Für den Beratungsprozess stellt die Anzeige keine Voraussetzung dar, es wird unabhängig davon und auf Wunsch anonym unterstützt.

Angst

Manche Betroffene haben Angst vor Racheaktionen, wenn sie Anzeige erstatten. Dieses Gefühl wird vor allem durch konkrete Drohungen verschärft. Auch fehlende Unterstützung des sozialen und politischen Umfeldes können diesen Prozess verschlimmern.

Die aufgeführten Faktoren greifen oftmals ineinander und verstärken sich damit. Es besteht die Gefahr, dass rechte Gewalt nicht mehr als solche wahrgenommen und problematisiert wird. Um dies zu verhindern, ist es wichtig ein Klima zu schaffen, in dem Betroffene Rückhalt gewinnen und somit gestärkt werden. Angriffe auf einzelne

Personengruppen müssen als Attacken auf die Vielfalt der gesamten Bevölkerung verstanden und entsprechend verurteilt werden.

Polizei und Gerichte haben in diesem Prozess eine besondere Rolle inne. Die Anerkennung der rechten Tatmotivation findet sich oftmals nur bedingt im Ermittlungsverfahren oder den Urteilen wieder. Der Blick ist in vielen Fällen sehr auf die Täter und deren Einbindung gerichtet. Dies kann dazu führen, dass sich Betroffene nicht ernst genommen fühlen und dadurch auch erneut Hilflosigkeit entstehen kann, wie sie schon einmal während des Angriffes erlebt wurde (Sekundärviktimisierung). Hier braucht es eine Stärkung und Würdigung der Opferperspektive. Abschließend ist festzuhalten, dass das spezielle Unterstützungsangebot für Betroffene rechtsmotivierter Gewalt in Sachsen auch nach 10 Jahren leider seine Berechtigung hat. Wir reden immer noch über die Notwendigkeit das gesellschaftliche Klima zu verändern. Kleine Schritte sind getan, viele weitere müssen folgen. Daran wirken wir sehr gerne mit.

Herr J. - Ein Fallbeispiel.

1 Herr J.

Herr J. ist gelernter Koch. Momentan ist er arbeitsunfähig. Der 35-jährige Ehemann und fünffache Vater leidet unter Angstzuständen, v. a. fremde Männer auf der Straße lösen Stress in ihm aus. Herr J. vermeidet, sich außerhalb seiner Wohnung zu bewegen. Er ist erhöht reizbar, wachsam und sehr unruhig.

Nach psychologischer Diagnose ist die Ursache für die psychische Situation des Mannes eine Gewalttat, die sieben Monate zurückliegt.

Herr J., der seit zwölf Jahren in Deutschland lebt, wurde in Dresden aus rassistischen Gründen angegriffen.

Als er eines Abends gemeinsam mit einem Bekannten die Straßenbahn nutzt, beschimpft ihn eine Gruppe alkoholisierter Fahrgäste. „Kanacke!“ und „Ausländer raus!“ werden u. a. gerufen. Dadurch verunsichert, möchte Herr J. die Straßenbahn verlassen. Am Ausgang greifen ihn zwei junge Männer der 7-köpfigen Gruppe an. Sie schlagen mit Fäusten gegen sein Gesicht und seinen Oberkörper. Eine volle Bierflasche wird an seinem Kopf zerschellt, eine weitere wird nach ihm geworfen. Herr J. erleidet Blutergüsse sowie Schnittwunden an der Nase und im weiteren Gesichtsbereich, die z. T. genäht werden müssen.

Diese rassistische Gewalttat ist bereits die zweite, die der Mann in Sachsen erlebt. Acht Jahre zuvor wurde er in einer Kleinstadt, 20 Autominuten von Dresden entfernt, angegriffen.

2 Nach einem Angriff. Die Perspektive der Betroffenen.

Anhand des dargestellten Angriffs auf Herrn J. soll exemplarisch verdeutlicht werden, in welcher Situation sich Menschen nach einem z.B. neonazistischen oder homophoben Angriff befinden können und welche Notwendigkeiten sich aus Sicht der Beratungsstellen ergeben.

2.1 Organisatorischer Mehraufwand in einer Belastungssituation.

Betroffene von Gewalttaten stehen nach dem Erlebten oft unter Schock. Die Dauer und Intensität, sowie der Stellenwert der Gewalterfahrung unterscheiden sich individuell erheblich. Nehmen Symptome wie erhöhte Nervosität, starke Angst oder Betäubung nicht nach und nach ab, *kann* es zur Ausbildung dauerhafter Erkrankungen kommen. Dies ist von verschiedenen Faktoren abhängig. Neben traumaspezifischen und biographischen Einflüssen sind sozialen Faktoren eine entscheidende Bedeutung beizumessen.

Eingangs wurde aufgezeigt, dass die rassistische Gewalterfahrung Herrn J. langfristig psychisch sehr belastet. Stets wiederkehrende Erinnerungen an die Tat und damit verbundene Ängste schränken den Mann stark in seiner Lebensführung

ein. Die Wohnung verlässt er kaum. Auch seine Kinder sollen lediglich außer Haus gehen, um die Schule bzw. den Kindergarten zu besuchen. Seine Arbeit in der Gastronomie muss er aufgeben, u. a. aus Furcht vor dem nächtlichen Heimweg.

Die Angst vor weiteren Angriffen dominiert den Alltag der gesamten Familie. Sie lebt, bis auf das Nötigste, von der Außenwelt isoliert.

In dieser Belastungssituation entsteht ein organisatorischer Mehraufwand. Zahlreiche Termine, u. a. ärztliche Behandlungen sowie Aussagen bei der Polizei stehen nach Gewalttaten an. Informationen hinsichtlich der Versicherungssituation und der komplexen Rechtsverhältnisse sind einzuholen.

2.2 Das Angebot der Beratungsprojekte.

Vor dem Hintergrund erlebter Angriffe i. V. m. organisatorischem Mehraufwand ist es ein Anliegen der Beratungsstellen, Betroffenen zeitnah die Möglichkeit der Beratung anzubieten. Von dem Angriff auf Herrn J. erfährt die Beratungsstelle für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt durch die lokale Presse. Über die Staatsanwaltschaft sowie die zuständige Polizeidirektion ist es möglich, ihm das Informationsmaterial zukommen zu lassen. Binnen kurzer Zeit sucht er die Beratungsstelle auf. Ein Großteil der im Folgenden skizzierten Beratungsprozesse erstreckt sich über einen Zeitraum von mehreren Monaten bis hin zu Jahren.

2.2.1 Beratung, Begleitung und Vermittlung in juristischen Zusammenhängen.

Anfragen der Betroffenen beziehen sich häufig auf die Vermittlung rechtlicher Informationen. Zusammenhänge zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft, der konkrete Verlauf von Strafverfahren sowie die Rechte der Betroffenen, darauf Einfluss zu nehmen, werden erörtert.

Herr J. wird darüber informiert, dass er zur Anzeigenerstattung bei der Polizei eine Vertrauensperson hinzu ziehen kann und dass ihm auf Wunsch ein_e Dolmetscher_in zur Seite gestellt wird.

Er möchte den gegen ihn gerichteten Angriff strafrechtlich verfolgen lassen. Im entsprechenden Strafantrag formuliert der polizeiliche Sachbearbeiter unter dem Feld «Straftat / Ereignis»: «StGB § 185 - Beleidigung». Betrachtet man den eingangs geschilderten Tathergang, so ist dringend zu prüfen, inwiefern weitere Straftatbestände, wie die der (schweren) Körperverletzung, in Betracht kommen.

Hierzu wird der Kontakt zu strafrechtlich und thematisch versierten Rechtsanwält_innen aufgezeigt. Entsprechende Finanzierungshilfen werden im Vorfeld erörtert. Über die rechtsanwaltliche Vertretung hat Herr J. die Möglichkeit, sich über den polizeilichen Ermittlungsstand zu informieren.

Im weiteren Verlauf wird in Zusammenarbeit mit Herrn J. das bevorstehende Gerichtsverfahren vorbereitet. Verschiedene Möglichkeiten und Konsequenzen werden abgewägt. So besteht für Herrn J. die Möglichkeit, sich als Nebenkläger der Staatsanwaltschaft anzuschließen oder als sog. Opferzeuge das Erlebte zu schildern. Die Nebenklage stellt in bestimmten Bereichen eine wesentliche Möglichkeit für Geschädigte dar, Gerichtsverfahren in ihrem Sinne mitzugestalten sowie die Situation aus ihrer Sicht zu beleuchten.

2.2.2 Lebenspraktische Unterstützung in Bezug zur Alltagssituation von Betroffenen.

Über die technische Beratung hinsichtlich juristischer Zusammenhänge hinaus, nimmt die Gewalterfahrung und erlebte Ablehnung einen zentralen Stellenwert in den Beratungsgesprächen mit Herrn J. ein. In gemeinsamen Gesprächen mit Herrn J. und seiner Frau kristallisiert sich darüber hinaus der Bedarf therapeutischer Beratung heraus.

Ein den meisten Geschädigten bekanntes Problem ist die Angst vor Rache, ausgehend von den Täter_innen. Der Entschuldigungsbrief eines Angeklagten, den Herr J. kurz vor Prozessbeginn erhält, verunsichert den Mann stark. Ängste und fehlende Unterstützung aus dem sozialen Umfeld führen oft zu der Überlegung, umzuziehen, räumliche Distanz aufzubauen. Die Mitarbeiter_innen der Beratungsstelle unterstützen bei der Entscheidungsfindung, leiten einen Prozess des Abwägens in die Wege und motivieren im Zweifelsfall zum Umzug. Dabei unterstützen sie bei der Wohnungssuche, kommunizieren mit den relevanten Behörden und verweisen auf Fonds, die evtl. finanzielle Unterstützung leisten.

2.2.3 Finanzielle Entlastung. Wiedergutmachung

In der beschriebenen Situation des Herrn J. löst finanzielle Unterstützung allein die bestehenden Sorgen und Probleme nicht auf. Dennoch ist sie dringend notwendig und daher ausgesprochen hilfreich und entlastend.

Die Beratungsstellen verfügen über einen Fond für Betroffene. Kurzfristige Auszahlungen kleinerer Beträge sind darüber unbürokratisch möglich.

Darüber hinaus wird Kontakt zu weiteren Hilfsorganisationen, wie der Amadeu-Antonio-Stiftung (mit dem Opferfond «Cura») oder dem Weißen Ring hergestellt.

Herr J. entscheidet sich, einen Entschädigungsantrag beim Bundesamt für Justiz zu stellen. Dieser wird erfolgreich beschieden.

3. Ein konstruktiver Umgang mit Betroffenen neonazistischer und rassistischer Gewalt. Notwendige Kriterien.

Mit der Darstellung *eines* Fallbeispiels ist es nicht möglich, die Realität zahlreicher Betroffener aufzuzeigen. Im Folgenden werden daher Problemlagen aufgeführt, die über die Beratungspraxis regelmäßig deutlich werden. Entsprechende Kriterien werden benannt, die für einen konstruktiven Umgang mit Betroffenen Umsetzung finden müssen.

3.1 Solidarisierungsprozesse. Unterstützung aus dem sozialen Umfeld.

So verschieden Menschen Angriffe gegen ihre Person erleben, eine Erfahrung teilen sie: Sie werden angegriffen, da sie einer konstruierten gesellschaftlichen Gruppe zugeordnet werden, die von den Täter_innen abgelehnt wird. Die Erfahrung, ein (potentielles) Angriffsziel, stellvertretend für eine konstruierte Gruppe zu sein, sensibilisiert für das Verhalten des sozialen Umfelds sowie der Bewertung durch Polizei, Justiz und weiterer Ordnungspolitikern.

Familie J. erfährt keine Unterstützung durch ihr soziales Umfeld - eine Situation,

die aus Sicht der Beratungsprojekte zahlreiche Angegriffene teilen. Die Reaktionen auf z.B. neonazistische oder antisemitische Angriffe fallen unterschiedlich aus. Es kommt vor, dass die Angriffe verurteilt werden. Oft jedoch werden sie gleichgültig aufgenommen oder sie werden verharmlosend bis negierend kommentiert.

Finden öffentliche Diskussionen statt, so wird dabei regelmäßig das Verhalten der Täter_innen thematisiert. Die Frage nach der Tatursache steht dabei im Mittelpunkt und verdrängt die Situation der Betroffenen aus dem Blickfeld. Andererseits ist in Debatten des sozialen Umfelds regelmäßig eine Umkehr der Schuldfrage bzw. eine Abwehr des Stigmas «rechte Ortschaft» zu beobachten. Für schwerste Körperverletzungen und Demütigungen werden Rechtfertigungsgründe benannt. Die Schwere der Angriffe wird relativiert.

Hinsichtlich eines konstruktiven Umgangs mit den Betroffenen ist neben öffentlichen Diskussionen eines unbedingt notwendig: direkte Solidarisierungsprozesse mit den Angegriffenen.

Im dargestellten Fallbeispiel wird deutlich, dass die erfahrene Ablehnung und Gewalt zu einem grundsätzlichen Vertrauensverlust in die soziale Umgebung, zur Desintegration der Betroffenen, führen kann. Solidarisierungsprozesse in Form von praktischer Unterstützung, deutlicher Anteilnahme und Rückenstärkung können einer erschwerten Verarbeitung und Ausgrenzung der Betroffenen entgegen wirken.

Das mögliche Empfinden, die Bevölkerung stimme antisemitischen oder muslimfeindlichen Taten zu, findet keine Stärkung, wenn sich Nachbar_innen, Arbeitskolleg_innen und Verantwortungsträger_innen positionieren und (potentiell) Betroffenen ihre Unterstützung anbieten.

3.2 Verläufe von Polizeieinsätzen.

Neben vielen positiven Verläufen von Polizeieinsätzen erfahren die Beratungsstellen wieder und wieder von zusätzlichen Enttäuschungen und Frustrationen aufgrund des Verlaufes der Polizeieinsätze. So berichten Betroffene, dass die Polizei in einer Notsituation gerufen wird, jedoch erst sehr viel später am Tatort erscheint, dass Polizist_innen den Vorfall bagatellisieren oder dass die Aufnahme der Strafanzeige verweigert wird.

In der Konsequenz fühlen sich die Betroffenen den Angreifer_innen ausgeliefert, ohne Schutz und Gerechtigkeit erwarten zu können. Ein distanziertes Verhältnis zu Polizei und Justiz entsteht und erklärt u. a. das geringe Anzeigeverhalten. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die Polizei einem klaren gesetzlichen Auftrag folgt. Dieser ist ohne willkürliche und weitgehend ohne subjektive Entscheidungen auszuführen. Insbesondere liegen die Entscheidungen bezüglich strafrechtlicher Relevanz nicht in den Händen der Polizei, sondern in der Verantwortung der Staatsanwaltschaft.

3.3 Ein hinreichendes polizeiliches Erfassungssystem.

Aufgrund verschiedener Zugangsbarrieren der Betroffenen ist eine späte oder keine Inanspruchnahme von Beratungsangeboten herzuleiten. Grundsätzlich kann jedoch davon ausgegangen werden, dass für verschiedene Betroffene Bedarf nach einer, dem Angriff zeitnahen, Beratung besteht. Im Fall des Herrn J. war dies über die Zusammenarbeit mit der Polizei unkompliziert möglich. Das entspricht leider nicht

der Regelmäßigkeit.

Wurde nach Angriffen Anzeige erstattet, so sind die Beratungsstellen in der Recherchearbeit auf die polizeiliche Kooperation angewiesen. Aus Polizeiberichten ergehen kaum Hinweise auf einen möglichen z.B. neonazistischen, rassistischen oder homophoben Tathintergrund. Auch auf unser regelmäßiges Nachfragen hin, lassen es subjektive Einschätzungen einzelner Sachbearbeiter_innen z. T. nicht zu, dass Informationsflyer anonym an die Geschädigten weitergeleitet werden.

Ursache hierfür sind regelmäßige Interpretationskonflikte zwischen der Polizei und den Betroffenen bzw. den Beratungsstellen.

Seit 2001 findet das polizeiliche Erfassungssystem «Politisch motivierte Kriminalität» Anwendung. Hiernach gilt eine Tat als «politisch rechtsmotiviert rechts», «wenn die Umstände der Tat oder die Einstellung der Täter_innen darauf schließen lassen, dass sie sich gegen eine Person aufgrund ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse¹, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft, sexuellen Orientierung, Behinderung oder ihres äußeren Erscheinungsbildes bzw. ihres gesellschaftlichen Status richtet.»² Ganz grundsätzlich deckt sich diese Definition einer rechtsmotivierten Tat mit dem Verständnis der Beratungsstellen. Dennoch weichen die Einordnungen der Angriffsmotivationen erheblich voneinander ab.

Eine Ursache hierfür vermuten die Beratungsstellen in einer an den Täter_innen orientierten Begriffsbildung. In der Folge, werden rassistische oder homophobe Gewalttaten bspw. nicht als diese anerkannt und als gewöhnliche Kriminalität betrachtet.

Über eine vorrangig an den Täter_innen orientierte Einordnung der Tatmotivation wird die subjektive Wahrnehmung der Betroffenen regelmäßig nicht gehört.

Um Betroffene in ihrer Situation ernst zu nehmen, ist es jedoch dringend notwendig, ihre Einschätzung zu erfragen. Ein Verweis auf das Beratungsangebot bzw. eine Reichung der Informationsmaterialien der Beratungsstellen für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt überlässt den Geschädigten jede weitere Entscheidung.

In anderen europäischen Ländern findet die subjektive Sicht der Geschädigten eine wesentlich höhere Beachtung als in der Bundesrepublik. So wurde in Großbritannien z.B. die Stellung der von Rassismus Betroffenen erheblich gestärkt. Als rassistisch definiert die Polizei hier «jeden Vorfall, der vom Opfer oder einer anderen Person als rassistisch wahrgenommen wird».³ Für das weitere Ermittlungsverfahren hat dies folgende Konsequenz: Geben Betroffene an, für sie sei die Tat rassistisch motiviert, so ist die Polizei verpflichtet, diese Ersteinstufung zu übernehmen und die Tatumstände daraufhin zu untersuchen.

Auf europäischer Ebene bewertet das «European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia» (EUMC) diese Praxis als vorbildlich und richtete eine entspre-

1 Anmerkung: Der Begriff der «Rasse» ist wissenschaftlich widerlegt und durch die Erfahrung des Nationalsozialismus politisch diskreditiert. Vgl. Statement on the nature of race and race – differences by physical anthropologists and genetics der UNESCO Expertenkommission von 1950

2 Bundesamt für Verfassungsschutz

3 Stephen-Lawrence-Enquiry 1999. Vgl. dazu Wendel, Kai: Rechte Gewalt - Definitionen und Erfassungskriterien. <http://www.opferperspektive.de/Chronologie/624.html>, aufgefunden am 4.5.2008

chende Forderung an alle EU-Staaten. Leider erlangte dies bisher keine Resonanz in der Bundesrepublik.

3.4 Die juristische Aufarbeitung des Erlebten.

Von der Anklage bis zu einer gerichtlichen Urteilsfindung vergehen oft mehrere Monate bis Jahre. Bspw. wurde ein junger Mann im September 2004 angegriffen. Die Verhandlung gegen ein Mitglied der verbotenen neonazistischen Organisation «Skinheads Sächsische Schweiz, SSS» wird im März 2005 ausgesetzt. Dem Angeklagten werden mehrere schwere Körperverletzungen vorgeworfen. Erst im Herbst 2007 wird die Verhandlung fortgesetzt, drei Jahre nachdem der junge Mann den Angriff erlebt hat.

Derartige Situationen können für die Betroffenen sehr belastend sein. Die Verarbeitung des Erlebten hängt oft von einer Beendigung des Verfahrens ab. Das Wissen, nach langer Zeit so detailgetreu wie möglich aussagen zu müssen und das lange Hinauszögern des zwangsläufigen Zusammentreffens mit den Angreifer_innen wirkt verunsichernd. Aus Sicht der Beratungsprojekte ist eine derart lange Wartezeit nicht tragbar.

Darüber hinaus erfahren wir regelmäßig von weiterem Unverständnis und Frustrationen der Geschädigten. Ursächlich hierfür ist die oft unzureichende Betrachtung der Tatmotivation. So erscheint das Vorgehen in einer weiteren Verhandlung unverständlich: Über den Angeklagten, dem mehrfache gefährliche Körperverletzungen vorgeworfen werden, ist bekannt, dass er im Umfeld der «SSS» agiert. In vorhergehenden Verhandlungen wurde er u. a. wegen Landfriedensbruch und dem Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verurteilt. Aus der Vernehmung eines Zeugen ergeht, dass dieser aus rassistischen Motiven beschimpft und dann angegriffen wurde. Verurteilt wird der Angeklagte aufgrund der begangenen Körperverletzungen. Mögliche Tatmotivationen finden keine Thematisierung.

Hinsichtlich eines adäquaten Umgangs mit Betroffenen ergibt sich hier ein weiteres Kriterium. Zur Verarbeitung diskriminierender Gewalterfahrungen ist es neben einer Verurteilung des Angeklagten aufgrund der begangenen Gewalttat notwendig, die spezifische menschenverachtende Tatmotivation deutlich herauszuarbeiten. Empfindungen, die Justiz verfolge zwar die Gewaltdelikte, dulde jedoch die zugrunde liegenden z. B. rassistischen oder homophoben Einstellungsmuster, werden anderenfalls bekräftigt.

In diesem Zusammenhang mahnt die «European Commission against Racism and Intolerance» (ECRI), eine Einrichtung des Europarates, die Bundesrepublik seit mehreren Jahren an. Demnach sollte gesetzlich verankert werden, dass eine rassistische Tatmotivation bei allen Straftatbeständen als strafverschärfend gewertet wird. Dies hätte zur Folge, dass Tatmotivationen generell aufgeklärt werden müssten.

Eine entsprechende Gesetzesinitiative zur Änderung des Paragraphen 46 des Strafgesetzbuches brachte das Innenministerium von Mecklenburg-Vorpommern im November 2000 in den Bundesrat ein. Danach sollten menschenfeindliche Tatmotive explizit als strafverschärfende Umstände bei der Strafzumessung aufgenommen werden.

3.5 Ein hinreichendes Entschädigungssystem.

Herr J. erhält Leistungen aus dem Fond des Bundesamtes für Justiz. Vor dem Hintergrund der NS- Vergangenheit der Bundesrepublik, wurde dieser speziell zur Entschädigung „für Betroffene rechtsextremer Gewalt« eingerichtet. Mit dem Amtsantritt der Familienministerin Schröder (CDU) und ihrem Hinwirken auf die Durchsetzung der «Extremismustheorie» wurde die Solidarisierung mit Betroffenen menschenverachtender Gewalt zur Farce. Im Zuge der von ihr angeschobenen Debatte veränderte auch das Bundesamt für Justiz die Ausrichtung des Fonds auf den unpräzisen, v.a. aber verharmlosenden Terminus «extremistisch» mit Wirksamkeit zum 01.01.2010. So können nun auch Nazis hieraus Entschädigungsleistungen erhalten.

Der Fond ermöglicht eine oft leichte und sichere Form der finanziellen Wiedergutmachung. Er erstattet jedoch nur Betroffenen oder Helfer_innen Leistungen, die aus den Angriffen gesundheitliche Schäden tragen. Darüber hinaus greift er für Hinterbliebene von Todesopfern der Gewalttaten.

Die Beratungsstellen erfahren regelmäßig von neonazistischen, antisemitischen oder rassistischen Angriffen, bei denen ein immenser Sachschaden entsteht. Oft sind Imbissbetreiber_innen mit Migrationshintergrund betroffen, die massive finanzielle Einbußen zu bewältigen haben. Ein entsprechender Entschädigungsfond in öffentlicher Hand existiert indes nicht. Geschädigte haben nur die Möglichkeit eine Zivilklage gegen die Täter_innen auf Schadensersatz zu erheben. Diese ist mit erheblichem Aufwand und finanziellem Eigenrisiko verbunden.

Es wäre sinnvoll, das öffentliche Entschädigungssystem dahingehend zu erweitern. Über die verbesserte Situation der Betroffenen hinaus, hätte dies zur Folge, dass Forderungen gegen die Täter_innen langfristig durchgesetzt werden könnten. Hinsichtlich der erlittenen Körperschäden wird dies bereits durchgeführt. Das Bundesamt für Justiz kann in diesen Fällen gegen die Täter_innen auf Zahlung der bewilligten Entschädigungssumme klagen.

4. Gewaltdelikte im Fokus. Eine Verengung der Thematik.

Die Thematisierung der Problematiken Neonazismus und Rassismus anhand der Gewaltangriffe greift wesentlich zu kurz.

Körperliche Angriffe sind für weite Teile der Bevölkerung als unrechtmäßig erkennbar - die dahinter stehende Ideologie hingegen entspricht weitgehend dem gesellschaftlichen Mainstream⁴.

Rassistische, homophobe oder sozialdarwinistische Einstellungsmuster z.B. sind zu hohen Anteilen in allen Bevölkerungs- sowie Altersgruppen des Freistaates vertreten. Dies ergibt u. a. eine Studie über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen. So stimmen knapp 42% der befragten Sachsen der Aussage «Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen» zu. Die Ansicht «Es leben zu viele Ausländer in Deutschland» bejahen 65% und 45% der sächsischen Befragten meinen: «Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt

4 Vgl. Hirschfeld, Uwe In: Zwischen Ausschluss und Hilfe. Soziale Arbeit und Rechtsextremismus. Evangelische Verlagsanstalt Leipzig, 2000

werden».⁵

Menschenverachtende Einstellungsmuster sind gesellschaftsfähig. Dabei können Personen, welche die damit verbundene Herabwürdigung von Individuen nicht tolerieren, von Ausgrenzung betroffen sein. Die Lehrerin z. B., die wiederholt das Tragen von «Thor Steinar» - Kleidung in Unterricht und Dienstbesprechung hinterfragt, wird belächelt, gar gemobbt. Der Nachbar, der die selbstverständliche Zuschreibung «Fidschi» hinterfragt, löst Irritation aus.

Nähern wir uns Kriterien für einen konstruktiven Umgang mit Betroffenen von z.B. Neonazismus, Rassismus oder Antisemitismus, so ist die Grundvoraussetzung hierfür, dies nicht allein anhand der Gewalttaten auszumachen. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist kein Problem eines (konstruierten) «extremen» Randes, sondern fußt auf weit verbreiteten Ungleichwertigkeitsvorstellungen und einem menschenfeindlichen Verständnis des Begriffes «Toleranz». Nur unter diesem Verständnis ist es überhaupt möglich, den unter 4. aufgeführten Kriterien gerecht zu werden.

Fazit

Mit der Ermordung Marva El- Sherbinis am 1. Juli 2009 verlor die zwölfte Person in Sachsen ihr Leben infolge neonazistisch oder rassistisch motivierter Angriffe, bundesweit starben mindestens 137 Menschen⁶.

Seit dem Pogrom in Hoyerswerda 1991, über die rassistische Hetzjagd in Mügeln 2007 bis zum Brandanschlag auf das Vereinshaus der Sozialen und Politischen Bildungsvereinigung in Limbach- Oberfrohna ist wohl keine Woche ohne derartige Angriffe vergangen.

Neben Ereignissen, die auch überregional bekannt werden, finden zahlreiche Gewaltakte statt, die im Dunkeln bleiben. Wie nach dem Schneeballprinzip werden den Beratungsstellen über den Kontakt mit einem Geschädigten häufig weitere Angriffe bekannt. Manche dieser Angriffe sind nicht angezeigt und wären noch länger im Dunkelfeld geblieben, wenn es nicht der Zufall des Kontaktes gewollt hätte⁷. Schätzungen über das Dunkelfeld nicht angezeigter rechter Gewalttaten sind kaum möglich. Studien sind zu dieser Frage noch nicht erschienen, Experten geben hierfür einen Wert von 75% an⁸.

Über die Beratungsarbeit wird darüber hinaus folgendes deutlich: Für zahlreiche Geschädigte rassistischer Gewalt stellen die körperlichen Angriffe gegen sie lediglich ein weiteres Ereignis in der Kette ihrer täglichen Rassismus- und Ausgrenzungserfahrungen dar⁹.

5 Vgl.: Stichs, Anja: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen. (2002 – 2005). Universität Bielefeld, 2006

6 Vgl. Jansen, Frank; Kleffner, Heike; Radke, Johannes; Staud, Toralf: Todesopfer rechter Gewalt – Eine furchtbare Bilanz, In: Der Tagesspiegel, 15.09.2010

7 Vgl. www.opferperspektive.de

8 Peter Wetzels, Thomas Fabian, Stefan Danner, Fremdenfeindliche Einstellungen unter Jugendlichen in Leipzig. Leipziger Beiträge zur Sozialen Arbeit. Lit-Verlag, 2001

9 Vgl. Wetendorf, Juliane: Rassistische Angriffe in Sachsen – Das Problem sind nicht nur die Neonazis. Struktureller Rassismus als Tabuthema im öffentlichen Diskurs, In: Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V. (Hrsg.): Rassismus in Sachsen – Aktuelle Perspektiven 2010, Leipzig 2010, S. 48

Vorfälle von staatlichem, institutionellem, symbolischem und individuellem Rassismus halten sich in Sachsen auf einem bedenklich hohen Niveau. Der Alltag zahlreicher Schwarzer oder people of color ist geprägt durch Rassismus im nachbarschaftlichen Umfeld, in der Schule oder im Beruf, beim Einlass in die Disco, auf dem Wohnungs- oder Arbeitsmarkt sowie im Umgang mit Behörden und Ämtern. Oftmals bleiben diese Demütigungen unterhalb der Schwelle der körperlichen Gewalt, aber sie prägen das Lebensgefühl und die Lebensqualität der Betroffenen. Täter_innen sind die «normalen Bürger_innen», Menschenfeindliche Einstellungsmuster finden in allen Bevölkerungsgruppen aller Altersschichten einen hohen Zustimmungswert.

Um Geschädigten und potentiell Betroffenen menschenverachtender Gewalt konstruktiv zu begegnen, müssen Perspektivwechsel vollzogen werden. Hierbei muss zum einen die Problematik als gesamtgesellschaftliche begriffen werden. Insbesondere aber muss die subjektive Wahrnehmung der Betroffenen ins Zentrum rücken.

Darüber hinaus ist es dringend notwendig, ein emanzipiertes Verständnis des Betroffenenbegriffes zu erarbeiten. Nicht alle Menschen, die rassistische Angriffe erfahren haben, erleben sich als «Opfer», gleichwohl sie Beratung in Anspruch nehmen. Der Prozess des «zum Opfer Werdens» - die Viktimisierung - wird durch verschiedene Faktoren befördert. Neben der Gewalterfahrung, neben den Reaktionen auf das Erlebte und neben Zuschreibungen tragen v. a. strukturelle Benachteiligungen von Betroffenen zur Viktimisierung bei. Die strukturellen Benachteiligungen im polizeilichen, juristischen und fiskalischen Bereich wurden unter 4. aufgezeigt. Notwendige Kriterien, die einen Prozess der Viktimisierung verhindern können bzw. helfen, aus der Opferposition herauszufinden, wurden skizziert.

Um diesen Kriterien gerecht werden zu können, muss insbesondere ein Perspektivwechsel in der Wahrnehmung der Betroffenen erfolgen.

«Der entrüstete Punk» oder «die echauffierte Frau», die aus rassistischen Gründen angegriffen wurde, bedienen nicht das klassische «Opferbild» einer geschwächten, passiven Person. Im Umkehrschluss ist jedoch nicht tragbar, ihre Schilderungen nicht ernst zu nehmen, ihnen eine Selbstschuld bzw. die übertriebene Darstellung des Geschehenen zu unterstellen. Misstrauen gegenüber den Aussagen der Betroffenen, versteckte oder offene Schuldzuweisungen können die «Opfer-Werdung» befördern.

Grundlegende Voraussetzung ist, die subjektive Bewertung der Geschädigten anzuerkennen, diese in Situationsanalysen aufzunehmen und dabei von ihren Wahrnehmungen und Selbstäußerungen auszugehen.

Um Personen nicht zu viktimisieren, müssen diese Prozesse einerseits auf individueller Ebene vollzogen werden. Darüber hinaus ist aber deutlich, dass eine Viktimisierung von Betroffenen zu einem großen Teil durch strukturelle Benachteiligungen befördert wird. Daher sind strukturelle Veränderungen im polizeilichen und juristischen Verfahren unabdingbar. Politische Vorschläge hierzu existieren.

Konfrontation, Hass, Gewalt

Ergebnisse einer Studie im Auftrag des BKA zur «politisch motivierten Kriminalität»

Im Januar dieses Jahres stellte das Dresdner Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. eine Studie vor, die von der Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus des Bundeskriminalamts in Auftrag gegeben wurde. Der Präsident des BKA, Jörg Ziercke, betont im Vorwort, dass dieses Forschungsprojekt Ausdruck davon sei, «dass sich das BKA den Herausforderungen des Rechtsextremismus stellt und bestrebt ist, - neben vielfältigen repressiven und präventiven Maßnahmen – Ursachen und Erscheinungsformen dieses Phänomens systematisch zu untersuchen». Denn, so Ziercke weiter, nur ein objektiver, wissenschaftlicher Ansatz könne jene verlässlichen Einblicke bieten, die für einen adäquaten Umgang notwendig sind.¹

Die Grundlagen

Unter dem Titel «NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt» untersuchte die Forschungsgruppe um Prof. Dr. Uwe Backes mögliche Wechselwirkungen zwischen NPD-Wahlmobilisierungen und rechter wie linker Gewalt im Zeitraum von 2003 bis 2006. Sie gingen in erster Linie der Frage nach, inwiefern erfolgreiche Wahlkämpfe der NPD rechte Gewalt stimulieren. Zwar werde diese Behauptung immer wieder aufgestellt, sei aber unzureichend geklärt. In der Forschung bestünden zwei gegensätzliche Hypothesen, „wonach rechtsextreme Parteien gewaltfördernd oder auch gewaltdämpfend auf militante Szenen wirken können«.² Ausgehend von der Feststellung, dass sich «neben der fremdenfeindlichen und rechten Gewalt [...], sozialwissenschaftlich kaum beachtet, die erbitterte und gewaltsame Bekämpfung des ebenfalls gewaltgeneigten politischen Gegners zu einem Aktionsfeld mit bemerkenswerten Kontinuitäten und Intensitäten entwickelt»³ hat und zu Wechselwirkungen zwischen «rechtsmilitanten Mobilisierungen und linksmilitanten Gegenmobilisierungen» kaum Forschungsergebnisse vorliegen, wird auch dieser Frage nachgegangen.

Begriffliche Grundlagen der Studie bilden zum einen der vom Hannah-Arendt-

1 Backes, Uwe/ Mletzko, Matthias/ Stoye, Jan: NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt. Köln, 2010, S. V.

2 Backes, Uwe/ Mletzko, Matthias/ Stoye, Jan, S. 1.

3 ebd., S. 1.

Institut in Dresden vorangetriebene Begriff des «politischen Extremismus»⁴ und der polizeiliche Begriff der «politisch motivierten Kriminalität und Gewalt» (PMK) mit seinen Kategorien nach dem 2001 eingeführten polizeilichen Erfassungssystem. Dieses System differenziert verschiedene Themenfelder, denen sich einzelne Taten zuordnen lassen sollen. In die Untersuchung einbezogen wurden für PMK rechts die Themenfelder «Hasskriminalität»⁵ und «Konfrontation/Politische Einstellung gegen links» oder «gegen sonstige politische Gegner» und für PMK links die Themenfelder «Antifaschismus» und «Konfrontation/Politische Einstellung gegen rechts» und «gegen sonstige politische Gegner». Diese polizeilich erhobenen Daten bilden die Basis der Studie.

Zur Kritik der Studie

Diese Begriffswahl und die verwendete Datenbasis werfen grundlegende Probleme auf und sie machen zugleich die politische Stoßrichtung der Studie deutlich. Der Begriff des politischen Extremismus ist für den wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn weitestgehend unbrauchbar, ebenso für eine gesellschaftspolitische Auseinandersetzung mit Einstellungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Für die Exekutive und im Sinne eines staatlichen Selbstverständnisses als wehrhafte Demokratie hingegen, bietet er sich durchaus an: So lassen sich mit dem Extremismustheorem die «Feinde der Demokratie» ausmachen und klassifizieren. Auch mit der verwendeten polizeilichen Datenbasis sind zahlreiche Probleme verbunden. Wenn Fälle politisch motivierter Gewalt im Erfassungssystem falsch oder gar nicht zugeordnet wurden oder die Justiz zu einer anderen Bewertung gelangt als bearbeitende Polizeibeamte, besteht beispielsweise keinerlei Möglichkeit, dies im Erfassungssystem zu korrigieren oder neu zu bewerten.

Im Zusammenhang mit der Vorstellung der relevantesten Ergebnisse der Studie werden im Folgenden weitere Kritikpunkte aus Perspektive der Opferberatung des RAA Sachsen e.V. und damit aus Sicht der Betroffenen rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt aufgezeigt.

Von rechter und linker Konfrontationsgewalt

Im Zentrum der Studie stand die Frage nach den Auswirkungen von NPD Wahlerfolgen, wie 2004 in Sachsen. Ein Anstieg rechter Gewalttaten insgesamt konnte in der

4 Im Begriff des politischen Extremismus wird ein Kontinuum politischer Einstellungen und Orientierungsmuster konstruiert, in welchem eine politische Mitte von zwei Extremen flankiert wird. Die Extreme sind formell darin identisch, dass sie sich gegen die, die politische Mitte kennzeichnende, freiheitlich-demokratische Grundordnung richten. Zum einen wird in dieser sehr vereinfachten Darstellung einer komplexen Gesellschaft eine Gleichsetzung von linken und rechten Inhalten betrieben und zum anderen die sog. politische Mitte von jeder Form von rassistischen, nationalistischen oder antisemitischen Einstellungen freigesprochen. Zur Kritik der Extremismusformel siehe u.a.: http://inex.blogspot.de/images/gemeinsamgegenjedenextremismus_einzelseiten.pdf, eingesehen am 03.08.2010.

5 Darunter werden die Zielrichtungen «fremdenfeindlich», «rassistisch», «antisemitisch» und sonstige gegen «Religion», «Behinderung» oder «gesellschaftlichen Status» gerichtete Heterophobie subsumiert.

Analyse nicht ausgemacht werden, wohl aber eine signifikante Zunahme rechter und linker «Konfrontationsgewalt». Dabei konnte ein starker Zusammenhang zwischen rechten Demonstrationen und linker Gegengewalt festgestellt werden. Die zeitliche Analyse ergab zudem, dass ein Anstieg linker «Konfrontationsgewalt» einige Tage später einen Anstieg rechter «Konfrontationsgewalt» nach sich zieht. Dies deutet, so die Autoren, auf eine verspätete Reaktion gegenüber zufällig angetroffenen als links wahrgenommenen Personen.⁶ Ein Anstieg linker «Konfrontationsgewalt» als Reaktion auf einen Anstieg der rechten Gewalt insgesamt konnte hingegen nicht festgestellt werden.

In der Kategorisierung als linke und rechte «Konfrontationsgewalt»⁷ verschwinden die verschiedenen Ausformungen und Zielsetzungen der hier zugeordneten Gewalttaten. Je knapp die Hälfte der linken «Konfrontationsgewalt» richtet sich gegen die Polizei und gegen rechts. Bei den hier verorteten Gewalttaten handelt es sich zu 18,2% um Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, ein typisches Delikt im Zusammenhang mit Demonstrationen. So geht beispielsweise in diese Statistik jede Widerstandsanzeige ein, die gegen eine Person gestellt wird, die sich der Räumung einer Naziaufmarsch-Blockade widersetzt oder einen erteilten Platzverweis solange verbal anfechtet, bis dem Beamten der sprichwörtliche Geduldsfaden reißt. Rechte Konfrontationsgewalt hingegen verteilt sich auf die Themenfelder zu 36,6% gegen links und nur zu 3,5% gegen die Polizei. Fast die Hälfte macht die Rubrik «anderes Themenfeld» aus – was das sein kann, bleibt vollkommen unklar.

Die Unterscheidung in «Konfrontations- oder Hassgewalt» zeigt sich als grundlegendes Problem, wird aber in der Studie nicht in Frage gestellt. Trotz der Vermutung der Autoren, dass es sich bei rechter «Konfrontationsgewalt» um verspätete Reaktionen gegenüber zufällig angetroffenen als links wahrgenommenen Personen handeln könnte, halten sie an der begrifflichen Unterteilung nach dem polizeilichen Erfassungssystem fest. Aus Perspektive der Betroffenen ist eine Zuordnung innerhalb der polizeilichen Statistik zu «der gewaltsamen Konfrontation mit militanten linksautonomen Gruppen und sonstigen aus rechter Tätersicht als links gedeuteten Szenen und Lebensstilen (Punker, Hip Hopper)»⁸ höchst fragwürdig. Suggestiert wird mit dem Begriff der «Konfrontationsgewalt» eine gegenseitige Auseinandersetzung zwischen politischen Gegnern. Wenn aber eine Gruppe von Neonazis, die sich auf dem Heimweg von einem Aufmarsch befindet, in ihrem Heimatort alternative Jugendliche angreift, geschieht dies nicht, weil hier politische Gegner die Konfrontation suchen, sondern weil diese Jugendlichen aufgrund ihrer Kleidung, ihrer Frisur oder ihres Lifestyles zum Feindbild der Nazis gehören. Hier handelt es sich um Gewalt aus Hass auf alle, die anders sind und dem auf Hegemonie ausgerichteten Weltbild der Nazis nicht entsprechen.

Noch augenfälliger wird dieses Zuordnungsproblem in der detaillierteren Betrachtung von Gerichtsakten. In der Gerichtsaktenanalyse schwerer rechter Gewalttaten hätte sich das Bild bestätigt, dass rechte «Konfrontationsgewalt» die

⁶ Backes, Uwe/ Mletzko, Matthias/ Stoye, Jan, S. 47.

⁷ Themenfelder der «Konfrontationsgewalt» innerhalb der PMK: gegen links/rechts, gegen sonstige politische Gegner, gegen Aussteiger, gegen staatliche Einrichtungen wie Polizei, anderes Themenfeld.

⁸ so die nähere Erläuterung des Begriffs der Konfrontationsgewalt in Backes, Uwe/Mletzko, Matthias/ Stoye, Jan, S. 126.

«Hassgewalt» überflügelt hat⁹. Unter der Kategorie «Konfrontation» werden die wiederholten schweren Angriffe 2005 in Pirna, die gezielt auf Treffpunkte alternativer und nichtrechter Jugendlicher verübt wurden oder die so genannten Streifenfahrten des «Sturm 34» im Raum Mittweida, bei denen mehrfach alternative und nichtrechte Jugendliche angegriffen wurden, eingeordnet. Wo in diesen geplant begangenen Taten, bei denen Nazis gezielt Personen aufsuchten, die sie als zu anderen, ihnen unliebsamen Jugendszenen zugehörig ausmachten, das Konfrontationsmoment liegt, bleibt das Geheimnis des polizeilichen Erfassungssystems und damit auch der Studie. Bei diesen Taten handelte es sich um nichts anderes als hassgeleitete gewaltsame Angriffe mit dem Ziel, die Betroffenen zum Teil schwer zu verletzen und zukünftig so zu verunsichern, dass sie den öffentlichen Raum meiden. Angestrebt wird damit der Ausbau bzw. die Behauptung jugendkultureller, gesellschaftlicher und politischer Hegemonie, die Schaffung sogenannter no-go-areas. Dies als Konfrontation, zu der per definitionem zwei ihren Konflikt austragende Kontrahenten gehören, zu klassifizieren, verkennet die gefährliche Qualität eines solchen Vorgehens und weist den Angegriffenen einen eigenen Anteil an der Tat zu, zu deren Opfer sie eigentlich wurden.

Zur Spezifik rechter Gewalt

Die Studie ging auch der Frage nach, auf welche Weise rechte Gewalt verübt wird. Dabei kommt die Forschungsgruppe zu dem Ergebnis, dass diese vorwiegend im Rahmen spontaner zufälliger Begegnungen im öffentlichen Raum stattfindet. Aber auch planvolles, aufsuchendes Handeln sei feststellbar. Es handelt sich vorwiegend um Körperverletzungen und gefährliche Körperverletzungen, die zu 21% eine akut lebensbedrohliche und zu 18,5% eine mit gewisser Wahrscheinlichkeit lebensbedrohliche Tatschwere aufweisen. Rechte Gewalt tritt expressiv (Gewalt als Mittel zur Selbstdarstellung/-verwirklichung und Abreaktion von Wut und Hass) und damit einhergehend in hohem Maße brutal auf. Außerdem stellen die Autoren fest, dass exzessive Gewaltanwendung, d.h. Fälle, in denen «mehrere lebensbedrohliche Einwirkungsvarianten hintereinander zum Einsatz kommen – wobei darüber hinaus das Opfer noch über einen längeren Zeitraum gequält werden kann»¹⁰ eine ständige Begleiterscheinung schwerer rechter Gewalt ist. Auch wenn das Fallaufkommen selbst nicht hoch sei, sind Gewaltexzesse bei rechten Gewalttaten kontinuierlich zu beobachten. Bei über einem Viertel der schweren Gewaltfälle handelte es sich um gezielte Angriffe und so genannte Streifenaktivitäten, die sich zumeist gegen «linke» und andere Personen mit aus Tätersicht abweichenden Lebensstilen richteten.

Mit der genaueren Betrachtung von Tatspezifik und Tatschwere wird deutlich, dass die Autoren durchaus bemüht waren, die besondere Dimension rechter Gewalt im Vergleich zur linken „Konfrontationsgewalt“¹¹ herauszustellen. So stellt die Studie immer wieder fest, dass sich diese deutlich von rechter Gewalt unterscheidet. Linke

⁹ Untersucht wurden 83 Fälle schwerer rechter Gewalt, wovon 40 der Konfrontationsgewalt und 33 der Hasskriminalität zugeordnet waren.

¹⁰ ebd., S. 128.

¹¹ Ein Vergleich zwischen dem Gesamtaufkommen rechter Gewalt und der Teilmenge linker Konfrontationsgewalt ist aussagekräftig, da diese 87 % des Gesamtaufkommens linker Gewalt ausmacht.

«Konfrontationsgewalt» tritt instrumentell (Gewalt als Mittel zum politischen Zweck) und zielgerichtet auf, ist stark mit Demonstrationen verbunden und geprägt von geplantem, aufsuchendem Handeln. Bei als schwer einzustufender linker «Konfrontationsgewalt» handelt es sich fast ausschließlich um Stein- und Flaschenwürfe aus der Distanz, während schwere rechte Gewalt im direkten körperlichen Angriff durch Kopfschläge mit Gegenstand oder Kopftritte verübt wird. Linke Gewalt greift in deutlich geringerem Maße auf brutale und lebensbedrohliche Tatbegehung zurück als rechte Gewalt.

Resümee

Werden die Besonderheiten rechter Gewalt zwar herausgerechnet zwischen linker und rechter Gewalt benannt, so verschwinden diese doch weitestgehend hinter dem gezeichneten Bild der angewachsenen wechselseitigen «Konfrontation». Mit der Feststellung der Studie, dass bei rechtem Gewalthandeln ein Themenwechsel vollzogen wurde – weg von rassistischen Angriffen hin zur Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner – bleibt die gegenseitige Konfrontation zwischen zwei verfeindeten politischen Lagern. Das entspricht jedoch keineswegs der Realität rechter Gewalt in Sachsen. Hier muss die Frage gestellt werden, warum Angriffe auf alternative und nichtrechte Jugendliche als «Konfrontationsgewalt» gewertet werden. Auch die Frage, warum vermeintlich weniger Menschen aus rassistischen Motiven angegriffen werden, ist nicht einfach mit einem Themenwechsel der rechten Gewalttäter zu erklären. Hier dürfte zum einen der – gerade in den untersuchten Regionen Sächsische Schweiz und Mittweida – sehr geringe Anteil von Migrant_innen und people of colour eine nicht unerhebliche Rolle spielen. Darüber hinaus muss davon ausgegangen werden, dass rassistisch motivierte Angriffe ein wesentlich höheres Dunkelfeld aufweisen. Seit Jahren weisen die Opferberatungsstellen in den ostdeutschen Bundesländern darauf hin, dass vor allem im ländlichen Raum die größte Betroffenenengruppe rechtmotivierter Gewalt nichtrechte und alternative Jugendliche sind, die sich einer rechten Hegemonie nicht anpassen wollen und allein deshalb bereits zum Feindbild der Nazis gehören.

Dass sich also die Zielrichtung rechter Gewalt in Sachsen deutlich geändert habe, mag innerhalb der angewendeten Datenbasis so erscheinen, muss allerdings angesichts der aufgeführten Probleme der Kategorisierung massiv in Frage gestellt werden, ebenso wie die Kategorisierung selbst. Wenn Jugendliche, wie Anfang Mai dieses Jahres in Geithain, als ein junger Punk durch Tritte und Schläge auf den Kopf lebensgefährlich verletzt wurde,¹² aufgrund ihrer Kleidung, Frisur, Lifestyles oder ihrer öffentlichen Abgrenzung von rechten Einstellungen angegriffen werden, kann nicht von Konfrontation gesprochen werden, sondern muss es als das bezeichnet werden, was es ist – ein Angriff auf das Leben von Menschen, die nicht in das menschenverachtende Weltbild der Nazis passen wollen.

¹² <http://www.chronikle.org/ereignis/geithain-junger-mensch-neonazilebensgefuehrlich-verletzt?mini=chronologie%2F2010-05>, eingesehen am 03.08.2010.

Fallbeispiel: Gespräch mit einem Jugendlichen aus einer Kleinstadt an der tschechischen Grenze (2008)

Stell dich bitte kurz vor!

Ich heiße André Pfuhlmann (Name geändert), bin 19 Jahre alt und zur Zeit arbeitslos. Zuvor hab ich zwei Jahre lang eine Ausbildung zum Maurer gemacht, aber die hab ich leider verloren. Ich wohne direkt an der tschechischen Grenze in einer kleinen Stadt.

Hattest du schon Probleme mit Neonazis?

Auf jeden Fall. Es gab Vorfälle an der Grenze, direkt vor einem Grenzübergang. Auch in Löbau wurden wir einmal von mehreren Neonazis überfallen. Dazu kommen viel kleinere Sachen. Es gibt oft Stress hier.

Woran liegt das?

Weil ich anders denke und eine andere Einstellung als sie habe. Sie sind nicht tolerant genug, um meine Meinung zu dulden, und nicht in der Lage, ihre eigene Meinung mit Worten ausdrücken zu können. Ich bin als Alternativer bekannt und habe deshalb meine Probleme mit denen.

Wie wirkt sich das auf deinen Alltag und dein Verhalten aus?

Indirekt schon. In der Innenstadt gibt es nicht mehr viele Punks. Alle zusammen genommen, sind wir vielleicht noch fünf bis zehn Mann. Wenn du auf der Straße gehst oder einkaufen willst und die Leute kommen dir entgegen, dann überlegst du schon, wie reagieren die jetzt auf dich, wirst du jetzt gleich blöde angemacht? In solchen Fällen verhältst du dich schon anders, aber ich versuche trotzdem, mir nicht so viel daraus zu machen.

Ist die Grenznähe eine Ursache?

Ich glaube, das hat nichts mit der Grenze zu tun. Die Städte in der Umgebung sind von Nazigewalt genauso betroffen. Hier herrscht eben weitgehend eine rechte Meinung vor.

Dorf- und Volksfeste sind oft Schauplatz rechter Übergriffe. Meidest du solche Ereignisse?

Nein, ich gehe hin. Ich lasse mir von denen nicht meinen Spaß verderben. Wenn es dort Probleme mit Rechten gibt, dann gibt es die eben. Bei uns hat sich das in letzter Zeit allzu oft bestätigt. Beim Parkfest haben erst neulich wieder Freunde von mir von Glatzen auf die Fresse gekriegt. Stress gibts da schon, und man weiß von vornherein, dass es Probleme geben wird, weil klar ist, dass die auch da sind, und zwar in großer Zahl. Wenn dazu noch getrunken wird, fangen sie an zu pöbeln und suchen Stress. Ich bin aber nicht der Typ, der jedem Stress aus dem Weg geht. Dann gibt es eben manchmal welchen. Dass dort Nazis sind, ist für mich kein Grund, dort nicht hinzugehen. Meine Freunde sehen das im Großen und Ganzen auch so, und wir gehen dann oft in der Gruppe hin, weil es eben auch mehr Spaß macht, gemeinsam unter-

wegs zu sein. Wir kommen da schon irgendwie raus. Manchmal bleibt es ja auch ruhig, weil die bei anderen Festen unterwegs sind. Oder die verziehen sich in ihre Ecke und wir in unsere. Manchmal klappt das aber auch nicht.

Triffst das auch für Diskotheken zu?

Ich habe in der Beziehung nicht so viele Erfahrungen. Dort, wo ich hingegangen bin, sind Leute wie wir nicht so gern gesehen. Dass trifft aber auch für extreme Glatzen zu. Dort trifft man sich eher in «StiNo»-(Stinknormal-)Klamotten, da gibt es dann weniger Stress. In Diskotheken gibt es ein Hausrecht, und wenn jemand rausgeschmissen wird, hält man sich daran.

Wie treten die Neonazis in deinem Ort auf?

Die Nazigruppierungen sind hier sehr organisiert. Es gibt Gruppen wie die KO (Kameradschaft Oberlausitz, Anmerkung d. Verf.) aus Seiffhennersdorf, die Kameradschaft Sohland, die Nationale Jugend Oderwitz, in Richtung Bautzen den Sturm 24. Viele von denen sind «Mucki-Buden-Typen» und scheinen ziemlich fit zu sein. Bei uns im Ort gibt es eine richtig organisierte Gruppierung nicht. Man trifft sich in Wohnungen zum Saufen und zieht dann in Gruppen durch die Stadt, aber eine richtige Gruppierung ist das nicht. Noch nicht ... In die Innenstadt ist im letzten halben Jahr eine ganze Reihe von denen zugezogen, das hat sich echt verschlimmert.

Gibt es Kontakte zwischen deutschen und tschechischen Nazis?

Davon weiß ich nichts. Einige von denen fahren zum Einkaufen nach Tschechien und decken sich dort mit Kippen ein oder kaufen sich «Pit Bull»-Pullover. Tschechische Nazis sind mir noch nie begegnet.

Würdest du von einer «No Go Area» in deiner Gegend sprechen?

Es gibt auf jeden Fall Orte, die man als Punker meiden sollte, wenn man keinen Stress bekommen möchte. Bei uns gibt es einige Ecken im Ort, wo Rechte wohnen, und einen Jugendclub, der auch von Rechten besucht wird. Diese Orte sind dafür bekannt, dass man als Punker angepöbelt und angemacht wird, wenn man dort auftaucht. Auch bei einigen Privatgrundstücken ist das so. Einem Freund von mir ist es passiert, dass er vor einem Haus angepöbelt wurde und auf die Fresse bekommen hat. Aber ich bin nicht unbedingt der Typ, der sich versteckt.

Was müsste sich in deiner Stadt ändern?

Man müsste alle Nazis rausschmeißen. Aber das ist ja völlig unrealistisch, das kann man hier nicht durchsetzen.

Woran würdest du merken, dass sich etwas geändert hat?

Wenn ich zur Grenze gehe, kommen mir meist schon die ersten in Gruppen entgegen, und man wird vollgepöbelt. Das müsste wegfallen. Dann könnte man sich auch wieder auf der Straße treffen oder unter einem Pavillion, ohne dass nach fünf Minuten irgendwelche Autos vorbeifahren und man beobachtet wird. Das wäre ein Anfang.

Reaktionen von Legislative und Strafverfolgung

Staatliche Reaktionen auf den Rechtsextremismus in Tschechien

Der Rechtsextremismus stellt eine Aufforderung für die Staatsorgane der Tschechischen Republik dar, welche darauf mit exekutiven, legislativen und auch judikativen Maßnahmen reagieren. Diese führen bei der tschechischen Öffentlichkeit gleichzeitig zu Debatten über ihre Effektivität und Sinnhaftigkeit. Darin gliedert sich auch die menschenrechtliche Nichtregierungsphäre ein.

Historische Erbschaft

Über Normen, welche ermöglichten, den Rechtsextremismus in Regress zu nehmen, verfügte bereits die erste Tschechoslowakische Republik in den Jahren 1918-1938 und diese wurden in einer Reihe von Fällen auch genutzt. Nach dem zweiten Weltkrieg erschien eine umfangreiche antifaschistische Legislative, welche insbesondere gegen die Kriegsverbrecher und Kollaborateure gerichtet war. Sie beinhaltete jedoch auch Maßnahmen gegen faschistische Tätigkeit und Propaganda in neuen Zuständen. Die antifaschistischen Normen erschienen auch in den Strafgesetzen, die im kommunistischen Regime verabschiedet wurden. Die Anhänger des Rechtsextremismus wurden auch von dem Staatssicherheitsdienst monitoriert.

In der Zeit des Zusammenbruches des Kommunismus war das Strafgesetz aus dem Jahre 1961 gültig, welches (selbstverständlich mit einer Reihe von Novellierungen) bis zum Ende des Jahres 2009 galt. Verschiedene Abgeordneten bemühten sich auf Grund der Novellierungen Nazismus und Kommunismus aus dem Sichtpunkt des Strafrechtes aufs gleiche Niveau zu stellen, jedoch die verschiedenen Anpassungen des Strafrechtes in dieser Richtung führten dazu, dass sich die Auslegung und Anwendung der Normen komplizierte. Das neue demokratische Regime nahm am Anfang der neunziger Jahre einige Gesetze im Bereich des Verfassungsrechts und der bürgerlichen Freiheiten an, womit u. a. das Vereinigungs-, Versammlungs- und Petitionsrecht u. ä. geregelt wurde. In diesen Gesetzen wurde die Möglichkeit eingeräumt, die Grund- und Freiheitsrechte zu beschränken, falls sie für verfassungs- und gesetzwidrige Tätigkeiten missbraucht wird.

Reaktion auf die Welle der Skinheads-Gewalt in dem Zeitraum der Demokratisierung

Bereits kurz nach dem Zusammenbruch des Kommunismus trat in Tschechien eine Welle der rassistischen Skinhead-Gewalt auf, worauf das neue demokratische Regime mit Stärkung der Sicherheitsmaßnahmen in den Risikogebieten (Prag, Nordböhmen) reagierte. Die Polizei und Justiz hatten zu dieser Zeit Probleme mit der Klassifizie-



Tschechische Polizei während der Demonstration vor der israelischen Botschaft in Prag

rung und Evidenz der Straftaten, welche rassistisch motiviert waren, so dass ihre Statistiken deutlich von den Statistiken der damaligen Nichtregierungsorganisationen (z.B. *Tolerance a občanská společnost* - Toleranz und Bürgergesellschaft e.V.) abwichen. Die Polizei fing jedoch schrittweise an, sich auf den Extremismus mehr zu konzentrieren und gab auch methodische Maßnahmen gegen die Tätigkeit der Skinheads heraus. Auf diese Problematik orientierten sich auch die neuen Geheimdienste, insbesondere der Sicherheitsinformationsdienst. Diese Maßnahmen konnten jedoch die gewaltsamen Aktivitäten nicht effektiv abwenden, was sich auch mit der hohen Anzahl rassistischer Morde in der ersten Hälfte der neunziger Jahre bemerkbar machte. Andererseits ist es erforderlich zu betonen, dass die Täter dieser Morde aufgegriffen wurden, es wurde jedoch nicht immer das rassistische Motiv berücksichtigt.

Im Jahre 1995 gab das Innenministerium erste «Information über die Zeichen extremistischer Stellungnahmen in der Tschechischen Republik» heraus, welche auch die erste große gesellschaftliche Debatte über das Konzept des Extremismus erregte (insbesondere in Anbetracht der Eingliederung ökologischer Organisationen). In Reaktion auf den Mord am Roma Tibor Berki von einer Skinheads-Gruppe in Ždár nad Sázavou in demselben Jahr, nahm die Regierung ein Paket von antiextremistischen Maßnahmen an, einschließlich strenger werdender Regresse für rassistisch motivierte Gewalt. Es wurde auch eine besserer Evidenz extremistischer Straftaten gebilligt. Nachfolgend begannen auch spezialisierte polizeiliche antiextremistische Arbeitsstätten in der ganzen Republik zu entstehen.

Stabilisierung der antiextremistischen Politik

Im Jahre 1997 fanden in der Tschechischen Republik zum ersten Mal antirassistische Massendemonstrationen nach dem Mord an einem sudanischen Studenten statt. Die demokratischen Politiker reagierten darauf mit verbaler Verdammung des Rechtsextremismus, einige von damaligen Versprechungen waren jedoch unerfüllbar (Der Vorsitzende der tschechischen sozialdemokratischen Partei Miloš Zeman versprach «die Skinhead-Bewegung außerhalb des Gesetzes zu stellen»). Seitens des Innenministeriums kam es jedoch um die Jahrtausendwende zur Ablehnung der Eintragung von einigen rechtsextremistischen Subjekten und gleichfalls zur Auflösung der neonazistischen Bürgervereinigung *Národní aliance* (Nationale Allianz). Es wurde jedoch nicht auf die Anträge einiger Aktivisten der Nichtregierungssphäre reagiert, ein Verfahren über die Auflösung von SPR-RS (Vereinigung für die Republik – Republikanische Partei der Tschechoslowakei) zu eröffnen.

Es wurde auch eine Novelle des Strafgesetzes verabschiedet, welche die Strafbarkeit der Bestreitung des Holocaust einführte. Die Polizei konzentrierte sich insbesondere auf das Monitoring der Konzerte von White Power Music, wobei damals Probleme mit Dokumentation der Straftaten ans Licht kamen. Schrittweise wurde die Form der regelmäßigen Berichte über den Extremismus präzisiert, u. a. auch dank der Konsultationen des Innenministeriums mit Experten aus dem akademischen Bereich. Polizei und Gerichte begannen ab Ende der neunziger Jahre, intensiv auch Sachverständige einzubeziehen, welche in einigen Fällen entscheidend den Charakter der Urteile beeinflussten.

Auf die Klärung der Rechtspraxis hatten die Urteile in dem sgn. Rechtsfall *Mein Kampf*, d.h. die Herausgabe des Hitler-Buchs durch den tschechischen Herausgeber Michal Z., eine große Auswirkung. Dieser wurde zum Schluss frei gesprochen, da ihm keine absichtliche Motivation bewiesen werden konnte, eine Bewegung, welche auf die Unterdrückung der Rechte und Freiheiten des Menschen gerichtet ist, zu propagieren. Das Oberste Gericht erließ in Reaktion auf die unterschiedlichen Gerichtsbescheide in Fällen, welche mit der Propaganda vom Nazismus und Neonazismus im Jahre 2006 zusammenhingen auch eine vereinheitlichende Stellungnahme zu diesen Angelegenheiten.

Verbot der Arbeiterpartei

In der zweiten Hälfte der neuen Dekade kam es seitens des Staates zu einer erheblich restriktiveren Auslegung der Versammlungsfreiheit als bisher, infolge dessen neonazistische Demonstrationen aufgelöst wurden. Zu einem Umbruch in dieser Richtung wurde die Auflösung der Erste-Mai-Demonstration des Nationalen Widerstandes in Brno im Jahre 2007. Zu derselben Zeit begann sich auch die neue Qualität der Strafverfolgung in Folge der oben angeführten vereinheitlichten Stellungnahme des Obersten Gerichtes zu zeigen.

Auf eine erhöhte Aktivität der Arbeiterpartei, insbesondere dann auf ihre Beteiligung bei den gewaltsamen Unruhen in Janov, reagierte die Regierung am Ende des Jahres 2008 mit dem Einreichen des ersten Antrags auf ihre Auflösung beim Obersten Verwaltungsgericht (NSS). Dieser war jedoch insoweit so schlecht vorbereitet, dass er vom NSS abgelehnt wurde. In dem Urteil wurden aber auch die Kriterien zur Auflö-

sung einer politischen Partei präzisiert. Die Beamtenregierung des Ministerpräsidenten Jan Fischer, welche im Frühjahr 2009 konstituiert wurde, machte den Kampf gegen Extremismus zu einer ihrer Prioritäten. Am Ende dieses Jahres bereitere sie einen neuen Antrag auf Auflösung der Arbeiterpartei vor, dem das NSS am 17. Februar 2010 statt gab. Einige Monate später wurde die Auflösung auch vom Verfassungsgericht der Tschechischen Republik bestätigt. Die Arbeiterpartei wendete sich an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, dieser traf jedoch in der Sache noch keinen Bescheid. Es wurden auch einige Polizeioperationen gegen den Rechtsextremismus vollgezogen, die jedoch zu der Zeit, wo dieser Text zusammengefasst wurde noch durch keine Urteile gekrönt wurden. Die Gerichte wendeten für extremistische Gewalt auch strenge Strafen an, z.B. in dem bereits angeführten Rechtsfall «Vítkov».

Im Jahre 2009 wurde von der Regierung auch eine Strategie des Kampfes gegen Extremismus angenommen. Sie ist auf folgenden fünf Pfeilern aufgestellt:

1. Pfeiler durch Kommunikation gegen Demagogie
Die Kraft der Extremisten geht von menschlicher Unwissenheit aus. Die einzige Möglichkeit, wie man ihre Hetzpropaganda bekämpfen kann, ist Kommunikation, Aufgeschlossenheit und das Anbieten von Alternativen.
2. Pfeiler durch Kenntnisse gegen die Antidemokraten
Aufgeklärte Menschen sind fähig, sich Verteidigungsmechanismen gegen gefährliche Gedanken anzueignen. Die Vorteile der demokratischen Alternative muss schon durch die Schule vermittelt werden.
3. Pfeiler einheitliche antiextremistische Plattform
Der Kampf gegen den Extremismus ist nicht nur eine Angelegenheit des Innenministeriums und der Polizei, sondern auch weiterer Regierungs- als auch Nichtregierungseinrichtungen. Nur durch ihre Zusammenarbeit ist es möglich, die Extremisten in die Rolle eines bedeutungslosen Akteurs zu bringen.
4. Pfeiler Fachkenntnis und Immunität
Die Spezialisten, welche gegen den Extremismus kämpfen, müssen wissen, was sie zu tun haben und dazu auch einen ausreichenden Spielraum bekommen. Die Professionalisierung ist vorteilhafter als pauschale Repression.
5. Pfeiler effektiv und auf korrekte Art und Weise gegen die Gewalt
Es ist notwendig die konkreten Straftäter kompromisslos unter effektiver Nutzung bestehender Mittel und Mechanismen in Regress zu nehmen..

Verhältnis zur Nichtregierungsebene

Das Innenministerium errichtete im Bezug auf diese Strategie auch Expertengruppen, sgn. TASK FORCE gegen Extremismus. Die Gruppe A beschäftigt sich mit den Informationen der Berichterstatter, die Gruppe B mit der Legislative und die Gruppe C mit der Zusammenarbeit mit den Nichtregierungsakteuren und mit der akademischen Sphäre. Diese Zusammenarbeit wurde ad hoc auch in der Vergangenheit realisiert. In der letzten Zeit wird von einem Teil der Aktivisten selbst das eigentliche Konzept des Extremismus in Zweifel gestellt (z. B. wird von der Bürgervereinigung In IUSTITIA das «Hate Crime Konzept» bevorzugt). Die bisher letzte Runde von kritischen Debatten brach im März 2011 auf Grund des Polizeieingriffes gegen die Demonstranten aus, welche sich in Nový Bydžov dem Marsch der *Dělnické strany sociální spravedlnosti* (Arbeiterpartei der sozialen Gerechtigkeit) entgegen gestellt hatten.

In der tschechischen Nichtregierungssphäre und auch in Medien werden oft die angeblichen Sympathien einzelner Polizisten mit der extrem rechten Ideologie kritisiert und einzelne Fälle werden stark thematisiert. Allgemein ist es erforderlich zu sagen, dass die Mitglieder der spezialisierten antiextremistischen Einheiten demokratisch orientiert sind und mit dem Rechtsextremismus nicht sympathisieren (sie lehnen jedoch auch den Linksextremismus ab), es ist eher manchmal eine Frage, ob sie den Extremismus nicht auch da suchen, wo keiner ist. Man kann jedoch nicht bestreiten, dass auf den niedrigeren Ebenen eine Unterstützung der extrem rechten Ideologien, bzw. eher Vorurteile den Roma gegenüber, unter den Polizisten von Zeit zu Zeit vorkommen. Auf dem lokalen Niveau existiert in einigen Lokalitäten auch Verbundenheit zwischen der Stadtpolizei und der rechtsextremistischen Szene, man kann dies jedoch nicht für eine Massenerscheinung halten. Viel öfter gibt es Fälle, wo einzelne Rechtsextremisten in privaten Sicherheitsagenturen arbeiten.

Schlusswort

Es ist möglich, allgemein zu sagen, dass in der Tschechischen Republik der Problematik des Rechtsextremismus eine beträchtliche Aufmerksamkeit seitens des Staates und seiner Sicherheitskräfte gewidmet wird. Die Tschechische Republik verfügt über eine Legislative¹ und auch über ein Sicherheitssystem, welche eine Elimination dieser Erscheinung ermöglichen. In der Lösung und im Herantreten an die Probleme auf diesem Gebiet kommt es jedoch zu Kontroversen zwischen den staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren. Für die Zukunft ist es wichtig die Polizei, Justiz und auch breite Öffentlichkeit in legislativer Situation in diesem Bereich konsequent auszubilden. Eine schwache Stelle stellt die Prävention und dauernd auch häufige Uneinheitlichkeit der Rechtsanwendung dar.

¹ Zur genaueren Beschreibung der Legislative siehe auch den Beitrag von Klára Kalibová im 4. Kapitel dieser Publikation.

Literatur:

- Černý, Petr (2008): Právní ochrana před extremismem. Praha: C. H. Beck.
- Mareš, Miroslav (2010): Politics against right-wing extremism in the Czech Republic. Paper for the conference of Friedrich Ebert Foundation on Right-Wing Extremism. Strategies against Right-Wing Extremism. Budepest, 19. November 2010, Friedrich Ebert Stiftung, <http://www.fesbp.hu/common/pdf/Mares20101119.pdf>
- Mareš, Miroslav (2010): Czech Militant Democracy in Action. dissolution of the Workers' Party and the wider context of this act. Paper submitted to the East European Politics & Societies.
- Mareš, Miroslav (2011): Militantní demonstrace v České republice. Kriminalistika, ro. XXXIV, . 1, pp. 39-52.
- Mareš, Miroslav – Smolík, Josef (2010.): Školní výuka a politický extremismus. *Pedagogická orientace*, ro. 20, . 2, pp. 40-54
- Strategie boje proti extremismu*, Praha: Ministerstvo vnitra ČR.

Polizeiliche Reaktionen auf rechtsextreme Aktivitäten in Sachsen

Beispiel 1: Rechtsextremistische Demonstrationen

Die unveränderbaren Grundrechte, die im Grundgesetz eingangs aufgeführt sind, haben in der freiheitlichen Bundesrepublik Deutschland einen herausragenden Rang. Aus den Erfahrungen des Dritten Reiches hat die Bundesrepublik gelernt: Meinungs- und Versammlungsfreiheit¹ sind elementar, um in einem demokratischen Gemeinwesen gerade solchen Menschen, die dazu keine anderen Mittel und Wege haben, die Möglichkeit zu geben, durch Demonstrationen und Kundgebungen ihre Ansichten und Erwartungen einer breiten Öffentlichkeit darzulegen – Menschen also, die ihre Meinung nicht durch die Massenmedien oder parlamentarische Mehrheiten vertreten sehen. Der Staat und seine Organe, d.h. Verwaltung, Polizei, Justiz, haben diese Rechte zu achten und aktiv zu schützen. Sie haben also auch dafür zu sorgen, dass Demonstrationen ohne Prüfung der Inhalte oder der Veranstalter frei und unbeeinflusst stattfinden können. Nur in einem sehr engen verfassungskonformen Rahmen hat der Staat die Möglichkeit, Meinungsäußerungen oder Versammlungen zu beschränken oder zu verhindern. Für den Staat, also auch die Polizei, gibt es keine «guten» (sprich: demokratischen) oder «schlechten» Demonstrationen, sondern gemäß Artikel 8 des Grundgesetzes nur «friedliche» oder eben «unfriedliche» Demonstrationen. Das heißt: auch Extremisten, ob von links oder rechts, genießen diesen Schutz des Grundgesetzes. Die engen Grenzen für den Staat, gegen Demonstrationen einzuschreiten, wurden und werden immer wieder von allen Gerichten, bis hin zum Bundesverfassungsgericht, bestätigt.

Die rechtsextremistische Szene in Deutschland und Sachsen, einschließlich der NPD, nutzt alle Freiheiten, die die deutsche Verfassung auch Rechtsextremisten bietet, bis an ihre «Schmerzgrenze» aus. Kameradschaften, Neonazis oder Skinheads oder lose Netzwerke veranstalten regelmäßig Skinkonzerte, Outdooraktivitäten oder öffentlichkeitswirksame Aufzüge und Versammlungen. Sie alle wissen, dass sie

¹ Art. 5 und Art. 8 GG.

gerade jüngere Menschen vor allem durch eine «Eventkultur» erreichen können und damit den Zusammenhalt stärken und den Aus- und Aufbau der Anhängerschaft sichern können.

Eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung lehnt, aus historischen, aber auch aktuellen Erfahrungen mit Straftaten von Rechtsextremisten, «rechte» Demonstrationen und Versammlungen ab und erwartet vom Staat, repräsentiert durch die Gerichte und die Polizei, dass dieser solche Veranstaltungen verhindert. Gerade dies ist jedoch regelmäßig nicht möglich. Artikel 8 des Grundgesetzes gewährleistet allen Deutschen das Recht, «sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln». Nur bei Verstößen gegen diese Schranken des Grundgesetzes kann der Staat überhaupt Maßnahmen gegen Demonstranten ergreifen.

Hier haben die Rechtsextremisten in den vergangenen Jahren deutlich hinzu gelernt. Während sie früher oftmals Symbole verwendeten, die laut Paragraph 86a des Strafgesetzbuches verboten sind, außerdem volksverhetzende Parolen riefen oder gar Gewalt gegen Gegendemonstranten anwendeten, passieren der rechten Szene diese «Fehler» heute nur selten. Faktisch werden den Behörden fast keine Verbotsgründe mehr geliefert. Das bedeutet für die staatlichen Institutionen: Wenn keine Verstöße gegen die grundgesetzlichen Schranken der Friedlichkeit und Waffenlosigkeit feststellbar oder, auf Straf- und Gewalttaten vorheriger Demonstrationen gestützt, zumindest prognostizierbar sind, hat der Staat wie bei allen anderen friedlichen Versammlungen demokratischer Veranstalter die Pflicht alles zu tun, dass die rechtsextremen Versammlungsteilnehmer ihr Grundrecht ungestört ausüben können.

Das hat Folgen die gerade bei den großen jährlichen Nazidemos in Dresden und Leipzig feststellbar sind: «Deutsche Polizisten schützen die Faschisten», ist eine häufig gebrauchte Parole, welche die zum Schutz der (rechten) Demonstration eingesetzten Polizeibeamten von den Gegnern der Nazis zu hören bekommen. Optisch sieht es zwar tatsächlich so aus, als ob die Polizei die Rechten schützen würde, tatsächlich aber schützen sie vor allem das grundgesetzlich verbürgte Recht der Versammlungs- und Meinungsfreiheit, das wie aufgezeigt für jede(n) friedliche(n) Bürger(in) gilt – auch wenn dies vielen anderen nicht gefällt.

Die Behörden und die Polizei haben sich dem veränderten Verhalten der rechtsextremistischen Versammlungsteilnehmer im rechtlich zulässigen Rahmen angepasst. Weil Verbote oder Auflösungen regelmäßig nicht mehr möglich sind, werden den Teilnehmern massive Auflagen in unterschiedlichster Form gemacht: So werden sie z. B. vor der Versammlung nach Waffen durchsucht, sie dürfen nur dünne und kurze Fahnenstöcke mitführen, keine Springerstiefel tragen, Fackeln und Trommeln sind verboten und kein Teilnehmer darf verbotene Symbole an seiner Kleidung oder sichtbar an seinem Körper tragen, die eine Nähe zum Dritten Reich erkennen lassen.

Eine Genehmigungspflicht von Demonstrationen ist im Grundgesetz nicht vorgesehen. Trotzdem ist im Versammlungsgesetz eine Anmeldepflicht enthalten, die vor allem dem Zweck dient, den Behörden die Möglichkeit einzuräumen, die Versammlung oder Demonstration möglichst störungsfrei gestalten zu können. Dabei werden in jedem Einzelfall die Hürden für rechtsextremistische Demonstrationen möglichst hoch gelegt und dann auch durch die Polizei vor Ort konsequent durchgesetzt. Doch letztendlich gelingt es mit rechtsstaatlichen Mitteln nur selten, die Rechtsextremisten von ihrem Tun gänzlich abzuhalten, auch wenn Behörden und Polizisten, die vor Ort sein müssen, oftmals mit den Zähnen knirschen.

Beispiel 2: Rechtsextremistische Musik und Skinhead-Konzerte in Sachsen und Tschechien

Zwar sind rechtsextremistische Skinheads, seit kurze Haare oder Glatze, Springerstiefel und Bekleidung rechter Modelabels auch allgemein Mode geworden sind, für Nichteingeweihte oft nicht mehr zu erkennen. Das ändert aber nichts daran, dass die Skinheadszenen und vor allem die rechtsextreme Skinheadmusik für viele junge Menschen den Einstieg in die rechtsextreme Gedankenwelt und Ideologie darstellen. Gerade deshalb sind die deutschen Sicherheitsbehörden bemüht, rechtsextreme Skinheadkonzerte, die junge Menschen an diese Szene heranführen möglichst zu verhindern. Das gelingt allerdings viel zu selten wie die große Zahl der Skinheadkonzerte in Sachsen in jedem Jahr wieder zeigt.

Die rechtsextreme Szene weiß um die große Bedeutung der Skinheadmusik und der Skinheadkonzerte für die Rekrutierung und Festigung ihrer Anhängerschaft. Die Konzerte dienen vor allem dem Zusammengehörigkeitsgefühl mit der gleichgesinnten Szene, wobei die rechtsextreme Musik mit ihren zwischenzeitlich unterschiedlichen Musikstilen, aber oft von Hass geprägten, fremdenfeindlichen oder gewaltverherrlichenden Texten auch eher unpolitische Jugendliche an die Szene heranführt. Die rechtsextremistische Skinheadmusik und die damit zusammenhängende Musikszene sind für das junge Publikum im Freistaat Sachsen das zentrale Bindeglied zu rechtsextremistischem Gedankengut, für die Ausprägung von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und latenter Gewaltbereitschaft. Über diese Musik kann nicht nur der Einstieg in die rechtsextreme Szene erfolgen, auch die negative Beeinflussung der späteren, dann rechtsextrem geprägten Wähler, nimmt hier ihren Anfang.

In Deutschland sind, anders als in den europäischen Nachbarländern, zum Beispiel die *Nationalsozialistische Arbeiterpartei* (NSDAP) und viele andere nationalsozialistische Organisationen verfassungswidrig oder verboten, und auch das Tragen oder Zeigen von Kennzeichen, also Symbolen oder Abzeichen dieser Vereinigungen, ist nach Paragraph 86a des Strafgesetzbuches strafbar. Wenn Skinheadkonzerte öffentlich, also in Gaststätten oder mit offizieller Ankündigung, stattfinden, gilt zunächst wie bei Versammlungen und Demonstrationen das Versammlungsgesetz bzw. das Polizei- und Ordnungsrecht. Regelmäßig kommt es bei solchen Veranstaltungen zu Straftaten; Bandmitglieder und Besucher erfüllen Straftatbestände der Paragraphen 86, 86a oder 130 StGB. Immer wieder kommt es im Umfeld der Musikveranstaltungen zu Gewalttaten gegen anders denkende oder anders aussehende Menschen. Deshalb versuchen Ordnungsbehörden und Polizei, trotz der überwiegend konspirativen Vorbereitung, die Durchführung dieser Skinheadkonzerte zu verhindern oder laufende Konzerte abbrechen. Laut Verfassungsschutz werden 10 bis 15 Prozent der Konzerte in Deutschland verhindert und weitere 10 bis 20 Prozent aufgelöst.²

Doch auch auf diesen Verfolgungsdruck hat die Szene reagiert. Scheinankündigungen und viele kleine Veranstaltungen, auch in privaten oder szeneeigenen Räumen, zu denen statt durchschnittlich bis zu 400 Zuhörer nur 100 kommen, erfordern einen hohen logistischen Aufwand der Sicherheitsbehörden. Die rechte Szene

2 Bundesamt für Verfassungsschutz, Juli 2007.

führt Gegenauflärungen durch, hört den Polizeifunk ab um Polizeikräfte frühzeitig zu erkennen, und täuscht gegebenenfalls einen privaten Veranstaltungscharakter vor. Zudem wird insbesondere auf private Grundstücke oder in private Räumlichkeiten ausgewichen, wo den Sicherheitsbehörden der Zutritt rechtlich regelmäßig erschwert oder gar unmöglich ist. Die nahe Grenze nach Tschechien und Polen ermöglicht es auch, problemlos nach dort auszuweichen, zumal der Verfolgungsdruck – zum Teil mangels rechtlicher Grundlagen – dort noch nicht die gleiche Intensität erreicht hat wie in Deutschland.

Die Grenznähe wird auch für das geschäftliche Umfeld der Skinheadmusik genutzt. Zahlreiche Kontakte zwischen deutschen Szeneangehörigen und ihren Gesinnungsgenossen im Ausland ermöglichen die grenzüberschreitende Organisation von Konzerten und vor allem die Produktion der Musik. Im anderssprachigen Nachbarland produzierte deutsche rechtsextreme Skinheadmusik ist dort aufgrund einer anderen Gesetzeslage meist nicht strafbar, oder die deutschen Texte finden bei Kontrollen nicht die entsprechende Bewertung. In Deutschland dagegen werden alle bekannt gewordenen Musikstücke und sonstigen Publikationen auf strafbare oder indizierungswürdige Inhalte geprüft. Wenn strafrechtlich relevante Inhalte festgestellt werden, kommt es zu Ermittlungsverfahren gegen Bands, Produzenten und Vertrieber, und deren Machwerke werden sichergestellt.

Einig sind sich die deutschen Sicherheitsbehörden darin, dass alleine mit repressiven Maßnahmen das Entstehen einer gefestigten rechtsextremistischen Ideologie unter Jugendlichen nicht verhindert werden kann. Nötig sind vielmehr Präventionsstrategien und Maßnahmen, die ressortübergreifend koordiniert durchgeführt werden, zum Beispiel eine flächendeckende und kontinuierliche Aufklärung über die Inhalte der platten Parolen rechtsextremistischer Parteien und Organisationen. Zu einer erfolgreichen Präventionsarbeit gehören auch attraktive Alternativangebote im Freizeitbereich, vor allem für männliche Jugendliche. Jugendclubs dürfen nicht ohne fachlich kompetente Mitarbeiter sein, die bei rechtsgerichteten Tendenzen frühzeitig einschreiten. Und nicht zuletzt ist eine Arbeitsmarktpolitik, die jungen Menschen eine Lebensperspektive bietet, die beste Prävention gegen rechtsgerichtetes Gedankengut.

Wir werden es schon richten? (2008)

Staatlicher Umgang mit Rechtsextremismus – eine kritische Auseinandersetzung

In der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten wird den Behörden, namentlich der Polizei und dem Verfassungsschutz, eine wichtige Rolle zugesprochen. Diese haben einerseits eine Definitionsmacht, was als rechtsextremistisch und somit als problematisch zu betrachten ist, und sie haben zugleich die Macht, einzugreifen oder dieses auch zu unterlassen. Durch die Aussagen und das Handeln dieser Behörden entsteht oftmals der Eindruck, das politische Problem einer extremen Rechten sei allein ein ordnungspolitisches, welches mittels Strafrecht und Repression zu lösen sei. Diese Sichtweise findet in weiten Teilen der Bevölkerung Widerhall. Gleichzeitig entbindet dieses Delegieren der Zuständigkeit auf den Staat vermeintlich Teile der Bevölkerung von der Verantwortung, im Umgang mit Rechtsextremismus selbst handeln zu müssen. Dass ordnungspolitisches Handeln selten öffentlich kommuniziert wird, stärkt ebenfalls die Übertragung von Verantwortung auf den Staat.

Zivilgesellschaftliche Akteure bezweifeln jedoch, dass allein ordnungspolitisches Handeln dem Problemspektrum des Rechtsextremismus angemessen ist. Außerhalb des ordnungspolitischen Handlungsrahmens und diesen ergänzend, muss die Zivilgesellschaft aktiv werden, um in der Öffentlichkeit die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu thematisieren. Insofern sind einige Bereiche des behördlichen Handelns zu kritisieren. Es ist zu fragen, inwieweit eine alleinige Ordnungspolitik den Diskurs zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus behindert.

Folgende Kritikpunkte an der Analyse- bzw. Handlungsfähigkeit alleiniger Ordnungspolitik sind aus Sicht zivilgesellschaftlicher Initiativen und Organisationen zu nennen:

- die Arbeit der Geheimdienste – u.a. wegen der Verhinderung des NPD-Verbotes;
- Definitionsmacht und Unschärfe staatlicher Definitionsbestimmungen;
- bloße Fixierung auf Ordnungspolitik bedingt den Verlust der politisch-gesellschaftlichen Dimension.

Geheimdienste – von der Verhinderung des NPD-Verbotes

Der wohl am wenigsten öffentliche und damit im obigen Sinne problematischste Bereich sind die Geheimdienste. Auch wenn diese in letzter Zeit immer wieder vor der NPD warnen, so muss doch leider festgestellt werden, dass ein Verbot der NPD nicht möglich ist, da die Geheimdienste nicht willens sind, ihre Informanten abzuschalten oder zurückzuziehen. Der Verfassungsschutz bewirkt mit dieser Position derzeit auch, dass die Verfassung nicht effektiv geschützt werden kann. Dabei ist man sich

unter Fachleuten größtenteils einig, dass die öffentlich vorliegenden Informationen für einen Verbotsantrag ausreichen würden. Warum die Verfassungsschutzbehörden sich weigern, ihre Informanten oder V-Männer abzuziehen, darüber gibt es keine einheitliche Meinung. Spekulieren könnte man, dass der Verfassungsschutz vermeiden will, dass bekannt wird, wer als V-Mann gearbeitet hat. Immer wieder wurden in den letzten Jahren Fälle bekannt, bei denen V-Leute weit außerhalb der Grenzen der Legalität an neonazistischen Aktionen beteiligt waren.¹ Juristisch ist das nicht vertretbar, aber scheinbar durchaus üblich. Nach Aussagen der meisten Verfassungsschutzämter von Bund und Ländern sei es nicht möglich, die Szene im Griff zu behalten, wenn die Informanten abgezogen würden. Sollte dies innerhalb der NPD der Fall sein, wäre dies ein weiterer Grund, schnellstens effektiv gegen die NPD vorzugehen.

Ob und inwieweit ein Verbot der NPD derzeit sinnvoll wäre, ist gesellschaftlich stark umstritten. Dafür spricht, dass so die Verwendung von Steuergeldern aus Wahlkampfkostenrückerstattung und Parteienfinanzierung für die Partei unterbunden werden könnte. Politisch könnte dies ein Schlag gegen eine sich zusehends lokal verankernde, antidemokratische Kraft sein. Dagegen spricht, dass das 2002 aus formellen Gründen nicht zu Ende geführte Verbotsverfahren gegen die NPD bis heute von vielen Menschen als «Demokratie-Persilschein» missverstanden wird. Ein erneutes Scheitern aus formellen Gründen wäre somit ein Desaster. Hinzu kommt, dass ein NPD-Verbot an der Verankerung rechtsextremer Ideologie und Gruppierungen in der Bundesrepublik wenig ändern würde. Stattdessen würden die Personen, die dieser Ideologie anhängen, binnen kurzer Zeit eine neue rechtsextreme Partei aufbauen, die sich auf das Know-how und die Netzwerke der derzeit bestehenden rechtsextremen Szene stützen kann.² Schließlich verführt ein Verbot Demokratinnen und Demokraten sowie insbesondere Politiker und Politikerinnen dazu, sich der Gefährdung der Demokratie durch rechtsextreme Gesinnungen nicht mehr so engagiert zu widmen, da mit dem Verbot die akute Gefahr gebannt scheint. Innerhalb der Bevölkerung würde der in Deutschland verbreitete Glaube, wonach es der Staat schon richten werde, Bestärkung finden, anstatt sich selbst mit dem Thema zu beschäftigen.

Da die Verfassungsschutzbehörden geheimdienstlich arbeiten, entziehen sich ihre Informationen in großen Teilen der kritischen Öffentlichkeit. So sind deren Verlautbarungen nicht nachprüfbar, da das Quellenmaterial nicht aufgedeckt wird. Hierbei darf man nicht lediglich an interne Gesprächsprotokolle oder Berichte von Treffen denken. Auch so lapidare Auflistungen wie die neonazistischer Konzerte gefährdeten bei ihrer Veröffentlichung angeblich die Informanten. Wenn dann, wie im Jahr 2007 in Thüringen passiert, doch einmal interne Zahlen an die Öffentlichkeit dringen und diese höher sind als offiziell bekanntgegeben, wird dies damit erklärt, dass einige Konzerte aus Gründen der Geheimhaltung nicht genannt werden konnten.

- 1 Zu nennen wäre die Beteiligung eines V-Mannes der Staatsschutzabteilung der PD Chemnitz bei der Gründung der Kameradschaft «Sturm 34».
- 2 Als in Belgien die rechtsextreme Partei Vlaams Blok verboten wurde, gründeten dortige Rechtsextremisten binnen kürzester Zeit mit Vlaams Belang eine Nachfolgepartei, die politisch-gesellschaftlich genauso viel Einfluss hat wie der Vlaams Blok vorher.

Definitionsmacht und Unschärfe staatlicher Definitionsbestimmungen

Der Verfassungsschutz nutzt aus Sicht zivilgesellschaftlicher Kräfte eine nicht hinreichende Beschreibung der Dimension der extremen Rechten. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie die Mobilen Beratungsteams in Ostdeutschland, aber auch viele regionale Initiativen, sind in der Lage, neben der quantitativen Erfassung auch lokale qualitative Beschreibungen rechtsextremer Entwicklungen zu liefern. Staatliche Behörden wie polizeilicher Staatsschutz und Verfassungsschutz bevorzugen eine organisations- und personenzentrierte Sicht auf die extreme Rechte.

Diese Form der Analyse stellt jedoch keine Folie dar, vor deren Hintergrund sich die aktuellen Transformationsprozesse rechtsextremer Jugendsubkultur(en) adäquat beschreiben ließen. Vielmehr spielt eine solch verkürzte Analyse der rechtsextremen Szene in die Hände, wie folgende beiden Beispiele zeigen: Wenn im Verfassungsschutzbericht des Freistaates Sachsen für 2007 zu lesen ist, es seien «Auflösungserscheinungen ehemals organisierter Personenzusammenschlüsse festzustellen. Diese Personenpotentiale wenden sich stärker den sog. FREIEN KRÄFTEN zu, die ihr Potential verdoppeln konnten»³, so liest sich dies wie eine Entwarnung. Tatsächlich liegt hier einerseits ein verkürzter Begriff von «organisierten Personenzusammenschlüssen» vor: Zu diesen sind die Freien Kameradschaften selbstverständlich zu zählen, auch wenn sie nicht den klassischen Anforderungen entsprechen, welche der Verfassungsschutz an diese Gruppendifinition stellt. Aber gerade um eine solche Einschätzung von Seiten des VS oder des polizeilichen Staatsschutzes zu unterlaufen, verzichten die Kameradschaften auf einen formalen Rahmen. Wenn die NPD an Mitgliedern verliert, denn nichts anderes wird mit obigem Zitat aus dem sächsischen VS-Bericht 2007 gesagt, so kann dies eben nicht als Entwarnung gewertet werden. Vielmehr ist es Indiz dafür, dass die NPD durch ihr Agieren, unter anderem ihre Abgrenzung gegenüber den «Autonomen Nationalisten» beziehungsweise dem sogenannten «Schwarzen Block», nicht mehr in der Lage ist, diese militanten Neonazis parteipolitisch zu integrieren. Diese Gruppierungen organisieren sich stattdessen wieder verstärkt unabhängig von der NPD, welche zumindest teilweise versucht, im legalen Bereich zu agieren.

Ein zweites Beispiel ist der Bereich des jugendkulturell auftretenden Neonazismus. Auch hier sind Behörden nur äußerst eingeschränkt in der Lage, diese ausgeprägten, im Verhältnis zu anderen Organisationen aber durch flache Hierarchien ausgezeichneten Strukturen abzubilden und einzuordnen. Meist werden diese Szenen als unstrukturiert beschreiben. Im sächsischen VS-Bericht 2007 fehlt eine Beschreibung der Entwicklung in den jugendkulturellen Subkulturen der rechtsextremen Szene. Es werden Einzelmerkmale wie Konzerte und Versandgeschäfte quantitativ dargestellt. Wie eine «unstrukturierte» Szene es teilweise schaffen kann, Hunderte, in Einzelfällen auch über 1000 Personen verdeckt, das heißt über SMS, Chats, Infotelefone und Internet, zu Konzerten zu mobilisieren, bleibt das Geheimnis der rechtsextremen Subkultur und der staatlichen Behörden.

Dass Verfassungsschutz und Polizei fast ausnahmslos noch den Begriff der «Skinhead-Konzerte» nutzen, zeigt mangelnde Aufmerksamkeit gegenüber neueren subkulturellen Entwicklungen. Seit Jahren beschreiben dagegen zivilgesellschaftliche

3 Verfassungsschutzbericht des Landes Sachsen, 2007, S. 5.

Initiativen und Journalist/innen den radikalen Wandel im Bereich des jugendkulturellen Neonazismus: Auf den Rechtsrock-Konzerten von heute sind Skinheads zwar immer noch eine wichtige jugendkulturelle Erscheinungsform. Allerdings prägen Hatecore, neonazistischer Black Metal und eine zunehmende Öffnung für «normale Jugendliche», also Jugendliche, die aufgrund von Äußerlichkeiten keiner Jugendszene zugeschrieben werden können, zunehmend das Bild. Gerade die Herausbildung einer rechten Hatecore- und Black-Metal-Szene in den vergangenen Jahren hat die Erscheinungsformen des jugendkulturell codierten Neonazismus stark erweitert. Wenn weiterhin von «Skinhead-Konzerten» geschrieben wird, so wird auf Grund der Haarlänge eine Jugendszene stigmatisiert, ohne dass eine inhaltlich-qualitative Zuordnung vorgenommen wird. In der Bevölkerung bleibt die Gleichsetzung präsent, wonach Neonazis gleich Skinheads sind. Diese war noch nie ausreichend, heute verfehlt sie jedoch deutlicher als je zuvor die Realität.

Bloße Fixierung auf Ordnungspolitik bedingt den Verlust der politisch-gesellschaftlichen Dimension

Wird die Polizei mit der extremen Rechten konfrontiert, so agiert sie bestimmungsgemäß aus einer ordnungspolitischen Sichtweise. Sie bezieht sich auf Straftatbestände und landesspezifische Polizeiverordnungen und suggeriert, überparteilich zu sein und nur einem vorgeschriebenen Handlungsmuster folgen zu können.

Diesen alleinigen Handlungsansatz kritisieren zivilgesellschaftliche Initiativen seit langem. Aus ihrer Sicht greift Ordnungspolitik erkennbar zu kurz, um gesellschaftliche Gestaltungsspielräume auszuschöpfen. Dabei ist es eine große Chance, staatliches und zivilgesellschaftliches Handeln stärker zu vernetzen, denn die Zivilgesellschaft ist in der Lage, eine wertorientierte Thematisierung rechtsextremer Einstellungen und Handlungen zu leisten und diese in die Öffentlichkeit zu tragen. So wird die (häufig verdeckte) ordnungspolitische durch eine wertgeleitete Dimension ergänzt und damit das Thema zu einem politisch-gesellschaftlichen entwickelt.

Ebenso wesentlich ist, dass Entwicklungen und Vorgänge unterhalb der Strafbarkeitsgrenze dem Blick und der Handlung der Ordnungsbehörden weitgehend entzogen sind, aber den Nährboden bilden für das, was ordnungspolitisch relevant wird. Hier gilt es, die Handlungsspielräume der Ordnungspolitik dahingehend zu nutzen, dass eine Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Ansätzen, welche auch Phänomene unterhalb der Strafbarkeitsgrenze identifizieren und präventiv bearbeiten können, möglich wird. Niemand kann ernsthaft wollen, dass Menschen erst so weit in die Strukturen der extremen Rechten wandern müssen, bis sie straffällig werden, um dann in den Fokus der Ordnungsbehörden zu geraten. Liegt erst einmal Straffälligkeit und Organisierung in der rechtsextremen Szene vor, ist es für Bildung, Aufklärung, Sozialarbeit und ähnliches meist zu spät. Stattdessen müssten sich Professionelle unterschiedlicher Berufsgruppen gemeinsam mit dem Phänomen Rechtsextremismus beschäftigen. Ein solches Bindeglied zwischen zivilgesellschaftlichen und ordnungspolitischen Ansätzen könnte eine professionelle Aussteigerberatung sein.

Weiterhin verweist der Umgang mit Rechtsrock-Konzerten auf mögliche ordnungspolitische Interpretations- und Handlungsspielräume. Rechtsrock-Konzerte werden in einigen Bundesländern rigoros unterbunden, können in anderen

Bundesländern aber nahezu unbeachtet stattfinden. Standardaussagen der Polizei nach solchen nicht unterbundenen Konzerten lauten, es habe sich bei dem Konzert um eine private Veranstaltung gehandelt, daher seien der Behörde die Hände gebunden gewesen. Sie müssen in der Mehrzahl der Fälle als Ausreden bezeichnet werden. In der Szene ist es üblich, Konzerte als privat zu deklarieren, um diese so zu schützen. Aufgabe der Polizei wäre es nachzuweisen, dass die Veranstaltung eben keinen privaten, sondern kommerziellen Charakter hat. Zivilgesellschaftliche Organisationen oder Journalist/innen verfügen oftmals über hierfür wichtige Informationen, bspw. dass bei den Konzerten Eintritt erhoben wird, das Getränke verkauft oder die Konzerte sceneintern beworben werden. Selbst wenn die Teilnehmer eine «persönliche Einladung» mitführen sollten, ist dies noch kein Beweis für eine Privatveranstaltung. Solche «persönlichen» Einladungen hängen häufig den entsprechenden Werbe-E-Mails zum Ausdrucken und Ausfüllen an. Einfache Fragen und ein wenig Kreativität würden ausreichen, um sich von der Wahrheit überzeugen zu können: Kennen die Teilnehmer des Konzerts eigentlich den Namen des «Geburtskindes» und dessen Aussehen?

Auch ihr Agieren bei rechtsextremen Aufmärschen rechtfertigt die Polizei mit ihrer Aufgabe, die Verfassung und das Recht auf freie Meinungsäußerung schützen zu müssen. Kaum ein Aufmarsch von NPD oder Freien Kameradschaften jedoch wird durchgeführt, bei dem nicht der Nationalsozialismus verherrlicht, verbotene Symbole gezeigt oder volksverhetzende Parolen gerufen werden. Liegen solche Straftatbestände vor, müssen die Ordnungsbehörden eingreifen. Ob und wann die Polizei eine rechtsextreme Versammlung auflöst oder unterbindet, liegt bis zu einem bestimmten Grad in der Hand der Einsatzleitung. Auch was die «Verhältnismäßigkeit» der Mittel betrifft, die etwa bei Platzbesetzungen oder Blockaden der Aufmarschrouten angewandt werden, bestehen große Einschätzungsspielräume und Unterschiede. Also verdeckt die polizeiliche Aussage, man Sorge nur für die Einhaltung der Gesetze, einen tatsächlichen Handlungsspielraum der Polizei.

Da rechtsextreme Demonstrationen, Kundgebungen, Konzerte und ähnliches der Vernetzung und dem Zusammenhalt der Szene dienen und auf einem verfassungsfeindlichen Konsens beruhen, reicht es nur dann aus, sich auf die Verhinderung strafbarer Handlungen und die Anwendung der Gesetze zurückzuziehen, wenn letztere auch in ihrer vollen Härte und allen denkbaren Handlungsmöglichkeiten angewendet werden. Das bedeutet auch, nicht aus falsch verstandenem Bestreben um Deeskalation mit Rechtsextremen zu verhandeln, wenn Versammlungs- und Veranstaltungsverbote bzw. Straftaten vorliegen, sondern Verbote konsequent umzusetzen. Jede Verhinderung von Vernetzungstreffen der Rechtsextremen ist dazu geeignet, die Szene zu schwächen. Das hat das erfolgreiche Zusammenspiel staatlicher und nichtstaatlicher Akteure in Wunsiedel und Halbe bewiesen.

«Bei uns gibt's keine Nazis»

Umgang mit Neonazismus in der deutschen Gesellschaft

Egal ob in Tschechien oder Deutschland: Die Themen Neonazismus und Rassismus führen zu bemerkenswerten Phänomenen: Obwohl viele darüber reden, möchten die wenigsten damit in Verbindung gebracht werden, die wenigsten vermuten sie in ihrem Umfeld, die meisten sind sich zumeist einig, dass es sie gibt, nur eben nicht hier, in der Schule, am Arbeitsplatz, in der eigenen Gemeinde oder dem Sportverein, sondern doch eher woanders: im Nachbardorf, bei Zugereisten, und auf alle Fälle aber auch in Österreich, Ungarn oder Frankreich.

Dazu kommen, auch abhängig von medialer Aufmerksamkeit, ein paar gängige Erklärungsmuster, die so hartnäckig wie unzureichend sind:

«Das wächst sich aus – Neonazismus ist ein Jugendproblem.»

Schön wär's, immerhin für die Erwachsenen. Die Statistiken und soziologischen Untersuchungen der letzten Jahre sprechen freilich eine andere Sprache.¹

Untersucht man Einstellungen der Bevölkerung, so stellen Rentner und Vorruheständler eine überdurchschnittlich große Gruppe mit rassistischen, antisemitischen oder geschichtsrevisionistischen Einstellungsmustern dar. Zu Gewalt und zu Gewaltausübung neigen hingegen eher junge Menschen. Dies zeigt, was durch die Fokussierung auf zunehmende rassistische Gewalt von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im ersten Moment verschwindet: «Nazi sein» ist kein Jugendproblem. Rassistisches Gedankengut als eines der Kernelemente von neonazistischen Einstellungen findet sich in unterschiedlicher Ausprägung in fast allen Lebensbereichen. Natürlich ist es trotzdem notwendig, einen besonders aufmerksamen Blick auf die Entwicklung Jugendlicher zu richten, da sie künftig die sozialen Milieus prägen werden.

Die Entwicklung der letzten Jahre darf in einer Gesellschaft, in der Rassismen oft Akzeptanz erfahren, nicht verwundern. Jugendliche erleben das Schweigen der Erwachsenen zu rassistischen Äußerungen als Zustimmung und Stärkung der eigenen Position. Sie fühlen sich dann folgerichtig als Vollstrecker des vermeintlichen bzw. tatsächlichen Wollens der Erwachsenen.

Dabei verfügen rechtsorientierte Jugendliche nicht zwangsläufig über ein gefestigtes Weltbild. Oft setzt sich ihre Ideologie aus autoritären, ausgrenzenden, rassistischen und nationalistischen Versatzstücken zusammen. Das Fehlen eines zusammenhängenden Weltbildes als «unpolitisch» oder als kurzzeitige «Desorientie-

1 Hier sind vor allem die Arbeiten von Wilhelm Heitmeyer (*Deutsche Zustände*) und Elmar Brähler und Oliver Decker (*Vom Rand zur Mitte*) zu nennen.

rung» zu bezeichnen, ist jedoch ein schwerer Fehler.

Wer mit Blick auf die überwiegend jungen Gewalttäter das Problem des Neonazismus als Jugendphänomen einordnet, nimmt die politische Haltung dahinter nicht ernst. Wer neonazistisches Verhalten und Einstellungen nur auf die biographische Phase der Jugend reduziert, verkennet, dass deren Einstellungen sich auch bei Erwachsenen wiederfinden. Diese Sichtweise verdeckt aber auch, dass Jugendliche diese Einstellungen hauptsächlich von Erwachsenen übernehmen und von Erwachsenen in den grundlegenden Zügen ihrer Weltsicht bestätigt werden. Deshalb gilt: Neonazismus ist kein Jugendproblem. Jugendarbeit kann nur funktionieren, wenn auch Erwachsenenarbeit stattfindet.

«Die Arbeitslosigkeit ist schuld am Neonazismus.»

Natürlich wählen auch Arbeitslose die NPD, aber sie tun dies weder in signifikanter Mehrheit, noch allein, weil sie arbeitslos sind, sondern weil sie deren rassistischen Parolen glauben. Von den Wählern, die bei der sächsischen Landtagswahl im September 2004 der NPD ihre Stimme gaben, waren nur 20 Prozent arbeitslos. Aber über 95 Prozent ihrer Wähler waren der Überzeugung, dass von Ausländern eine «Überfremdungsgefahr» ausgehe; bei einem Anteil von gerade 2,8 Prozent nicht-deutscher Bevölkerung in Sachsen.

Wäre die Wirklichkeit tatsächlich so einfach und ginge hohe Arbeitslosigkeit mit hoher Zustimmung zu rassistischen Parteien einher, dann hätte die NPD zur Landtagswahl in Ostsachsen in Löbau, Görlitz, Zittau oder Hoyerswerda triumphale Ergebnisse feiern können. Dem war nicht so. Wo die offizielle Arbeitslosenquote Ende 2004 mehr als 25 Prozent betrug und damit die 19,7 Prozent des Landes Sachsen deutlich übertraf, da war die NPD bei der Landtagswahl in Sachsen bestenfalls Durchschnitt: In Görlitz mit einer Arbeitslosenquote von 27,6 Prozent erhielt die NPD, die landesweit auf einen Stimmenanteil von 9,2 Prozent kam, 9,9 Prozent der Zweitstimmen, in Hoyerswerda (25,6) waren es 9,0, im Wahlkreis Löbau-Zittau 2 (25,6) sogar nur 8,9 Prozent. Die Hochburgen der im Freistaat Sachsen seit vielen Jahren wohlorganisierten NPD lagen woanders: Überdurchschnittlich gut schnitten die Neonazis in den Kreisen Sächsische Schweiz (15,1), Annaberg (14,0) und Riesa-Großenhain (13,9) ab. Dort ist die Arbeitslosigkeit aber nicht wesentlich höher als im Durchschnitt des Landes, die Arbeitslosenquote in der Sächsischen Schweiz liegt sogar darunter, die Wahlbeteiligung mit über 60 Prozent sogar darüber. Und selbst dort stieß die NPD noch auf Zustimmung, wo man die wenigsten Arbeitslosen zählt. Im Weißeritzkreis mit einer im Sachsenvergleich niedrigen offiziellen Arbeitslosenquote von 16,1 Prozent kam die NPD auf annähernd zehn Prozent der Stimmen. Fehlende Jobs allein erklären den Wahlerfolg der Neonazis demnach nicht. Nicht ungewöhnlich indes ist der Befund, dass in den jüngeren Wählergruppen die Zustimmung zur NPD in einem besonderen Verhältnis zu ihrer Schulbildung steht. So kam die NPD bei den jüngeren Wählern mit Hauptschulabschluss auf immerhin 26 Prozent der Stimmen.

«Hier gab es keine Vorkommnisse – Neonazismus ist ein Gewaltproblem.»

Dicht hinter der Wahrnehmung des Neonazismus als Jugendphänomen folgt die Verengung auf das Gewaltproblem. Die Aufmerksamkeit der Medien ist meist dann gegeben, wenn zugeschlagen, angezündet oder aus der Straßenbahn geschmissen wird. Wird der Fokus allein auf gewalttätiges Verhalten gelegt, lässt das die vielfältigen Formen der Diskriminierung unterhalb der Ebene körperlicher Gewalt unbeachtet. Die Ideologie hinter dem Zuschlagen, die grundsätzliche Bereitschaft zur Diskriminierung alles «Undeutschen» gerät aus den Augen.

Offene oder subtile Ausgrenzung wird von den betroffenen Menschen oft viel stärker durch ganz normale Teile der Bevölkerung erlebt, als durch klar als Neonazis erkennbare Jugendliche. Ganz normale Menschen schließen andere aufgrund rassistischer Diskriminierung, wegen körperlicher oder geistiger Abweichung von der Norm oder auch nur wegen ihrer Lebensweise aus dem heimischen Kollektiv aus. Die Auseinandersetzung mit Neonazis sollte weder bei der Gewalttätigkeit beginnen, noch darf sie beim Strafrecht enden.

Durch den Einsatz polizeilicher Gewalt lässt sich eine solche Avantgarde in ihrem Handeln zwar einschränken, doch das eigentliche Problem lässt sich nur durch eine klare Grenzziehung zwischen rassistischen und ausgrenzenden Überzeugungen und dem Denken und Handeln der Allgemeinheit lösen. Die Grenzziehung zu Neonazis muss anhand ihrer Weltanschauung erfolgen und darf nicht erst bezogen auf Gewalt funktionieren.

«Neonazismus ist ein Problem des politischen Randes.»

Neonazismus entsteht aus soziokulturellen Milieus, indem sich verschiedene Ideologiefragmente wie z.B. Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus, Chauvinismus, Homophobie und Sozialdarwinismus in unterschiedlicher Ausprägung wiederfinden. Neonazismus ist in allen sozialen Schichten, in allen Altersklassen und beiden Geschlechtern anzutreffen.

Der Begriff des Extremismus behauptet und verortet das Problem am Rande, jenseits einer normalen, nicht gefährdeten, möglichst breiten Mitte der Gesellschaft. Was als extrem wahrgenommen und bezeichnet wird, ist per se abgegrenzt von uns, berührt uns nicht und ist leicht als außerhalb der Norm stehend zu definieren. Dass entgegen diesem Erklärungsansatz sogenannte «rechtsextreme» Positionen in der Mitte der Gesellschaft auf Zustimmung stoßen und sich Neonazis deshalb überhaupt als militante Vollstrecker des «Volkswillens» verstehen können, zeigt ein Blick auf Ergebnisse aktueller Untersuchungen über das Ausmaß «rechtsextremer» Einstellungen in der Bevölkerung. In etlichen Köpfen der Bevölkerung herrscht ein völkisches Weltbild vor – weit über die Wählerschaft der NPD hinaus und viel zu oft unwidersprochen. Misst man dort Neonazismus nicht in Wählerstimmen, sondern an den Einstellungen, kommt man leicht auf Ergebnisse von 30 Prozent.

Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung meinen 44 Prozent des befragten Bevölkerungsquerschnittes in Ostdeutschland, dass die hier lebenden Migrantinnen und Migranten nur hier sind, um unseren Sozialstaat auszunutzen; immer noch 40 Prozent der befragten Ostdeutschen halten die Bundesrepublik in einem gefährlichen Maß für überfremdet.

Auch die große Zustimmung, mit der Teile der Bevölkerung auf die Thesen des Ex-Bundesbank-Vorstands Thilo Sarrazin über die drohende Abschaffung der Deutschen und den erblich festgeschriebenen Bildungsrückstand von Muslimen reagiert haben, spricht eine eindeutige Sprache. So eindeutig, dass sich der NPD-Vorsitzende Udo Voigt bei Thilo Sarrazin für sein Buch «Deutschland schafft sich ab» ausdrücklich bedankte. Das Buch liege «ganz auf NPD-Linie». Voigt bot dem Autor deshalb den Posten eines «Ausländerrückführungsbeauftragten» in der NPD an.

Offensichtlich lösen hierzulande Einwanderung, Flüchtlinge, oder «der Islam» bei sehr vielen Menschen Angstvorstellungen und Ablehnung aus. Oft basiert diese Feindschaft auf einem als biologisch begründeten Gemeinschaftsempfinden und den in diesem Zusammenhang abgeleiteten Anspruch auf Besserstellung des «eigenen Volkes». In den neuen Bundesländern kommt verschärfend hinzu, dass sich hier viele Bürgerinnen und Bürger als «Deutsche zweiter Klasse» wahrnehmen. Man pflegt seit Jahren das Gefühl, nach dem Systemwechsel zu kurz gekommen zu sein und macht «Ausländer», denen es angeblich besser ginge, dafür mitverantwortlich. Solche Positionen unterscheiden sich kaum von denen der Neonazis, reichen allerdings weit über deren WählerInnenpotential hinaus. Diese o.g. Zahlen sollten Anlass genug sein, auch von politischer Seite eine größere Sensibilität im Umgang mit rassistischen Aussagen einzufordern. Wenn ein sächsischer Bürgermeister im Interview meint, dass der Ruf «Ausländer raus» jedem mal über die Lippen rutschen könne, drängt sich die Frage auf, wer hier eigentlich das Problem ist. Rassismus beginnt bereits bei der Zuordnung von sozialen, charakterlichen oder kulturellen Merkmalen allein aufgrund der Herkunft oder äußerer Merkmale eines Menschen. Zur Bekämpfung dieser Einstellung gehört mit Sicherheit auch die Beseitigung des strukturellen Rassismus in der Gesetzgebung. Die wenigsten Menschen, die zu wissen glauben, wie gut Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Sachsen leben, haben sich ernsthaft mit deren Lebensumständen auseinandergesetzt. Mehrere Jahre anhaltende Arbeitsverbote, die Lebensmittelversorgung aus Esspaketen, Gemeinschaftsunterkünfte auf engstem Raum und ein monatliches Taschengeld von 40 Euro liegen fern dieser gut gepflegten Vorurteile. Dass auf Grund der nur auf Migrantinnen und Migranten anzuwendenden und auch nur von diesen zu brechenden Rechtsnormen in der Asylgesetzgebung (hier sei beispielhaft die Residenzpflicht genannt, die jedes unerlaubte Verlassen der Stadt bzw. des Landkreises zu einer Straftat macht) diese in der Kriminalitätsstatistik massiv vertreten sind, verstärkt die Zunahme ausländerfeindlicher Einstellungen mit Sicherheit zusätzlich.

Nicht nur Migrantinnen und Migranten dienen als Sündenbocke, die für negative und komplexere Entwicklungen verantwortlich gemacht werden können. Dies gilt insbesondere und beispielhaft auch im sozioökonomischen Bereich: Jede Form von Denunziation von Arbeitslosen als zu faul, als nicht leistungsbereit, oder die periodisch auftretende Ahndung von Transferempfängern als Betrüger schafft ein Klima der Stigmatisierung und Ungleichwertigkeit, das der Nährboden für neonazistische Einstellungen ist.

Der positive Bezug auf die Menschenrechte, die Vorstellung gleicher Rechte und Pflichten für alle Menschen unabhängig von sozialen Positionen, Geschlecht, Herkunft, Bildung oder sexueller Orientierung, steht dem deutlich entgegen.

Eine klare Intervention der Meinungsträger vor Ort, der Gemeinderäte, Sport-



«We can't relax with Israel». T-Shirt mit dieser Aufschrift trägt ein Teilnehmer einer rechtsextremen Demonstration im August 2006 in Berlin

leiter, der Vorsitzenden der Heimatvereine und der Freiwilligen Feuerwehren, ihr klares Bekenntnis gegen jede Ausgrenzung und neonationalsozialistische Umtriebe wäre ein klares Zeichen an die Braunen vor Ort, die alles wollen, aber sicherlich nicht außerhalb ihrer Dorfgemeinschaft stehen. Wo diese Intervention unterbleibt, bietet sich für erfolgreiche Alternativen wenig Spielraum.

Es bleibt zu konstatieren: Der Begriff des Rechtsextremismus ist wissenschaftlich nicht zu halten. Es ist deshalb korrekter, von Rassismus, Neonationalsozialismus, Chauvinismus oder Antisemitismus zu sprechen, Ideologiefragmenten, die nicht auf den Rand der Gesellschaft beschränkt bleiben.

Es bleibt fragwürdig, warum dieser Zusammenhang mit der Bezeichnung «Rechtsextremismus» immer wieder verwischt und verharmlost wird. Es scheint so, als sollte damit vermieden werden, sich sechzig Jahre nach dem Ende der Nazi Herrschaft die Übereinstimmungen zwischen Einstellungselementen breiter Bevölkerungskreise und organisierter Neonazis bewusst machen zu müssen. Zudem ist der gern bemühte Verweis von Kommunalpolitikern in Erklärungsnot, es gebe in ihren Gemeinden keine organisierte Nazi-Szene (ungeachtet des Wahrheitsgehaltes), noch keine Aussage über das Nichtvorhandensein dieser Ideologiefragmente in ihrem Gemeinwesen.

«Nazis tragen immer Glatze, Bomberjacke und Springerstiefel.»

In den letzten Jahren ist die Neonazi-Szene starken Umbrüchen ausgesetzt gewesen – die vormals dominierende rechte Skinhead-Szene hat ihre Führungsrolle verloren. Neben ihr existieren verschiedene andere rechte Jugendkulturen. Durch diesen Wandel – weg von einer Szene, hin zu einer Jugendbewegung – haben diverse Musikrichtungen und Dresscodes in die Neonazi-Bewegung Einzug gehalten. Auf eine eindeutige stilistische Abgrenzung zur restlichen Gesellschaft wird zunehmend verzichtet, und neue, dezentere Codes werden geschaffen. Unter diesen Rahmenbedingungen sind eine Reihe von Marken entstanden, die dieses neue Selbstverständnis zu bedienen versuchen. Gemein ist diesen Marken, dass sie nicht als eindeutig neonazistisch zu erkennen sind und meist nur auf eine bestimmte Jugendkultur abzielen.

Neu ist auch, dass nicht mehr nur T-Shirts oder Bomberjacken mit Markennamen oder Slogans bedruckt werden, sondern sich anderer Moden wie HipHop- oder Raver-Styles bedient wird. Die Hersteller dieser Marken sind oft langjährig aktive Neonazis mit Verbindungen auch in nicht-rechte Teile anderer Jugendkulturen.

Einigen dieser Marken ist es gelungen, die «Nazi-Schmuddelecke» zu verlassen und für nicht-rechte Jugendliche interessant zu werden. Diese Marken können trotz ihres rechten Hintergrundes in Sportläden und großen Bekleidungsketten gekauft werden. Zunehmend beliebt in Nazi-Kreisen ist die (versuchte) Übernahme linker oder vermeintlich linker Symbole. Das Tragen von «Palästinenser-Tüchern» und die Nutzung schwarzer Fahnen gehören bei neonazistischen Auftritten beinahe schon zum Standardrepertoire, Symbole antifaschistischer Gruppen und Kampagnen erfahren ihre Verfremdung und werden ins Gegenteil verkehrt. Selbst der Irokesen-Schnitt, weithin als Punk-Frisur verstanden, ist heute unter den Neonazis kein Tabu mehr.

«Die machen doch nur Musik.»

In den 1990er Jahren ist in Deutschland die weltweit größte neonazistische Musikszene entstanden. Unzählige Bands, Plattenlabels, Versände und Szeneläden versorgen den Markt. Wie in anderen Szenen auch, wird die Zugehörigkeit nach außen durch bestimmte Musikstile, Konzerte und Kommunikationsmittel wie beispielsweise Fanzines zum Ausdruck gebracht.

Die Produktion von Rechtsrock lässt sich in Deutschland in legal und illegal unterteilen. Im legalen Bereich hangeln sich die Bands meist mit ihren Texten dicht am Straftatbestand der Volksverhetzung vorbei. Die illegalen Strukturen produzieren und vertreiben die Musik konspirativ. Die Produkte werden aufgrund strafrechtlich relevanter Texte häufig indiziert. Die NPD nutzt das Medium der Musik mit dem Konzept der kostenlos verteilten CDs gezielt, um ihre Inhalte zu verbreiten.

Inhaltlich beziehen sich die rechten Bands positiv auf das Heidentum bzw. auf nordische Mythologie, auf die Wehrmacht, die SA und die SS oder auf bekannte Personen des Nationalsozialismus. Als Feindbilder dienen Ausländer, Juden, Linke, Drogenkranke, Kiffer, Politiker und die Medien. Einen musikalischen Stil «Rechts-Rock» gibt es indes nicht.

Rechtsrock steht als Sammelbegriff für das Wirken rechter Bands in verschie-

denen Musikbereichen. Es gab und gibt umfangreiche Bemühungen, bestimmte Musikrichtungen rechts zu besetzen bzw. in diesem einen «nationalen Flügel» zu etablieren. Standarte oder DJ Adolf bieten Technobeats unterlegt mit Hitler-Reden, die extrem rechten Vertreter in der Industrial-Szene nennen sich Rasthof Dachau oder Genocide Organ.

Innerhalb Deutschlands nimmt Sachsen den Spitzenplatz ein, was die Anzahl der Bands, Konzertauftritte, Labels und den Versandhandel betrifft. Neonazis haben sich in Parallelwelten eingerichtet, in denen es ihnen möglich ist, eine kontinuierliche Erlebniswelt anzubieten und den steten Nachschub an musikalischer Propaganda zu organisieren. Die Integration und Versorgung des Umfelds ist darüber flächendeckend gewährleistet. Signifikant ist der Zusammenhang zwischen neonazistischem Strukturaufbau und den Handlungsdefiziten politischer Entscheidungsträger. Dort, wo das Problem nicht erkannt oder verschwiegen wird, wo kein zivilgesellschaftlicher Widerstand und keine Gegenkultur unterstützt wird, können die Neonazis fast ungehindert Freiräume schaffen.

Dass Musik mehr als harmlose Freizeitunterhaltung sein kann, zeigt das Verbotsverfahren gegen die Band Landser, bei dem gerichtsfest bewiesen werden konnte, dass zwei Morde und weitere schwerste Gewaltverbrechen direkt unter dem musikalischen Einfluss der Lieder der Band begangen worden waren. So hatten in Eggesin die Täter beim Zusammenschlagen von zwei Vietnamesen das Lied «Fidschi, Fidschi gute Reise» auf den Lippen.

«Ich fühl' keine Bedrohung.»

Sicherlich ist die Wahrnehmung einer Bedrohungssituation durchaus unterschiedlich. Der 50-jährige Bürgermeister eines Dorfes wird tatsächlich problemlos spezielle Orte seines Gemeinwesens passieren können. Ihm passiert nichts und vielleicht wird er noch höflich begrüßt. Durchaus möglich, dass im gleichen Ort für andere Betrachter allerdings das Grundrecht auf Bewegungsfreiheit nur noch eingeschränkt gilt. Man muss diese Gegenden nicht als «National Befreite Zone» bezeichnen, möglicherweise jedoch als Gegenden, die von den Vertretern der demokratischen Parteien nur noch mühsam erreicht werden, in denen rechte Cliquen vorgeben, was auf der Straße erlaubt ist und was nicht. Wer da als schwarze Deutsche lebt oder sich als Punk kleidet, muss ziemlich tapfer sein, um dort den Alltag zu ertragen – oder er geht. Nicht selten werden Opfer zu Tätern stilisiert. Aus den Überbringern der schlechten Nachricht werden die Verursacher derselben. Im besten Fall wird ihnen noch gesagt, dass sie doch selber an ihrem Schicksal schuld seien: Sie müssten ja nicht so herumlaufen oder abends noch auf die Straße gehen. Wer die potentiell und tatsächlich gefährdeten Opfer der Nazi-Ideologie nicht ernst nimmt und unterstützt, ihren Weggang in Kauf nimmt, ermöglicht so Stück für Stück die Durchsetzung der völkischen Ideale der Nazi-Akteure. Für mögliche Gegenstrategien bedeutet dies, dass die örtlichen Probleme klar und eindeutig benannt werden sollten. Wo das Problem Neonationalsozialismus, Rassismus oder Antisemitismus heißt, muss es auch so benannt werden.

«Muss man doch nur verbieten.»

Der Versuch, dem Phänomen allein mit juristischen Maßnahmen zu begegnen, ist ein Ausdruck von Hilflosigkeit und kann eine sinnvolle Auseinandersetzung mit den dahinter stehenden Inhalten nicht ersetzen.

Um nicht missverstanden zu werden: Das Verbot verfassungsfeindlicher Symbole durchzusetzen ist richtig. Allerdings ist die Bekämpfung des Neonazismus momentan überwiegend ordnungsrechtlich orientiert. Es wird auf die Präsenz von Polizei, Verboten, Repression, Hausordnungen etc. gesetzt. Sobald die Exponenten einer rechten Bewegung in den zivilgesellschaftlichen Institutionen allerdings stärker präsent und nicht mehr bloße Randerscheinung sind, muss sich die politische Handlung von einer ordnungspolitischen zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung entwickeln. Sie muss politisiert werden. Die Abgrenzung der Vertreter demokratischer Parteien von der NPD sollte inhaltlich erfolgen, nicht ritualisiert. Das ist ohne Zweifel mühsam und bereitet wenig Spaß. Allerdings sollten Demokraten sich zutrauen, die Wähler davon überzeugen zu können, dass die freiheitliche Demokratie das bessere System als die diktatorische Volksgemeinschaft ist.

Beim Ruf nach einem erneuten NPD-Verbotsverfahren wird schnell vergessen, dass der erste Versuch allein an der Weigerung des Bundesinnenministeriums scheiterte, die V-Leute aus den NPD-Vorständen abzuziehen. Inhaltliche Positionen der Partei wurden damals gar nicht erst bewertet. An dieser Situation hat sich wenig verändert.

Auch wenn ein Verbot der NPD die Szene unzweifelhaft destabilisieren würde, der erhoffte Gesamterfolg würde wohl ausbleiben, die überzeugten Kader würden weiterziehen in andere Organisationen. Auch die beschriebenen Einstellungsmuster werden auf lange Sicht immer wieder diese Gesellschaft beschäftigen.

Die Stärkung der demokratischen Einstellung und der Kampf gegen Neonazis ist eine dauerhafte Aufgabe. Es ist nicht absehbar, dass der Neonazismus an Brisanz und Bedrohungspotential verlieren wird. Dass die mit ihm verbundenen Einstellungen in diesem Ausmaß entstehen und existieren, geht an die Grundlagen der Gesellschaft. Über Neonazismus und Rassismus kann man nicht ohne die Bereitschaft reden, auch den Zustand unseres Gemeinwesens zu thematisieren. Problematische Einstellungen sind ein Problem in der Mitte der Gesellschaft, keines des Randes oder bestimmter Altersgruppen. Menschen mit rassistischen oder chauvinistischen Einstellungen sind eine sehr heterogene Gruppe. Für diese Einstellungen ist entsprechend nicht nur eine Ursache auszumachen. Bei der Auseinandersetzung mit neonazistisch eingestellten Jugendlichen oder Erwachsenen sollte allerdings eines nicht vergessen werden: Trotz aller gesellschaftlicher Rahmenbedingungen ist es letztendlich die subjektive Entscheidung jedes einzelnen Menschen, ob er sich für eine solidarische und demokratische Gesellschaft einsetzen will oder nicht. Denjenigen Menschen, die sich rechten Denkmustern entgegenstellen und die sich für ein solidarisches Miteinander, unabhängig von Hautfarbe, Herkunft oder sexueller Orientierung, einsetzen, sollte unser Respekt und unsere Unterstützung gehören.

«Tschechen sind keine Rassisten, sie sind nur romafeindlich»

Umgang mit «Rechtsextremismus» in der tschechischen Gesellschaft

In Tschechien fällt das Thema «Rechtsextremismus» eher in den Forschungsbereich der Politikwissenschaft denn in den der Soziologie. Daher taugen verschiedene Meinungsumfragen, die in Tschechien zum Thema Fremdenfeindlichkeit und Einstellungen gegenüber Ausländern oder Migranten durchgeführt wurden, nur bedingt zum Vergleich mit der Situation in Deutschland. Vor allem werden sie nur selten theoretisch eingebettet¹ und bieten wenige Erklärungsmuster. Deswegen handelt es sich bei diesem Text um einen Versuch, bestimmte vereinfachte Erklärungen oder Annahmen in die tschechische Realität zu übertragen.

Der Tscheche und der Fremde

Tschechien hat eine lange Tradition als Auswanderungsland, was auf die Erfahrungen aus der K.u.k.-Monarchie, dem Zweiten Weltkrieg und dem kommunistischen Regime zurückzuführen ist. Dementsprechend versteht sich Tschechien bis heute als Land, aus dem Leute auswandern. Es ist also nicht überraschend, dass das Thema Immigration in der Öffentlichkeit nicht wirklich präsent ist, obwohl sich das in den letzten Jahren ein wenig geändert hat. Für viele Tschechen ist es unvorstellbar, dass Ausländerinnen und Ausländer aus dem Westen nach Tschechien kommen, um hier zu leben. Zu Hause hätten sie es doch besser, denken die Leute. Den Immigrantinnen und Immigranten aus dem Osten wird wiederum unterstellt, dass sie kämen, um Angebote des Sozialstaates auszunutzen. Auch deswegen wird in Tschechien über Einbürgerung fast gar nicht öffentlich gesprochen. Trotzdem werden jährlich 1.000 bis 2.000 Menschen eingebürgert.

Die liberale Gesetzgebung zur Migration nach der Wende 1989 war ein Ausdruck der damaligen politischen Situation. Seit Ende der 1990er Jahre hat sich die Gesetzgebung langsam verschärft. Es gab aber keine wahrnehmbare öffentliche Diskussion. Die heutige Gesetzgebung ist Ergebnis der Übernahme europäischer Rahmenbedingungen während des tschechischen EU-Beitritts.²

- 1 2010 veröffentlichte das tschechische Innenministerium eine Studie, die sich eindeutig an Heitmeyer (Deutsche Zustände) und Decker/Brähler (Vom Rand zur Mitte) orientierte. Da die Methodologie nicht nachzulesen ist, wollen wir auf sie hier nicht weiter eingehen. (<http://www.mvcr.cz/clanek/bezpecnostni-hrozby-337414.aspx?q=Y2hudW09NA%3d%3d9>)
- 2 Vgl. Baršová, A./Barša, P.: Přisthovalectví a liberální stát. Imigrační a integrační politiky v USA, západní Evropě a Česku. Brno: Mezinárodní politologický ústav, 2005.

Die Einzigen, die Immigration als relevantes Thema begreifen und damit an die Öffentlichkeit zu gehen versuchen, sind die Neonazis und vor allem die Nationalisten der *Národní strana*, solange sie existierte. Natürlich schüren sie Angst vor den vermeintlichen destruktiven Auswirkungen der Immigration auf die tschechische Wirtschaft und Gesellschaft. Mögen ihre Argumente lächerlich aussehen, so haben sie trotzdem ihre Wirkung. Die Gegenstimmen, die ab und an zu hören sind, verdeutlichen vor allem die Notwendigkeit von Immigration hoch ausgebildeter Ausländerinnen und Ausländer, die als Arbeitskräfte für die Wirtschaft nützlich sind.

Man muss sich daher nicht wundern, wenn mehr als Dreiviertel der Bevölkerung verlangt³, dass Immigrantinnen und Immigranten die tschechische Sprache lernen und sich kulturell anpassen müssen. Wenn sie es nicht schaffen, sollen sie abgeschoben werden.

Dies beruht nicht auf mangelnder Befassung mit dem Thema Migration, sondern auf Desinteresse oder fehlender Gelegenheit, Ausländerinnen und Ausländern überhaupt zu begegnen. Diese Unerfahrenheit der tschechischen Bevölkerung mit den «Fremden»⁴ belegt eine Umfrage⁵ aus dem Jahr 2003, in der festgestellt wurde, dass nur 28 Prozent der Befragten einen Ausländer oder eine Ausländerin mit festem Wohnsitz in Tschechien persönlich kennen.⁶ Zusammen mit den Auswirkungen der Berichterstattung in den Medien führt dies dazu, dass fast die Hälfte der Befragten überzeugt ist, Migrantinnen und Migranten würden allgemein Probleme in Tschechien verursachen, obwohl sie persönlich oder in ihrem Umfeld keine Schwierigkeiten mit Ausländern haben.

«Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg»

Zu ähnlichen Ergebnissen wie in Deutschland kommt man auch in Tschechien. Bei einer Umfrage⁷ äußerten 65 Prozent der Befragten, dass langzeitarbeitslose Immigrantinnen und Immigranten abgeschoben werden sollten. Man muss sich nicht wundern, wenn man an Green Cards, Punkte-System und andere Methoden denkt, die nur denjenigen Einwanderern den Zuzug erleichtern sollen, die hoch ausgebildet und für das Land wirtschaftlich von Vorteil sind. Was aber manche überraschen könnte, ist das Fehlen signifikanter Unterschiede bei den Antworten im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit oder Erwerbstätigkeit der Befragten. Im

3 Rabušic, L./Burjanek, A.: Imigrace a imigrační politika jako prvek řešení české demografické situace? Brno: Výzkumný ústav práce a sociálních věcí, 2003.

4 In der tschechischen Sprache bezeichnet das Wort «cizinec» sowohl den Fremden als auch den Ausländer.

5 Leontieva, Y.: Cizinci v R: «my» a «oni»? http://www.cvvm.cas.cz/upl/nase_spolecnost/100018s_leontieva_cizinci.pdf, aufgefunden am 23.6.2008.

6 In Tschechien leben ungefähr 430.000 Immigrantinnen und Immigranten, das sind etwa 4,3 % der Bevölkerung. Die drei wichtigsten Herkunftsländer sind Ukraine, Slowakei und Vietnam mit insgesamt ca. 260.000 Immigrantinnen und Immigranten. (<http://www.mvcr.cz/clanek/cizinci-s-povolenym-pobytem.aspx>)

7 Blahoutová, T.: Cizinci na trhu práce v ČR: Hrozí nám nebezpečí? (Sekundární analýza dat ESS 2002/2003). Bakalářská práce, Fakulta sociálních studií MU v Brně, 2008. Erreichbar mit Kennwort unter <http://is.muni.cz>.

Jahr 2007 waren es sogar 75 Prozent⁸, die forderten, dass Ausländer in Regionen mit großer Arbeitslosigkeit nicht arbeiten dürfen. Diese zum großen Teil unbegründete Angst verteilt sich in der ganzen Bevölkerung, unabhängig davon, ob die Befragten Arbeit haben oder nicht.

«Wir haben kein Problem mit Rassismus»

Von den meisten Überfällen mit rassistischem Hintergrund erfährt man aus Medien. Einschlägige Berichte erscheinen allerdings nur selten. Der allgemeine Tenor lautet daher: Bei uns gibt es doch keine solchen Probleme. Wie in vorangegangenen Beiträgen dieser Publikation schon erwähnt, werden nur wenige Fälle bei der Polizei gemeldet; nur ein Bruchteil davon kommt in die Medien. Eine weitere Rolle spielt, dass rassistische oder diskriminierende Vorkommnisse oft nicht als solche erkannt oder ernst genommen werden.⁹ Ungefähr 160 Schülerinnen und Schüler der neunten Klassen in Třebíč wurden befragt, ob sie schon mit Rassismus in der Schule in Kontakt kamen. Mehr als ein Drittel hat diese Frage bejaht. Von den Schulleitern war es nur einer, der sich mit rassistischem Mobbing in der Schule beschäftigen musste. Wir könnten, wie die Autorin der Diplomarbeit, aus der diese Zahlen stammen, davon ausgehen, dass die rassistischen Erfahrungen nicht gravierend waren. Wir können aber genauso gut vermuten, dass die Schulleitung nicht genug sensibilisiert ist und mit Rassismus nicht umgehen kann.

Romafeindlichkeit? Ein Kavaliersdelikt

Die Roma bilden die größte ethnische Minderheit in Tschechien. Die Volkszählung aus dem Jahr 2001 spricht zwar von nur ungefähr 10.000 Roma, die inoffiziellen Schätzungen gehen aber von 200-300.000 Roma in Tschechien aus. Praktisch alle sind nach dem Zweiten Weltkrieg aus Slowakei, Ungarn und weiteren südosteuropäischen Ländern nach Tschechien eingewandert, da die tschechischen Roma fast komplett dem Holocaust zu Opfer gefallen sind. Der Unterschied zwischen der Volkszählung und der Wirklichkeit zeigt, dass die Roma Angst haben, sich offiziell zu ihrer Nationalität zu bekennen. Diskriminierung und auf Vorurteilen basierende öffentliche Äußerungen gehören zum Alltag in Tschechien. Man verursacht keinen Fauxpas, wenn man in einer Gesellschaft Roma als faul oder als Diebe bezeichnet, weil die meisten der gleichen Meinung sind. Dieses Meinungsbild führt zu grotesken Widersprüchen: Einerseits wird die angebliche Faulheit der Roma beklagt, die sich in großer Arbeitslosigkeit niederschlägt; andererseits ist niemand bereit, Roma im eigenen Unternehmen zu beschäftigen.

Der Umgang der tschechischen Gesellschaft mit öffentlichen Beleidigungen von Roma lässt sich an den offiziellen Äußerungen von drei Politikerinnen und Politikern dokumentieren. Die ehemalige Oberbürgermeisterin von Chomutov, Ivana

8 http://zpravy.idnes.cz/pro-tri-ze-ctyr-cechu-jsou-cizinci-levnou-pracovni-silou-pea-/domaci.asp?c=A070605_173133_domaci_miz, aufgefunden am 23.6.2008.

9 Vgl. dazu Bohdálék, Miroslav: Vergessene Opfer. Kurzfassung des Projektberichtes. Kulturbüro Sachsen, Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft. Dresden, 2010. Die Studie kann auf www.kulturbuero-sachsen.de heruntergeladen werden.

Řápková, heute Abgeordnete für die regierende ODS, war die erste, die mit Exekutionen von Sozialhilfe für die Schuldner der öffentlichen Kasse anfang. Sie war aber sehr vorsichtig und vermag es immer statt «Roma» den Begriff «die Anpassungsunfähigen» oder «die der sozialen Anpassung Unfähigen» zu nutzen. Auf der anderen Seite ihre Kollegin aus der kommunalen Politik, Liliana Janáčková, (heute schon ohne Parlamentsmandat) hatte nie Angst vor klaren Worten: «*Glauben Sie mir, Roma wollen nicht arbeiten, ich weiß es,*» sagte die Bürgermeisterin der Ostrava-Stadtteile Mariánské Hory und Hulváky auf einer Pressekonferenz nach dem Treffen der 51 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister hinter der verschlossenen Tür in Nový Bydov. Dieses Städtchen mit 7.000 Einwohnern ist seit dem Herbst 2010 das Zentrum des Medieninteresses. Damals wurde hier eine junge Frau vergewaltigt – von einem Rom, sagen die Einwohner. «*Die äußere Grenze des Hasses gegenüber Zigeunern ist erreicht. In letzten Tagen wurde eine junge Frau in Nový Bydžov auf dem Weg vom Bushaltestelle vergewaltigt, mitten in der Stadt. Die Familie leidet, der Haupttäter ist in U-Haft, die, die zugeschaut haben, auf freiem Fuß,*» schrieb der Bürgermeister Louda (ODS) am 24.11.2010 in einer öffentlichen Stellungnahme auf der Internetseite der Stadtverwaltung unter der Überschrift «*Zigeuner vergewaltigten, die Stadt plant Sondermaßnahmen.*»

Drei Monate später auf der schon erwähnten Pressekonferenz bezeichnet der Bürgermeister seine Äußerungen als «emotionell zugespitzt, aber im Grunde richtig» und ähnlich wie seine Kollegin spricht er nur noch von «Anpassungsunfähigen». Dieses Beispiel zeigt den aufsteigenden Trend der tschechischen Politik, die sich bemüht, nicht des Rassismus beschuldigt zu werden und wählt den quasi-korrekten Weg. Die ganze Gesellschaft weiß jedoch, wer mit solchen Äußerungen gemeint ist. Da mindestens 80% der tschechischen Gesellschaft die negative Einstellung gegenüber Roma teilen, stoßen sie sich an diesen Äußerungen nicht an.

«Die Neonazis muss man verbieten»

Eine häufige Reaktion auf Neonazismus und Rassismus ist die Forderung, entsprechende Gruppierungen zu verbieten. In Tschechien wurde eine politische Partei wegen ihrer Verfassungsfeindlichkeit durch das Oberste Verwaltungsgericht verboten. Es handelte sich um die *Dělnická strana* (Arbeiterpartei) und das Verbot trat im März 2010 in Kraft. Obwohl das Verbot der Arbeiterpartei und das harte Vorgehen der Polizei gegenüber der Spitze des neonazistischen Netzwerkes in Tschechien zur gewissen Lähmung der Szene führte, die endgültige Lösung war es keinesfalls.

Der damalige Vorsitzende der Arbeiterpartei Vandas registrierte schon lange vor der Gerichtsentscheidung beim Innenministerium die *Dělnická strana sociální spravedlnosti* (Arbeiterpartei der sozialen Gerechtigkeit). Die Führungsstrukturen der ursprünglichen Partei gingen direkt nach der Entscheidung in die neue Partei über. Die Symbolik der neuen Partei ist auch sehr ähnlich und inspiriert sich den Experten nach in der Tradition der NSDAP und Nationalsozialismus. Wegen des Tragens der Symbolik der verbotenen Partei wird gegen einige Personen ermittelt. Wie in dieser Sache der «Anstecker und Aufkleber» (wie es ein bisschen verharmlosend genannt wird) die Gerichte entscheiden, bleibt noch abzuwarten.

Schnelle Lösungen sind indes meist nicht die besten. Zudem zeigt das Beispiel Deutschland, dass die sogenannte Verbotswelle Anfang der 1990er Jahre nicht zur

Zerschlagung der neonazistischen Szene führte, sondern nur zu neuen Formen der Organisation, die Verbote verkompliziert. Die tschechische neonazistische Szene ist momentan teilweise gelähmt. Sie konnte jedoch schon jetzt zeigen, dass die Gerichtsentscheidung ihre Aktivitäten verkomplizierte, aber nicht ganz verhinderte. Es werden neue Aufmärsche geplant.

Im Holocaust Memorial Museum in Washington D.C. gibt es eine Abteilung, die sich damit beschäftigt, dem Antisemitismus im Internet entgegenzutreten. Dabei werden Links bei der Suchmaschine Google gekauft, damit bei bestimmten Suchanfragen wie «Jude» nicht die Protokolle der Weisen von Zion und anderen antisemitischen Seiten auf den ersten Stellen erscheinen, sondern auch die Seiten des Museums. Solche Bemühungen mögen aussichtslos erscheinen. Sie zeigen aber, dass man dem Antisemitismus und Rassismus entgegentreten kann und muss. Ein Verbot ist nicht die einzige Reaktion und darf auch nicht die erste Lösung auf diskriminierende Äußerungen und Taten sein. Zumal offensichtlich rassistische und diskriminierende Rhetorik in Politik und öffentlichem Leben werden in Tschechien seltener. Viel geeigneter erscheint es, Vokabular zu wählen, der direkte Rassismus meidet. 51 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister trafen sich in Februar 2011 in Nový Bydžov und verabschiedeten eine Maßnahmen-Liste zum Umgang mit den «Anpassungs-unfähigen» (gemeint sind die Roma). Diese Liste beinhaltet u.a. die Forderung nach Aufenthaltsverbot für diese Gruppe oder die Übertragung der Verantwortung für Auszahlung der Sozialhilfe komplett in die Hände der Kommunen. Zivilgesellschaftliche Organisationen und die staatliche Agentur für Soziale Inklusion in Roma-Lokalitäten warnen: andere Begrifflichkeit und Repression bilden nicht den Weg zum friedlichen Zusammenleben.

Einschätzungen, Ausblick, Handlungsmöglichkeiten

Nachwort

Auslöser dafür, sich mit rechtsextremen Strukturen und Entwicklungen in Deutschland und Tschechien intensiver zu beschäftigen, waren Erfahrungen und das Erkenntnisinteresse zivilgesellschaftlicher Gruppen in beiden Ländern. Zu nennen wären hier das Kulturbüro Sachsen e.V. und dessen Partner, wie Miteinander e.V. in Sachsen-Anhalt oder die sächsischen Opferberatungsträger RAA Sachsen e.V. und AMAL e.V.. Das Interesse kam aber auch von Initiativen wie dem Alternativen Kultur- und Bildungszentrum Sächsische Schweiz e.V. (Akubiz), die im Grenznahen Raum zu Tschechien arbeiten. Auf tschechischer Seite sind es Gruppen wie *Tolerance a občanská společnost*, *In IUSTITIA* und *ROMEA*, die allerdings mit geringerer Personalausstattung und weniger guten strukturellen Voraussetzungen in diesem Feld versuchen, Erkenntnisse zu gewinnen.

Die Beschäftigung mit Fragen danach, welche Kontakte und Zusammenhalte, welche grenzüberschreitenden Vernetzungen und welche ideologischen Hintergründe gibt es, um rechtsextreme Bestrebungen in Deutschland und Tschechien erstarken zu lassen, war uns im Kulturbüro Sachsen e.V. aus folgenden Gründen wichtig.

In Rahmen unserer Mobilen Beratungsarbeit stießen wir immer wieder auf grenzüberschreitende Kontakte von deutschen Rechtsextremisten nach Tschechien. Sei es im Bereich von Musik und Konzerten, bei der Erstellung und dem Vertrieb von Druckerzeugnissen oder Musik-CDs, sei es die Zunahme von Zusammenkünften deutscher und tschechischer Neonazis bei rechtsextremen Massenveranstaltungen und EU-weiten Vernetzungstreffen. Wir wollten durch unsere Recherchen mehr über die gegenseitige Beeinflussung der Szenen auf beiden Seiten der Grenzen erfahren. Wir wollten die dahinter liegenden Strategien und Ideologien besser verstehen lernen, Fragen klären, inwieweit es sinnvoll und wirksam ist, bspw. für Rechtsrock-Konzerte in Sachsen Verbote auszusprechen, und was passiert, wenn deren Veranstalter zunehmend nach Tschechien ausweichen und dort intensive Kontakte zu tschechischen Neonazis knüpfen. Wir wollten mehr darüber erfahren, wie die tschechischen Neonazis von deutschen ‚Kameraden‘ lernen und umgekehrt.

Diese schlaglichtartigen Fragen, aufgeworfen auf einem Fortbildungsworkshop mit dem Partnerverein *Tolerance a občanská společnost* und dem tschechischen Rechtsextremismusexperten Dr. Miroslav Mareš von der Masaryk-Universität Brno, waren Anlass für unsere Rechercharbeit. Schnell fanden wir Partner in zivilgesellschaftlichen und staatlichen Institutionen, die unser Erkenntnisinteresse teilten und unsere Analyse durch ihre Kenntnisse und Perspektiven bereicherten. Die Ergebnisse unserer Recherchen und Diskussionen konnten Sie hier in unserem Band «Gefährliche Liebschaften – «Rechtsextremismus» im kleinen Grenzverkehr» kennen lernen. Ermöglicht wurde dies durch eine Projektförderung der Heinrich-Böll-Stiftung in

Berlin und des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds in Prag.

Die in diesem Band dokumentierten Möglichkeiten der Zusammenarbeit und die Unterschiede zwischen tschechischen und deutschen Rechtsextremisten lassen sich verallgemeinert wie folgt fassen.

Unterschiede

Der wesentliche Unterschied besteht darin, dass die deutschen Rechtsextremisten sich immer mehr in den Städten und Gemeinden subkulturell verankern. Sie verschaffen sich mit eigenen Mannschaften Zugänge zu Sportwettkämpfen, besuchen Diskussions- und Fortbildungsveranstaltungen oder Feste, arbeiten in Heimat- oder Schützenvereinen mit und erlangen so als »Biedermänner« immer weiter Akzeptanz bei der örtlichen Bevölkerung. Mancherorts ist ein solcher Verankerungsprozess gar nicht mehr nötig, denn Rechtsextreme werden bereits als Nachbarn, aktive Mitglieder in Kirchengemeinden und engagierte Gemeinderäte anerkannt. Dort werden über diese Zugänge Versuche von politischer Indoktrination gestartet, um Anhängerinnen und Anhänger zu gewinnen.

Diese Aktivitäten - als Strategie der deutschen Rechtsextremisten im »Kampf um die Köpfe«¹ - lassen sich so für die Neonaziszene und die tschechischen Nationalisten nicht nachweisen.

Ein weiterer Unterschied ist, dass es in Deutschland mit der NPD eine für die unterschiedlichsten rechtsextremen Gruppierungen und viele demokratieverdrossene Menschen wählbare Bewegungspartei² gibt, die rechtsextreme Wertvorstellungen im deutschen Parteienspektrum vertritt und gesellschaftliche Diskurse mit rechtsextremer Ideologie auflädt oder populistisch überhöht. Seit 2008 versuchen auch tschechische Neonazis, eine parteipolitische Plattform für ihre Aktivitäten zu schaffen. Nach dem Verbot der *Dělnická strana* im Frühjahr 2010 ist es aktuell die *Dělnická strana sociální spravedlnosti*.³ Dieser derzeit aktive Teil der tschechischen extremen Rechten, die Nationalsozialisten, sind mit einem wichtigen Teil ihrer ideologischen Angebote, bspw. der Anbietung an die bundesdeutsche rechtsextreme Szene durch Kritik an der organisierten Vertreibungspolitik gegenüber der deutschsprachigen tschechischen Bevölkerung während der Beneš-Ära, nicht wählbar. Mehrheitsfähig wären dagegen die in weiten Kreisen verbreiteten alltags-

- 1 vgl. dazu: »Strategie der Rechtsextremen im Vier-Säulen-Modell« bei Begrich/Bringt in Kapitel 3: »Transformationsprozesse des (ost-)deutschen Neonazismus. Wirkungen für die extreme Rechte in der BRD«.
- 2 Die NPD ist mit weitem Abstand die größte und trotz der derzeit gerichtlich gestoppten Fusion mit der DVU auch die aktionsfähigste rechtsextreme Partei in Deutschland. Die Republikaner sind unterdessen in der Bedeutungslosigkeit versunken. Derzeit entstehen rechts von der sächsischen CDU allerdings weitere rassistische, nationalistische und islamfeindliche Parteien, die sich als wählbare Alternative präsentieren, bspw. das im Februar 2011 gegründete Wahlbündnis »Pro Sachsen«, das aus der von NPD-Dissidenten gegründeten Sächsischen Volkspartei, der Deutschen Sozialen Union, der Freiheitlichen Partei Deutschlands und dem Bündnis »Arbeit, Familie, Vaterland« des aus der CDU ausgetretenen ehemaligen Bundestagsabgeordneten Henry Nitzsche geführt wird.
- 3 Vgl. Miroslav Mareš in Kapitel 1: »Geschichte des organisierten Rechtsextremismus in Tschechien«.

rassistischen Ressentiments gegenüber Roma⁴

Derzeit verfügt keine rechtsextreme Gruppierung in Tschechien über das Potential, eine politisch wahrnehmbare und in weiteren Bevölkerungsteilen wählbare politische Kraft zu werden. Während die Nationalisten, wie bspw. die *Národní strana*, innerlich tief gespalten und finanziell ruiniert sind, entwickeln die in Ostdeutschland abgeschauten subkulturellen Angebote nationalsozialistischer Gruppierungen, wie bspw. *Národní odpor* oder *Autonomní nacionalisté*, mehr und mehr Bindewirkung in jugendkulturellen Szenen. Die politischen Angebote der nationalsozialistischen Gruppen sind jedoch durch ihre Nähe zum bundesdeutschen Rechtsextremismus für viele Tschechinnen und Tschechen nicht akzeptabel. In der BRD hingegen hat sich die NPD als Speerspitze einer rechtsextremen Bewegung etabliert und entwickelt – trotz aller Affären einzelner Abgeordneter und des Parteiapparates insgesamt (bspw. forderte die Bundestagsverwaltung von der NPD im Jahr 2007 870.000 staatlicher Parteifinanzierung zurück, weil deren damaliger Bundesschatzmeister falsche Spendenangaben gemacht hatte) – eine anhaltend feste Bindewirkung in die subkulturelle rechtsextreme Szene ebenso, wie in nationalistische und alltagsrassistische bürgerliche Kreise.

Gemeinsamkeiten und Zusammenarbeit

Auch wenn sich rechtsextreme Ideologien in Deutschland und Tschechien aus unterschiedlichen historischen Quellen speisen, sind ihnen menschenverachtende rassistische, antisemitische, autoritäre, globalisierungsfeindliche, wohlstandschauvinistische oder islamophobe Ideologieversatzstücke gemeinsam.

Berührungspunkte beider Szenen gibt es vor allem bei Konzerten und europäischen Vernetzungstreffen. Hier holen sich tschechische Neonazis Anregungen für ihre Aktivitäten in Tschechien; hier werden freundschaftliche Kontakte innerhalb der grenzüberschreitenden rechtsextremen Schattenökonomie (Versandhandel mit Musik und Bekleidungsartikeln, Druckerzeugnissen und rechtsextremen Devotionalien und Propagandamaterial) geknüpft.⁵

Deutsche Rechtsextremisten schätzen an der tschechischen Szene vor allen die kostengünstigen Angebote bei Konzerten, Musikhandel, Fanzines und Alkohol, der Rechtsrockkonzerte in aller Regel begleitet. Außerdem können – dies interessiert vor allem jüngere rechtsorientierte Menschen aus ärmeren Einkommensschichten – Lifestyleprodukte als Plagiate äußerst billig auf tschechischen Grenzmärkten erworben werden⁶. Von deutscher Seite gibt es – vom sowieso international operierenden Blood and Honour-Netzwerk⁷ einmal abgesehen – keine nachweisbaren

4 vgl. Miroslav Mareš in Kapitel 2: „Historischer Abriss zum organisierten Rechtsextremismus in Tschechien und Deutschland - Geschichte des organisierten Rechtsextremismus in Tschechien«.

5 vgl. Jan Raabe in Kapitel 4: „Aktionsformen und Strategien – Grenzüberschreitende Bruderschaft. Rechtsrock und Musikhandel«.

6 vgl. Hendrik Lasch in Kapitel 4: „Verboten? Ist kein Problem – Auf deutsch-tschechischen Grenzmärkten werden Rechtsextreme weiter fündig«.

7 vgl. Raabe, ebd.

intensiven Bestrebungen, sich enger mit tschechischen Neonazis zu verbünden.⁸

Tschechische Neonazis schätzen vor allem die Qualität rechtsextremer Konzerte in Deutschland und das dort und bei anderen internationalen Großevents, wie bspw. dem «Pressefest der Deutschen Stimme» in Sachsen, dem Sachsentag der JN und dem «Trauermarsch» anlässlich des 13. Februar in Dresden oder dem «Fest der Völker» in Jena⁹ reichhaltig angebotene rechtsextreme Warensortiment von Bekleidung über Musik bis hin zu propagandistischer Literatur. Darüber hinaus ist die bundesdeutsche rechtsextreme Szene weitaus größer und vielfältiger als die personell bedeutend kleinere tschechische Szene.¹⁰

Insgesamt belegen die in dieser Broschüre gesammelten Perspektiven und Analysen zum derzeitigen Stand des grenzüberschreitenden Rechtsextremismus, dass grade die Zusammenarbeit zwischen tschechischen und deutschen Rechtsextremen – wenn auch von beiden Seiten unterschiedlich stark forciert – anwächst. Darüber hinaus macht die hier vorgelegte Textsammlung nicht nur deutlich, dass die tschechische rechtsextrem-nationalsozialistische Szene sehr intensiv von der bundesdeutschen Szene lernt, sondern sogar in kürzester Zeit damit einige Erfolge vorweisen konnte. Dem legen die Autorinnen und Autoren dieses Sammelbandes folgende Analyse zu Grunde: In Zeiten einer sich globalisierenden europäischen Wirtschaft und deren von vielen befürchteten oder tatsächlichen Auswirkungen auf die Menschen sind nicht mehr wie bisher die klassischen nationalistischen Ressentiments und Politikangebote der extremen Rechten andockfähig an die gesellschaftlichen Diskurse, sondern immer mehr die modernisierten, globalisierungsfeindlichen, ethnopluralistisch-nationalsozialistisch argumentierenden Akteure, wie sie auf bundesdeutscher Seite die NPD und auf tschechischer Seite insbesondere kleinere Gruppierungen wie *Národní odpor* (Nationaler Widerstand) und *Autonome Nationalisten* darstellen. Der deutliche Anstieg rechtsextremer Aktivitäten, wie Demonstrationen, Kundgebungen und Konzertveranstaltungen in Tschechien, belegt zudem, dass sich dort mehr und mehr eine stabile nationalsozialistische Szene nach bundesdeutschem Vorbild etabliert. Das Zitat «Seht mal, was ihr uns da exportiert» aus dem Vorwort wurde demnach durch die hier vorgelegte Textsammlung eindeutig bestätigt. Durch hartes Eingreifen der Polizei wurde dieser Anstieg angehalten, Kontakte nach Deutschland sind jedoch geblieben und werden bei wichtigen Terminen, wie der 1. Mai, immer wieder aktiviert.

Die Gefährlichkeit rechtsextremer – in Tschechien neonazistischer und nationalistischer – Bewegungen besteht weniger in ihrer in Parteistrukturen oder Gewaltübergriffen öffentlich und medial wahrnehmbaren Präsenz, sondern in der subkulturellen Verankerung in verschiedenen gesellschaftlichen Milieus¹¹. Dadurch werden rechtsextreme Ideologien und Versatzstücke aktionsorientiert, wie in Kapitel 4 «Aktionsformen und Strategien» beschrieben, mit latent menschenfeindlichen Einstellungen sowie nationalistischen, völkischen und antisemitischen Positionen verbunden und aufgeladen. Diese Einstellungen können sich dann als Wählerver-

8 vgl. hierzu u.a. Frank Carstens in Kapitel 3: „Wenn aus Feinden Freunde werden« sowie Klára Kalibová und Ondej Cakl in Kapitel 4: Rechtsextreme Aktionsformen in Tschechien: Themen, Szenen, Personen«.

9 vgl. Carsten Enders in Kapitel 3: „Europäische Vernetzung der rechtsextremen Szene«.

10 vgl. Cakl/Kalibová, ebd.

11 vgl. dazu Kapitel 4 „Aktionsformen und Strategien«.

halten, Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Gruppierung oder Alltagsrassismus aus der Bevölkerung heraus in Bewegungen oder, wie in Deutschland, in einer Bewegungspartei wie der NPD formieren. Bleiben diese Entwicklungen unwidersprochen und kommen nicht auf die politische und gesellschaftliche Agenda, entsteht nach und nach eine Gefahr für das politische System insgesamt. Im Osten Deutschlands wurde von Seiten der politisch Verantwortlichen diese gesellschaftliche Infiltration erst sehr spät ernst genommen. Man glaubte lange Zeit, im Verdrängen des Problems und im ordnungspolitischen Einhausen (d.h. Beobachtung und Strafverfolgung durch staatliche Institutionen) das ultimative Konzept gefunden zu haben. Allein das Verdrängen von Angriffen auf die Demokratie und der Versuch, rechtsextreme Gruppierungen einzuhausen, hat sich eher als stabile Vernetzungsbasis rechts-extremer Kräfte erwiesen. Dies ist die für andere europäische Staaten, insbesondere die ehemaligen Ostblockländer mit ähnlichen Transformationserfahrungen und -problemen, eine eminent wichtige Erfahrung.

Es stellt sich allerdings die Frage, ob die Bürgergesellschaften und staatlichen Institutionen in der BRD und der Tschechischen Republik Willens und in der Lage sein werden, die richtigen Antworten auf die hier dargestellten und bewerteten Herausforderung zu geben. Die Bundesrepublik Deutschland hat zwar mit verschiedenen Bundesprogrammen, die bürgerschaftliches Handeln für Demokratie und gegen Rechtsextremismus fördern, sozialräumliche Beratungsangebote für lokale Akteure in Vereinen und Verwaltungen schaffen und so ein Signal gesetzt, dass es in dieser Dimension und Ausprägung in keinem anderen europäischen Land gibt. Allerdings hatte und hat Deutschland auch besonders deutliche und virulente Probleme mit rechtsextremer Gewalt und Propaganda sowie der Verankerung der NPD in diversen Kommunalparlamenten und zwei Landtagen. Leider bleiben solche Ansätze und Programme aber halbherzig, wenn sie aller vier Jahre grundsätzlich auf den Prüfstand gestellt und konzeptionell verändert werden, statt sie auszubauen und längerfristig zu denken.

Für viele bürgerschaftlichen und staatliche Akteure in der Tschechischen Republik scheint der modernisierte Rechtsextremismus noch immer keine ernsthafte Gefahr darzustellen. Obwohl verstärkte Aktivitäten, vor allem gegen Roma gerichtet, innerhalb der rechtsextremen Szene Tschechiens eine andere Sprache sprechen, ist Rechtsextremismus nicht oder nur äußerst selten unter den öffentlichen Top-Themen. Die wiederentdeckte Romafeindlichkeit bietet nämlich viele Andockpunkte in den Ressentiments der breiten Öffentlichkeit.¹² Demzufolge fristen bürgerschaftliche Initiativen und Organisationen wie *Tolerance a občanská společnost*, *In IUSTITIA* und *ROMEA* hier auch ein Schattendasein und werden nur dann von Medien, Zivilgesellschaft und Politik mit Anfragen überrollt, wenn aktueller Informationen und Bildmaterial von Nöten sind.

Handlungsmöglichkeiten und Ausblick

Was bedeuten die in dieser Broschüre dargestellten Befunde nun im Zusammenhang

¹² Vgl. opjaková, Bohdálék: «Tschechen sind keine Rassisten, sie sind nur romafeindlich». Umgang mit «Rechtsextremismus» in der tschechischen Gesellschaft».

mit der Frage nach Handlungsmöglichkeiten zur Bekämpfung von rechtsextremen Bestrebungen?

Relevant für die nachhaltige Entwicklung von Gesellschaft und Demokratie ist das Erkennen und Thematisieren der Versuche von Rechtsextremen, in allen gesellschaftlichen Bereichen – von Subkulturen über das soziokulturelle Leben in den Städten und Gemeinden bis in die Parlamente hinein – Fuß zu fassen. Wollen wir die Entwicklung von täglichen kleinen Verletzungen der Menschenwürde zu einer sich politisch formierenden Bewegung verhindern, müssen wir diesen kleinen und vermeintlich nicht so bedeutenden Übertretungen des Grundkonsens der Menschenrechte immer und überall widersprechen.¹³ Jedes Schweigen dazu stärkt die Rechtsextremen und schwächt die Demokratie insgesamt. Hier sind Religionsgemeinschaften, Wirtschaftsunternehmen, Verbandsstrukturen, Wohlfahrtsträger, die Jugendarbeit, Schule und Elterninitiativen, Vereine etc. mit ihrer eindeutigen Positionierung gefragt und in die Gestaltung einer menschenrechtsorientierten Gesellschaft einzubeziehen. Eine nachhaltige und langfristige Förderung solcher zivilgesellschaftlichen Akteure mit Expertenwissen, wie sie Tolerance a obanská spolenost, In IUSTITIA und ROMEA darstellen, wäre eine weitere richtige Schlussfolgerung aus den Erfahrungen Ostdeutschlands in den vergangenen Jahren.

Folgt man dem Handlungsansatz, dass Rechtsextremismus nur erfolgreich bekämpft werden kann, wenn man ihn bereits innerhalb der subkulturellen Verankerungsversuche entgegentritt, dann wird deutlich, dass er auch nicht allein – wie viele oft meinen – durch ordnungspolitisches Handeln verhindert werden kann. Staatliches Handeln muss sich vielmehr mit zivilgesellschaftlichem Handeln verzahnen, um nachhaltig erfolgreich zu sein. Dabei sollten aktuelle empirische Befunde zu Einstellungsbefragungen, wie sie bspw. von Brähler/Decker in den sog. Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung, oder von Heitmeyer in den Studien zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit des IKG Bielefeld in letzter wiederholt vorgelegt worden sind auch bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in Deutschland und der Tschechischen Republik aufgegriffen werden. Beide Befunde gehen von einer erheblich starken Ausprägung menschenfeindlicher, also alltagsrassistischer, antisemitischer, islamfeindlicher, homophober, etc. Einstellung in der Mitte der Bevölkerung aus und schlagen zur Eindämmung dieses Besorgnis erregenden Befundes auf Dauer angelegte Beratungs- und Bildungsarbeit vor. Politische Bildung, Beteiligungsangebote für Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung ihres Lebensumfeldes in Städten und Gemeinden müssen daher ausgebaut werden. Beratung für und die einhellige Solidarität mit Opfern rechtsextremer und alltagsrassistischer Gewalt ist dringend notwendig. Beratungsangebote für engagierte Akteure in Vereinen, Religionsgemeinschaften, freiwilliger Feuerwehr, Kommunalpolitik und -verwaltung müssen vorgehalten werden und für die Bürgerinnen und Bürger erreichbar sein.

Die vorliegende Publikation ist für Lehrerinnen und Lehrer, für Polizistinnen und Polizisten, Sozialpädagoginnen und -pädagogen und natürlich auch für Vertre-

¹³ siehe zu ideologischen Anknüpfungspunkten und Strategien der Rechtsextremern in Deutschland: Bringt/ Begriff in Kapitel 3 «Ideologische Rahmung - Transformationsprozesse des (ost-) deutschen Neonazismus» sowie Miroslav Mareš in Kapitel 3 «Ideologische Rahmung – Ideologische Verankerung des tschechischen Rechtsextremismus».

terinnen und Vertreter aller politischen und administrativen Ebenen eine Übersicht über Funktionsweisen, Stabilisierungspotentiale und Entwicklungstrends des grenzüberschreitenden Rechtsextremismus. Wenn hier schlaglichtartig das Zusammenspiel des Rechtsextremismus in Deutschland und Tschechien untersucht wurde, so lässt sich das auch für andere europäische Länder in vergleichbarer Weise beschreiben.¹⁴ Einer der bedeutsamsten Entwicklungstrends innerhalb der Rechtsextremen Szene der letzten Jahre ist deren grenzüberschreitende Vernetzung und zunehmende Zusammenarbeit, sei es als Fraktion im EU-Parlament oder bei Großevents anlässlich von Feier- und Gedenktagen der rechtsextremen Szene. Das hier vorgelegte Beispiel der sich vertiefenden deutsch-tschechischen Zusammenarbeit steht somit exemplarisch und sollte in den kommenden Jahren von allen interessierten Menschen mit Sorgfalt und analytischer Schärfe beobachtet werden.

14 vgl. Enders, ebd.

AUTORINNEN UND AUTOREN

David Begrich

Mitarbeiter der Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e.V. in Magdeburg. Er beschäftigt sich vor allem mit neonazistischen Gruppierungen und veröffentlichte mit Christian Dornbusch und Jens Raabe 2007 «Rechtsrock - Made in Sachsen-Anhalt».

Miroslav Bohdálék

Koordinator des Bereiches Internationale Kooperationen im Kulturbüro Sachsen e.V.; studierte Internationale Beziehungen und Journalistik in Brno; veröffentlichte «Vergessene Opfer - Hate crimes und Opferberatung in Tschechien».

Friedemann Bringt

Fachreferent und Projektleiter der mobilen Beratungsteams im Kulturbüro Sachsen e.V.; absolvierte sein Studium zum Diplom-Sozialpädagogen (M.A.) in Dresden, Utrecht und Berlin; veröffentlichte u.a. zusammen mit Lorenz Korgel «Wahrnehmen - Deuten - Handeln. Strategien im Umgang mit Rechtsextremismus» (2005).

Ondřej Čákl

Beobachtet als Mitarbeiter des Prager Vereins *Tolerance a občanská společnost, o.s* und seit einigen Jahren im Auftrag des *European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia* (EUMC) mit Sitz in Wien die Aktivitäten rechtsextremistischer und neonazistischer Gruppierungen in Tschechien. Dank seiner Monitorings wurden innerhalb der letzten 15 Jahre bereits mehrere Mitglieder dieser Szene vor Gericht gestellt und verurteilt.

Frank Carstens

Diplom-Sozialarbeiter, seit zehn Jahren Fachjournalist und Referent im Bereich Neonazismus mit speziellem Interesse für neonazistische Jugendkulturen; Redakteur für verschiedene Fachzeitschriften und Wochenzeitungen, u.a. *Der Rechte Rand*, *Jungle World*. Er ist Mitarbeiter von Recherche Ost.

Kateřina Čopjaková

Lektorin des ethnischen Magazins *Romano vod'i* (Roma Seele), arbeitete drei Jahre als Redaktorin der politisch-gesellschaftlichen Wochenzeitung *Respekt*, wo sie weiterhin veröffentlicht. Studiert Bohemistik an der Philosophischen Fakultät der Karls-Universität in Prag.

Carsten Enders

Seminarleiter zum Thema Rechtsextremismus und Rassismus in der Erwachsenenbildung in der *LAG politisch-kulturell Bildung Sachsen e.V.* Er studierte Landschaftsarchitektur und arbeitet derzeit als parlamentarischer Berater im Bereich Stadtentwicklung für die sächsische Landtagsfraktion von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN in Dresden.

Maria Grjasnow

Fachreferentin im *Netzwerk für Demokratie und Courage e.V.*; absolvierte ihr Studium der Soziologie, Psychologie und Interkulturellen Kommunikation in Jena, Edinburgh, Lyon und St. Petersburg.

Grit Hanneforth

Kulturwissenschaftlerin und Kulturmanagerin, ist seit 2001 Geschäftsführerin im *Kulturbüro Sachsen e.V.*

Andrea Hübler

Politikwissenschaftlerin M.A., arbeitet seit 1. März 2009 bei der Opferberatung zur Unterstützung von Betroffenen rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt des RAA Sachsen e.V. in Dresden.

Klára Kalibová

Juristin und Geschäftsführerin der Opferberatungsstelle für Betroffene von Hassgewalt In IUSTITIA in Prag. Sie publizierte zahlreiche Fachartikel zum Thema Hassgewalt und Beratung von Betroffenen.

Markus Kemper

Diplom-Politologe, arbeitet seit 12 Jahren zum Thema Rechtsextremismus, zuerst in Brandenburg und seit 2001 in Sachsen beim *Kulturbüro Sachsen e.V.*

Dr. Harald Lamprecht

Beauftragter für Weltanschauungsfragen der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens

Volker Lange

Kriminaldirektor im Landeskriminalamt Sachsen, Leiter des Referates Kriminalitätsbekämpfung; in den Jahren 1998 bis 2002 Leiter des Referates Rechtsextremismus im Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen; langjährige Referententätigkeit, insbesondere zum Thema Rechtsextremismus.

Hendrik Lasch

Freier Journalist in Dresden. Studierte Germanistik und Anglistik in Berlin und Warwick. Arbeitet unter anderem für die Tageszeitung *Neues Deutschland* und als Agenturkorrespondent.

André Löscher

Sozialpädagoge (M.A.), arbeitet seit 3 Jahren bei der Beratungsstelle für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt des RAA Sachsen e.V. im Bereich der Landesdirektion Chemnitz.

Dr. Miroslav Mareš

Leiter der Abteilung *Sicherheits- und strategische Studien* des Lehrstuhls für Politikwissenschaft an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Masaryk-Universität in Brno. Publiizierte u.a. *Pravicový extremismus v České republice po roce 1989* (Rechtsextremismus in der Tschechischen Republik nach 1989) und viele andere Publikationen.

Dr. Peter Morée

Kirchenhistoriker an der Evangelischen Theologischen Fakultät der Karlsuniversität in Prag.

Michael Nattke

Diplom-Handelslehrer, seit 2009 als Fachreferent für den Wissenschaft-Praxis-Transfer beim Kulturbüro Sachsen e.V. tätig.

Markus Pape

Geboren in Berlin; Journalist und Übersetzer in Prag; widmet sich seit 1995 der Geschichte der tschechischen Roma und den Menschenrechten; veröffentlichte 1997 *Und niemand wird euch glauben. Dokument über das KZ Lety u Písku*.

Jan Raabe

Diplom-Sozialpädagoge, Arbeitsschwerpunkt rechte Jugendkulturen und Musik; tätig in der Jugendarbeit; Referent für Argumente & Kultur gegen rechts e.V.; veröffentlichte 2007 mit Christian Dornbusch und David Begrich *Rechtsrock – Made in Sachsen-Anhalt*.

Petra Schickert

Diplom-Sozialpädagogin (FH), arbeitet seit 10 Jahren in der mobilen Beratung zum Thema Rechtsextremismus beim Kulturbüro Sachsen e.V.

Juliane Wetendorf

Diplom-Sozialpädagogin, arbeitete von 2007 bis 2010 bei der Beratungsstelle für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt des RAA Sachsen e.V. und seit 2011 in der mobilen Beratung zum Thema «Rechtsextremismus» beim Kulturbüro Sachsen e.V. in der Beratungsstelle in Neukirchen.



Die erste Auflage der «Gefährlichen Liebschaften» stieß erfreulicherweise in Deutschland und in der Tschechischen Republik auf großes Interesse und war in kurzer Zeit vergriffen. Besonders in Tschechien entstanden nach der Publikation neue Initiativen und Debatten zur Situation um Rassismus und Diskriminierung, Hassgewalt und zivilgesellschaftliche und staatliche Gegenstrategien.

In Deutschland wurde vor allem die Debatte um den Extremismusbegriff und die Extremismusformel intensiv weitergeführt, wobei sich die Initiativen und Vereine, die in der Arbeit für eine demokratische Kultur engagiert sind, weitgehend von diesem Begriff lösen. Sie versuchen Erscheinungsformen und

ideologische Begründungen antidemokratischer und menschenfeindlicher Ideologien und Handlungen präziser und praxisnäher zu beschreiben, der Instrumentalisierung des Begriffes zu entgehen und adäquater zu argumentieren und zu arbeiten.

In Sachsen gab es mit dem 33. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Dresden im Juni 2011 einen Anlass, die Publikation zu überarbeiten und neu zu verlegen. Deshalb haben wir die Publikation um neue Texte zur Rolle der Kirchen in Deutschland und Tschechien in unserem Themenfeld und einen Text zur Extremismusformel ergänzt und die Autorinnen und Autoren gebeten, ihre Texte der ersten Auflage zu überarbeiten.

Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen

Schützengasse 18 | 01067 Dresden | fon 0351 49 43 311 | fax 0351 49 43 411 | info@weiterdenken.de | www.weiterdenken.de